Krisis

Zeitschrift für revolutionäre Theorie

8/9

Deutschland einig Irrtum

Geplanter Markt: Die Quadratur des Kreises

Das Gorbi Syndrom

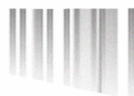
Die Wissenschaftsfabrik entläßt ihre Kinder

Moralische Kritik oder Kritik der Moral?

und andere

Krisis Verlag

INHALT



Editorial S. 3

Robert Kurz
DEUTSCHLAND EINIG IRRTUM S. 14
Die Wiedervereinigungsfalle und die Krise des warenproduzierenden Weltsystems

Johanna W. Stahlmann
DIE QUADRATUR DES KREISES S. 39
Funktionsmechanismus und Zusammenbruch der sowjetischen Planökonomie

Ernst Lohoff
DAS GORBI SYNDROM S. 70
Ein Generalsekretär als Exportschlager für westliche Sinndefizite

Robert Kurz
ASCHERMITTWOCH DES MARXISMUS S. 93
Der Abgesang der Linken und die Kritik der politischen Ökonomie

Robert Schlosser
DAS SCHEITERN DES "SOZIALISMUS" UND DIE
CHANCEN EINES "NEUEN ANFANGS" S. 118

Ernst Lohoff
DIE INFLATIONIERUNG DER KRISE S. 130
Vom immanenten Zyklus zur Zersetzung der kapitalistischen Struktur

Nuno Tomazky
DIE WISSENSCHAFTSFABRIK ENTLÄSST
IHRE KINDER S. 152
Technokratische Massenuniversität und neue Studentenbewegung

Udo Winkel
UNKRITISCHE THEORIE S. 183
Anmerkungen zu einer Habermas-Kritik der linken Enkel Adornos

Peter Klein
MORALISCHE KRITIK ODER KRITIK DER MORAL? S. 188
Zu Christoph Türckes Auseinandersetzung mit dem Ethik-Betrieb

Editorial

Es ist keine Neuigkeit für uns gewesen, daß das realsozialistische Gebälk mehr als morsch war. Die radikale Kritik der realsozialistischen Reproduktionsform war von Beginn an ein zentrales Moment unserer "fundamentalen Wertkritik". Was diese Form allerdings eingebüßt hat, ist ihre Realität. Die Geschwindigkeit, mit der dieses größte Potemkinsche Dorf aller Zeiten in sich zusammengefallen ist, hat zugegebenermaßen auch uns überrascht und in eine etwas unangenehme Situation gebracht. Die atemberaubende Rasanz der realen Entwicklung in Osteuropa hat unverschämterweise keinerlei Rücksicht auf unsere Publikationsplanung genommen. Während wir noch damit beschäftigt waren, die logische Widersinnigkeit eines "geplanten Marktes" grundsätzlich herauszuarbeiten und diesen zentralen Aspekt in unseren theoretischen Fahrplan zu integrieren, zog die sozialistische Realabsurdität vorab schon die Konsequenz aus unserer analytischen Anstrengung und löste sich präventiv in Wohlgefallen auf. Von dem kontinental angelegten Experiment, ausgerechnet den Markt, den exponierten Ausdruck eines blinden, bewußtlos gesellschaftlichen Zusammenhangs, bewußt organisieren zu wollen, existieren heute, nach sechs Jahrzehnten stets strebenden Bemühens, nur mehr rauchende Trümmer. Die contradictio in adjecto einer bewußten Handhabung der Ware-Geld-Beziehung hat historisch abgedankt. Die lange schon heillos zerrüttete Ehe von Plan und Markt ist endgültig geschieden.

Dieser praktische Bankrott des Realsozialismus, das überraschend schnelle Ableben des Kritikgegenstandes, hat unsere kritische Analyse deshalb aber keinesfalls überflüssig gemacht. Im Gegenteil, sie war noch nie so notwendig wie heute. Die Unhaltbarkeit der realsozialistischen Reproduktionsform liegt zwar in ihrer kruden Faktizität offen zutage, die Gründe dieser Niederlage verschwinden dagegen hinter einer dichten ideologischen Nebelwand. Während der versinkende Realsozialismus eine Flutwelle von bedrucktem Papier ausgelöst hat, fehlen bislang in der öffentliche Debatte auch nur Ansätze einer befriedigenden Analyse der Funktionsweise und des Zerfalls der osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften vollkommen. Stattdessen münzen die vereinigten Ideologen die Demontage im Osten kurzerhand in die blanke Affirmation der marktwirtschafltichen Ordnung um. Die ökumenische Trauergemeinde aus West und Ost versammelt sich vor den sozialistischen Ruinen teils ratlos, teils triumphierend, und alle zusammen singen sie, noch vom Donner betäubt, den Marktwirtschaftschoral. Die Quintessenz lautet einhellig: das westliche Modell hat gesiegt, ohne Markt geht es halt doch nicht.

Wie kurzschlüssig diese Reaktionsweise ist, wird klar, wenn wir die modellplatonische Ebene, auf der sich die landläufige Debatte mit Begeisterung herum-

treibt, hinter uns lassen und uns der Analyse der realen Weltmarktbeziehung und ihrer Entwicklungstendenzen zuwenden. Die Krise des Realsozialismus steht nicht für sich allein, sie ist selber nur ein Moment der Krise des warenproduzierenden Weltsystems überhaupt. Wenn Anfang der 80er Jahre die Weltmarktkrise für die 3. Welt akute Formen annahm, wenn zum Ende des Jahrzehnts die osteuropäische Scheinalternative in sich zusammenklappt, so verweist diese Stufenfolge keineswegs auf die künftige Stabilität der Metropolen. Der von der Geldbeziehung gesetzte globale Zusammenhang reißt zwar zunächst an seinen schwächsten Gliedern und fegt zuvorderst die abweichenden Spielformen von der historischen Bühne, aber nur, um zu guter Letzt auch auf das Zentrum durchzuschlagen. Wenn der Brontosaurus auch den aussterbenden Ichthyosaurus momentan überlebt, so kündet dieser "Erfolg" in der Evolutionsgeschichte nicht von dessen eigener Unsterblichkeit, sondern nur vom Aussterben der ganzen Art.

Dieser ketzerische Gedanke findet im oppositionellen Lager wenig Gegenliebe und fällt bei allen Fraktionen durch die vorhandenen ideologischen Raster. Der eine Flügel der Linken zieht seine Identität daraus, das schlechte Gewissen der Nation zu spielen, beschäftigt sich damit, ein fiktives "Viertes Reich" an die Wand zu malen und die Machenschaften "des Kapitals" ein ums anderemal zu entlarven. Zu dieser Übung steht natürlich jeder Ansatz, der von einer objektiven Krise des Kapitals ausgeht, quer. Die andere Hälfte der Linken hat längst ihren Frieden mit den bestehenden Verhältnissen gemacht und nimmt dieEntwicklung in Osteuropa nur zum Anlaß, sich der eigenen Kapitulation nochmals zu versichern. Entsprechend fallen die Mißtöne aus, die dieses apologetische Unternehmen begleiten. Niemand intoniert das hohe Lied der sich frei entfaltenden Ware-Geld-Beziehung so verbiestert wie die enttäuschten Liebhaber der "sozialistischen Warenproduktion". Nachdem sich das libidinös besetzte Konstrukt "geplanter sozialistischer Markt" gründlich erledigt hat, werfen sie sich wild entschlossen in die starken Arme der Marktwirtschaft westlicher Prägung und verbieten von vornherein jeden Gedanken, der über den Scheingegensatz von Plan und Markt hinausführt, als unanständig (1).

Phänotypisch sind in diesem Zusammenhang die Reaktionen auf den Beitrag "Sozialismus als Auslaufmodell" von Robert Kurz, der in der Märznummer von "Konkret" als Replik auf einen Artikel von Kurt Hübner (Konkret 1/90) erschien. Konfrontiert mit dem Gedanken, das Scheitern des Realsozialismus wäre das Scheitern der Fortschreibung von Ware-Geld-Beziehungen unter "proletarisch" gewendetem Vorzeichen, verfällt der Prokla- und taz-Redakteur Kurt

(1) Im politischen Universum hat das Wörtchen "unanständig" zwei Synoyme. Das altbewährte und von der Linken exzessiv strapazierte lautet "faschistisch". Neuerdings ist aber auch die Bezeichnung "stalinistisch" wieder in Mode kommen, der ebenfalls keinerlei theoretischer Gehalt unterstellt werden darf, sondern die auch nur die Funktion hat, all das zu bezeichnen, was Moral und Sitte verbieten.

Hübner bei seiner Antwort (Konkret 4/90) sofort in blinde Hysterie. Er deutet das Insistieren auf eine Kritik geldförmiger gesellschaftlicher Vermittlung als "Einladung zur Barbarei" (so der Titel seiner Antikritik) und entblödet sich nicht, die Abschaffung der Ware-Geld-Beziehung als "stalinistische Regression" zu identifizieren, als ob nicht gerade Stalin schon prophylaktisch die "bewußte Handhabung" der Geldbeziehung gegen alle "Phantasten", die von der Abschaffung des Geldes hätten fabulieren können, zum Nonplusultra sozialistischer Reproduktion erklärt hätte. In die gleiche Kerbe schlägt Joachim Bischoff, der es - u.a. gegen denselben Artikel von Robert Kurz argumentierend - in der Aprilausgabe der Zeitschrift "Sozialismus" sogar fertigbringt, die Marxschen "Grundrisse" als Bekenntnis zur Notwendigkeit von Marktbeziehungen und geldförmiger Vermittlung zu lesen. Diese von einem theoretischen Standpunkt aus nur noch lächerlichen Abgesänge haben offen gesagt sogar unsere kühnsten Erwartungen übertroffen. Statt eine ernsthafte theoretische Auseinandersetzung aufzunehmen, reagieren die akademischen Restmarxisten, sobald sie in ihrer Froschteichruhe aufgestört werden, nur mehr spinal und versuchen sich als Exorzisten. Die letzten Erbverwalter des Marxismus betreiben nur mehr Schindluder mit der einst stolzen marxistischen Theorie.

In diesem Zusammenhang überrascht es sicher, daß diese Ausgabe unserer Zeitschrift nicht mehr unter dem alten Titel "Marxistische Kritik" erscheint. Wenn alle Welt sich von Marx verabschiedet und in Marxens Namen vornehmlich unfreiwillige Büttenreden fabriziert werden, läge es scheinbar nahe, unseren Bezug auf den revolutionären Gehalt der Marxschen Theorie auch dadurch herauszustellen, daß wir am Begriff "marxistisch" im Namen festhalten. Und in der Tat, die Koinzidenz zwischen der durch den realsozialistischen Kollaps ausgelösten Massendesertion vom alten marxistischen Banner und unserer Umbenennung ist wenig glücklich. Dies ändert aber nichts daran, daß die Logik unserer eigenen theoretischen Entwicklung uns längst zu einem Punkt geführt hat, an dem die Beibehaltung des Wörtchens "marxistisch" als Selbstcharakterisierung vollkommen irreführend geworden ist; mit dem Gedanken einer Namensänderung schlagen wir uns mittlerweile schon gut 2 Jahre herum. Wir haben ja schon früher mehrfach darauf hingewiesen, daß unser Versuch, die revolutionäre Sprengkraft der Marxschen Theorie herauszuarbeiten, gerade die radikale Kritik des "Marxismus" einschließt. Unsere Abgrenzung begnügt sich nicht damit, die eine oder andere Spielform des Marxismus als unzureichend zu verwerfen. Mit unserem Versuch, eine Kritik der modernen bürgerlichen Gesellschaft auf der Höhe der Zeit zu formulieren, haben wir uns vielmehr inzwischen aus dem überlieferten marxistischen Denkuniversum in toto hinauskatapultiert. Gerade weil wir den von Marx mit der Analyse des Warenfetischs geknüpften roten Faden weiterspinnen wollen, müssen wir die Färbung beseitigen, die die Kritik der politischen Ökonomie in der Rezeptionsgeschichte erhalten hat. Da wir uns längst

nicht mehr unter dem "Banner des Marxismus" vorankämpfen, sondern diesen einstigen Prachtbau ziemlich gründlich in die Luft gejagt haben (der vorerst letzte Höhepunkt war wohl der Artikel "Der Klassenkampffetisch" in der "MK"7), wäre es ein reines Verwirrspiel, uns weiterhin an einem historisch gewordenen Namen festzuklammern. Wenn unsere neue Titelgebung vor dem Hintergrund der akuten ideologischen Verwerfungen Mißverständnisse erzeugen kann, so ziehen wir es noch vor, wegen der Änderung in einen absurden Wendehalsverdacht zu geraten, als die Rolle der letzten Mohikaner einzunehmen, die nach wie vor in Treu und Redlichkeit zum alten Marxismus stehen. Daß mit der Namensänderung kein inhaltlicher Bruch verbunden ist, sondern die "KRISIS" den wertkritischen Ansatz weiterverfolgt, wollen wir durch das Fortschreiben der Numerierung deutlich machen.

Warum nun aber ausgerechnet der Name "KRISIS"? Eine Anbiederung an den Zeitgeist, der überall Krisen erspäht, auch wenn er diese Erkenntnis vergeblich im Sektglas zu ertränken sucht? Eine Beschwörung apokalyptischer Endzeitvorstellungen? Ein Umkippen in kulturpessimistische Resignation und Defätismus? Oder umgekehrt, eine Neuauflage revolutionären Attentismus angesichts der allmächtig erscheinenden Objektivität geschichtlicher Entwicklung, die ein subjektives Eingreifen überflüssig macht?

Kein Zweifel, der Begriff "Krise" hat Konjunktur, und dies nicht erst seit gestern. Daß dies nicht nur eine modische Erscheinung ist, liegt auf der Hand. Überflüssig, hier die Allgegenwart von Krisenerscheinungen zu belegen: Krise der Familie, Krise der Umwelt, Krise der Identität, Krise der Staatsfinanzen etc., die Phänomene sind geläufig. Das moderne Individuum hat scheinbar gelernt, damit zu leben. Je weiter sich die Krisenerscheinungen verallgemeinern, je mehr das Wort "Krise" zum Bestandteil des Alltagsvokabulars geworden ist, desto weniger Schrecken scheint von ihm auszugehen. Was einem auf Schritt und Tritt begegnet, daran stößt man sich nicht mehr, das gehört zum Leben wie der morgendliche Werbefunk vor den 8-Uhr-Nachrichten.

Selbst noch auf der Mikroebene der unmittelbaren zwischenmenschlichen Beziehungen scheint sich das moderne Subjekt mit geradezu mittelalterlichem Fatalismus seinem Schicksal ergeben zu haben. Krisen sind keine zentralen biographischen Einschnitte mehr, Zuspitzungen in der Persönlichkeitsentwicklung, die einen grundsätzlichen Reflexions- und Wandlungsprozeß auslösen; sie markieren nicht den Übergang von einer Lebensphase in die nächste, sondern haben sich zum Dauerzustand verfestigt. Wo eine Beziehungskrise die nächste ablöst und eine "Sinnkrise" nach kurzer Unterbrechung in die nächste mündet, da erübrigt sich jede substantielle Entscheidung. Die Reaktionsweisen werden stereotyp, reflexartig und verharren bewußtlos an der Oberfläche. Der Partnerwechsel, die Aufnahme eines Zweitstudiums, der Kauf einer neuen Wohnungseinrichtung, dies alles ist unschwer als Ersatz für wirkliches Handeln zu erkennen. Wozu

wirkliche Anstrengungen auf sich nehmen, wenn ein Ausweg ohnehin nicht erkennbar ist?

Was für die Ebene des Subjekts gilt, trifft in noch viel höherem Maße für die Makroebene des gesellschaftlichen Prozesses zu. Keines der grundlegenden Probleme, an denen sich die Protestbewegungen der letzten zwei Jahrzehnte entzündeten, ist einer ernsthaften Lösung auch nur näher gekommen. Ganz im Gegenteil. Über die Zuspitzung der Klimakatastrophe und die beschleunigte Verelendung der Dritten Welt, um nur zwei zentrale Themen zu nennen, berichtet mittlerweile jede Fernsehillustrierte. Aufklärung ist nicht mehr angesagt. Der Zeitgeist weiß Bescheid. Achselzuckend nimmt er hin, was sich nicht ändern läßt, so wie man sich einer Naturkatastrophe ergibt. Nur scheinbar ist die no future-Mentalität einem allgemeinem Zukunftsoptimismus gewichen. Die Tünche dieses in Meinungsumfragen konstatierten Gesinnungswandels ist dünn und schon beim genaueren Hinsehen erkennt man darunter das wahre Gesicht des modernen Individuums: die Fratze der nackten Angst.

Und diese Angst ist nicht unbegründet. Was uns bevorsteht, wovon wir hier im Epizentrum der weltweiten Erschütterung, die in anderen Weltgegenden bereits katastrophale Verheerungen angerichtet hat, bisher nur eine leichte Ahnung verspüren, ist tatsächlich eine knallharte Krisenepoche. Eine ganze Epoche wohlgemerkt, die sich durchaus über ein paar Jahrzehnte hinziehen kann und deren Ausgang keineswegs sicher ist. Nur eines läßt sich prognostizieren: Am Ende wird mit Sicherheit kein neuerstarkter Kapitalismus aus ihr hervorgehen, wie überhaupt keine Gesellschaft auf der Grundlage des Werts, denn diese Grundlage ist es, die zerbricht. Die allumfassende Krise ist nicht irgendeine, sondern *die* Krise der warenproduzierenden Gesellschaft schlechthin. Die merkwürdige Erstarrung angesichts ihrer Erscheinungen, die gespenstische Schicksalsergebenheit, die sich in den letzten Jahren nach der vorangegangenen Phase hektischen Bewegungsaktivismus breitgemacht hat, sie erklärt sich daraus, daß alle vorgetragenen "Lösungsmodelle" nie explizit (wenn auch zum Teil durchaus implizit) die Warenform selbst in Frage gestellt haben und daher letztlich scheitern mußten. Dem in der Wertform befangenen Bewußtsein muß sich dies als das Scheitern jeglicher Lösungsmöglichkeit überhaupt darstellen. Krise gerät zum Synonym für Apokalypse und darf daher nicht gedacht werden.

Der ursprüngliche Gehalt des Wortes "Krise" verweist jedoch auf einen ganz anderen Zusammenhang. "KRISIS", das heißt im Griechischen soviel wie "Entscheidung, auch Unterscheidung" und stammt von dem Verb "krinein = sich entscheiden, prüfen, von daher auch >Kritik<" (1). Im klassischen Drama ist "KRISIS" die Zuspitzung des dramatischen Konfliktes, die eine Entscheidung des Helden herausfordert, welche den Umschwung der Handlung einleitet. Und in der

1) vgl. Rudolf Vierhaus: Zum Problem historischer Krisen, in: Faber/Meier (Hg.): Historische Prozesse, München 1978, S. 314

Medizin schließlich bezeichnet "KRISIS" den Höhepunkt des Krankheitsverlaufes, an dem eine entscheidende Wendung (zur Besserung oder auch zum Exitus hin) erfolgt. Die gemeinsame etymologische Wurzel der Begriffe Krise und Kritik verweist auf deren logischen Zusammenhang. Die radikale Neuformulierung revolutionärer Theorie setzt weder voll Gottvertrauen auf den automatischen Zusammenbruch, noch tritt sie im Namen hehrer Prinzipien gegen das in sich wasserdichte schlecht Faktische an (1). Zuspitzung eines unhaltbar gewordenen Zustandes und seine Auflösung fallen zusammen. Die Krise macht subjektive Entscheidungen nicht überflüssig, sondern fordert sie geradezu heraus, sie schafft aus sich selbst heraus keine Fakten, sondern setzt Potentiale frei, die genutzt werden können - oder auch nicht.

Indem die gegenwärtige Krise die Grundfesten der Wertproduktion erschüttert, eröffnet sie damit erstmals auch die Perspektive auf eine bewußte Vergesellschaftung. Aber eben nur der Möglichkeit nach. Wenn der Kommunismus die bewußte Regelung aller menschlichen Angelegenheiten auf der Basis des Zugriffs aller Individuen auf den gesellschaftlichen Zusammenhang ist, muß die Revolutionierung des Wertverhältnisses bereits die Züge dieser Bewußtheit tragen. Die Krise des Werts bringt, indem sie alle bisherigen Formen auflöst, aus sich heraus alle *potentiellen* Elemente einer revolutionären Subjektivität hervor. Die reale Konstituierung des betreffenden Bewußtseins erfolgt jedoch keinesfalls automatisch. Die Mühen des Begreifens, die je individuelle Entscheidung für die Arbeit am revolutionären Prozeß, können niemandem abgenommen werden. Diesen Zusammenhang scheint uns der neugewählte Titel "KRISIS" angemessen auszudrücken.

Den neuen Namen weihen wir mit einer Doppelnummer ein. Dies hat seinen Grund darin, daß wir uns aus gegebenem Anlaß ausführlich dem Realsozialismus und seinem Ableben widmen wollten, andererseits aber die aufgrund einer relativ langen Pause seit der letzten Nummer aufgelaufenen Beiträge zu anderen Themen nicht unter den Tisch fallen sollten. Damit ist diese Ausgabe umfangreicher als alle vorangegangenen ausgefallen (wir haben jetzt eine um etwa 15% engere Schrift, die aber unserer Ansicht nach lesefreundlicher ist); wir hoffen, auch dies rechtfertigt den für eine Doppelnummer eher moderaten Preis von 14,- DM. Im übrigen ist dies die erste Ausgabe, die wirklichen Zeitschriftencharakter besitzt. Die Beiträge sind knapper gehalten und haben einen meist "aktuelleren" Bezug. Dies wird nicht immer durchgängig der Fall sein können, weist aber die Richtung, die unser Projekt "KRISIS" einschlagen soll.

Im Mittelpunkt dieser Doppelnummer steht, wie nicht anders zu erwarten, die Auseinandersetzung mit dem Dahinscheiden des Realsozialismus und den

1) Auf diese von der Kritischen Theorie inspirierte Konsequenz scheint der von der Zeitschrift "Kritik und Krise" (ISF Freiburg) vertretene Ansatz hinauszulaufen.

ideologischen Reflexen darauf. Den Reigen eröffnet Robert Kurz mit seinem Artikel "*Deutschland, einig Irrtum*". Angesichts des Konkurses von VEB Ostdeutschland demontiert er den Popanz künftiger großdeutscher Übermacht. Der Anschluß des "Mezzogiorno im Osten" stärkt keineswegs die Stellung des Exportvizeweltmeisters BRD, sondern trägt die Weltmarktkrise mitten ins Herz der Metropolen.

Johanna W. Stahlmann führt uns in ihrem Artikel "*Die Quadratur des Kreises*" in die verquere Logik der "Planung des Marktes" ein. Sie analysiert die Mechanismen der "bewußten Anwendung des Wertgesetzes" und weist nach, daß diese den Gegensatz von einzelbetrieblichen Sonderinteressen und abstraktem Gemeininteresse keinesfalls ausschalten, sondern in der kontraproduktiven Form "negativer Konkurrenz" reproduzieren.

Ernst Lohoff viviseziert in seinem Beitrag "*Das Gorbi-Syndrom*" die Aspekte des Phänomens Gorbatschow. Er untersucht die Funktion des Generalsekretärs als ideellen Gesamtdemokraten des erschlafften demokratischen Bewußtseins im Westen. In Gorbatschows Exekutierung historischer Zwangsläufigkeiten, der Beseitigung der letzten Rückständigkeiten in Sachen Demokratie, kann dieses Bewußtsein sich ein letztes historisches Mal offensiv vorkommen. Gorbatschows Tragik ist, daß er ein paar Jahrzehnte zu spät kommt. Er markiert gleichzeitig den Abschluß des ideologischen Zeitalters im alten Sinne und den Übergang zur Epoche allgemeiner Notstandsverwaltung.

Mit den ideologischen Reflexen der Linken, vor allem des linksakademischen Kartells, auf den Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks beschäftigt sich Robert Kurz in seinem Artikel "*Aschermittwoch des Marxismus*". Ganz in den Kategorien bürgerlichen Denkens befangen, erscheint diesem Kartell des akademischen Restmarxismus der gescheiterte Versuch, das Wertgesetz administrativ zu regulieren, als Beweis dafür, daß es ohne den "Markt" nun mal nicht gehe. Wer es dennoch wagt, die Ware-Geld-Beziehung selbst in Frage zu stellen, gerät in den Geruch des Obszönen und wird systematisch ausgegrenzt. Robert Kurz nimmt die zentralen Standardvorwürfe gegen eine solche Position, wie den des "rohen Unmittelbarkeitskommunismus", auseinander und weist gleichzeitig nach, daß die neuerdings von Linken vielbeschworene "Rationalität des Marktes" von einem konkret-stofflichen Standpunkt aus keinesfalls rational ist, sondern im Gegenteil zunehmend zerstörerisch wirkt.

Den Abschluß dieses thematischen Blocks bildet der Beitrag von Robert Schlosser "*Das Scheitern des >Sozialismus< und die Chancen eines >neuen Anfangs<*". Er kommentiert die Auseinandersetzung zwischen Robert Kurz und seinen linksakademischen Kontrahenten Kurt Hübner und Joachim Bischoff von einer unserer Position kritisch gegenüberstehenden Warte aus und fordert eine grundsätzliche Diskussion über den Begriff des Sozialismus ein. Dabei hält er daran fest, daß Sozialismus die Sprengung des Wertverhältnisses voraussetzt,

prophezeit diesem aber noch eine längere Blütezeit in Form neuer kapitalistischer Akkumulationsschübe. Diese werden zwar nicht reibungslos über die Bühne gehen, sprich unterbrochen sein durch zyklische Krisen, eine Endkrise des Kapitals zeichnet sich aber erst in ferner Zukunft ab. Für die Zwischenzeit setzt Schlosser auf die Entfaltung "gebrauchswertorientierter" Bewegungen und Forderungen (Arbeitszeitverkürzung, Geschlechterverhältnis etc.).

Dagegen spricht allerdings, wie Ernst Lohoff in seinem Artikel "*Die Inflationierung der Krise*" darlegt, schon die auffällige Gleichzeitigkeit von Krisenphänomenen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Gefüges. So richtig der Gedanke einer Vermittlung radikaler Wertkritik mit realen "gebrauchswertorientierten" Ansätzen in der Gesellschaft auch ist, diese Ansätze und Bewegungen stehen immer schon im Kontext der eben nicht erst in ferner Zukunft aufscheinenden akuten Krise der Wertform. Die Krise der Wertvergesellschaftung ist keine bloß ökonomische Überakkumulations- oder Unterkonsumtionskrise im landläufigen Sinne, sondern rüttelt an den Grundfesten aller vom Wert konstituierten Verhältnisse, tritt also überall in Erscheinung. Gerade durch diese Allgegenwart hat aber eben der Begriff "Krise" im Alltagssprachgebrauch jegliche Kontur verloren. Ernst Lohoff arbeitet das qualitativ Neue an der gegenwärtigen Krisenepoche heraus und zeigt den Unterschied zwischen den historischen Durchsetzungskrisen der kapitalistischen Verkehrsform und der strukturellen Endkrise warenförmiger Produktion selbst auf.

Nuno Tomatzky beschäftigt sich in seinem Aufsatz "*Die Wissenschaftsfabrik entläßt ihre Kinder*" mit den Hintergründen der fast schon wieder vergessenen studentischen Bewegung des Wintersemesters 88/89. Die Vollendung der technokratischen Wissenschafts- und Bildungsmaschinerie hat einerseits jeglichen Spielraum für "Demokratisierung" und "Studienreform" beseitigt, andererseits hat sie mit der Besonderheit studentischer Existenzweise aufgeräumt. Die Universität bietet ebensowenig wie die Jobs, auf die sie vorbereitet, noch Raum für wirkliche Identifikation. Sie produziert zum einen massenhaft gleichgültige Karrieristen, zum anderen einen breiten Bodensatz entkoppelter Intelligenz, der ideale Wachstumsbedingungen für wirklich fundamentaloppositionelles Bewußtsein bietet.

In seinem Beitrag "*Unkritische Theorie*" rezensiert Udo Winkel das im zu Klampen-Verlag erschienene Buch gleichen Namens. Er würdigt die dort entfaltete Kritik an Habermas, weist aber nach, daß die Kritiker selbst in ideologischen Kategorien befangen bleiben und nicht über die alte "Kritische Theorie" hinauskommen. Die Realität zerfällt ihnen quasi-existentialistisch in Sein und Sollen. Der verdinglichten Wirklichkeit wird mit Hilfe des kategorischen Imperativs die, im schlechten Sinne, abstrakte Möglichkeit einer menschenwürdigen Gesellschaft entgegengehalten, ohne die krisenhafte innere Bewegungsmotorik des kapitalistischen Widerspruchsprozesses als ihr Verwirklichungspotential benennen

zu können.

Ebenfalls mit einer Veröffentlichung des zu Klampen-Verlages beschäftigt sich Peter Klein in seinem Artikel "*Moralische Kritik oder Kritik der Moral?*", der den Abschluß dieser Ausgabe der "KRISIS" bildet. Er setzt sich dort mit Christoph Türckes Buch "Die neue Geschäftigkeit - Zum Ethik- und Geistesbetrieb" auseinander und kommt zu einem ähnlichen Ergebnis wie schon Udo Winkel. Türcke entpuppt sich als scharfsichtiger Kritiker der modischen Wiederbeatmung der Ethik im professionalisierten Sektor der sogenannten "Philosophie", dennoch bleibt er selbst in moralischen Kategorien befangen. Türckes Texte sind gerade deswegen reizvoll, weil sie die Grenze markieren zwischen bewußtloser Affirmation der bürgerliche Form und dem Versuch, den Schritt über die Philosophie hinaus zu tun. Dieser entscheidende Schritt, der nichts anderes sein kann als die Entfaltung der Kritik der politischen Ökonomie auf *allen* Ebenen des gesellschaftlichen Prozesses, wird von Türcke zwar abstrakt eingefordert, aber selbst nicht vollzogen.

Bliebe noch anzumerken, daß die theoretische Zeitschrift "KRISIS" seit Februar eine kleine Schwester besitzt: die Flugschrift "KRISIS" im Zeitungsformat. Wir hoffen, daß diese Namensgleichheit keine allzu großen Verwirrungen - etwa bei Bestellungen - hervorruft (sie können vielleicht durch die jeweiligen Zusätze "Zeitschrift" bzw. "Flugschrift" vermieden werden). Die Namensidentität ist deshalb bewußt gewählt, weil wir deutlich machen wollten, daß es sich bei den beiden Publikationen nicht um zwei grundsätzlich verschiedene Projekte handelt, sondern daß beide gewissermaßen aus einem Guß sind. Es handelt sich bei der Flugschrift also nicht um eine Art bloßer "Popularisierung" der in der Zeitschrift entfalteten Positionen, sondern wir wollen mit ihr eine Ebene der Publikation erschließen, die bisher weitgehend ausgespart blieb. Die Aufsätze in der bisherigen "MK" zeichneten sich überwiegend durch einen sehr grundsätzlichen Charakter aus, der nicht zuletzt der eigenen Selbstverständigung diente. Zwar wollen wir auch hier die Akzente verschieben und die Position weiter entfalten, konkretisieren, Vermittlungen schaffen - zum Teil haben wir ja auch schon damit begonnen; doch soll damit der Charakter als Theoriezeitschrift im engeren Sinne nicht in Frage gestellt werden. Durch ein Nebeneinander von kurzen Zeitungsartikeln mit unmittelbar aktuellem Bezug und grundsätzlicheren Aufsätzen würde aber einerseits dieser Charakter der Theoriezeitschrift in ziemlich disparate Elemente auseinanderfallen, und andererseits ist die "KRISIS"-Theoriezeitschrift auch schon allein wegen des Herstellungs- und Vertriebsaufwandes viel zu schwerfällig, um kurzfristig in laufende Diskussionen eingreifen zu können. Die "KRISIS"-Flugschrift soll also eine Lücke füllen, soll andere und weitergehende Vermittlungen schaffen, ohne daß der theoretische Anspruch aufgegeben würde. Wir sind der Auffassung, daß es eine Aufgabe und Ebene der Theoriebildung für sich

ist, die entwickelten Grundsatzpositionen auf akute Fragestellungen der "Erscheinungsebene" zuzuspitzen, sie daran abzuarbeiten, zu entfalten und zu konkretisieren. Ein Rückbezug auf die grundsätzliche Ebene der Theoriebildung, wie auch umgekehrt, ist damit von allem Anfang an impliziert.

Ernst Lohoff und Nuno Tomazky für die Redaktion

Robert Kurz

DEUTSCHLAND, EINIG IRRTUM

Die Wiedervereinigungsfalle und die Krise des warenproduzierenden Weltsystems

1.

Der Osten hat verloren, aber der Westen hat nicht gewonnen. Nicht einmal über die Natur des sich zersetzenden Systemkonflikts herrscht mehr Klarheit. Freiheit versus Sozialismus? Arbeitermacht gegen Ausbeutung? Die Begriffe zerfallen zu Staub und enthüllen sich so als mumifizierte Ideologien, die aus der Grabkammer der versteinerten Nachkriegs-Konstellation an die frische Luft einer gänzlich veränderten weltgesellschaftlichen Wirklichkeit gebracht werden. Aber nicht nur beiderseits der Elbe denken und handeln die Protagonisten gleichsam pantomimisch weiter in den gewohnten, gespenstisch unwirklich gewordenen Posen der politischen Klasse; demoralisiert und demütig geworden die einen, mit verräterisch verzerrtem und fast ungläubigem Siegerlächeln die anderen. Worin aber besteht die fundamentale Veränderung, die sich derart dramatisch hinter dem Rücken der Galionsfiguren eines offenbar blinden und objektivierten historischen Prozesses vollstreckt hat?

Konvergenztheorien haben seit langem einen immanenten Zwang zur Annäherung der sich gegenseitig scheinbar ausschließenden Gesellschaftsformationen prognostiziert. Teils wurde diese verborgene innere Identität in den gemeinsamen naturwissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der modernen Industriegesellschaften gesehen (meistens im Kontext kulturpessimistischer Anschauungen), teils in der ökonomischen Notwendigkeit einer wechselseitigen Durchdringung von Marktmechanismen und staatlicher Regulation. Sowohl Markt als auch Staat, ebenso wie die in Bewegung gesetzten naturwissenschaftlich-technischen Agenzien, folgen jedoch einer tiefer liegenden gesellschaftlichen Basis-Logik. Deren Identifizierung als "Arbeitsgesellschaft" verweist keineswegs auf eine ontologische menschliche Grundbefindlichkeit. Denn "Arbeit" befindet sich hier immer schon in der spezifisch historischen Form einer abstrakten betriebswirtschaftlichen Vernutzung von menschlicher Arbeitskraft und Naturstoffen, wie sie allein dem *warenproduzierenden System* der "Moderne" inhärent ist. Die "Sowjetökonomie" hat daran gar nichts geändert, sondern dieser arbeitsgesellschaftlichen Logik des (unüberwundenen) warenproduzierenden Systems die etatistische Planung nur äußerlich aufgesetzt.

Marktwirtschaft (der Oberflächenbegriff des warenproduzierenden Systems) ist abstrakte Arbeit als Selbstzweck, dargestellt in Geld. Ein genaueres Hinhören hätte schon immer erkennen lassen, daß das östliche Selbstverständnis eines "geplanten Marktes" das innere Wesen der Marktwirtschaft keineswegs transzendiert. Die Elemente der bürokratischen Staatsplanung entstammen nicht einer nach-, sondern einer *vorbürgerlichen* Logik, deren relative historische Sinnstiftung als gewaltsame "nachholende Industrialisierung" längst jede Legitimation eingebüßt hat. Der Export dieser in sich widersprüchlichen Formation "nachholender" bürgerlicher Vergesellschaftung in die westliche Peripherie des russischen Imperiums und speziell deren Installation im bereits hochindustrialisierten Deutschland-Ost war von vornherein kontraproduktiv und reaktionär. Von der historischen Lebenslüge ihres östlichen Pendants aber lebt die westliche politische Klasse legitimatorisch bis zum heutigen Tag; ihr vermeintlicher Sieg könnte sie in jeder Hinsicht teuer zu stehen kommen.

Tatsächlich verweist der Zusammenbruch des Ostblocks auf eine tieferliegende Krisenpotenz der gemeinsamen arbeitsgesellschaftlichen Grundlagen des warenproduzierenden Weltsystems, deren schubweises Manifestwerden auch den Westen selber nicht aussparen kann. Dieser "realsozialistische" Zusammenbruch signalisiert, ebenso wie schon vorher derjenige weiter Teile der 3. Welt, keineswegs das Einmünden eines historischen Irrtums in die geschichtslose Wahrheit des Marktes, sondern viel eher die lebensgefährlich gewordene Erosion der gemeinsamen weltgesellschaftlichen Basisform. Jedes Gesamtsystem, und ein solches ist der totale Weltmarkt über alle scheinbaren Systemgrenzen hinweg, zerbricht zuerst an den Schwachstellen seiner peripheren Subsysteme. Nicht die endbürgerliche Lebens- und Reproduktionsform des totalen Marktes siegt, sondern die "nachholende" Integration des Südens und Ostens, d.h. der Mehrheit der Weltbevölkerung, in diese ausgeschöpfte und nicht mehr weiterzuentwickelnde bürgerliche Welt ist gescheitert. Und hierin liegt die Tragik der östlichen Reformer: sie möchten auch als politisch-moralische Subjekte und nicht bloß als ökonomische Entwicklungsmaschinen durch die Tür der "Moderne" treten und merken gar nicht, daß das Haus, zu dem diese Tür gehört, bereits in hellen Flammen steht.

Die Arbeitsgesellschaft des warenproduzierenden Systems überholt sich selbst, weil die abstrakte betriebswirtschaftliche Vernutzungspotenz von Arbeitskraft auf dem konkurrenzwirtschaftlich erreichten industriellen Produktivitätsniveau strukturell rückläufig wird. Die Konkurrenz belohnt Steigerung der Produktivität mit überproportionaler Aneignungsfähigkeit von "Wert" (Geld) auf dem Weltmarkt; aber die daraus resultierende permanente Produktivitätssteigerung unterhöhlt gleichzeitig die weltweite Anwendungsfähigkeit von Lohnarbeit. Dieser säkulare Prozeß scheint heute sein Reifestadium erreicht zu haben. Nicht mehr an der guten alten kapitalistischen "Ausbeutung" krankt die krisenhaft ins

Leben tretende postfordistische Welt, sondern (die Warenproduktion vorausgesetzt) am zunehmenden Mangel derselben, vorangetrieben durch jeden neuen mikroelektronischen Produktivitätsschub. Die Zeche zahlen die "Weltmarktverlierer": Länder, Regionen, Branchen, Unternehmen, Individuen. Die von Daniel Bell prognostizierte "Dienstleistungsgesellschaft" erscheint zwar in der realen Tertiarisierung, aber in der volkswirtschaftlichen Gesamtreproduktion lassen sich die meisten "Dienste am Menschen" nicht kapitalisieren und schlagen um in "unproduktive" Finanzierungslücken. Um den Schein marktökonomischer Normalität aufrechtzuerhalten, muß weltweit durch einen historisch beispiellos sich auftürmenden Kredit- und Spekulationsüberbau "fiktiven Kapitals" (Marx) die Kaufkraft von Staaten, Unternehmen und Privaten simuliert werden.

Die Kreditketten reißen notwendig zuerst in den produktivitätsschwachen Regionen des Weltmarkts. Die Schuldenkrise der 3. Welt und deren Verslumung, Deindustrialisierung und Barbarisierung findet deshalb ihre Fortsetzung im Zusammenbruchsprozeß des nunmehr bereits ehemaligen Ostblocks. Das calvinistische Arbeitsethos der "Arbeiter-und-Bauern"-Mythologie blamiert sich gerade dadurch, daß der "geplante Markt" stagnativ auf niedrigem Produktivitätsniveau in der "ehrenvollen" massenhaften Arbeitskraft-Verausgabung verharrt, ohne die Tertiarisierung und mikroelektronische Umwälzung auf Weltniveau mitmachen zu können. Der vorbürgerliche Industrialisierungs-Sozialismus hat die Lohnarbeit nicht überwunden, sondern deren "Vollbeschäftigung" durch die Notenpresse bis zum unvermeidlichen Ende von Staatsbankrott und Hyperinflation simuliert. Dieser Bankrott mußte früher oder später vollstreckt werden als Quittung für den Versuch, auf dem Boden des unüberwundenen warenproduzierenden Systems dessen "Zwangsgesetze der Konkurrenz" (Marx) bürokratisch substituieren zu wollen. Die künstlich subventionierte Arbeitskraft-Verausgabung unterhalb des Weltniveaus der Produktivität ist auf dem Weltmarkt "ungültig", und diese Ungültigkeit schlägt jetzt voll nach innen durch.

Aber dieser Zusammenbruch sollte den Westen ebensowenig freuen wie die Krise der 3. Welt, kündigt er doch das Ende der kreditären Simulation von produktiver Kaufkraft auch im autochthonen westlichen Kapitalismus an, das schon in den Börsencrashs von 1987 und 1989, in der Krise des nordamerikanischen Junk-Bond-Marktes, im Prekärwerden der weltweiten gigantischen Immobilienspekulation (mit zunehmender Wohnungsnot als Folgeerscheinung) und in der geradezu phantastischen US-Sparkassenpleite aufgeblitzt war. Das Gebirge "fiktiven Kapitals" nicht bloß des Südens und Ostens, sondern auch des glorreichen Westens selber beginnt zu wanken. Nachdem die schon länger schwelende Krise des Südens den gesamten Osten erfaßt hat, könnte sie gerade in Deutschland, an der hautnahen Berührungsstelle der Subsysteme des einen warenproduzierenden Weltsystems, in den Westen überschlagen.

2.

Gerade die Wiedervereinigung, in der Treuherzigkeit des "politisch" beschränkten Bewußtseins gefeiert als Triumph der Freiheit oder (umgekehrt) resignierend akzeptiert als vermeintliche Übermächtigkeit "des Kapitals", könnte zur kritischen Masse für einen Super-GAU des warenproduzierenden Systems werden und eine Weltmarktkrise auslösen (falls sich nicht zuvor schon ein anderer Auslöser findet). Keine unerträglichere Last hätte der wunderbaren BRD aufgebürdet werden können als die Kapitulation der DDR und die Zumutung, das längst versteinerte und verkrustete Gebot des Grundgesetzes aus dem Jahr 1949 unter den Weltmarktbedingungen der 90er Jahre verwirklichen zu müssen. Es ist eine Sache, mit dem Finger auf das östliche Völkergefängnis zu zeigen und die mangelnde Konkurrenzfähigkeit des "geplanten Marktes" zu beweisen; eine ganz andere Sache aber ist es, den 17 Millionen Brüdern und Schwestern wirklich die Hand zu reichen und sie an Bord der konkurrenzwirtschaftlich erfolgreichen Titanic zu hieven.

Merkwürdig naiv setzt sich ein flacher Berufsoptimismus in Szene, wenn den östlichen Hilfsschülern des Kapitalismus suggeriert wird, daß ein bloßer "Modellwechsel" des ökonomischen Allokationssystems ihnen per se Rettung, Wachstum und zukünftigen Wohlstand garantieren könne. Als gäbe es nicht reihenweise konkurrenzwirtschaftliche Weltmarktverlierer gerade auf der (erzwungenen) Basis des relativ "freien" Marktzugangs, und zwar keineswegs bloß in Afrika und Lateinamerika, sondern auch an der Peripherie der OECD-Länder selbst. Ja sogar Zentren wie die USA und Großbritannien befinden sich seit langem zumindest partiell im Verlierersog der Weltmarktbewegung, mit sozialen Folgen übrigens, die denjenigen des untergehenden Ostblocks und der 3. Welt keineswegs unähnlich sind. Die Zersetzung der sozialen Architekturen ist längst auch in die Zentren der Weltmarktproduktivität vorgedrungen, die fordistische Globalprosperität nur noch historische Erinnerung. Lediglich in den Relationen und Reichweiten des Niedergangs und der Krisenprozesse unterscheiden sich die Regionen des warenproduzierenden Weltsystems. In der Montan-, Werft- und Textilindustrie gehört auch der ansonsten satte Weltmarktgewinner BRD zu den Verliererländern; da die Arbeitslosigkeit und Kapitalvernichtung aber im internationalen Produktivitätswettlauf nicht etwa unmittelbar bei den technologischen und infrastrukturellen Spitzenreitern auftritt, die zusätzliche Märkte erobern, sondern vielmehr in die Verliererregionen exportiert wird, muß sie auch dort subventioniert werden oder sekundäre Verelendungsprozesse auslösen.

Die Einführung des konkurrenzwirtschaftlichen "Prinzips" im ehemaligen Ostblock kann also gar nicht als solche eine Besserung bringen, sondern nur mechanisch anzeigen, wo diese Länder vom Standpunkt der Produktivitätslogik des Weltmarkts aus real stehen: nämlich tief unten in den Randzonen der Armut. Die Wegnahme jener bürokratischen Käseglocke des "geplanten Marktes" und

die Auflösung seiner Subventionsstrukturen, die den nie überwundenen Gesetzen der Vernutzung von Lohnarbeit nicht länger standhalten konnten, enthüllt nur die hoffnungslose Verrottung eines künstlich fixierten frühfordistischen und mittlerweile antiken Reproduktionsapparats. Die Weltmarktverlierer, die bisher noch nicht so genau wußten, daß sie solche sind, müssen nun ohne Erbarmen büßen. Das sagen auch wenigstens die frischgebackenen katholischen Monetaristen Polens in wünschenswerter Klarheit.

Aber da die "Schocktherapie" einer Freisetzung der Konkurrenzlogik in Wirklichkeit nur den Ausbruch der Krankheit beschleunigen und deren Symptome verschlimmern kann, wird sie auch nicht zur Heilung führen. Daß es nach einer "vorübergehenden" Durststrecke zu ungeahnten Aufschwüngen und neuen "Wirtschaftswundern" kommen könnte, ist eine Fata Morgana für die Gutgläubigen. Denn erstens wären für die Erneuerung des Maschinenparks und der Infrastruktur im Sinne der "Konkurrenzfähigkeit" gewaltige Summen nötig, die kein einziges Ostblockland besitzt; im Gegenteil bahnt sich hier schon aus den Altlasten bisheriger Außenverschuldung eine zweite Schuldenkrise an, die im Falle Polens längst gerichtsnotorisch geworden ist und wie in Afrika und Lateinamerika bereits vom Schuldenpolizisten IWF notverwaltet wird.

Zweitens würde es sich dabei um zunächst für sich genommen unproduktive Investitionen bzw. um *Vorauskosten* handeln, die erst nach einer längeren Inkubationszeit, wenn überhaupt, zur erwünschten Konkurrenzfähigkeit führen könnten. In der Zwischenzeit, und zwar sicherlich über Jahre hinweg, müßten große Teile der "zunächst" einmal arbeitslos gewordenen Bevölkerung auf einem neue (berechtigte) Unzufriedenheit erzeugenden Armutslevel erst recht weitersubventioniert werden, was die gewaltigen Kosten der infrastrukturellen und maschinellen Erneuerungs-Aufrüstung des Reproduktionsapparats noch einmal gut und gerne verdoppeln dürfte. Es sei denn, eine Millionenmasse von Menschen Osteuropas könnte fünf oder zehn Jahre von der Luft und von der Liebe ihrer westlichen Beifallspender leben. Da aber soeben der "geplante Markt" an eben diesen Subventionskosten erstickt ist, bleibt einigermaßen unersichtlich, woher denn die Gelder für dieses Durchhalten kommen sollten. Aus einer Eigenerwirtschaftung in den zusammengebrochenen Binnenökonomien Osteuropas jedenfalls nicht.

Drittens schließlich wäre selbst bei einem Durchpeitschen dieser logisch wie praktisch unmöglichen Wahnsinnsanstrengung, die fast schon eine Vernichtung "unnützer" Bevölkerungsteile einkalkulieren müßte, wie sie sich gegenwärtig in den Elendsgürteln der 3. Welt als grausame Realität vollstreckt, ein späterer Erfolg mitnichten garantiert. Ein Durchhungern zum auch nur bescheidenen marktwirtschaftlichen Wohlstand ist heute nirgendwo auf der Welt mehr binnenökonomisch im Rahmen einer nationalen Volkswirtschaft möglich; auch daran sind ja nicht zuletzt die "geplanten Märkte" mit ihren vorsintflutlichen Autarkietendenzen gescheitert. Die internationale Integration ist in der EG viel weiter

fortgeschritten als im RGW, der kaum mehr als einen losen Verbund von stagnierenden Nationalökonomien darstellt und allein dadurch schon seinen reaktionären Charakter enthüllt.

Der Prozeß "negativer Vergesellschaftung" des warenproduzierenden Systems hat längst den Weltmarkt aus einer Meta-Sphäre nationalökonomischer Reproduktion in den *unmittelbaren Funktionsraum* vieler oder sogar der meisten betriebswirtschaftlichen Einheiten verwandelt; da dies nur die andere Seite der Produktivitätsschübe des Vernutzungsprozesses von Arbeitskraft ist, mußte der "geplante Markt" auch in dieser Hinsicht sein Waterloo erleben. Die Internationalisierung der Märkte und der Arbeitsteilungs-Strukturen läßt hochwertige Industrieproduktionen nur noch zu, wenn sie auch Exportmärkte erfassen können. Ansonsten ist *Deindustrialisierung* die Konsequenz und damit die Belieferung des jeweiligen Binnenmarktes mit hochwertigen Produkten von außen, die sich dann allerdings nur noch eine kleine Oberschicht leisten kann. Gerade dies muß als die wahrscheinlichste Perspektive für Osteuropa erscheinen, weil die asiatischen Newcomer sich ihren Vorsprung nicht mehr abnehmen lassen werden und der Weltmarkt eben nicht mehr beliebig aufnahmefähig ist.

Jeder Vergleich des osteuropäischen "Neuanfangs" mit der westlichen (und speziell westdeutschen) fordistischen "Gründerzeit" nach dem 2. Weltkrieg lügt sich über die völlig veränderten Bedingungen des warenproduzierenden Weltsystems hinweg; stand damals im Weltmaßstab der Boom fordistischer Arbeitskraft-Vernutzung in den neuen Massenindustrien noch bevor, so ist er heute bereits ausgelaufen und von der Produktivitätslogik der Konkurrenzökonomie überholt. Derselbe Grund, der zum Zusammenbruch des "geplanten Marktes" geführt hat, verunmöglicht auch gleichzeitig einen produktiven konkurrenzwirtschaftlichen "Gründerboom" des Ostens auf dem Weltmarkt. Einerseits "gilt" individuelle wie gesellschaftliche Reproduktion nur als Resultat der Vernutzung von abstrakter Arbeitskraft, andererseits "gilt" wiederum diese Vernutzung nicht, wenn sie nicht konkurrenzökonomisch "erfolgreich" auf dem Produktivitätsniveau des Weltmarkts "realisiert" werden kann; und je höher dieses Niveau geschraubt wird, desto unerreichbarer wird es für immer mehr Regionen und Firmen. Mit anderen Worten: eine immer größere Masse von Menschen ist in der Logik des warenproduzierenden Systems schlicht "ungültig" und kann sich im Prinzip aufhängen, wofür sie sich bedanken wird.

Wenn also binnenökonomische "Wirtschaftswunder" grundsätzlich unmöglich sind, die Weltmärkte aber besetzt bleiben oder "Opfer" im Maßstab tiefer Verelendungsprozesse von Bevölkerungsmehrheiten über eine sehr viel längere (und eigentlich unabsehbare) Zeit abverlangen müssen, als es sich die jeweiligen "Experten" des Fetisch-Systems der Warenproduktion zu sagen getrauen: dann ist mit dem Ostblock keineswegs bloß ein durch und durch verlogener und verfaulter politischer Herrschaftsapparat kriegswirtschaftlicher Provenienz zusam-

mengebrochen, sondern ein weiteres ökonomisches Segment des einen warenproduzierenden Weltsystems - und diesmal nicht "weit weg" auf der südlichen Halbkugel, sondern direkt vor der Haustür. Sobald die Massen des Ostens, die in den Subventionsstrukturen eines äußerlich-militärisch vom Weltmarkteinbruch abgeschirmten Industriesystems keineswegs an das Elend des Südens gewöhnt waren, bemerken werden, daß der Zusammenbruch der verhaßten Regimes "dummer alter Männer" ihnen nichts weiter einbringt als den "Ungültigkeits"-Stempel des Weltmarkts auf Dauer, wird ihre eigentliche Rebellion erst beginnen: wie immer diese dann auch aussehen mag, ob als (unwahrscheinliches) zielgerichtetes Abschütteln der Warenproduktion oder als ziellose Aufstände, Pogrome, Massenfluchtbewegungen und Massenkriminalität. Medellin läßt grüßen.

Der Stolz osteuropäischer Protagonisten auf ihre vermeintlichen "demokratischen Revolutionen" muß vor diesem Hintergrund als geradezu dumm und naiv erscheinen, denn mit Ausnahme Rumäniens (dort war wohl die putschende Armee der entscheidende Faktor) ist die alte politische Klasse der marxistisch-leninistischen Dracula-Regimes nirgendwo wirklich von revoltierenden Massen hinweggefegt worden. Dies wäre allerdings auch die erste Händchenhalter- und Kerzchen-Revolution der Weltgeschichte gewesen. Die eher ohnmächtige Friedfertigkeit der nur auf den ersten Blick "guten Menschen" in allen Ehren, die sich übrigens schon auf den zweiten Blick als gierig-ellbogenstoßende und geiferndgesichtslose Masse ohne eigene Subjektivität entpuppten: aber noch keine herrschende Partei oder Klasse ist jemals auf bloß passive und noch dazu hündisch nur nach anderen Herren schielende Mißfallenskundgebungen ihres "Menschenmaterials" hin mit allen Anzeichen einer derartigen Selbstaufgabe abgetreten, wie sie die politisch abgelebte poststalinistische Nomenklatura Osteuropas in wenigen Wochen vorgeführt hat. Noch nicht einmal ein einziger Generalstreik war dafür notwendig. Die wirklichen Revolutionäre waren freilich ebensowenig Subjekte wie die politisch stummen und stumpfen, bar jeder Eigenständigkeit und marionettenhaft agierenden Demonstrantenmassen: nämlich Weltmarktlogik und Staatsbankrott. Die Nomenklatura ist aus demselben Grund durch den Hinterausgang verschwunden, aus dem die südamerikanischen Militärs keine besonders große Lust mehr zum Putschen haben.

Und deswegen sind auch keine eigenständigen neuen Ideenträger aus diesen Pseudo-"Revolutionen" hervorgegangen, sondern bloß eine geklonte politische Klasse nach dem Muster der westlichen, die sich anschickt, den in vierzig Jahren angesammelten Phrasenschatz der letzteren in wenigen Monaten auswendig zu lernen und telegen nachzuplappern. Die Nachfolger der gerontokratischen Gespenster-Regimes wirken selber gespenstisch; ihre zutiefst mediokre Subalternität stempelt sie zu farblosen Sachzwang-Verwaltern und damit zu würdigen Repräsentanten einer desorientierten Masse, die ihre wirkliche Lage noch gar nicht realisiert hat. Diese vor devotem Übereifer über die eigenen Beine stolpernden

politischen Butler des Westens agieren unter Bedingungen, deren Krisenpotenz noch lange nicht erschöpft ist. Dies könnte so manchen hoffnungsvollen Nachwuchskarrieren der runden Tische noch übel aufstoßen, weil die erpichten mehr oder weniger Jungdynamischen nicht als Väter und Mütter eines neuen Wirtschaftswunders zu feiern sein werden, sondern nur allzubald die Austerity-Fratze demokratischer Notstandsregimes zeigen müssen. Polen war nur der Anfang. In die Freude der neuen Freiheit werden sich unaufhaltsam die Tränen der marktwirtschaftlichen Bettelarmut und neuer Massen von Erniedrigten und Beleidigten mischen, wie sie in geometrischer Progression die Slums der Weltmarkt-Gesellschaften füllen. Die demokratischen Polizeiknüppel schlagen genauso hart wie die stalinistischen, und sie stammen vielleicht sogar aus denselben Fabriken.

Die westlichen Zentren konnten bisher den Prozeß der Weltmarktkrise und ihrer arbeitsgesellschaftlichen Grundlagen schon nicht "draußen vor der Tür" halten, aber immerhin noch unterhalb der Schwelle offener politisch-ökonomischer Katastrophenprozesse. Die erhebliche Minderheit im Schatten sieht man nach wie vor nicht, trotz allen sozialen Geklingels. Aber mit dem Zusammenbruch der DDR ist eine völlig neue Situation geschaffen, die vielleicht aus späterer Sicht einmal als der entscheidende Dammbruch bezeichnet werden muß. Mit der Wiedervereinigung, in welcher institutionellen Form auch immer, wird die Destabilisierung in den Westen getragen. Denn die BRD erbt kein zusätzliches Pfund, mit dem sie auf den Weltmärkten zu wuchern vermag, sondern eine bereits niederkonkurrierte Konkursmasse, deren Last ihr die Luft abdrehen könnte.

Das Hochrechnen von abstrakten Kennziffern vermeintlicher "Kräfteverhältnisse" (80 Millionen Einwohner, ein Sozialprodukt wie England und Frankreich zusammen) verkennt völlig die Produktivitätslogik des Weltmarkts an der Schwelle des 3. Jahrtausends. Wenn der Zugewinn von einigen hunderttausend Tonnen Schweinegülle, von "Schätzen" wie einem stinkenden Braunkohlenrevier jenseits aller profitablen Vernutzungsfähigkeit und von museumsreifem Industrieschrott die Völker Europas in Angst und Schrecken vor der "Macht" einer dann angeblich unwiderstehlichen BRD versetzt, müssen sie nicht ganz bei Trost sein. Und auch das zusätzliche "Gewicht" von 17 Millionen konsumhungrigen und erwartungsvollen, aber nicht mehr profitabel vernutzbaren Menschen fällt in eine ganz andere Waagschale als diejenige politischer oder selbst militärischer Potenz.

Mikroelektronik und Tertiarisierung haben mit dem Obsoletwerden sowohl der industriellen wie der militärischen "infantristischen Basis" von bloßem Menschenmaterial längst ganz andere Kriterien von "Macht" und "Erfolgspotenz" hervorgebracht als das sterbende Zeitalter der fordistischen Massenindustrien. Daß die "nationale Karte", die in ihrer "realsozialistischen" Version gerade vollkommen ausgereizt ist, nun ausgerechnet in der BRD-kapitalistischen Version einer auf viel höherer Stufenleiter in die internationalen Marktstrukturen integrierten

Ökonomie plötzlich wieder stechen soll, diese fixe Idee kann nur eine Ausgeburt vergangenheits-geblendeter Hirne genannt werden, die jede neue Konstellation immer nur als Wiederholung der Geschichte begreifen können und daher stets blamabel danebendenken. Zu seinem Schaden wird "Deutschland" dies als Krise erfahren.

3.

Kostenrechnungen in einer totalen Käufer- und Verkäufergesellschaft haben es gewöhnlich an sich, daß sie zu niedrig angesetzt werden. Dies dürfte auch gelten, wenn etwa die "Wirtschaftswoche" den Sanierungsbedarf der DDR mit über den Daumen gepeilten 1,3 Billionen DM beziffert. Dies wären wohlgemerkt nur die "Vorauskosten" in Sachanlagen, mit denen zunächst noch kein einziger Marktanteil erhalten bzw. gewonnen und kein einziger Mensch unmittelbar ernährt ist. Sekundäre (und begrenzte) Beschäftigungseffekte in der Bau- und Investitionsgüterindustrie schaffen das Problem dieser Vorauskosten nicht aus der Welt. Auch und erst recht für die DDR müssen sämtliche "Sanierungsgelder" in Wirklichkeit (mindestens) doppelt angesetzt werden, nämlich einmal als Kosten für Sachanlagen und zum andern als Sozialkosten aus den Sanierungsfolgen.

Aber selbst diese bereits erschreckend genug ausfallende Rechnung ist noch abstrakt und eher beschönigend. Denn das Problem besteht ja vor allem auch darin, daß diese "Sanierung" eine fiktive Größe ist und sich real ein Prozeß des beschleunigten Unterpflügens der gesamten DDR-Struktur durch die Wiedervereinigung abspielt, auf den diese fiktive "Sanierung" dann treffen würde, also unter völlig veränderten, keineswegs "modellhaften" Ausgangsbedingungen. Dieser Prozeß aber ist völlig blind und hat bereits begonnen, die naiven Vorstellungen der deutschnationalen "Macher" ad absurdum zu führen. Während noch die groteske Beschwörung der Ludwig-Erhard-Legende durch die Presse geistert, hat sich der vermeintliche marktwirtschaftliche "Aufbruch" bereits in einen Abschied der nun fast schon "ehemaligen" DDR-Regionen von der Struktur eines Industrielandes verwandelt.

Bevor die DDR-Industrie "saniert" werden kann, wird sie großenteils gar nicht mehr existieren. Das Gerede vom "Ausverkauf", mit dem nicht zuletzt eine desorientierte und völlig realitätsblinde Linke das andere Gerede vom neuen "Wirtschaftswunder" zu konterkarieren versucht, verkennt völlig die Tatsache, daß es in den meisten Industriezweigen der DDR gar nichts mehr aufzukaufen gibt, sondern höchstens Abriß- und Verschrottungskosten anfallen würden. "Es gibt kein Problem der DDR-Industrie", so der zynische Kommentar eines westdeutschen Firmenberaters nach einer Besichtigungs-Tournee durch die bisher dem Blick der Öffentlichkeit verschlossenen Produktions-Favelas der DDR, "das wir nicht mit dem Bulldozer lösen könnten".

Nur von berufsmäßigen Volksberuhigern und Schönmalern der häßlichen

Realität werden solche Einschätzungen als "übertrieben" abgewehrt. In Wirklichkeit sind sie eher untertrieben. Denn wahrscheinlich sind es mehr als die bisher genannten 400 DDR-Betriebe, die allein schon aus Umweltgesichtspunkten wegen Gemeingefährlichkeit sofort stillgelegt werden müssen. Eine weitere Anzahl wird nach einer Übergangszeit aus demselben Grund folgen, wenn die EG-Umweltrichtlinien in Kraft treten und die DDR-Regionen dieses Problem nicht mehr so ohne weiteres nach dem Muster von 3.Welt-Ländern ignorieren können, da sie dann ja Bestandteil der wunderbaren BRD sein werden (was sie nicht hindern wird, zum Giftmüllplatz der Nation zu avancieren, denn das ist juristisch erlaubt). Aber diese Deindustrialisierung im Gefolge des überdurchschnittlich fortgeschrittenen ökologischen Bankrotts ist erst ein kleiner Anfang; sie wird sich rasant fortsetzen in der Gestalt ökonomischer Bankrottserien.

Denn das eigentliche Massensterben der DDR-Industrie beginnt in dem Maße, wie über den Firmen und Betrieben der DDR die Weltmarkt-Konkurrenz zusammenschlägt. Schon in Polen hat die bloß binnenökonomische "Einführung" der Konkurrenzwirtschaft alle Anzeichen eines verschärften Zusammenbruchsprozesses hervorgebracht; die Massenarbeitslosigkeit ist dort bei einem erwarteten Wegbrechen ganzer Segmente der gesellschaftlichen Reproduktion bereits im Rollen. Aber Polen hat sich immerhin keineswegs als Volkswirtschaft bedingungslos dem Weltmarkt geöffnet, der Konkurrenzmechanismus bleibt insofern in vieler Hinsicht relativ beschränkt. Ablesbar übrigens nicht zuletzt daran, daß Cleverles von Neu-Unternehmern sich bitter über zu hohe Zollschranken für hochwertige westliche Güter beklagen, mit denen die polnische Industrie noch geschützt wird. Für die DDR sieht es dagegen bei einer Wiedervereinigung, und teilweise auch jetzt schon in deren Vorfeld, nicht etwa besser aus, weil sie am Herzen des großen reichen Bruders geborgen wäre, sondern genau umgekehrt: selbst der relative Schutz, den Polen sich wie andere 3. Welt-Länder als wenigstens formell selbständige Volkswirtschaft noch leisten kann, muß wegfallen.

Gnadenlos sind nicht erst vom Tage x an sämtliche DDR-Betriebe der übermächtigen Konkurrenz aus den EG-Ländern preisgegeben, vor der sie weder Mauer noch Zollschranken mehr schützen können. Vor allem aber: der große reiche Bruder ist selber der Mörder der DDR-Industrie. Denn gerade die westdeutsche Industrie selbst richtet im faktisch bereits inländischen ehemaligen DDR-Gebiet Verheerungen an, indem sie mit ihren Waren den Markt überschwemmt. Es gibt gar keinen ökonomischen Grund, warum sie außer für einige High-tech-"Pralinen" und für einige verlängerte Billiglohn-Werkbänke auf dem Boden des jetzigen DDR-Gebiets produktive Investitionen im von tumben national-besoffenen Politikastern geforderten Riesenmaßstab tätigen sollte, wenn sie doch diese Regionen vom Westen aus beliefern und bei Engpässen die Preise hochschrauben kann. Faktisch sind von den BRD-Konzernen bis jetzt in der DDR weniger produktive Investitionen geplant als in Brasilien. Noch nicht ein-

mal die (marginale) Billiglohn-Option greift. Der Präsident des Wirtschaftsverbandes Gesamttextil, Wolf Dieter Kruse, erklärte ohne Wimpernzucken, daß die BRD-Textilindustrie aus Kostengründen "auch künftig mehr in Portugal ... als in der DDR" produzieren werde (Nürnberger Nachrichten v. 25.4.90).

Keineswegs zufällig sind die meisten hochgelobten und scheinheilig hinausposaunten Kooperationsverträge von BRD- und DDR-Firmen von höchst einseitiger Natur: es handelt sich in erster Linie um *Vertriebs-* und *Service-*Verträge, während sich schon jetzt die DDR-Vertreter bitter und teilweise mit eisigem Entsetzen über das unverhohlene westliche Desinteresse an produktiven Investitionen beklagen. Dasselbe Bild bietet die "Gründer"-Welle von vermeintlichen DDR-Cleverles, die eine von westlichen Produktionen abhängige Dienstleistungsklitsche nach der anderen hochziehen, aber von "Grundigs" und "Nixdorfs" natürlich keine Spur.

Gegen die durchweg qualitativ besseren und gleichzeitig billigeren westlichen Produkte hat die nur mit (bestenfalls) 50 Prozent der westlichen Produktivität arbeitende DDR-Industrie nicht einmal den Hauch einer Chance. Von Tomaten bis zu Radiorecordern, von Autoreifen bis zu Rasierapparaten wird ein Produktionssegment nach dem anderen ausradiert werden, vermutlich am Ende mehr als 60 Prozent der bisherigen DDR-Industrie. Dieser Prozeß hat bereits begonnen. Die ersten Fabriken (Süßwaren) mußten schließen, weitere werden folgen. Allein im März 1990 lieferte die BRD bereits nach Angaben des Wiesbadener Statistischen Bundesamts 44 Prozent mehr Waren in die DDR, während sich umgekehrt die Bezüge um 1 Prozent verringerten. Immer weniger DDR-Produkte werden den Händlern abgenommen, immer mehr DDR-Betriebe produzieren auf Halde; ihre Schließung ist nur eine Frage der Zeit, die wesentlich kürzer sein könnte als selbst von Pessimisten erwartet:

> "Die Angst der Händler überträgt sich auf die Produzenten. Wer kauft ihre altmodischen und unattraktiven Produkte? >Der Inlandsmarkt<, urteilt der DDR-Unternehmenspräsident Rudolf Stadermann, >ist völlig zusammengebrochen<. Die Rundfunk- und Fernsehtechnik, die Bekleidungsindustrie und weite Teile der chemischen Industrie hätten keine Perspektive mehr, sagt Stadermann. Wahrscheinlich müßten 40 Prozent aller Betriebe in den nächsten Wochen aufgeben" (Spiegel v. 30.4.90).

Bei einer Deindustrialisierung ganzer Regionen aber könnten die wenigen weltmarktfähigen "Insel"-Produktionen aus High-tech-Fabriken wie Robotron ebensowenig einen Ausgleich schaffen wie in Brasilien oder Mexiko. Es ist also völlig unerfindlich, woher denn die nach einer bloß tapfer durchzuhaltenden "Durststrecke" von nationalen Euphorikern prognostizierten zweistelligen Wachstumsraten der Zukunft für das jetzige DDR-Gebiet jemals kommen sollen. Im Gegenteil wird hier ein rapides Minus-Wachstum stattfinden, ein giganti-

scher Rückgang der industriellen und auch landwirtschaftlichen Produktion mit einer Halbierung oder sogar Viertelung des Sozialprodukts. Daß sogar die landwirtschaftliche und Nahrungsmittel-Produktion unter dem Ansturm westlicher Güter zusammenzubrechen beginnt, zeigt schon Monate vor dem Vollzug der offiziellen "Wirtschaftsunion" die Dramatik des irreversiblen Produktionseinbruchs:

> "Und subventionsgierig wie ihre westdeutschen Kollegen drohten Ost-Bauern, an den Grenzübergängen mit Traktoren den Import westlicher Schweine und Rinder zu blockieren. Schnell vergeht der Freudenrausch über die offenen Grenzen ... Schon jetzt wachsen Schweineberge und Eierhügel in der DDR, weil lieber schmackhafte West-Wurst und -Kuchen aus der Bundesrepublik gekauft werden" (Wirtschaftswoche v. 4.5.90).

Weder industriell noch landwirtschaftlich hat ein konkurrenzwirtschaftliches Überleben der DDR-Reproduktionsbasis auch nur die geringste Chance; selbst wenn das erforderliche gewaltige Investitionskapital bereitstünde, was nicht der Fall ist, würde allein der zeitliche Vorlauf der stofflich-technischen Reorganisation schon einen solchen time-lag erzeugen, daß die produktive DDR-Basis trotzdem vom Markt gefegt würde. Faktisch läuft die Wiedervereinigung auf das beispiellose und krisenträchtige Großexperiment der Verschmelzung einer Gewinner- und einer Verliererregion des Weltmarkts hinaus. Das Urteil der blinden Logik des warenproduzierenden Weltsystems kann dadurch nicht revidiert werden. Es ist, als müßten die USA die lateinamerikanischen Bankrottländer allesamt als Bundesstaaten aufnehmen und ihre eigene Binnen-Reproduktion damit belasten.

4.

Gerade das linke Durchschnittsbewußtsein ist es, das die objektive Krisenpotenz der Wiedervereinigung völlig verkennt. Wie die extrem kurzsichtigen Konjunktur-Auguren und Geldanlage-Strategen der Banken vor allem auf die zunächst kurzfristig möglichen Wachstumsschübe für die BRD-Industrie (insbesondere im Konsumgüterbereich) starren, so liefert die Linke bloß das Negativbild dieser absurden Hoffnungen: ist es nicht wunderbar für "das Kapital", daß es seinen Zugriffsbereich in eine bislang "verbotene Zone" ausweiten kann, daß es sich "neue Märkte" erschließt, daß es sich eine willfährige Billiglohn-Bevölkerung heranzüchten kann, daß damit ein Druck auf das westdeutsche Lohnniveau und ein weiteres sozialstaatliches roll back möglich wird?

Keine dieser Überlegungen ist für sich genommen "falsch", aber trotzdem liefert die Einseitigkeit der Betrachtung ein völlig verzerrtes Gesamtbild. Eine zutreffende Einschätzung aber ist nur möglich vom Standpunkt einer Analyse der kapitalistischen Gesamt-Reproduktion, also des totalen ökonomischen Kreis-

laufs unter Einschluß der monetären Aggregate und deren Eigendynamik sowie des Staates. Eine bloße Verlängerung, Verallgemeinerung und Aufsummierung *einzelkapitalistischer* Profitstrategien bzw. der einzelkapitalistischen "Logik" aber ist theoretisch unzulässig und irreführend. Über diese Sichtweise jedoch kommt das platte linke Räsonnement offenbar nicht hinaus; theoretisch hat diese Beschränktheit in der Rezeptionsgeschichte des Marxschen "Kapital" übrigens ihre Wurzeln in einer Verwechslung von struktureller Basislogik des "Kapitals im allgemeinen" mit dem Standpunkt des Einzelkapitals.

Was aber für die einzelne betriebswirtschaftliche Einheit "Erfolg" bedeutet, kann für die Bewegung des Gesamtkapitals zur Katastrophe werden; was kurzfristig als Boom erscheint, kann gerade mittel- und langfristig die Depression einleiten; was die Produktion ankurbelt, kann zum monetären Kollaps führen etc. Zweifellos werden einige Firmen und Konzerne sich "Rosinen" aus dem ansonsten verschimmelten Kuchen der DDR-Industrie herauspicken, d.h. eben die wenigen weltmarktfähigen Segmente aufkaufen und sich einverleiben (Robotron, Druckindustrie etc.). Ebenso zweifellos werden einige westliche Produktionsstrategien die Billiglohn-Option zu nutzen versuchen. Und zumindest die westdeutsche und westeuropäische Konsumgüterindustrie erlebt tatsächlich teilweise jetzt schon einen boomähnlichen Nachfragesog, der sich mit dem Vollzug der Währungsunion noch verstärken könnte. Aber derselbe Prozeß ist es ja, der andererseits die produktive Basis der DDR-Regionen zerstört bzw. das Weltmarkt-Urteil über ihre Unterproduktivität praktisch vollstreckt.

Die entscheidende Frage ist natürlich diejenige der "Finanzierung". Hier schieben sich BRD-Privatkapital und BRD-Staat gegenseitig den schwarzen Peter zu. Der Staat und seine Galionsfiguren der politischen Klasse pochen mit ideologisch treuherzigem Augenaufschlag darauf, daß die wesentliche "Sanierungsleistung" durch die Investitionen des Privatkapitals bezahlt werden und sich daraus ein Produktivitäts- und Wachstums-"Wunder" entwickeln soll, mit anschließender "kapitalistischer Normalität" und sprießenden Staats- bzw. Sozialversicherungs-Einnahmen. Der BRD-Staat schreibt sich so bloß die Rolle eines "ersten Nothelfers" zu, wobei der Terminus der "Anschubfinanzierung" suggeriert, daß nach diesem ersten Hilfsschub der konkurrenzökonomische Wirtschaftszug im östlichen Teil Gesamtdeutschlands munter in Fahrt kommen wird. Aber das Gegenteil ist ja der Fall; die nostalgische Dampflok der in ihrer stofflichen, wissenschaftlich-technologischen Basis museumsreifen Ostwirtschaft wird gerade endgültig stehen bleiben, sobald die Schnellbahnen der Westkonkurrenz ungehindert das ehemalige Reservat des "geplanten Marktes" durchqueren können. Die Kohl, Waigel u.Co. merken gar nicht, wie ihre eigene Legitimationsideologie hier zum Bumerang wird; denn sie implizieren praktisch die Zumutung, daß das Privatkapital aus "patriotischen Gründen" gerade jener Logik zuwider handeln soll, die andererseits als historisches Erfolgsrezept und Sieger-Sy-

stem verkauft wird.

Aber eben diese nur im negativen Sinne "erfolgreiche" Logik der Marktwirtschaft muß dazu führen, daß das Privatkapital dem Staat diesen "patriotischen" Gefallen nicht tun will noch kann, weil es, den "Zwangsgesetzen der Konkurrenz" folgend, sich nach realen Rendite-Optionen richten muß und es sich gar nicht leisten kann, derart gewaltige Investitionen in den Sand zu setzen. In den Sand gesetzt aber wären sie, weil eben der DDR-Markt vom Westen aus beliefert werden kann und zusätzliche Exportmärkte für DDR-Investitionen gar nicht existieren; auch die anderen Ostblock-Ökonomien sind ja teils zusammengebrochen, teils nach innen und außen hochverschuldet, sodaß sie selber nach dem Muster der 3.Welt-Schuldnerländer gewaltsam Importe beschränkenund die Exportquote hochschrauben müssen. Alle wollen verkaufen und keiner kann kaufen. Hier schimmert wieder die Krise des warenproduzierenden Weltsystems durch, das sich selber ad absurdum geführt hat und auf allen Ebenen die nicht mehr vorhandene "produktive Kaufkraft" kreditär durch "fiktives Kapital" simulieren muß. Was aber schon die tiefste Ursache der Krisenerscheinungen selber ist, kann nicht jetzt plötzlich unter umgekehrtem Vorzeichen zum neuen säkularen Aufschwung führen.

Der schwarze "Finanzierungs"-Peter wird also beim BRD-Staat hängenbleiben. Die Krise der "produktiven Kaufkraft" einer Verlierer-Region schlägt durch die Wiedervereinigung voll auf die BRD zurück in deren Gesamt-Reproduktionsprozeß. Schon im Vorfeld der Währungsunion zeichnet sich in der Frage des Umtauschkurses ein unlösbarer Zielkonflikt ab: eine auch nur halbwegs tragbare Lohn- und Sozialpolitik verlangt einen 1:1-Umtausch, um neue Übersiedlerströme und einen sofortigen Totalkollaps der DDR-Regionen zu verhindern; andererseits aber wird dieser Kollaps durch denselben Umtauschkurs nur auf anderem Wege programmiert, da ein auch nur teilweises Überleben der DDR-Produktion mindestens einen 3:1-Umtausch (oder einen noch schlechteren) erfordern würde. Was nur heißt, daß dieses Teil-Überleben dann auf Löhnen unterhalb der äußersten Reproduktionsgrenze beruhen müßte. Entweder die DDR-Löhne sinken bei auf BRD-Niveau steigenden Preisen unter das Sozialhilfeniveau der BRD, oder das "Dichtmachen" der DDR-Produktion vollzieht sich in kürzestem Zeitraum.

Ganz klar ist, daß dieses Dilemma allein schon auf eine tiefgehende soziale und politische Erschütterung und Destabilisierung der BRD zusteuert. Denn wie immer der BRD-Staat diesen Notstand verwalten wird, er muß (gleichgültig in Gestalt welcher Parteienkoalition) schwerste Restriktionen des Sozialgefüges riskieren und die Masseneinkommen einem unerträglichen Druck aussetzen. Rechte wie Linke haben jahrzehntelang die Stabilität und Attraktivität des Kapitalismus auf den relativen "sozialen Konsens" in den Zentren und bei den Weltmarkt-Gewinnern zurückgeführt; und jetzt auf einmal soll das aufscheinende Zerbre-

chen dieses "sozialen Konsens" über alle bisherigen Restriktionen der fordistischen Akkumulationskrise hinaus ein "Gewinn" für "das Kapital" sein? Die zu erwartenden brutalen Einschränkungen werden aber, abgesehen von der katastrophalen Bedeutung eines Destabilisierungsprozesses für die kapitalistischen Rahmenbedingungen, gar nicht der Kapitalakkumulation als solcher zugute kommen, sondern müssen als staatliche Abschöpfung erscheinen, um zusätzliche unproduktive Kaufkraft im großen Maßstab finanzieren zu können.

Wenn die DDR deshalb zusammengebrochen ist, weil ihre Reproduktion vom Weltmarkt faktisch als "ungültig" erklärt wurde, dann ist von diesem Standpunkt aus, der sich seit der "Öffnung" unwiderruflich durchsetzt, auch das in der DDR "verdiente" Geld (sowohl Löhne als auch Gewinne, Renten, Sozialkosten usw.) ebenso "ungültig" und also "wertlos". Währungsunion heißt folglich nichts anderes, als daß das ungültige und wertlose DDR-Geld mit dem unschuldigen Porträt von Karl Marx auf einen Schlag in "zusätzliches" (von der deutschen Bundesbank in Form von Buchgeld und zusätzlich gedruckten Banknoten bereitzustellendes) DM-Geld verwandelt werden muß. Das bedeutet logischerweise, daß grundsätzlich die DM sowohl in ihrem Binnen- wie in ihrem Außenwert früher oder später im entsprechenden Maßstab "entwertet" wird, wobei diese Entwertung nur quantitativ je nach Umtauschkurs differieren würde, als solche aber unvermeidlich wäre.

Schon die bloße "Anschubfinanzierung" wäre in ihren Dimensionen ein gewaltiges Entwertungspotential. Trotzdem könnte dieses verdaut werden, wenn es sich wirklich um einen einmaligen Akt handelte. Aber die Reproduktionskosten in ihrer monetären Gestalt müssen Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr unerbittlich bezahlt werden. Der die DM entwertende Umtausch muß vollzogen werden, weil die DDR in der Vergangenheit unterhalb des vom Weltmarkt gesetzten Produktivitäts- und Gültigkeits-Niveaus produziert hat. Diese Situation aber ist natürlich mit dem bloßen Währungsumtausch nicht aufgehoben, sondern setzt sich nunmehr unter dem monetären Mantel der DM weiter fort. Noch einmal: selbst bei zur Verfügung stehendem Investitionskapital und selbst bei "zukünftig" gelingender Konkurrenzfähigkeit würde der unvermeidliche time-lag die vermeintliche "Anschubfinanzierung" auf Jahre hinaus fortsetzen. Wie die Dinge aber wirklich liegen, setzt sich dieser Prozeß sogar auf unabsehbare Zeit fort.

Es liegt also auf der Hand, daß die BRD-Notenbank ständig Geld im Maßstab einer vom Standpunkt der Weltmarkt-Konkurrenz nicht mehr lebensfähigen und ausgestoßenen Region mit 17 Millionen Menschen "schöpfen" muß, ohne daß dieser gewaltigen zusätzlichen Geldschöpfung eine auch nur annähernd adäquate produktive Basis entspricht. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob die DDR-Industrie nun durch künstliche Beatmung am Scheinleben erhalten wird oder gleich dichtmacht (vermutlich wird parallel in verschiedenen Sektoren beides geschehen). Im ersten Fall muß dann der BRD-Staat die undankbare Rolle des ver-

flossenen Honecker-Regimes übernehmen und die Betriebe durch die Notenpresse und/oder im Westen zwangsweise abgeschöpftes Geld subventionieren; im zweiten Fall muß er aber eben dasselbe tun in anderer Gestalt, nämlich als Subventionierung der dann anfallenden Sozialkosten einer Massenarbeitslosigkeit, die im Unterschied zum Westen nicht einmal zu einem Bruchteil aus einem in der Vergangenheit von realer produktiver Kaufkraft abgeschöpften Sozialversicherungs-Fonds bestritten werden können, sondern bis zum letzten Pfennig vom Staat simulativ aus dem Nichts gezaubert oder wiederum der westlichen Reproduktion aus den Rippen geschnitten werden müßten.

Damit aber noch bei weitem nicht genug. Reproduktionskosten fallen ja nicht nur in Form von Löhnen, Renten, Arbeitslosengeldern einerseits und Ersatzbeschaffung für den eigentlichen Produktionsapparat andererseits an (soweit er künstlich am Laufen gehalten wird), sondern auch für den Unterhalt der gesamten gesellschaftlichen Infrastruktur: von der Kanalisation bis zum Straßenbau, vom Schul- und Hochschulwesen bis zur Energieversorgung, Post, Telefonnetz, Bahn, Gesundheitswesen usw. Auch diese Kosten werden vom BRD-Staat zu tragen sein, ohne daß aus den (schrumpfenden) produktiven Sektoren der ehemaligen DDR auch nur ein annähernd ausreichender Zufluß von "reellen" Steuern aus Löhnen und real erwirtschafteten Gewinnen fließen kann (Steuern aus vom Staat selber subventionierten Löhnen und Gewinnen sind natürlich Selbstbetrug und reiner Schein). Diese infrastrukturellen Reproduktionskosten nach der Wiedervereinigung sind gleich dreifach prekär: erstens, weil sie wie gezeigt größtenteils ohne produktive steuerliche Abschöpfungsmöglichkeiten als reine Subventionskosten erscheinen; zweitens, weil es auch hier nicht bloß um Erhaltungs-, sondern um gewaltige *Sanierungs*-Kosten geht, da die gesamte Infrastruktur der DDR sich als im höchsten Grade verrottet herausgestellt hat bis hin zu extremen ökologischen Dringlichkeitsfällen; drittens schließlich, weil die BRD auf diesem Gebiet eigentlich selber einen hohen, nur mühsam aus dem produktiven Reservefonds abzuschöpfenden Investitionsbedarf hat(allein die seit Jahren hinausgeschobene Erneuerung des großenteils noch aus der Jahrhundertwende stammenden Kanalisations-Netzes würde einen dreistelligen Milliardenbetrag erfordern, den die Gemeinden trotz der Gewinner-Position der BRD insgesamt nicht aufbringen können).

Schließlich muß die Bundesbank zu allem Überfluß auch noch direkt oder indirekt die *Schulden* der bisherigen DDR in DM umsetzen; dies gilt, in welcher Relation auch immer, sowohl für die innere Verschuldung des alten DDR-Staates und der DDR-Betriebe als auch für die DDR-Außenverschuldung (hinzu kommen auch noch politisch abzutragende Lieferverpflichtungen der DDR in die RGW-Länder und vor allem in die Sowjetunion, die mit Monopoly-Spielgeld wie z.B. "Transferrubeln" statt mit wirklichen Devisen abgegolten werden, deren Produktionskosten aber plötzlich ebenfalls in DM erscheinen). Alle Schulden

stellen aber gleichzeitig anderswo Guthaben dar, und so muß dieBRD auch noch den erst bevorstehenden eigentlichen Bankrott-*Vollzug* der DDR bezahlen, der ironischerweise gleichfalls als zusätzliche DM-Geldmenge in Umlauf kommt. Das ist wirklich der komfortabelste Bankrott der Weltgeschichte, in dem es sich nicht nur lohnt, Schuldner, sondern sogar Gläubiger zu sein.

Alles in allem baut also die nach der "Anschubfinanzierung" notwendigerweise unbegrenzt weiterlaufende unproduktive monetäre Subventionierung der ehemaligen DDR ein Entwertungspotential der DM auf, das eine Inflation von Dimensionen programmiert, wie sie bisher nur in 3.Welt-Ländern oder etwa in Polen und Jugoslawien bekannt sind. Diese Inflationierung könnte sogar ziemlich rasch manifest werden, da sich ja die riesige zusätzliche DM-Geldmenge nicht in den Spekulations-Überbau zurückziehen und dort "parken" kann (wie es sich gegenwärtig noch teilweise mit der ohnehin schon weit über die produktive Basis hinaus aufgeblähten Geldmenge der westlichen Industrieländer verhält), sondern unmittelbar in Nachfrage verwandelt werden muß. Unproduktiver staatlicher Finanzierungsbedarf und als Kehrseite eine heißlaufende zusätzliche Scheinkonjunktur vor allem der Konsumgüterindustrie konstituieren eine Inflationsspirale mit allen Konsequenzen.

Natürlich begeistert es die Manager der Industrien, die zusätzliche Nachfrage auf sich ziehen können, wenn die monetäre Simulation des Staates solche Absatzmöglichkeiten schafft, selbst wenn dieselben Leute als volkswirtschaftlich "Gebildete" bedenklich die Köpfe schütteln. Diese Schizophrenie ist ja ohnehin konstitutiv für das bürgerliche Bewußtsein. Zunächst werden tatsächlich Wachstum und Gewinne durch die Inflationskonjunktur angeheizt, wenn sich zusätzliche Güter produzieren und verkaufen lassen, vom Fernseher bis zur Kanalisationsröhre. Das dicke Ende aber kommt nach, wenn sich herausstellt, daß diese zusätzliche Nachfrage nicht auf "produktiver Kaufkraft" beruht hat, d.h. nicht auf einem im Sinne des warenproduzierenden Systems "reell" verdienten Geld. Dieselben Gründe, die zur zusätzlichen Anheizung der Konjunktur geführt haben, besorgen dann deren "Overkill".

Der Staat weiß natürlich um das Prekäre seiner nichtigen Geldschöpfung durch die Notenpresse und muß diese zu begrenzen suchen. Schon eine Teilfinanzierung durch zusätzliches Abschöpfen aus dem scheinbar "reell" erwirtschafteten Lohn- und Gewinn-Fonds des exportweltmeisterlichen Westens aber bringt nicht nur die soziale und politische Destabilisierung, sondern muß gleichzeitig zur Konjunkturbremse werden durch Verminderung der westlichen Binnenkaufkraft. Erst recht gilt dies für die notwendig einsetzenden Versuche des Staates, einen weiteren Teil seines Finanzierungsbedarfs für die Subventionierung der einverleibten DDR durch Abschöpfen aus dem "parkenden" Geldkapital privater Spargelder, Firmenvermögen und betrieblicher Kassenhaltung mittels Anleihen zu decken. Schon jetzt ist diese Karte durch die Altlasten der Staatsverschuldung

eigentlich ausgereizt, weltweit sind hier die Grenzen erreicht. Die BRD aber muß durch die Wiedervereinigung ihre diesbezügliche Position im hinteren Mittelfeld verlassen und sich in die Spitzengruppe der Staatsverschuldung katapultieren.

Die logische Folge sind explosionsartige *Zinssteigerungen*, die dann wiederum den längst überfälligen "Overkill" der Konjunktur besorgen würden. Denn die rasch fortschreitende Zinssteigerung für staatliche Bonds muß das Zinsniveau insgesamt nach oben hieven, sodaß sich die Kosten auch für produktive Sachanlagen und ebenso für Konsumkredite galoppierend verteuern, weil eben nicht beliebig viel Geldkapital gesamtgesellschaftlich zur Verfügung steht und die Sparquote ohnehin weltweit wie auch in der BRD gesunken ist. Während die Wohnungsnot weiter wächst, nicht zuletzt durch die Migrationsbewegungen von Ost nach West, schnellen die Kreditkosten für Baugeld schon jetzt in die Höhe und müssen die mühsam aufgepäppelte Baukonjunktur trotz staatlicher Förderungsprogramme (die ihrerseits wieder unproduktive Kosten darstellen) zum Erliegen bringen. Und während die Industrie immer noch im Brustton eines moralischen patriotischen Optimismus zur produktiven Investition im Osten aufgefordert wird, rechnen sich bei unaufhaltsam steigenden Zinsen aufgrund des wuchernden staatlichen Finanzierungsbedarfs schon bald mit zusätzlicher Potenz die unproduktiven Portfolio-Investitionen auf dem Finanzmarkt weit besser als die Erweiterung produktiver Anlagen selbst im Westen, was der Konjunktur den Rest geben dürfte.

Indem der Staat, monetär in die Enge getrieben durch die Einverleibung der bankrotten DDR, so einerseits notgedrungen die Inflation hervorruft durch das Anwerfen der Notenpresse und sie andererseits verzweifelt zu bremsen sucht durch Steuererhöhung, Sozialstaats-Drosselung, verstärkte Anleihen und damit Zinserhöhung, könnte die darin liegende Gefahr einer neuen Stagflation bald umschlagen in die Realität einer Gleichzeitigkeit von Depression und Hyperinflation, wie sie gegen alle Lehrbuchweisheit Argentinien oder Jugoslawien bereits vorexerziert haben. Schon jetzt hat die bloße Aussicht auf zukünftig rapide steigenden Finanzierungsbedarf des Staates die Umlaufrendite in die Höhe getrieben und die Kurse der festverzinslichen Wertpapiere in den Keller fallen lassen, bis hin zur akuten Schieflage einiger Banken, wie hinter vorgehaltener Hand gemunkelt wurde. Erst recht werden die Zinsen der Staatspapiere explodieren, wenn sich dieser Finanzbedarf schubweise realisiert. Damit aber schnappt dann die Wiedervereinigungsfalle endgültig zu, Gesamtdeutschland wird zur prominenten Krisenregion und der patriotische Schein zukünftiger Superprosperität löst sich auf in Heulen und Zähneklappern.

5.
Die Wiedervereinigung als ökonomischer, sozialer und politischer Katastro-

phenprozeß wäre freilich kein isoliertes deutsches Binnenphänomen, sondern würde nur wie in einem Brennglas den globalen Widerspruch des warenproduzierenden Weltsystems bündeln. Der rasche Vollzug der Krisenpotenz im unlösbaren Gegensatz von Produktivitätsniveau und Marktlogik, in der unproduktiven Simulation von Kaufkraft auch für den Westen bis jetzt durch immer neue Kreditketten von "fiktivem Kapital" bloß hinausgeschoben, würde im deutschen Binnenraum nur den Verlauf für die westlichen Länder insgesamt vorexerzieren. Wenn nämlich die Weltmarktkrise durch den Panthersatz der Wiedervereinigung endgültig über den Zaun der OECD gesprungen ist, können die Auswirkungen nicht auf Deutschland beschränkt bleiben.

Wie das deutsche Reich schon von jeher seit der forcierten Industrialisierung Ende des 19. Jahrhunderts eine Exportnation war, so hat auch die BRD ihren Aufschwung nach der Weltkriegsepoche in erster Linie einem fulminanten Exporterfolg zu verdanken. Die Öffnung der Weltmärkte durch die neue Hegemonialmacht USA hatte eine beispiellose Expansion und internationale Verflechtung von Weltproduktion und Welthandel zur Folge. Aber mit dem krisenhaften Ende des fordistischen Paradigmas der Arbeitsgesellschaft spaltete sich diese globale Prosperität zunehmend in Überschußproduzenten einerseits und Defizitimporteure andererseits auf, um durch den kreditfinanzierten ungesunden Aufschwung der 80er Jahre in eine wahre Defizitorgie im Weltmaßstab zu münden.

Schon die Schuldenkrise der 3. Welt hatte als erster Akt des Weltmarkt-Dramas ein Ausbluten vieler Länder des Südens durch den Zwang zu permanenten Exportüberschüssen für die Schuldenbedienung zur Folge. Seither hat jedoch der Weltmarktprozeß der 80er Jahre diese erste und nach wie vor gänzlich ungelöste Schuldenkrise in den Hintergrund treten lassen, weil sich inzwischen innerhalb der OECD selber zwei wesentlich gefährlichere Defizit-Kreisläufe gebildet haben, und zwar ein pazifischer und ein europäischer. Hier hat sich das Verschuldungsproblem auf brisante Weise im Vergleich zur 3. Welt umgekehrt, weil die Überschußländer selber die Gläubiger sind. Wie Japan die USA aus den Gewinnen der Exportüberschüsse jeweils vergangener Reproduktionsperioden kreditär künstlich ernährt, so die BRD große Teile Westeuropas. Zugespitzt könnte man sagen, daß die beiden protzigen und dem Rest der Welt weit davongeeilten Exportwalzen mittlerweile ihre eigenen immer neuen "Erfolge" finanzieren, was logischerweise nicht allzu lange gutgehen kann. Im Grunde genommen heißt dies nämlich nichts anderes, als daß sich, wie schon eingangs kurz erwähnt, in einer Meta-Dimension des globalen warenproduzierenden Systems längst ein ganz ähnlicher Prozeß der Simulation produktiver Kaufkraft vollzogen hat, wie er schon den Süden und Osten ruiniert hat und jetzt im deutschen Binnenraum sich anbahnt. Auf dieser Meta-Ebene des internationalen Systems ist die vermeintlich produktiv erwirtschaftete Kaufkraft der Weltmarktgewinner plötzlich ebenso un-

produktiv simuliert, mit einer Meta-Krisenpotenz, die logisch auf denselben Gründen beruht wie diejenige der bisherigen Verlierer und des kommenden deutschen Binnen-Szenarios.

Gelegentlich wird hier von "merkantilistischen Dauerüberschüssen" gesprochen. Das stimmt einerseits, aber im wirklichen historischen Merkantilismus des 18. Jahrhunderts hatten Exportüberschüsse noch den Zufluß von Gold (und somit von realer Wertsubstanz) aus den Defizitländern zur Folge, was diesem Spielchen relativ enge Grenzen setzte. Nirgendwo ist aber heute eine "Umkehr" der Güterströme in Sicht, die jemals wieder einen relativen Ausgleich bewirken könnte, während das noch nicht einmal mehr papierene Kredit-Gebirge sich im Geflüster der elektronischen Buchungsimpulse unaufhaltsam weiter auftürmt. Die gegenwärtige vermeintliche Dauerkonjunktur des Westens, die diesem und speziell der BRD den rotbackigen Schein der Prosperität und Überlegenheit verleiht, damit aber auch die hanebüchenen Widersprüche der Wiedervereinigung übertüncht, könnte so eher eine krebsartig wuchernde Scheinkonjunktur genannt werden, weil Arbeitskraft und Material eben mittels international "simulierter Kaufkraft" vernutzt werden, die in Wirklichkeit gar keine produktive Basis mehr in vergangenen Reproduktionszyklen besitzt. Der einzige Unterschied zu den diversen nationalen Simulationsprozessen von Binnenkaufkraft besteht eigentlich in der größeren Reichweite und Verdecktheit dieser über das internationale Finanzsystem vermittelten Simulation.

Die Situation des Weltmarkts, in dessen Funktionsräume eingeschlossen sich die deutsche Wiedervereinigung vollzieht, ist also weitaus prekärer als zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts, und eine neue Rezession hätte ganz andere Folgen als damals. Hinsichtlich der BRD selbst ist dies ziemlich klar empirisch zu belegen. Bewegte sich der durchschnittliche jährliche Handelsbilanzüberschuß stark fluktuierend zwischen 1972 und 1982 bei 33 Milliarden DM (gerade Anfang der 80er Jahre waren es bloß magere 9 Milliarden DM in der damaligen beginnenden Rezession), so betrug er im Schnitt von 1983 bis 1989 schon phantastische 100 Milliarden DM, und zwar mit ununterbrochen steigender Tendenz bis einschließlich des ersten Quartals 1990. Das eigentliche Argument aber läßt sich aus der Kapitalbilanz in diesem Zeitraum ablesen. War diese unter großen Schwankungen im Schnitt von 1970 bis 1982 mit 1,7 Milliarden DM noch positiv, hatte die BRD also insgesamt mehr Zu- als Abfluß von Geldkapital zu verzeichnen, so ist sie seitdem mit drastischen Steigerungsraten negativ, und zwar schon zwischen 1983 und 1987 mit einem Schnitt von etwa 50 Milliarden DM; mittlerweile ist das Minus bei gut 100 Milliarden DM angelangt.

Nahezu exakt die gleiche Menge an Geldkapital fließt also jährlich in Form von Auslandskrediten aus der BRD ab, die umgekehrt als Gewinn aus Exportüberschüssen verdient wird, und hilft so direkt oder indirekt, diese letzteren zu finanzieren. Nun handelt es sich jedoch bei dieser Größenordnung von 100 Milli-

arden DM wiederum exakt um jenen Betrag, wie er jährlich mindestens nach verschiedenen und voneinander unabhängigen Berechnungen vom Tage x der Wiedervereinigung an in die DDR fließen müßte; nach allem bisher Gesagten dürfte selbst diese Summe noch zu niedrig gegriffen sein. Kein Wunder, daß die staatlichen Hüter der BRD-Ökonomie in ihrer sich schon abzeichnenden Wiedervereinigungs-Not nach diesem alljährlich abfließenden Kapital begehrlich zu schielen beginnen. Scheint doch dessen "Umlenkung" in die DDR die BRD-Reproduktion nicht unmittelbar zu beeinträchtigen und einen Großteil der Last abnehmen zu können.

Die mehrfach wiederholte Argumentation des Altkeynesianers Schiller und von Bundesbankpräsident Pöhl, die mit diesen ominösen 100 Milliarden DM wie mit einer frei verfügbaren Summe operieren, könnte sich aber als gewaltiger Bumerang erweisen. Denn sehr wohl würde die "Umlenkung" dieses Geldkapitals krisenhaft über die internationalen Vermittlungen auf die "Exportweltmeisterei" der BRD zurückschlagen. Nicht bloß der miserable Zustand der DDR-Industrie und binnenökonomische Gründe bzw. Rendite-Optionen, sondern noch weitaus mehr prekäre außenwirtschaftliche Abhängigkeits- und Verflechtungsverhältnisse sprechen gegen die Möglichkeit einer "Umlenkung" des privaten Kapitaltransfers der geforderten Dimension in die ehemalige DDR.

Natürlich sind es nicht makroökonomische bzw. auf den Gesamt-Reproduktionsprozeß des Kapitals bezogene Erwägungen, die "private Anleger" an einem solchen Umdirigieren des Kapitaltransfers hindern. Auch auf der internationalen Ebene handelt es sich immer um knallharte Rendite-Gesichtspunkte. Ein Teil jener 100 Milliarden DM fließt in Form von Direktinvestitionen dorthin, wo sich die großen Absatzmärkte befinden, also nicht zufällig weder in die 3. Welt noch gen Osten, sondern in die USA und nach Westeuropa. Diese Direktinvestitionen, großenteils von BRD-Exporteuren aus strategischen Gründen vorgenommen, um auf ihren wichtigsten Auslandsmärkten auch binnenökonomisch präsent zu sein, könnten nicht abgezogen werden, ohne eben diese strategischen Positionen an die japanische Konkurrenz usw. zu verlieren. Ein solcher "Patriotismus" müßte als ein herostratischer erscheinen.

Ein anderer Teil, und mittlerweile vielleicht der größere, fließt in den internationalen Spekulationsüberbau und wird dort von den großen westlichen Defizitländern angesaugt (vor allem von den USA und Großbritannien, aber auch einem Großteil der anderen EG-Länder) und über verschiedene Kanäle wieder als simulierte Kaufkraft teilweise in die dadurch weiterlaufende internationale Scheinkonjunktur eingespeist, teilweise in den Spekulationssektoren "geparkt". Ein Abziehen dieser Gelder hätte durch Verminderung des Kreditvolumens ähnliche krisenhafte Wirkungen, was aber im Unterschied zur Rolle der Direktinvestitionen nicht so unmittelbar ersichtlich ist; dieses private Kapital aber könnte ebensowenig durch patriotische Appelle umgelenkt werden, sondern nur durch

höhere Rendite-Verlockungen (mit dann freilich denselben objektiven Krisenfolgen für den internationalen Kreditüberbau).

Das Geldkapital ist eben nicht patriotisch, sondern längst internationalisiert; und dies durch die Finanzinstrumente der "Euromärkte", der Defizit-Kreisläufe und weltumspannenden Spekulationssektoren in einem Maße, daß alle früheren nationalen Beschränkungen spätestens in den 80er Jahren endgültig gesprengt worden sind. Der BRD-Staat kann also nicht mit scheinheiligem Patriotismus an die privaten Anleger jener 100 schönen, jährlich abfließenden Milliarden DM gegen die Logik der internationalisierten Finanzmärkte appellieren, sondern muß selber als "ganz normaler" *Nachfrager* nach Geldkapital auf diesen Finanzmärkten in Konkurrenz zu den anderen Nachfragern treten. Nun hat Bundesbankpräsident Pöhl zwar auch in dieser etwas nüchterneren Hinsicht locker festgestellt, daß der BRD (als Exportweltmeister) ja gewiß "die Kapitalmärkte der ganzen Welt offenstehen" (Spiegel 9/1990).

Aber dieses Argument wird erst recht zum Bumerang. Pöhl läßt hier den kleinen Unterschied außer acht, daß es sich dann ja nicht mehr um eine für den Staat "belastungsfreie" bloße Umlenkung von (scheinbar) überschüssigem BRD-Geldkapital handelt, sondern um eine nunmehr *internationale* Verschuldung des BRD-Staates, die als Belastung auf die deutsche Binnen-Reproduktion zurückschlagen muß. Damit nicht genug: das Herausbrechen dieses Geldkapitals aus dem delikaten internationalen Kreditüberbau durch den sich international verschuldenden BRD-Staat hätte dieselben Krisen-Auswirkungen auf dieses Kreditgebirge wie die Umlenkung des privaten deutschen Überschusses an Geldkapital, ja sogar noch schlimmere. Denn der bisherige Großkreditgeber BRD würde dann nicht bloß ausfallen, sondern nach den USA, Westeuropa etc. zu einem weiteren Kredit-Staubsauger werden, der das Geldkapital der ganzen Welt anzieht, und somit in schärfste Konkurrenz zu den USA und den übrigen Großschuldnern der Welt treten müssen.

Selbst bei Einsicht in die Krisenpotenz dieser Option würde diese aber trotzdem vollstreckt werden, weil dem deutschen Staat gar nichts anderes übrigbleibt. Er wird die monetäre Vernichtungskonkurrenz nach außen ungeachtet der Folgen aufnehmen müssen, nach dem alten Motto, daß das Hemd näher ist als der Rock, und seine auf die Zerreißprobe zusteuernden Widersprüche zu exportieren suchen. Womit sich der innere Widerspruch nicht nur als äußerer darstellt, sondern gleichzeitig der innere Widerspruch auf der Meta-Ebene des Globalsystems mobilisiert wird. Der Erscheinung nach wäre das Resultat ganz zwangsläufig ein "crowding-out-Prozeß" der internationalen Finanzmärkte, ein gnadenloser neuer Zinswettlauf der konkurrierenden Kredit-Nachfrager, der nicht nur der 3. Welt endgültig den Garaus machen und die jetzt noch boomende OECD-Scheinkonjunktur auslöschen, sondern auch der Reihe nach den Kollaps der westlichen Großschuldner (USA, Großbritannien, Italien, Spanien, Grie-

chenland etc.) einleiten würde. In diesen Strudel würde dann natürlich auch Japan gerissen, das noch weitaus mehr als die BRD auf gewaltigen Auslandskrediten sitzt und dessen einseitige Exportabhängigkeit von den USA sich beim Einsturz des weltweiten Kredit- und Spekulationsüberbaus noch wesentlich katastrophaler auswirken muß (falls nicht die japanische Spekulationsblase, die größte von allen, schon vorher von sich aus platzt und dann der Krisenprozeß der Wiedervereinigung nicht mehr Auslöser, sondern bloß noch Folgeerscheinung und Verlaufsform der Weltmarktkrise wäre). Schon hat Frankreich nach den USA und Italien schwere Bedenken gegen die BRD hinsichtlich der Gefahr eines Zinswettlaufs geäußert; schon zeigen die iberischen Länder größtes Unbehagen über eine drohende "Umlenkung der Kapitalströme". Die wiedervereinigungstolle BRD könnte sich in kürzester Zeit mit einer Kreditkrise auch ihrer westeuropäischen Schuldnerländer und Exportstützen konfrontiert sehen.

So oder so: "Deutschland" ist nichts als ein trauriger Irrtum. Traurig, weil die Hoffnungen und Wünsche so vieler Millionen desorientierter Menschen des Ostens grausam enttäuscht und die schon aufscheinenden Barbarisierungspotentiale weiter entfaltet werden müssen. Nach vierzig Jahren eines grauen Kasernen-Sozialismus werden diese Massen nicht ins gelobte Land des in Wirklichkeit sterbenden Konsumkapitalismus, sondern in die hereinbrechende und vielleicht von ihnen selber bewußtlos ausgelöste Weltmarktkrise als doppelte und dreifache Verlierer entlassen. Ein Irrtum, weil die politische Klasse jeglicher Couleur tolpatschig in Kategorien weiterdenkt, die eigentlich schon mit dem Zweiten Weltkrieg ihre historische Schranke gefunden haben und nach der jahrzehntelangen Unterbrechungs-Starre des sich nunmehr auflösenden Ost-West-Konflikts nicht mehr aufblühen, sondern nur noch endgültig in der Geschichte verschwinden können. Der Weltmarktprozeß hat längst Verhältnisse geschaffen, die Lichtjahre entfernt sind von nationalstaatlicher Binnengemütlichkeit.

"Wiedervereinigung", das ist weder eigenständig erkämpftes Freiheitsglück noch die Wiedergeburt einer preußischen Gefahr, am allerwenigsten der wiedererwachende Ungeist eines Vierten Reiches, sondern viel eher ein entscheidender Schub in der subjektlosen Krise jener vom Marktprozeß des warenproduzierenden Systems blind geschaffenen *Einen Welt*. Also vielleicht der Auslöser für das endgültige Obsoletwerden der arbeitsgesellschaftlichen Grundlagen einer "Moderne", die neben großartigen Errungenschaften gleichzeitig Weltkriege, soziale und mittlerweile auch ökologische Katastrophen, und als Übergangserscheinung in ihrem Durchsetzungsprozeß auch Nationalstaaten und eine nationale Ideologie hervorgebracht hat. Der Internationalismus des Geldes hat die antiquierten Nationen überholt, aber die Produktivitätslogik der blinden Konkurrenz hat die arbeitsgesellschaftliche Basis des Geldes überholt.

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist so nur symbolischer Akt für die krisenhafte Wiedervereinigung der Welt. Sie wird keinen Prozeß einer Metter-

nichschen Restauration einleiten, sondern die Lösung von Grundfragen einer auf Weltebene vergesellschafteten Menschheit erzwingen, die mehrheitlich nicht mehr in die betriebswirtschaftliche Vernutzungsmaschine des warenproduzierenden Systems integriert werden kann. Oder sie wird den Untergang in der sekundären Barbarei beschleunigen, in dem dann freilich auch die kapitalistische Reproduktion zerschellt. In jedem Fall: die nationale Krähwinkeligkeit der "Politik" kann sich vor der Weltgesellschaftlichkeit des "Ökonomischen" nur noch blamieren. Angesichts dieser Krisen- und Destabilisierungs-Potentiale ist sogar noch nicht einmal der Vollzug der "politischen" Wiedervereinigung im staatlich-institutionellen Sinne nach den zu erwartenden Friktionen der Währungsunion wirklich sicher.

Den dümmsten Part in dieser undurchschauten Tragikomödie spielt allerdings eine Linke, die das Ganze als Siegeszug der kalten Krieger mißversteht und den Galionsfiguren der politischen Klasse, die sich tatsächlich als von der selbstläufigen Entwicklung Übertölpelte auf einen abenteuerlichen Parforceritt eingelassen haben, ausgerechnet eine lang geplante "Eroberungs"- und Eingriffsstrategie zutraut. Gründlicher hat noch kein politischer Sonntagsjäger und kein theoretischer Amateurastrologe vorbeigetroffen.

Johanna W. Stahlmann

DIE QUADRATUR DES KREISES

Funktionsmechanismus und Zusammenbruch der sowjetischen Planökonomie

Einleitung: der Zusammenbruch des Realsozialismus

"Bevor er in die blaue Flut gesunken,
Träumt noch der Schwan und singet todestrunken;
Die sommermüde Erde im verblühn,
Läßt all ihr Feuer in den Trauben glühn;
Die Sonne, Funken sprühend, im Versinken,
Gibt noch einmal der Erde Glut zu trinken,
Bis, Stern auf Stern, die Trunkne zu umfangen,
Die wunderbare Nacht ist aufgegangen."
Joseph Freiherr von Eichendorff

Es ist ein Phänomen der beginnenden neunziger Jahre, daß eine von Endzeitphantasien zu Aufschwungsjubilieren sich wandelnde Zeitgeiststimmung mit wachsender ideologischer Verunsicherung und Perspektivlosigkeit sich paart.

Der offensichtlich werdende Zusammenbruch der realsozialistischen Gesellschaftsform ist ein augenfälliges Beispiel für dieses Dilemma: Freilich feiert man den Sieg von Markt und Demokratie, aber freilich nicht ohne einen Hauch von Angst vor der eigenen Courage. Es ist nicht allein der Kollaps eines jahrzehntelang wohlgehegten Feindbildes, es ist die immanente Orientierungslosigkeit des fetischistischen Denkens der isolierten Wertmonade selbst, deren komplementärer Gegensatzpartner, der dumpfsolidarische Kollektivismus, sie nunmehr, indem er sich selbst entleibt, in ihrer Reinheit sich entblößen läßt und erst dadurch ihre Hohlheit ohne Ausrede auf die Tagesordnung setzt.

Die ziellose Konsumentalität des modernen Auto-Individuums, welche nichts anderes ist als die "Subjektivität" der schlechten Unendlichkeit des kapitalistischen Verwertungsprozesses, muß nun beim Tageslicht der historischen Verantwortungsübernahme beweisen, ob nach dem Arbeiten um des Arbeitens willen, dem Geldverdienen um des Geldverdienens willen, dem Konsumieren um des Konsumierens willen noch irgendeine Potenz in ihr steckt. Die Entleertheit dieses abstrakt- quantitativen Progresses der Akkumulation um ihrer selbst wil-

len, ist die rationale Grundlage all des Gefasels um den Erhaltenswert der angeblichen solidarischen, sozialen und familiäreren Elemente des Realsozialismus, der Sehnsucht nach der Wärme des Karnickelzüchtervereins. Der reale Inhalt jener Romantisierung war und ist wohl eher der eines brutalen unmittelbaren Existenzkampfes, der sich mehr und mehr in Pogromen entlädt, das erwärmende daran wohl eher Ideologie von der widerlichsten Sorte, die als Sozialismus verkaufen muß, was in Wahrheit nur eine rückständige Form von Kapitalismus ist.So krude sich dies dem Blick im Nachhinein darstellt, so sehr konnte es für eine ziemlich lange Periode zur Sinnstiftung dienen und die freie Sicht auf die wirklichen Lebensformen verstellen.

Je mehr nun die Fakten ans Tageslicht kommen, desto getroster kann man die sozialistische Ideologie, denn mehr war es nicht, auf den Müllhaufen der Geschichte wandern lassen, in der Gewißheit, daß ihr keine mehr folgen wird, die negative Gesellschaftlichkeit in ihrer Nacktheit zurückbleibt, nicht mehr in Ost und West getrennt, sondern als Totalität.

Dem westlichen Kapitalismus aber wird eine Perspektive nicht allein in der Hinsicht einer allgemeinen Sinngebung abverlangt werden; beweisen müssen wird er sich auch und vor allem ganz praktisch und unmittelbarökonomisch. Was bei den Ländern Afrikas und Lateinamerikas jämmerlich scheiterte, sie an der frischen Luft des Weltmarkts zu entwickeln, soll nun am Beispiel des Ostblocks, wo man es durchaus gewohnt ist Nationalstaaten als Reagenzgläser zu betrachten, vorexerziert werden. Wie die Aasgeier stürzen sich "Wirtschaftsexperten" auf die breiten Experimentierfelder, die ihnen anscheinend die Möglichkeit des Von-Null-Anfangens suggerieren. Jämmerliche historische Zufallskonzepte a la Ludwig Erhard werden zu allfähigen Modellen stilisiert und damit versucht, die frisch verstorbene Illusion der Herrschaft der Politik über die Ökonomie in Hau-Ruck-Manier wiederzubeleben, ohne zusammenhängende Strategie, aber mit der Überzeugung des Praktikers, der niemals fragt, ob, was einmal geklappt hat, immer klappen muß.

Der Euphorie aber ist die Desillusionierung bereits inhärent, und so halten sich Skeptiker und Jubelperser im Einzelnen fast schon die Waage, während sich auf allgemeiner Ebene Freiheitspredigt und das Mißtrauen des gesunden Menschenverstandes gegenüberstehen. Es ist nicht so sehr die Erkenntnis, daß die Langeweile von Geld und Formaldemokratie für ein Banner nicht mehr taugt, welche die fröhliche Vereinnahmung vermiest, sondern, wie es einer Zeit des "Sieges" der ökonomischen Praxis entspricht, vor allem die pure Angst vor den Kosten. Denn so unsicher die Finanzmärkte sind, ob sie einen nochmaligen Verschuldungsschub verkraften können,, so sehr fürchtet der Pfeffersack um seinen Taler; so schnell die DDR-Phantasie in einen Verfall der Renten abkippte, so schnell verwandelten sich die Verbrüderungsszenen in abgebrannte Trabbies.

Der Unmittelbarkeit des Weltmarkts, deren Opfer die Länder des Realso-

zialismus, trotz Schutzwällen, gerade geworden waren, soll nun die offene Verantwortung übertragen werden. Was mit den DDR-Betrieben passieren wird, wenn sie demnächst der Marktlogik überantwortet werden, dürfte überzeugend darlegen, wie wenig die Marktwirtschaft noch zur Erweiterung fähig ist und möglicherweise sogar einen der Weltmarktsieger mit in den Strudel reißen.

Mit dem Bankrott des Sozialismus in Polen und der DDR hat eine Entwicklung ihre letzte Phase erreicht, die mit großen Reformkonzepten und Hoffnungen begann und auf einen langwierigen Krisenprozeß des Realsozialismus zurückgeht, der erst mit der Außenhandelskrise in den 80er Jahren seine akute Dynamik gewann und katatstrophische Dimension annahm. Während allerdings der polnische Sozialismus mittlerweile seine Selbstentleibung öffentlich zelebriert, versucht man in der Sowjetunion immer noch mittels einer gezielten Reform, den Anschluß an die Moderne zu finden, dabei von Krisen und Zerfallserscheinungen geschüttelt, aber mit einem Führer versehen, der es sogar noch schafft, zum Idol der westlichen Jungmonaden zu avancieren.Die Verbindung von Managerpragmatismus mit der Aura des mittlerweile zur Popperromantik verkommenen Leninismus, schaffte dieses Wunder, ein Wunder allerdings, das von der geschmacklosen Realität bereits kräftig angenagt wird.

Das Festhalten an der sozialistischen Phraseologie muß mehr und mehr als notwendige Verkleidung eines geschützten Übergangs in die offene Weltmarktlogik betrachtet werden, eine berechtigte Angelegenheit, bedeutete jener Sozialismus doch nie etwas anderes als den Versuch, die Verwertungslogik bewußt bzw. politisch auszunutzen. Nachdem nun diese Logik in ihren Grundzügen durchgesetzt ist, scheint jener seine Aufgabe darin zu finden, sich selbst aufzuheben, paradoxerweise per eigenem Plan. Empirisch drückt sich dies darin aus, die Betriebe per Dekret dazu zu zwingen, ihre Logik nicht mehr nach dem System der Dekrete auszurichten, sondern nach der Spontaneität des Marktes.

Stückweise soll also in der Realität der sozialistische Löffel abgegeben werden, während die "sozialistische Utopie" in der Phrase von direkter Demokratie und Selbstverwaltung der Betriebe noch nachglüht und die unterschiedlichsten Klientel in ihren Bann zieht: Für die zarteren Seelchen erstrahlt darin die Sehnsucht nach Frieden und Basisdemokratie, die Wärme der solidarischen Gesellschaft (man denke nur an die rumänische Wettervorhersage), die besseren Rechner sehen große Möglichkeiten der Mitbestimmung im Verkauf von Belegschaftsaktien, bei dem die Arbeiter ihren Kaufkraftüberhang im Kauf ihres eigenen Eigentums eliminieren sollen; die Popper finden Lenin-Anstecker einfach irgendwie geil.

Dieser seltsame Zusammenhang von realem Verfall und ideologischem Nachglühen erzeugt den diffusen Blick auf die Umwälzung des realen Sozialismus, der allenthalben zu bemerken ist. Seine Grundlage ist in dem Paradox des Sozialismus angelegt, Motor einer nachholenden kapitalistischen Akkumulation

im Osten und der Demokratisierung im Westen gewesen zu sein und gleichzeitig den Anspruch einer Transzendenz, der Sehnsucht nach einer Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Grausamkeiten formuliert zu haben.

Die Integration der Arbeiterbewegung in die westliche Demokratie, die von ihr wesentlich erst mitentfaltet wurde, war dabei das geringere Problem. Viel schwerwiegender war der Versuch einer nachholenden Akkumulation im Osten und in etlichen Ländern der Dritten Welt, die vor dem Widerspruch standen, den "naturwüchsig" historisch sich herausbildenden Prozeß der Wertvergesellschaftung "bewußt" (in Wahrheit mit dem doppelten Fetischschleier des "sozialistischen Werts"), planmäßig nachholen zu müssen. Nur so konnte das heute so absurd erscheinende planwirtschaftliche Konstrukt zustande kommen.

Der Wert als angewandter Mechanismus

"Darf eine lösen Dir der Schuhe Band,
Dir? Die so manchen Plan gesponnen,
Der, wenn er im Oktober fertig war,
Schon im November zu vergehn begonnen.

Dante

1

Was wir als Wertvergesellschaftung bezeichnen, und was gängigerweise den Namen Kapitalismus trägt, ist ein Verhältnis voneinander unabhängiger Privatproduzenten, deren sozialer Zusammenhang kein direkter ist, sondern sich mehr oder weniger vermittelt, negativ, hinter dem Rücken der Protagonisten, herstellt - ökonomisch über den Markt, politisch über die demokratischen Institutionen. Vermittlungsform dieses Prozesses ist der Wert, als gesellschaftlich versteinerte Abstraktion, die die negativ vergesellschafteten Teilproduzenten ihrem Handeln unbewußt voraussetzen. Um ihre Produkte über den Tausch aufeinander bezeihen zu können, bedürfen sie dieses Dritten, der Fiktion gesellschaftlich durchschnittlicher Arbeitszeit, die sich wesentlich spontan über den Markt herstellt.

Der Warenproduzent stellt Produkte arbeitsteilig für Andere her, wobei ihm der Inhalt seiner Arbeit, sowie seiner Ware, gleichgültig ist; was ihn interessiert ist die Menge Geld, die er dafür bekommt. Die Arbeit wird dadurch abstrakt, Ar-

beit um der Arbeit willen, "Arbeit sans phrase" - wertschöpfende Arbeit. Diese abstrakte Arbeit, in der die lebendige Arbeit nur noch als Mittel der toten Arbeit, inkarniert im Geld, erscheint, hat weder unmittelbar Gebrauchswert zum Zweck, er ist nur Mittel und Träger des Tauschwerts, noch ist sie ein bewußt stattfindender Prozeß. Die augenfällige Absurdität dieser abstrakten Arbeit liegt in ihrer Gleichgültigkeit gegenüber ihrem Produkt, welches durchaus destruktiv sein kann, solange bei seiner Produktion nur verwertbarer Wert geschaffen wurde.

Das Erscheinen lebendiger Arbeit als ihr Gegenteil, als Inkarnation vergangner Arbeit, kann sich seinem Wesen nach, als Verhältnis voneinander isolierter Privatproduzenten, nur spontan, über den Markt herstellen. Er ist die chaotische Prüfungsinstanz dafür, ob die Arbeit des Wertschöpfers ihrer gesellschaftlich durchschnittlichen Vorgabe entspricht, welche selbst nur eine Fiktion ist, sich eben nur zufällig, über Unmengen von Kaufs- und Verkaufsakten herstellt. Dieser sich naturwüchsig entwikkelnde Prozeß wird quasi zur zweiten Natur der Wertmonade (als Betrieb, wie als Individuum),deren wesentlicher Inhalt ihre Privatheit als Gegensatz zum gesellschaftlichen Zusammenhang bleibt, auch wenn die Vergesellschaftung stofflich längst allgemein geworden ist. Sowohl als Produzent wie als Konsument steht die vernetzte Monade ein für ihre individuellen Interessen, im strikten Gegensatz zu denen Anderer und dem im Staat inkarnierten abstrakten Gesamtinteresse. Ökonomisch entfaltet sich dieser Individualismus als betriebswirtschaftliche Vernutzungslogik, als Gleichgültigkeit gegenüber Prozeß und Ergebnis und als Konkurrenz gegenüber den Marktkontrahenten.

Der Sozialismus (in Theorie und Praxis) saß nun zwei Hauptillusionen auf: einmal, man könne jenen hinter dem Rücken der Individuen sich durchsetzenden Prozeß der Verwertung bzw. dessen Marktvermittlung durch staatliche Planung substituieren, ja sogar unter Kontrolle bringen und zum zweiten, ihm durch diese Bewußtmachung eine Art Gebrauchswert- also am unmittelbaren Nutzen der Gesellschaft orientierte -Logik aufzwingen.Im LeninschenBegriff des Staatskapitalismus ist diese Paradoxie auf den Punkt gebracht: die konkurrierenden Kapitalsubjekte mit ihren bornierten Sonderinteressen unter dem Hut der abstrakten, weil eben von den besonderen Interessen abgekoppelten, Allgemeinheit Staat und von diesem zum Handeln im Sinne des Proletariats gezwungen.

Diese besondere Form der bürgerlichen Subjektillusion, der Vorstellung, dieses prozessierende Interessenchaos sei unter Kontrolle eines irgendwie gearteten Metasubjekts - das Kapital, der Staat, die Politik - ,mit der speziellen Konsequenz, das Proletariat könne sich an dessen Stelle setzen, konnte nur entstehen und durchschlagen auf Basis der historischen Sonderstellung Rußlands, als rückständigem Land, indem eine kommunistischen Partei die Macht übernahm, die einerseits zunächst Wert und Geld abschaffen wollte, andererseits aber deren

Logik erst gesamtgesellschaftlich durchsetzen mußte. Im Lauf einer durchaus widersprüchlichen Entwicklung überlistete die Notwendigkeit das subjektive Wollen und so ging es in der Sowjetunion, rückblickend gesehen, nur um die Entfaltung der Wertvergesellschaftung, allerdings in einer besonderen Form, eben einer nachholenden, der sich zur Absurdität, welche der Wert als solcher bereits darstellt, die Absurdität der vermeintlich bewußten Nachholung jenes unbewußten Prozesses als zweiter Fetischschleier hinzugesellt.

Die Kommunisten waren für diese unmögliche Aufgabe besonders gut geeignet, da sie ohne größere psychische Probleme auf die einzige vorliegende Analyse des kapitalistischen Gesamtprozesses zurückgreifen konnten, die Marxsche Theorie, die dabei jedoch eine eklatante Umdeutung erfahren mußte. Was von Marx grundsätzlich als Kritik der politischen Ökonomie angelegt war, wurde für die Marxisten zu einer bloßen Handlungsanleitung, die kritische, negierende Theorie verkam zu einem Anhängsel einer zweifelhaften gesellschaftlichen Praxis. Im Laufe der Zeit wurde die gesamte Marxsche Negation zu einer positiven "Theorie des Sozialismus", in die vom "sozialistischen Wert" bis zur "sozialistischen Kapitalakkumulation" alles eingeführt wurde.Diese Umdeutungsaufgabe war sicherlich keine leichte, ihr standen jahrzehntelang die Theoretiker in den eigenen Reihen als Kritiker gegenüber und Väterchen Stalin sah sich schließlich genötigt, den Knoten mit der Methode des dialektischen Materialismus zu zerschlagen, wobei er selbst sich bekanntlich noch mit dem ideologischen Problem der Existenz von Ware und Geld in der sozialistischen Gesellschaft herumschlug. Die Reformer der 60er jahre haben diese Frage bereits abgehakt.

Die eigentlichen Schwierigkeiten aber lagen in der Entwicklung der Realität, nicht so sehr in der Anpassung einer querliegenden Theorie an dieselbe, zumal letztere bereits vorher, innerhalb der Arbeiterbewegung eine entsprechende Zuschneidung erfahren hatte, etwa in den Phrasen vom "gerechten Lohn" oder "werteschöpfenden Arbeiter". Im Mißverständnis des Werts als dinghafter Substanz, nicht als gesellschaftlichem Verhältnis (auch Verhalten und Denken implizierend), ist die Illusion seiner Berechenbarkeit und Planbarkeit fundamental angelegt.

Die Wirklichkeit aber wartete zunächst mit einigen knallharten stofflichen Problemen auf, so dem Aufbau von Industrie und Infrastruktur, auf der subjektiven Seite der Herausbildung einer Arbeiterklasse durch den Arbeiterstaat, Notwendigkeiten, die man grundsätzlich als solche der Umwälzung eines Agrarlandes bezeichnen kann; Probleme die zunächst einmal vom Staat durchaus zu lösende Aufgaben darstellen, sich mittels Planung bzw. Gewalt durchsetzen lassen. Hier konnte die "Gebrauchswertlogik" in Form einer rigiden gesamtnationalen Tonnenplanung eine positive, sprich: entwickelnde Rolle spielen. Abschottung vom Weltmarkt sowie ein gigantischer Zwangsapparat waren Voraussetzung für diese Rolle. Die stoffliche Entwicklung ist aber niemals unabhängig von ihrer ge-

sellschaftlichen Formbestimmtheit und wir werden noch sehen, wie sich aus der im nationalen Bereich produktiven Planung für die "Mikroebene" der Betriebe durchaus destruktive Folgen ergeben, die selbst wiederum ins "Makroökonomische" umschlagen.

Wie gesagt, fand die gesellschaftliche Entwicklung der Sowjetunion nicht in einem quasi rein stofflichen, "wertfreien" Raum statt, sondern sie erfüllte gleichzeitig die "objektive" Aufgabe der Entfaltung einer Wertvergesellschaftung, der Auflösung der agrarischen Gesellschaft durch die famosen Ware-Geld-Beziehungen. Es ist schon viel Tinte ob der Frage geflossen, inwieweit diese formelle Nachholung denn notwendig gewesen sei, daß alte Rußland mit seinen traditionellen, auf Gemeineigentum aufgebauten Dorfgemeinschaften nicht direkt zum sozialistischen Kollektivismus hätte springen können. dazu ist zu sagen, daß natürlich auf Basis einer modernen Umwelt durchaus solche Sprünge möglich sind, nicht aber im Rahmen einer nationalen Abschottung gegen einen sich entfaltenden Weltmarkt; noch wichtiger aber ist der Einwand, daß jener dumpfe Kollektivismus nichts, aber auch gar nichts, mit einer Gesellschaft zu tun hat, in der die durch den Individualismus hindurchgegangenen Menschen sich als umfassend bewußte (also vor allem gesamtgesellschaftliche, nicht dörfliche) Subjekte direkt, ohne Dazwischenkunft von Geld, aber auch ohne naturhafte Tradition, miteinander vermitteln.

Die Aufgabenstellung der sowjetischen Entwicklung war also objektiv klar, so unklar sie den Subjekten, vor allem dem Übersubjekt Partei war: die Entfaltung einer betriebswirtschaftlichen Logik, also an Verwertung interessierter Privatproduzenten, seien es nun Betriebe, Kombinate oder Branchenministerien unter treibhausmäßiger Abschottung vom Weltmarkt (um die jungen Pflänzchen nicht zerstören zu lassen), durch einen gesamtnationalen Plan, der neben seinen stofflichen Zielen die Aufgabe bekam, die Einzelbetriebe zur Produktivität anzustacheln und zentrale Marktfunktionen (Preiskontrolle, Kapitalfluß, Allokation der Ressourcen etc.) zu ersetzen. Diese Substitution ist bis heute die zentrale Funktion der Planung. Die voneinander unabhängigen betriebswirtschaftlichen Einheiten, die allein ihrer abstrakten Vernutzungslogik folgen, bedürfen einer Vermittlungsinstanz, als welche normalerweise ein mehr oder weniger offener Markt fungiert. In einem rückständigen Bereich oder Land aber wirkt die Marktlogik destruktiv, weil das Kapital in die profitableren Sektoren fließt. Die gezielte Entwicklung eines rückständigen Landes und darin bestimmter Sektoren bedürfte also einer vorläufigen und teilweisen Aufhebung jener Marktlogik und ihrer Ersetzung durch eine andere Form, die des zentralen Plans.

Wie aber sollte eine solche Planung aussehen, die gleichzeitig eine stoffliche Entwicklung gewährleisten, eine eigene betriebswirtschaftliche Vernutzungslogik entfalten und dabei den Markt, seine automatischen Kontroll- und Verteilungsfunktionen substituieren sollte? Wie war eine geplante Anhäufung von "Wert"

und seine Verteilung in die gewünschten Sektoren denkbar?

Bekanntermaßen rechnet der Plan mit zweierlei Maß: einmal wird stofflich geplant in Tonnen, Metern, etc., zum Anderen in Geld, wie es der anerkannten Existenz der Warenproduktion entspricht. Haben wir nun hier deutlich getrennt zwei Gesellschaften vor uns? Auf der einen Seite die stofflich- gebrauchswertorientiert-sozialistische, auf der anderen die Geldform als Überbleibsel des Kapitalismus? Mitnichten!

Die berüchtigte >Tonnenplanung< besagt nämlich noch nichts über die Qualität des Produkts, sondern bestimmt nur seine Quantität, schließt Produktion als Selbstzweck, als Akkumulation abstrakter Arbeit nicht aus , ja es entspricht sogar der Logik des Werts, die abstrakte Produktenmenge auf seine Fahnen zu schreiben, da er nicht um sich selbst weiß, nicht direkt hohe Arbeitszeitverausgabung, sondern hohen Produktenverkauf anstrebt.Um die Anhäufung und Verteilung von Wert dreht sich aber der Plan, die Anhäufung von Gebrauchswerten als Träger von Wert ist sein Inhalt, weshalb er diese auch in Geldeinheiten ausdrücken muß, um überhaupt noch eine Kontrolle zu haben, wenn schon nicht über den Inhalt von Produktion und Produkt, so doch wenigstens über die Kosten.

Die Zentrale plant also in Tonnen, um wenigstens abstrakt- quantitativ den Inhalt der Produktion zu bestimmen, und sie plant in Geld, um einerseits eine Kostenkontrolle zu gewährleisten (die sich ja nicht aus der Quantenplanung selbst ergibt) und andererseits Kapital in bestimmte Bereiche zu lenken, also die Verteilungsfunktion eines Kapitalmarktes zu substituieren. Die Planung in Geld ergibt sich im Übrigen aus der Tatsache, daß der Wert letztlich keine real auffindbare Größe ist. Produktion und Verteilung von Wert sind aber ihr Inhalt, wobei sie dem entscheidenden Mißverständnis aufsitzt, daß der Wert, weil er in der Produktion entsteht, durch Verausgabung lebendiger Arbeit, auch unmittelbar durch Feststellung des Produktionsaufwands planbar sei. Zur Verwandlung lebendiger in tote Arbeit, also in Wert, bedarf es aber der gesellschaftlichen, sprich: Marktvermittlung, also der Herstellung der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit, die wiederum nur indirekt über den Markt gemessen werden kann.

"Der wirkliche Wert einer Ware ist aber nicht ihr individueller, sondern ihr gesellschaftlicher Wert, d.h. er wird nicht durch die Arbeitszeit gemessen, die sie im Einzelfall dem Produzenten tatsächlich kostet, sondern durch die gesellschaftlich zu ihrer Produktion erheischte Arbeitszeit." Kapital I S. 336

Der Privatproduzent entdeckt erst im Nachhinein, ob sein Produkt ihr entsprach, die Planzentrale aber bescheinigt es den ihren im voraus, was die Betriebe von vorneherein einer Verbesserungs- und Verwohlfeilerungslogik enthebt,

während sie selbst nunmehr die endlose Arbeit des Berechnens jenes gesellschaftlichen Durchschnitts vor sich aufbaut. Mit dieser ihrer logisch unmöglichsten Marktersetzungsfunktion wird sie zum Bürokratie-und Zwangsapparat.

Die Gleichschaltung der individuellen Arbeitszeiten zur gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit kann nur die blinde Spontaneität des Marktes gewährleisten, da es sich um eine Abstraktion handelt, die sich ständig neu auf indirektem Wege herstellen muß, nicht um etwas real vorhandenes, das es nur zu suchen gälte. Es liegt eine gänzlich als normal angesehene Absurdität darin, zwischen den unzähligen individuellen Formen eine Gleichschaltungsform finden zu müssen, die nie wirklich Vermittlung sein kann, sondern immer nur Zwang. Auf diese Weise bringt die bürgerliche Gesellschaft die Doppelleistung hervor, einerseits als Privatproduktion die Illusion reiner Individualität erst zu schaffen, bei gleichzeitiger Notwendigkeit zu permanenter Gleichschaltung, was jene Individualität zu einer schlecht-unendlichen, in permanenter Konkurrenz sich zwanghaft gegen den Gleichschaltungsmechanismus beweisen müssenden, macht. Die Gleichschaltung bleibt dabei aber immer eine spontan- indirekte, die sich als blinder Mechanismus zwischen den Individuen und Betrieben herstellt. Der Versuch, sie bewußt durchzuführen, hemmt quasi beide Seiten: einerseits die Gleichschaltung selbst, indem er sie als direkten Zwang erscheinen läßt und damit den Individuen gegenüberstellt, andererseits die Individualität, indem er die schlechte Unendlichkeit zwangsweise zu hemmen versucht.

Gerade auf betrieblicher Ebene ist dies fatal, indem zunächst einmal die Produktion von Wert vorgegeben wird, dieser dann aber per Dekret auf die gesellschaftliche Durchschnittlichkeit zurechtgestutzt werden soll.Es entsteht so eine Art Spiel zwischen Teilproduzent und abstrakter Allgemeinheit um die Anerkennung des individuellen Werts als gesellschaftlichem, das verschiedene Stufen durchmacht, die wir vom Widerspruch zwischen Privatproduzent und abstraktem Gesamtinteresse her aufzurollen versuchen.

2

Die Zentrale stellt also einen Plan in Tonnen und Geldwert auf, den die Betriebe nun geflissentlich zu erfüllen suchen - soweit zumindest in der Theorie. Wie aber verhalten sich die Betriebe real zum "gesamtgesellschaftlichen" Plan? Zunächst noch ein paar grundsätzliche Worte vorweg.

Ein Privatproduzent im Sinne kapitalistischer Vergesellschaftung über den Wert muß nicht eine natürliche Person, etwa ein dickbäuchiger Kapitalist, sondern kann auch eine Aktiengesellschaft, ein multinationaler Konzern, ein selbstverwalteter Betrieb oder ein Kombinat sein. Entscheidend für den Charakter als Wertproduzent sind seine isolierte Stellung, die einem blinden Zusammenhang

entspricht, und sein Sonderinteresse gegenüber andern Betrieben und der Gesamtgesellschaft, sein notwendiger Blick auf die eigene Verwertung, nicht auf die gesellschaftlichen Folgen. Dieses negative gesellschaftliche Verhältnis macht ihn zum Privateigentümer, unabhängig davon, ob er auch einen juristischen Titel besitzt; denn der Begriff des Privateigentums definiert sich zunächst als Verhältnis von Privatproduzenten, was deren reale Verfügung und Nutzung im Gegensatz zum Gesamtinteresse einschließt, die juristische Bestimmung aber faktisch zweitrangig macht.

Zentral für den gesellschaftlichen Mechanismus ist nicht, daß mir Betrieb und Produktionsmittel gehören und daß ich über sie rechtmäßig verfüge, sondern wie und für was ich sie nutze, ob im eigenen Interesse und auf eigene Rechnung oder für den "Nutzen" der Gesamtgesellschaft. Der Warenproduzent oder Privateigentümer aber ist nur durch die Marktkonkurrenz gezwungen, einigermaßen sinnvoll zu produzieren, zumindest so, daß sein Produkt noch gekauft wird, was bekanntermaßen ein sehr relatives Kriterium ist.

Existieren nun im Realsozialismus derartige Teilproduzenten, die im Gegensatz zueinander und zur Gesamtgesellschaft stehen? Die offizielle Ideologie ging bisher immer davon aus, daß dies nicht der Fall sein dürfe:

> "Die Betriebe werden durch das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die sozialistische Staatsmacht zu einem einheitlichen Ganzen vereinigt." Wörterbuch der Ökonomie - Sozialismus 1973 S.154

Diese Vorstellung der Gesellschaft als Gesamtfabrik in der es keine Scheidung der Produzenten gibt, wirft allerdings die Frage auf, wieso trotz Gemeineigentums und Einheitlichkeit der Staat als Zwangsapparat und das Geld als Wertvermittlungsinstanz notwendig sind. Mit einer "freien Assoziation der Produzenten" kann die "Vereinigung durch die sozialistische Staatsmacht" wohl kaum verwechselt werden, sie suggeriert eher die Zusammenkettung voneinander unabhängiger Privateigentümer.

Die Reformer erkennen denn auch bereits den Widerspruch an, den sie dann dummerweise ausgerechnet über eine Affirmation der Wertlogik kitten zu können meinen:

> "Um bei der Preisbildung das richtige Verhältnis und einen volkswirtschaftlichen Nutzen zu gewährleisten, daß, was für die Gesellschaft gut ist, auch für den Betrieb gut sein muß." Aganbegjan 1989 s. 39

Die Harmonie, die der Staat nicht zustande brachte, soll nun der Markt herstellen. Beidemal liegt eine gewaltige Illusion über den Charakter der Warenproduktion zu Grunde, deren Protagonisten als stoffliche Arbeitsteiler mißverstan-

den werden, die prinzipiell dem Gemeininteresse dienen, sei es geplant, sei es über die "invisible hand" des Marktes. Für den "westlichen" Kapitalismus läßt sich diese Auffassung mit Leichtigkeit widerlegen, sei es durch drastische Beispiele aus dem Umweltschutzbereich, sei es durch die prinzipielle Gleichgültikeit der Wertform gegenüber ihrem stofflichen Inhalt, die nur nach der Verkäuflichkeit von Produkten fragt, nicht nach den gesellschaftlichen Folgen.

Steht es mit den realsozialistischen Wertproduzenten wegen ihrer Bindung an den Plan und damit an das "Gemeininteresse" grundlegend anders? Der Harmonisierungstendenz der Ideologie stehen die Berichte über das reale Verhalten gegenüber, wie sie seit 70 Jahren weitergegeben werden. So schreibt Pollock schon 1927:

> "Strumilin kommt zu dem Schluß, daß nicht die Fehlrechnungen, sondern die mangelnde Plandisziplin die Hauptschwäche und die größte Gefahr der Planarbeit darstelle." Pollock 1927 S. 335

Also selbst wenn man von der Richtigkeit des Plans ausgeht, muß es irgenwelche Sonderinteressen der Betriebe, Branchen oder Privatpersonen geben, die sie dazu bewegen, sich nicht dem im Plan inkarnierten (ich sage abstrakten, weil den Individuen fremden) Gemeininteresse gemäß zu verhalten. Aus dem Jahre 1989 aber bekommen wir dasselbe Bild des Nach-mir-die-Sintflut - Warenproduzenten:

> "Unter dem bürokratischen Lenkungssystem ist der Hersteller daran interessiert, seine Produktion loszuwerden und dann nicht mehr daran zu denken." Aganbegjan 1989 S. 57

Wie der naive Reformer darauf kommt, ein Produzent für einen freieren Markt hätte eine grundsätzlich andere Einstellung, wäre eine Untersuchung über die Ideologiegläubigkeit realsozialistischer Wissenschaftler wert, für uns aber ist interessant, daß die Betriebe sich ihrem eigenen Interesse gemäß verhalten und der Plan ihnen äußerlich gegenübersteht, bzw. sie über ihn nur ihre eigenen Ziele zu verfolgen suchen. So dreht sich denn die ganze Reformdebatte der 80er Jahre darum, wie die Betriebe dazu zu bringen sind, im "gesellschaftlichen Interesse" zu produzieren, was die Existenz ihres Sonderinteresses und dessen Gegensatz voraussetzt. Wie aber drückt sich ihre spezifische betriebswirtschaftliche Logik aus?

Zunächst einmal darin, daß die Betriebe sich dem Planrahmen entsprechend verhalten: von ihnen wird gefordert, eine bestimmte Ware mit einem bestimmten Wert zu produzieren, beides gemessen in Quantitäten, einmal naturalen, einmal geldförmigen, woraus sich zwei in der Literatur sattsam bekannte Phänomene ergeben, die der jeweiligen Planform entsprechen. Die stoffliche Sei-

te der Planung des Werts zeitigt folgende Logik:

"Angenommen zum Beispiel, der Direktor eines sowjetischen LKW-Transportunternehmens muß einen Plan in Tonnen-Kilometer erfüllen; sein Bestreben, möglichst keine Ladungen über kurze Entfernungen zu transportieren, ist kein Fehler, sondern eine rationale Anpassung an das System, in dem er tätig ist."
Alec Nove 1980 S. 13

Der Betrieb hat so die von ihm geforderte stoffliche Leistung gebracht, einen Gebrauchswert als Basis des Tauschwerts geliefert, ohne sich dabei aber im geringsten um den gesellschaftlichen Nutzen zu kümmern.

Weiterhin wird von ihm gefordert, einen bestimmten "Wert" zu produzieren, der ihm in Geldform vorgegeben wird, also letztlich immer in realen Produktionskosten, die der Produzent zu verbrauchen hat. Je mehr dieses seltsamen "Werts" er verröstet, desto leichter erfüllt er seinen Plan, je mehr Wert er von Vorprodukten auf sein Produkt überträgt und je mehr Neuwert er durch Vernutzung von Arbeitskraft schafft, desto "wertvoller" ist sein Produkt und dementsprechend seine Prämien, sein Gewinn.

"Der sprichwörtlich unstillbare Appetit sowjetischer Betriebe auf alle Arten des Input, sei es in Form menschlicher oder maschineller Arbeitsleistung, scheint der Wahrheit zu entsprechen. Das hat einen weit massiveren Einsatz von Produktionsfaktoren zur Folge als es weltweit üblich ist oder in der Sowjetunion erforderlich wäre." Hewett 1989 S. 43

Die Betriebe scheinen also eine äußerst geringes Interesse zur Verwohlfeilerung zu haben, zumindest was ihre planmäßige Produktion betrifft. Der Widerspruch zwischen betriebswirtschaftlicher Vernutzungslogik und abstraktem Gesamtinteresse bedingt aber prinzipiell eine Tendenz der Unternehmen Überschüsse über dem Plansoll, schwarz zu verscherbeln, und dabei nicht die schlechtesten auszusuchen, was besonders in der Landwirtschaft eine große Rolle spielt, aber auch im Investitionsgütersektor. Auf diesem Weg setzt sich die betriebswirtschaftliche Logik seit langem frei durch, ohne dabei das Plansoll zu verfehlen, allein mit verfügbaren Überschüssen, die legal oder illegal ein gigantisches Ausmaß erreicht haben: der Schwarzmarktumsatz in der Sowjetunion etwa wird auf 80 Mrd. Rubel geschätzt (Moscow news, Mai 89).

Klar dürfte sein, daß hier das Privatinteresse überwiegt, und der öffentlichen Knute soviel wie möglich versucht wird abzutrotzen. Ebenso klar dürfte geworden sein, daß es keine Einheit von einzelbetrieblichem und Gesamtinteresse gibt, daß die Betriebe zwar Produktion auf der Basis der Verwertung des Werts betreiben und die Planung kein anderes Ziel verfolgt als diesen Wert zu planen,

beide aber bei aller Gutwilligkeit darüber in Widerspruch geraten. Die ihrem Anspruch nach gesamtgesellschaftliche Planung muß fundamental an dem ihr vorausgesetzten Privatinteresse scheitern, demgemäß die Betriebe tun, was ihrer individuellen Verwertungslogik , nicht was einer imaginären gesellschaftlichen Wertgesetzmäßigkeit entspricht. Die Warenproduktion setzt sich trotz Planung als blinder Zusammenhang durch und läßt das Gemeininteresse zum äußerlichen Zwang werden, der die verinnerlichte Wertlogik ex post kontrollieren und zügeln soll.

3

Ebenso wie die Wertlogik den Plan stört, behindert aber auch der Plan die Entfaltung der Wertlogik. Es wurde bereits gesagt, daß die Ersetzung des Marktes durch den Plan die Wertlogik dahingehend desavouiert, daß sich der Wert, bestimmt als gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit, an sich nur hinter dem Rücken der Produzenten durch unzählige Markvermittlungen herstellen kann, nur als gesellschaftlich versteinerte Fiktion existiert und permanentem Wechsel unterworfen ist. Durch die bürokratische Festlegung (oder besser den Versuch) erfährt diese spontane Vermittlung notwendigerweise einen Knacks, eine Hemmung ihrer normalen Entwicklung, deren erste Stufe das Ausetzen des Verwohlfeilerungszwangs der Marktkonkurrenz ist.

Entscheidender Mechanismus der Marktsubstitution ist die Finanzierungs- und Abnahmegarantie, welche die knallharte Kontrolle des Marktes zur, in den gesellschaftlichen Konsequenzen ebenso harten, Beliebigkeit werden läßt, indem sie der Fiktion aufsitzt, den "wirklichen Wert" berechnen zu können, was den Betrieben die Chance eröffnet ihren "individuellen Wert" zum gesellschaftlichen zu machen oder dies zumindest zu versuchen. Zur abstrakten Möglichkeit, den Plan per Kosten zu erfüllen, kommt die Garantie hinzu, daß das Produkt abgenommen und bezahlt wird, was im Rahmen der betriebswirtschaftlichen Vernutzungslogik nur eine Konsequenz haben kann:

> "Die Überzeugung, daß ihm alle Erzeugnisse abgenommen werde, enthebt den Lieferbetrieb in hohem Maße der Sorge um die Qualität seiner Produkte...."
> Palterowitsch 1985 S.33

Diese Finanzierungs- und Abnahmegarantie ist es schließlich auch, die für die gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte, vor allem den gewaltigen Geldüberhang verantwortlich ist. Galt noch für den ersten Jahresplan 1925/26 das Prinzip der Haushaltsfinanzierung mittles des konvertiblen Tscherwonez-Rubel,

was ihn deshalb unfinanzierbar machte, so war für den Entwurf 1926/27 bereits ein Wachstum der Geldmenge um 22% vorgesehen (Pollock 1927). Seitdem ist es die Regel, die Finanzierung der Betriebe durch die Notenpresse und damit eine versteckte Geldentwertung zu gewährleisten. Der festgestellte "wahre Wert" wird auf diesem Wege bezahlt, die im System der Wertplanung angelegte Kosteninflation durch Geldinflation beglichen.

Die Betriebe gewinnen auf diese Weise eine im Westen unvorstellbare Freiheit, Schrott zu produzieren, denn die eigentliche Kontrollinstanz für den Gebrauchswert einer Ware ist der Markt; der Plan hingegen legt nur Menge und Geldquantität fest, abgesehen von einzelnen Qualitätskennziffern, die die unzähligen Bestimmungen eines Gegenstandes jedoch kaum erschöpfen. Aber auch wenn eine offensichtliche Verfehlung nachgewiesen werden kann, steht der Staat für die Folgen finanziell gerade. Die "Gebrauchswertplanung" zeitig demgemäß Ergebnisse, die dem äußeren Betrachter als unsägliche Lächerlichkeit erscheinen:

NZ 28.1.

Glas in der Sowjet-Wurst: Da graust es sogar Katzen

MOSKAU. — In der Sowjetunion geht es gegenwärtig um die Wurst. Verärgerte Wursthersteller haben die Literaturzeitschrift „Literaturnaja Gaseta" verklagt, weil sie geschrieben hatte, manche sowjetische Würste seien so ungenießbar, daß sich sogar die Katzen grausen.

Die Zeitung hatte die Frage, ob die Würste genießbar sind oder nicht, einer vierbeinigen Jury vorgelegt, die sich eindeutig gegen die Genießbarkeit entschied: „24 Katzen verschmähen sie völlig", berichtete das Blatt von seinem Experiment. „Fünf essen nur Wurst guter Qualität oder aus Heißhunger. Nur von einer, der zwei Monate alten Katze Mura, kann man tatsächlich sagen, daß sie sich über die Wurst hermacht."

Über ihren Streit mit den Wursterzeugern berichtet die Zeitschrift in ihrer Ausgabe von dieser Woche unter der Überschrift „Sollen uns die Katzen richten". In dem Artikel heißt es, die Hersteller mißbrauchten die Erlaubnis der staatlichen Qualitätskontrolleure zum Beimischen von Proteinen in den Würsten dazu, Haut und Knochen von Rindern in die Wurst zu mengen.

Tierblut, Proteinpaste, Blutplasma, Pflanzenstärke, Mehl und Emulsionen von Proteinen und Fett seien weitere Bestandteile der grauen, unappetitlichen Wurstmixer, wie sie aus den Fabriken komme. „Blöcke gefrorenen Fleischs wurden nicht aufgetaut oder gewaschen. Fröhlich werden sie zusammen mit Wollknäulen und sogar den Markenzeichen der Firmen, die diese Blöcke liefern, in die Mischmaschine geworfen. Nägel, Sand und Glas fallen ebenfalls in den Wurstbrei", schrieb die Zeitschrift.

aus Nürnberger Zeitung, 28.1.90

Dem Beispiel ließen sich noch etliche hinzufügen, die ein ebensolches Licht auf die Qualitätskontrolle der Tonnenplanung werfen: Prinzipiell kann zunächst einmal Scheiße produziert werden, dann wird im nachhinein kontrolliert, der Kontrollinstanz können wieder Erleichterungen abgerungen werden, die dann wieder übertreten werden und am Schluß kommt hinein, was die Schamgrenze des Produzenten zuläßt. Die Zentrale kauft dies Produkt dann ab, der Betrieb verrechnet soviel Kosten wie möglich.

Doch bedarf die Warenproduktion neben der indirekten Kontrolle des Marktes auch einer direkten, die vor allem in der Bedrohung mit Sanktionen besteht und unzählige Gesetzbücher füllt. Dem Privatproduzenten ist eben nicht zu trauen. Natürlich gibt es auch im Realsozialismus solche Strafmöglichkeiten in Hülle und Fülle, sie scheinen jedoch nur bei strafrechtlich relevanten Tatbeständen zur Anwendung zu kommen, etwa nach dem Zusammenbruch unzähliger Häuser beim Erdbeben in Armenien, deren Fundamente aus Schutt bestanden (SZ 20.6.89, Pressedienst 2 S.139). Ein Vertragsrecht jedoch, das Fristgerechtigkeit und Qualität von Lieferungen gewährleistet, scheint nicht zu funktionieren:

> "Der Lieferbetrieb verletzt häufig die Vertragsdisziplin, braucht aber in der Regel kaum Sanktionen zu befürchten. Höchstens in jedem zehnten Falle kommen Sanktionen zur Anwendung und nur in 0,15% der Fälle ersetzen sie voll den Schaden." Bunitsch 1982 S. 204

Die Reformer nennen dies die "Macht der Produzenten über die Konsumenten". Das aber war der Ausgangspunkt: Der Produzent ist die Basis, er schafft die Werte, seine Arbeit ist es, die geplant wird. Da jeder Produzent aber gleichzeitig Konsument von Produktionsmitteln etc. ist, beißt sich hier der Produktivismus in den Schwanz und führt in der Realität zum Autarkiebestreben der Unternehmen, d.h. dem Bestreben nach größerer Produktionstiefe, zu Zwecken der Unabhängigkeit des Wertproduzenten von seinen Konkurrenten. Wir haben damit eine weitere Funktion des Marktes, die die Planlogik untergräbt, indem sie sie zu ersetzen vermeint - die einer breiten gesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Durch die Abnahmegarantie verschärft sich die Tendenz zur Anhäufung "abstrakter Arbeit", vom bloßen Desinteresse an Kostensenkung auf Grund der rein quantitativen Planung zum positiven Interesse, die Kosten möglichst zu steigern, da ein billigerer Produzent sich kaum melden wird, denn die Finanzierung ist so oder so gesichert. Damit aber ist der Stachel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität gleichsam abgeschnitten, vor allem in der Hinsicht, daß es keinen Grund gibt, lebendige Arbeitskraft freizusetzen, denn sie gilt ja per se als wertschöpfend und wird deshalb unabhängig von ihrer Notwendigkeit finanziert. Die famose Arbeitsplatzgarantie ist also nichts als eine Form der Wertfinanzierung, mit den gleichen Folgen:

"Zum Beispiel hat sich der Direktor einer Gerätebaufabrik im Nowosibirsker Raum, darüber beklagt, daß rund ein Drittel seiner 600 Mitarbeiter im Sommer für drei bis vier Monate "verschwände", um Erzeugnisse aus dem eigenen Garten zu verkaufen. Daran verdienen sie offenbar mehr als in ihrem Betrieb."
Hewett 1989 S. 32

Wenn der Betrieb nicht liefern muß, muß auch der Arbeiter nicht arbeiten; wenn der Betrieb für den Schwarzmarkt produziert, arbeitet der Arbeiter schwarz - beide scheinen keine Angst vor der Rechenschaft zu haben, sie rechnen mit der Finanzierung. Sollte diese wirklich einmal gestrichen werden oder gar eine Strafe verlangt, so hat man vielleicht auf dem Schwarzmarkt etwas viel Begehrteres eingetauscht als wertloses Geld. Die Arbeitsplatzgarantie scheint dabei wirklich die schärfste Form zu sein, ganz dem Wertschöpfungsprimat entsprechend. Es ist evident, daß diese Form der Einsaugung von Arbeit, der Zeit entstammt, in der sich das planwirtschaftliche Modell entwickelt hat und in der es darum ging, eine Arbeiterklasse, als Basis der Industrie erst entstehen zu lassen. Die Produktion des absoluten Mehrwerts, als einfache quantitative Ausdehnung der Arbeitszeit, steht dabei im Mittelpunkt.

Die Logik der Verwertung hat die Existenz eines freien Marktes zur Prämisse, der einen Zwang zur Verwohlfeilerung und ein gewisses Maß an Qualitätskontrolle, bei Strafe der Unverkäuflichkeit setzt. Mit der Aushebelung dieser Selbstkontrolle durch die Finanzierungs-und Abnahmegarantie, wird die Planzentrale vor die Frage gestellt, die Pollock als die Grundfrage der sowjetischen Geschichte bezeichnet:

"... ob und auf welche Weise eine Planwirtschaft die Funktionen des Marktes ersetzen kann." Pollock 1927 s. 5

Den Markt ersetzen aber kann die Planung auf Basis des Werts nicht, sie kann nur das tun, was sie auch mit dem Wert tut, sie kann versuchen den Markt zu planen. Diese Sprachregelung hat sich denn auch in den letzten 70 Jahren durchgesetzt:

"Mit Plänen und Bilanzen ist den Veränderungen des Marktes Rechnung zu tragen, damit für den Kunden und nicht für das Lager produziert wird."
Köhler/Reuß 1984 S.4

Allein, auch beim bloßen Versuch der Planung des Marktes und dem Versuch, verschiedene seiner Funktionen zu übernehmen, hat sich die Zentrale viel aufgebürdet. Verhalten sich die Privatproduzenten schon nicht von selbst dem

Plan entsprechend und reagieren sie nicht auf die Finanzierungsgarantie mit der entsprechenden Dankbarkeit, so muß eben ein perfektes System ausgeklügelt werden, um die Ressourcen richtig zu verteilen, die Qualität zu kontrollieren und die Betriebe zur Verwohlfeilerung zu zwingen. Der Plan muß also noch genauer und rigoroser werden, um die Einzelinteressen zur Verfolgung des Gemeininteresses zu zwingen. Kann er das?

4

Bei der Frage, wie der Plan zustande kommt, steht klar die Schwierigkeit im Mittelpunkt, daß Betrieb und Zentrale einander als Inkarnationen von abstrakter Privatlogik und abstraktem Gemeininteresse gegenüberstehen. Der Betrieb wird also versuchen, die Zentrale zu hintergehen und die Zentrale versuchen, dem Betrieb draufzukommen. Dazwischen schieben sich die Branchenministerien mit eigenen Sonderinteressen und der Neigung "ihre" Betriebe zu unterstützen. Zum entscheidenden Zünglein an der Waage wird dabei für die Betriebe und Branchen ihr Informationsmonopol:

"Wie wir sehen werden, gehen die Informationen, mit deren Hilfe die Planer Instruktionen erlassen, von den untergeordneten Stellen aus." Nove 1980 S. 25

"Die zentralen Planungsorgane und sogar die lokalen Behörden verfügen über keine hinreichend breite und zuverlässige Informationsbasis bezüglich der Bedingungen der Wirtschaftsführung jedes Betriebes und insbesondere der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen. Auch über das Ausmaß der wirklichen Bedürfnisse der Gesellschaft an Ausrüstungsgegnständen, Roh- und Werkstoffen, Konsumgütern und Lebensmitteln besitzen sie nur eine ungefähre Vorstellung." Salawskaja 1989 s. 98

Den Markt zu planen wird damit aber für den Abnahmegaranten zu einer unlösbaren Aufgabe, denn der Logik des Einzelbetriebes muß es entsprechen, sein Informationsmonopol auszunutzen und nicht nur die Qualitätskontrolle, sondern auch die Tonnen- und Kostenplanung unüberblickbar zu machen. Die gigantischen Disproportionen der sowjetischen Wirtschaft sind nur der empirische Beleg, der im Begriff des Werts selbst angelegten Unmöglichkeit der Versöhnung von Privatproduktion und Gemeininteresse, anders ausgedrückt, der Organisierung des Marktes. Nove bringt den hinter der Disfunktion der Planung steckenden Widerspruch fast auf den Punkt, auch wenn, was er gegenüberstellt, prinzipiell zusammengehört, Interessenwiderspruch und Informationsabstraktion

sind real eins:

"Einige Wissenschaftler sehen die Ursachen dieser Probleme vor allem darin, daß es zwischen Planern und Managern (und auch Arbeitern) keine gemeinsamen Interessen gebe und da? die hierarchisch-bürokratische Form der Gesellschaft Kommunikation und Verständnis unterbinde. Solche Überlegungen haben ihre Bedeutung, gehen jedoch am Problem vorbei, denn in den meisten Fällen weiß die Zentrale einfach nicht, was im Einzelnen zu tun ist, während das Management in seiner Situation nicht über die Bedürfnisse der Gesellschaft informiert ist, es sei denn, die Zentrale setzte es darüber in Kenntnis." Nove 1980 S. 102

Der so zum stofflichen degradierte Widerspruch ist natürlich naiv aufgefaßt. Die Betriebe haben ihrer Logik gemäß kein Interesse, Informationen an die Zentrale zu geben, denn sie müßten mit höheren Planauflagen und geringeren Materialzuweisungen rechnen. Die Zentrale ist im übrigen durch ihre Getrenntheit von den Teilproduzenten auch nur abstraktes Gemeininteresse, d.h. auch sie weiß nicht über die realen Bedürfnisse der Gesellschaft Bescheid, sondern erstellt nur Prognosen (eine Tatsache, die seit Chruchtchow anerkannt wird).

Der Widerspruch zwischen Planer und Betriebsmanager aber muß eine Form finden, innerhalb derer er sich bewegen kann, und so besteht die Planaufstellung in langwierigen und zähen Verhandlungen, wobei es wie gesagt für den Betrieb darum geht, möglichst viel Zuteilung bei möglichst niedrigem Plan zu erhalten, die Zentrale aber in die entgegengesetzte Richtung steuern möchte.

"Unter dem zentralisierten Versorgungssystem beginnt alles mit einer Bedarfsmeldung; jeder Betrieb schickt seine Bestellung an die Beschaffungsstellen.... Aufgrund von bloßen Vermutungen also, wie dieser Plan aussehen wird, versucht der Betrieb natürlich, sich für alle Fälle zu rüsten.... Darum gibt der Betrieb eine etwas höhere Bestellung ab. Wenn alle Bestellungen gesammelt sind, stellt sich heraus, daß der gemeldete Bedarf die Liefermöglichkeiten des angeforderten Materials weit übersteigt. Dann werden die bestellten Mengen zusammengestrichen, und die Betriebe versuchen, ihre Lager so weit wie möglich mit den knappen Materialien zu bestücken." Aganbegjan 1989 S. 56

Von dieser eher spontanen Interessenkollision, wie sie Aganbegjan parteinehmend für die Betriebe schildert, scheint sich dieses Spiel im Laufe der Zeit zu einer festen Form kristallisiert zu haben. Reformkollegein Salawskaja stellt fest:

"... daß das gegenwärtige System nicht so sehr eine Kommandowirtschaft darstellt, wie gemeinhin angenommen wird, sondern eher einer Verhandlungs-

wirtschaft auf Gegenseitigkeit zwischen Behörden und Betrieben entspricht.... eine Art Dialog." Salawskaja 1989 S. 96

Verfügt die Zentrale dabei formal über die Knute der Geldzuteilung, Anreizprämien und Preiskontrolle, so der Betrieb über Einspruchsrechte und Nachbestellungsmöglichkeiten, die im übrigen weidlich genutzt werden.

In der Realität gehen die Möglichkeiten der Betriebe noch wesentlich weiter, sodaß weder der reale Materialverbrauch noch der Ausstoß kontrolliert werden können, was sich nicht zuletzt an der Existenz eines riesigen Schwarzmarktes ablesen läßt. Gerade im Bereich der Ressourcenverteilung, wo angeblich überhaupt kein Markt existiert, und die Zuteilung besonders streng sein sollte, setzen die Betriebe ihre Inputinteressen weitgehend durch:

"In einem bestimmten Gebiet haben Kolchosen und Sowchosen innerhalb eines Jahres Objekte im Wert von 400 Mio. Rubeln erstellt, obwohl die zugeteilten Ressourcen (Metall, Zement, Baukonstruktionen, Ziegel, Holzteile) nur für Objekte im Wert von 60 Mio. Rubel ausgereicht hätten. Dabei sind alle Ressourcen streng kontingentiert und dürfen nach den gesetzlichen Bestimmungen der UdSSR nur zentral verteilt werden." Aganbegjan 1989 S. 53

Natürlich kann der Betrieb die Planung nicht nur durch sein Informationsmonopol beeinflussen, sondern hat unzählige Wege der Bestechung, Beeinflussung etc., zudem wird er auch seine Planerfüllung möglichst so halten, daß er im nächsten Zeitraum nicht überfordert wird, es sei denn, er will durch neue Projekte seine "Wertschöpfung" ausdehnen. Die Sucht nach Input, nach Aufhäufung von "abstrakter Arbeit", die dann vom Abnahmegaranten zum marktgültigen Tauschwert erklärt wird, zeitigt nämlich auch die Konsequenz, daß die Betriebe statt zur Intensivierung der Produktion zur ständigen Ausdehnung tendieren. Die Planzentrale, die alles finanzieren muß, versucht auch hier die Aufhäufung neuer Kosten, in Form neuer Projekte, möglichst einzudämmen, die Kontrollfunktion des Marktes zu ersetzen, was ihr allerdings nicht sehr überzeugend gelingt. Der Markt würde ein überflüssiges, in der Wertsprache nicht verkäufliches, Projekt im Nachhinein durch finanziellen Zusammenbruch bestrafen und führt gerade damit zur vorgeschalteten freiwilligen Selbstkontrolle. Die Zentrale darf dies nicht und muß deshalb die Zensur vorschalten, was unser Informationsproblem aufwirft und verschiedenste Formen von Geschicklichkeitsspielen hervorbringt. Der Betrieb, der nun unbedingt erweitern will, muß auf dem umgekehrten Weg anfangen, indem er weniger ansetzt, um mehr zu bekommen. Noch ein letztes Beispiel, wie die Betriebsleiter ihren dialektischen Materialismus gelernt haben:

"Viele Betriebe setzen die Plankosten bewußt niedrig an. Damit erhöhen

sich die Chancen, daß ihr Projektvorschlag angenommen wird. Erst später enthüllen sie die vollen Kosten. Eine Erhebung in 1600 sowjetischen Unternehmen hat gezeigt, daß durch Erweiterungsinvestitionen im Zeitraum 1971-78 zusätzliche Produktionskapazitäten geschaffen wurden. Die tatsächlichen Kosten waren dabei durchschnittlich um eine Drittel höher als in den Voranschlägen ausgewiesen." Hewett 1989 S. 89

Hinter dem Informationsproblem steckt der fundamentale Widerspruch zwischen gesellschaftlichem Teilproduzenten, dessen individuelles Interesse auf seinen eigenen Gewinn, in welcher Form auch immer, ob in Geld oder Pfründen, gerichtet ist und einem abstrakten Gemeininteresse, welches sich der Gesellschaft gegenüber im Staat verselbständigt. Auf dieser Basis des Werts, als Verhältnis voneinander unabhängiger und dadurch in Interessenwiderspruch gesetzter Privatproduzenten, denen ein gesellschaftlicher Zusammenhang von Grund auf als fremd erscheint, muß jegliche Form von Planung scheitern, sogar in Kontraproduktivität umschlagen. Selbst wenn man auf dieser Basis davon ausgeht, daß sowohl Betrieb, als auch Zentrale keine irgendwie betrügerischen Interessen verfolgen, sind sie gezwungen, so zu handeln - der Betrieb nach seiner betriebswirtschaftlichen Vernutzungslogik, der Staat gemäß einem nur mehr abstrakten, weil den besonderen Interessen gegenüberstehenden Gemeininteresse.

Der Widerspruch zwischen Teilproduzent und Zentrale, dargestellt am Informationsproblem, ist aber nur eine der spezifischen Formen, in denen sich der Wert in Planwirtschaften durchsetzt, gleichzeitg existiert auch eine Konkurrenz zwischen den Betrieben selbst.

5

Die Konkurrenz zwischen Konkurrenzsubjekten findet gewöhnlich auf einem offenen Spielfeld statt, welches sich Markt nennt und einigermaßen dadurch gekennzeichnet ist, daß es den Subjekten wenig äußerliche Zwänge vorschreibt, aber einen gewaltigen indirekten Zwang zur Verbesserung und Verwohlfeilerung, freilich in nur auf das Einzelprodukt bezogener und deshalb abstrakter Weise, ausübt. Die Kontrahenten selbst kämpfen um Marktanteile bei möglichst hohen Gewinnen und gleichzeitigem preismäßigen Ausstechen der jeweiligen Gegenspieler. Erst durch das Bestehen dieses Konkurrenzkampfes erweist sich der individuelle Wert als gesellschaftlich gültig, wird die Fähigkeit des Produzenten bewiesen und in klingender Münze belohnt, die dann erneut ins Spiel geworfen werden kann.

Wie sieht diese Konkurrenz aber nun aus, wenn versucht wird , den Markt zu planen, die Wirtschaftssubjekte bewußt zur Konkurrenz, zur Verbesserung

und Verwohlfeilerung anzustacheln?

Wir haben gesehen, daß es sich bei den realsozialistischen Betrieben um gesellschaftliche Teilproduzenten handelt, die ihren isolierten Interessen folgen, welche statt durch den Markt durch einen Plan kontrolliert werden sollen, und wie bereits dieser Plan selbst, geht man auch von seiner Richtigkeit aus, durch seine Finanzierungs- und Abnahmegarantie, den Verwohlfeilerungs- und Verbesserungszwang der Tauschwertlogik aushebelt. Durch den Gegensatz der Monade Betrieb zum abstrakten Ganzen, wird schließlich noch die Richtigkeit des Plans selbst zu einem Problem der Aufrichtigkeit, die selbst bei angenommener Gutwilligkeit der Betriebe zu Verschleierung führen muß.

Es ist evident, daß die Betriebe bei garantierter Abnahme weniger um einen Absatzmarkt konkurrieren können, es sei denn auf dem Schwarzmarkt; gleichermaßen evident, daß sie durch ihre Einzellogik und ihre Möglichkeiten der Planbeeinflussung zu Formen der Konkurrenz in der Lage sind, die sich aber, dies allgemein vorweg, da ja "Wertanhäufung" belohnt wird, nicht um Verwohlfeilerung, sondern um massenhafte Einsaugung aller Arten von Ressourcen drehen (siehe auch Zitat Hewett S. 43). Diese Inputkonkurrenz kann sich, grob gesprochen, auf drei Gebiete beziehen: Fonds (Geld), Investitionsgüter und Arbeitskräfte.

Die erstere Konkurrenzfläche ist dabei die unmittelbar einleuchtendste und deshalb auch Spezialgebiet aller Planverbesserer und Stimulierungsideologen, was jene deshalb noch keineswegs als Reformer gelten lassen muß, sondern einfach der Natur des Systems entspricht. Das Unternehmen lebt nun einmal formal von Mittelzuweisungen der Zentrale, den verschiedenen Fonds, Prämien, Sonderzuschüssen, die es zu besorgen gilt,

"... mit Hilfe von Bekanntschaften, Geschenken, Anrufen bei einflußreichen Leuten, Berufung auf die Autorität des entsprechenden Leiters, das Ansehen des Betriebes, der Stadt oder des Gebietes." Bunitsch 1982 S. 205

Die Betriebe konkurrieren dabei zunächst einmal um die absolute Ausdehnung ihrer Produktion, die Erhöhung der "Wertschöpfung". Da natürlich vom Plankomittee nicht alles gewährt wird, müssen sie einigermaßen trickreich sein, wie wir am Beispiel der Erweiterungsinvestitionen bereits gesehen haben. Nachgerade raffiniert aber müssen sie sein, wenn sie ihre Fondszuweisung und ihre Prämien erhöht bekommen wollen, bei gleichzeitiger Planreduzierung oder zumindest gleichbleibendem Niveau, denn es scheint so zu sein, daß sich das Interesse an "Wertschöpfung" für den Einzelbetrieb eher auf individuelle Anhäufung bezieht, als auf gesamtgesellschaftliche Verwertung. Ein wirklich guter Genosse Hauptbuchhalter schafft es jedenfalls, den Plan niedrig zu halten und gleichzeitig Prämien und Fonds zu erhöhen, entweder indem er nachträglich fiktive Erhöhungen durchsetzt und dafür Mittel kassiert, die er gar nicht braucht, oder aber

den Plan als zu hoch kritisiert, ihn sich senken läßt, die jeweiligen Mittel aber möglichst versucht zu behalten.

> "Manchmal werden Produktionspläne auch erhöht. Dafür erhalten die Betriebe zusätzliche Investitionen, Rohstoffe, Materialien und Arbeitskräfte. Danach aber bemühen sich manche Betriebsleiter um eine Planreduzierung, wobei sie natürlich die zusätzliche Ressourcen behalten" Bunitsch 82 S. 206

Die Betriebe konkurrieren hier zwar mit knallharten Mitteln, befinden sich aber immer noch auf einer quasi offiziellen Ebene, denn sie sollen ja zumindest um die Prämien kämpfen, wenn auch eigentlich mit anderen Mitteln. Die Konkurrenz ist jedenfalls hier noch über die Planzentrale vermittelt und so wenigstens formal unter Kontrolle.

Der zweite Gegenstand der Konkurrenz ist bereits wesentlich mehr ein Kampf zwischen den Betrieben, auch wenn er formal der Kompetenz planmäßiger Fondzuteilung zugehört - der Zuliefermarkt für Produktionsmittel und andere Ressourcen. Bereits auf der Ebene der Bedarfsmeldung setzt sich dabei, wie wir gesehen haben, das betriebswirtschaftliche Interesse gegen die Plankontrolle durch.

Die besonders krasse Überschreitung auf diesem Gebiet ist einerseits auf die Logik der Tonnenplanung zurückzuführen, die ein möglichst großes Maß an Ressourcenverbrauch impliziert, andererseits auf den daraus und aus der geringen Kontrolldichte resultierenden ständigen Mangel an Ressourcen, was zu zwei negativen, weil an sich kontraproduktiven Formen der Konkurrenz führt: erstens, dem fatalen Autarkiebestreben der Betriebe und Branchen, die damit versuchen, ihren Grundcharakter als gesellschaftliche Teilproduzenten permanent zu verleugnen und der Produktion nichtverwertbarer Tonnen noch eins draufsetzen; zweitens, dem System der "Tolkatschi", jener halblegalen Mittelsmänner, die mit nichts anderem als der Besorgung stofflicher Mittel auf inoffiziellen Wegen befaßt sind.

> "Der tolkac, wörtlich der Schieber, ist eine Art inoffizieller Versorgungsmakler, dessen Arbeit darin besteht, sich zu rühren , zu nörgeln, zu betteln, zu borgen und manchmal zu bestechen, damit die erforderliche Rohstoffe, Einzelteile und Ausrüstungen geliefert werden. Da der Versorgungsplan mit dem eigenen Produktionsplan und auch mit den Plänen der Lieferbetriebe übereinstimmen sollte, beweist schon die Existenz des tolkac, daß hier etwas im Argen liegt."
> Nove 1980 S.120

Dies aber bedingt und wird zugleich dadurch bedingt, daß es für die Betriebe wichtiger ist, auf dem Tauschmarkt für Ressourcen und Produktionsmittel mitzuhalten und sich per Naturaltausch, mit inoffiziellen oder verplanten Pro-

dukten zu versorgen, als die Verträge und Pläne der Zentrale einzuhalten. Die Logik der negativen, weil kontraproduktiven Konkurrenz hebelt den Planwillen ein weiteres Stück Richtung Abgrund. Die Versorgung mit wirklichen Gütern geht betriebswirtschaftslogischerweise einer Geldzufuhr vor, deren Wert zweifelhaft ist.

"Es gibt natürlich Vorschriften über Bußgelder für nicht eingehaltene Verträge. Doch sind sie wirkungslos, was kaum überrascht, weil es absolut unmöglich ist, Verträge einzuhalten. Wenn Geldstrafen verhängt werden, zahlt man sie vom Bankkonto des Betriebes. Das schadet keinem." Nove 1989 S. 120f

Die Planmäßigkeit des System bewegt sich damit aber nunmehr unterhalb der Ebene des westlichen Kapitalismus, denn nicht einmal der Einzelbetrieb kann mit einer gesicherten Zulieferung planen, weil ihr Erhalt immer fragwürdig bleibt - der Lieferant kann an einer Vertragsstrafe nicht pleite gehen, und so kann er durchaus einmal auf eine Lieferprämie verzichten, wenn er dafür ein notwendiges Ersatzteil erhält. In der Konsequenz führt diese Form der negativen Konkurrenz zu einer gigantischen Lagerhaltung.

"Bei einem Nationaleinkommen von etwa 600 Mrd. Rubeln beträgt der Gesamtwert der bei den Betrieben eingelagerten Materialien über 460 Mrd. Rubel, mindestens doppelt so viel, wie sinnvoll wäre." Aganbegjan 1989 S. 56

Der dritte Konkurrenzmarkt, ist jener, den es am wenigsten geben darf, der aber wohl am meisten außer Kontrolle ist - der Arbeitsmarkt. Wir lassen uns hier die Fakten von einem Herrn liefern, der vehement behauptet, daß es letzteren nicht gäbe, zugleich aber der Sowjetunion eine Überdimensionale Arbeitskräftefluktuation bescheinigt:

"Ein Drittel der Beschäftigten wechselt jährlich den Arbeitsplatz." Mandel 1988 S. 85

Mit allen erdenklichen Mitteln, Wohnungen, Konsumgüterzuteilungen, Prämien etc. werden die Arbeiter abgeworben, gerade auf diesem nicht vorhandenen Markt konkurrieren die Unternehmen am offensten, weil es um Mehrwertproduzenten geht, die der Staat am freigebigsten subventioniert.

Die lebendige Arbeit schafft bekanntlich den zu planenden und heiß ersehnten Wert, weshalb ihr Verbrauch nicht nur als gerechtfertigt, sondern als notwendig erscheinen muß, was den kapitalistischen Grundwiderspruch, gerade jene Arbeit zu eliminieren, zwar bremst, aber um den Preis der permanenten Krise. Die Nachholung der westlichen Industrialisierung mußte eben auch die massive Ein-

saugung von "Wertschöpfern" implizieren, die daraus entspringende Logik war eine der Anhäufung von Ware Arbeitskraft, das richtige Verhalten der Betriebe, möglichst viele Arbeiter anzustellen, vor allem in diesem Bereich durch die Finanzierungsgarantie der Zentrale belohnt, die in der Überwindung der agrarischen Gesllschaft durch das proletarische Industriesystem ihr Ziel sah. Selbst das Informationssytem spielt hier eine geringere Rolle, denn der Betrieb braucht gar nichts zu verschleiern - es wird von ihm verlangt, viele Prolis laufen zu haben.

Was liegt also näher für die Betriebsleiter, als um die Lohnfonds zu buhlen, indem sie soviel Werktätige wie möglich an Land ziehen, die Gesamtarbeitzeit soweit wie möglich auszudehnen versuchen und damit eine weitere zivilisatorische Mission des Kapitalismus desavouieren, die der potenziellen Überflüssigmachung von abstrakter Arbeit.

Diese spezifische Form der Konkurrenz, die nicht Verwohlfeilerung und Verbesserung zum Ziel hat, weil sich der Wert nicht als Tauschwert auf einem Markt beweisen muß, sondern die die Unternehmen Kostenmaximierung und quantitativen Ausstoß als Interesse verfolgen läßt, weil die Zentrale den "individuellen Wert" bezahlt, ließe sich einigermaßen treffend als negative Konkurrenz betiteln. Darin drückt sich aus, daß ihr in gewissem Sinne, nämlich sobald sie vom nachholenden Übergangsapparat zum versteinerten System wird, jegliche zivilisatorische Mission abgeht, vor allem in Bezug auf die Befreiung von Arbeit. Gerade im Zwang zur Entfaltung der produktiven Potenzen und der damit verbundenen Eliminierung der wertschöpfenden Arbeit besteht der historische Fortschritt und zugleich die Selbstentleibungstendenz der kapitalistischen Konkurrenz. Der Realsozialismus aber ist in seinem Versuch der positiven Entfaltung des Werts nur zur permanenten Ausweitung von Investition und Arbeitskraftvernutzung fähig, was ab einem bestimmten Punkt - der Erschöpfung der stofflichen Grenzen im gesteckten nationalen Rahmen - nur noch Stagnation bedeuten kann.

Im Rahmen der negativen Konkurrenz zielt jeder, ob Einzelperson, Betrieb oder Branche, nur auf maximale Anhäufung auf seinem eigenen Terrain, wodurch neben dem Produktivitätszwang auch die gesellschaftliche Arbeitsteilung und stoffliche Vernetzung verunmöglicht werden. Der Zentralismus erweist sich auf den zweiten Blick als Käseglocke über einem extremen Dezentralismus, der mächtige Staatsapparat als nicht in der Lage, das massenhafte Verschwinden von Gütern zu verhindern. Der angeblich geplante Markt schlägt mit doppelter Spontaneität zurück.

6

Die negative Konkurrenz, als Kampf um "Wertzuweisung" durch die Zentrale, nicht um spontane Verteilung auf Märkten, findet ihre entfaltete Form im

Preis. Konkurrieren allerdings ihrem Klischee entsprechende kapitalistische Unternehmen um möglichst hohe Preise, bei Unterbietung des Gegners, mit dem Ergebnis einer sinkenden Tendenz, so sind ihre östlichen Pendants, durch die Vermittlung der zahlenden Zentrale auf möglichst hohe Preise bei geschickter Berechnung eingestellt. Gerade mit dem Preis aber bildet sich die Zentrale ein, ein besonders funktionstüchtiges Kontrollmittel in Händen zu halten, weshalb auch nahezu alle Reformer die Preisreform zum entscheidenden Moment erklären.

Der Preis aber wird berechnet als Kostenpreis mit einem Gewinnaufschlag, was ganz der Marxschen Theorie des Produktionspreises entsprechen soll und den Namen Wert-Preis-Transformation trägt. Diese Verwandlung des Werts in Preis hat allerlei komplexe Rechensysteme hervorgebracht, die sich die schwachsinnige Aufgabe stellen, die rein fiktive Größe Wert in realen Preis umzusetzen, eine weitgehend überflüssige Spielerei, da ja auch der "Wert" bereits in Geldform ausgedrückt wird, schlußendlich nur in Form von Produktionskosten geplant werden kann. Der Inhalt der realen Preise ist dementsprechend, bei aller komplizierten Ideologie, zunächst einmal furchtbar einfach:

"Der Preis spiegelt aber heute weder die Nützlichkeit des Produkts, noch die Dringlichkeit des Bedürfnisses der Gesellschaft nach diesem Produkt wider, sondern die faktischen Produktionskosten, bestenfalls die Durchschnittskosten des Zweiges, meist jedoch nur die individuellen." Jassin 1985 S. 468

Auch das Verfahren, wie diese Preise ermittelt werden, entspricht kaum dem grandiosen Anspruch theoretischer Ableitung, den die offizielle Ideologie vorgibt:

"Das Unternehmen, das eine neue Produktion übernimmt, liefert dem Preiskomitee seine Aufstellung der Stückkosten, die Kostenrechnung wird "überprüft" (obwohl keine relevanten Daten dafür vorliegen) und bestätigt, anschließend wird eine bestimmte Gewinnspanne hinzugerechnet und - der Preisvorschlag ist fertig. Bei diesem Verfahren ist gefragte und hochwertige Ware oft billiger als zweitklassige und absatzschwache. Außerdem entsteht bei den Betrieben Interesse daran, die Produktionskosten möglichst hoch zu halten, da die Gewinnspanne als Prozentsatz der Produktionskosten errechnet wird." Salawskaja 1989 S. 100

Heraus kommt bei diesem Verfahren der "Sieg" der "Wertschöpfer" über die billigen Produzenten:

"Das Werk für Bergwerksausrüstungen in Kriwoi Rog stellt ein transporta-

bles Bohrgerät her, das eine um 30% niedrigere Leistung hat als ein analoges Gerät aus dem Maschinenbaubetrieb in Kyschtyn. Anzunehmen wäre, daß es auch weniger kostet. Aber nein: es kostet 570 Rubel und das bessere Gerät 470 Rubel. Die Ursache ist in den Kosten zu suchen. Der erste Betrieb hat größere Aufwendungen als der zweite, doch er fährt dabei nicht schlecht." Bunitsch 1982 S. 207

Das Ziel der Planung, per "Wert-Preis-Transformation" die Spontaneität des Marktes zu überwinden und auf diesem Wege den wahren Preis zu finden, schlägt um in ein Konkurrieren um die Anerkennung von Kosten und schließlich in die Tendenz einer permanenten Preisinflation. Die Zentrale muß bezahlen, selbst wenn sie ungerechtfertigte Preissteigerungen in Einzelfällen nachweisen kann, auf Grund der zwischengeschalteten Branchenministerien eine schlichte Unmöglichkeit.

Die unmittelbare Konsequenz aus dieser Struktur ist ein Metasystem von Preissubventionen, um die Inflation nicht voll durchschlagen zu lassen. Folge davon, die in allen realsozialistischen Ländern bekannte Preisschere zwischen wahnsinnig überteuerten "Luxusgütern" wie Elektronik etc. und subventionierten Gütern wie Brot, das billiger ist als Getreide.

Wir befinden uns hier aber immer noch auf der Ebene offiziell festgelegter Preise, über die zumindest noch eine Endkontrolle möglich ist. Es gibt aber unzählige halblegale und illegale Zwischenwege, sowie einen gigantischen Schwarzmarkt, der als Pendant zur Mangelproduktion der offiziellen Wirtschaft kaum Preisgrenzen mehr kennt. Aber schon ohne diese gigantische Nebenökonomie ist ein Verfolgen der Preismechanismen äußerst verwirrend und vielschichtig, wenn nicht gar unmöglich.

Gehen wir zunächst einmal den legalen Weg, der, wie wir inzwischen wissen, weitgehend von der Informationsgestaltung des Einzelproduzenten abhängig ist. Hier gibt es im wesentlichen drei Formen: den Politpreis, welcher nicht einmal die realen Kosten des Einzelbetriebes impliziert, sondern von der Zentrale finanziert wird, den Einzelkostenpreis, der die Produktionskosten plus Gewinnaufschlag zu Grunde legt und schließlich den genialen Durchschnittspreis, der bereits als Reformpreis anzusehen ist, weil er den Gewinn von der Kostensenkung unter den Branchendurchschnitt abhängig macht. Auch letzterer führt allerdings zu keiner Kostensenkung, da er die Rechnung ohne die Branchenkonkurrenz macht, zudem gesellschaftlich auch nur zu einer Umverteilung führt:

"Natürlich liegen sowohl den hohen als auch den niedrigen Preisen gewöhnlich die zweigdurchschnittlichen Aufwendungen zu Grunde. Diese weichen von den individuellen Aufwendungen der einzelnen Betriebe ab; doch diese Abweichungen beunruhigen die Betriebe kaum. Die einen erhalten Zuschüsse, die an-

deren müssen ihre Überschüsse abführen. Die Produktion guter , mittlerer und schlechterer Betriebe erscheint letzten Endes etwa im gleichen Licht. Alles kommt in einen Topf, wenn dabei auch tausende und Millionen Rubel verschleudert werden." Bunitsch 1982 S. 208

Daneben gibt es aber auch noch unzählige Möglichkeiten für Zuschläge, etwa für neue Produkte, mit der Folge massenhafter "Neuerungen", die eigentlich keine sind oder für modische Produkte etc.pp. Jede dieser zur besseren Planung eingeführten Kennziffern, die ihrem Sinn nach Schrottproduktion verhindern soll, ruft eine neue Preisinflation hervor, ohne die gewünschte Qualitätsüberwachung zu gewährleisten; auf der Basis betriebswirtschaftlicher Vernutzungslogik eine selbstverständliche Angelegenheit.

Auf halblegaler Ebene aber spielt sich noch einiges mehr ab. Es erweist sich hierbei als notwendig, zwischen Investitions- und Konsumgütern zu unterscheiden, wodurch ein bekanntes makroökonomische Problem in einem klareren Licht erscheint. Eine, vielleicht die Hauptmöglichkeit, des Preisaufschlags ergibt sich nämlich aus der permanenten Mangelsituation, denn es ist auf jedem Markt der unmittelbarste Weg der Preiserhöhung, für knappe Güter mehr zu verlangen.

Bei Konsumgütern ist diese Möglichkeit für die Betriebe selbst aber relativ begrenzt; unter dem Ladentisch verkaufen ist eine Sache der Handelsorganisationen, die dadurch auch ein gerüttelt Maß an Haß auf sich laden. Zudem sind viele Güter rationiert und somit nur gegen berechtigungsschein erhältlich, das heißt, der Betrieb oder der Händler erhalten direkt gar kein Entgelt, sondern den gerechten Preis von der Zentrale (die Folge wird ein gewaltiger Qualitätsschwund sein). Die subventionierten Konsumgüterpreise hinwiederum beinhalten zwar große Möglichkeiten legalen Aufschlags, aber nur geringe halblegale Zuschlagsmöglichkeiten. Nur dort, wo die Unternehmen Monopolisten geworden sind, wie die Kombinate in der DDR, können sie die Preise fast beliebig nach oben puschen. Zweifelhaft ist aber auch hier der legale Gegenwert - das Geld.

Ganz anders ist die Situation bei den Investitionsgütern, die den eigentlich bedeutenden Konkurrenzmarkt der Betriebe ausmachen. Hier ermöglicht die gigantische Inputsucht und der zugehörige Mangel eine schier endlose Potenz an Graumarktzuschlägen, die naturgemäß zu einem Großteil in natura auszuführen sind, der Bedarf ist ja unendlich. Zudem gibt es zwischen den Betrieben auch legal die Möglichkeit von Vertragspreisen, die sicherlich beliebig erhöhbar sind, bei Androhung der Nicht-Lieferung.

Die Gegenlieferung oder Bezahlung in Devisen ist dem System entsprechend wesentlich mehr wert als die Zahlung von Konsumenten in wertmäßig ungültigem Geld, oder die Vertragsstrafe, die der rechtmäßige Abnehmer einklagen kann. Ein Schlaglicht wird hierdurch auf das sattsam bekannte Problem des Übergewichts der Schwerindustrie über die Kosumgüterindustrie geworfen, das

die Gemüter der Sowjetwissenschaftler seit langem bewegt und einer Lösung trotz umfangreicher Bemühungen noch keinen Schritt näher gekommen ist. Nach den vorigen Ausführungen dürfte aber klar sein, daß ein Wirtschaften in Abteilung I für die Betriebe profitabler ist, sie ihre produktiven Fähigkeiten lieber in eine Sphäre werfen, in der sie mehr und vor allem auch Devisen und faktische Leistungen herausschlagen können.

Die Vernachlässigung der Konsumgüterproduktion hat also im Preissystem ihre Wurzel, die Waren sind knapp und teuer und müssen deshalb in weiten Teilen subventioniert werden. Wegen des geringen Maßes an Konkurrenz in diesem Bereich ist hier die Produktivität besonders niedrig. Gerade die wirkliche Verwohlfeilerung, nicht die bloß nachträgliche Subventionierung der Konsumgüter und damit eine Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft, wäre für den Übergang zur Produktion auf Basis des relativen Mehrwerts ein entscheidender Faktor - dieser Übergang ist aber das hinter den Reformbemühungen steckende Problem.

Schluß:

Grüft', auf mein Geheiß,
Erweckten ihre Toten, sprangen auf
Und ließen sie heraus durch meiner Kunst
Gewalt'gen Zwang: doch dieses grause Zaubern
Schwör ich hier ab; so brech ich meinen Stab,
Begrab ihn manche Klafter in die Erde,
und tiefer als ein Senkblei je geforscht,
Will ich mein Buch ertränken.

Shakespeare, Der Sturm

Die Reform aber begibt sich des Problems auf die prinzipiell gleiche Weise wie die ihr vorgehende Plandiktatur, indem sie die Subjektillusion noch ein weiteres Mal verschärft. Die Verwertung des Werts als gegebene Grundlage affirmierend, versucht sie deren "Bewußtmachung" weiter zu vervollkommnen und leitete damit den Versuch einer zweiten Quadratur ein.

Die Reformdebatten beginnen mit der Suche nach dem "wahren Wert", der nicht einfach die Produktionskosten beinhaltet, sondern in den die gesellschaftlichen Vermittlungen mit eingehen. Unsägliche Rechenexempel sind die Folge, die ihre Hoffnung in die moderne Kybernetik legen. Es bleibt aber die Illusion, der Wert sei eine auffindbare, planbare Größe, nicht ein hinter dem Rücken der

handelnden Subjekte sich vollziehendes gesellschaftliches Verhältnis.

Von vornherein sind so die Reformbestrebungen in den Widerspruch getaucht, die subjektlose Logik des Werts freisetzen zu wollen, zu diesem Zwecke aber zugleich planmäßig vorgehen zu müssen. Diese Antinomie reproduziert sich auf allen Ebenen.

Sind die Reformer etwa einerseits bestrebt, die "Macht der Produzenten" zu brechen, so fordern sie gleichzeitig die Selbständigkeit der Betriebe; diese aber in ihrer leidenden Form als Konsumenten zu fördern und zugleich als Produzenten einzuengen, verlangt nach einer Schizophrenisierung der betriebswirtschaftlichen Vernutzungslogik. Die Betriebe sollen ihr Eigeninteresse stärker ausprägen, bei gleichzeitiger Orientierung am gesellschaftlichen Nutzen. Sie sollen sich selbst finanzieren, die Abnahme muß ihnen dennoch weiter garantiert werden, weil sonst ihr Zusammenbruch zu befürchten ist.

Durch ein besseres Kennziffern- und Normativsystem soll das Allgemeininteresse gewährleistet , zugleich aber auch Eigeninitiative per Dekret entwickelt werden. Konkurriert werden soll nun nicht mehr um Ressourcen aller Art, sondern um Gewinne, die allerdings Prozentual zu den nunmehr realistischen Preisen berechnet werden. Der "wahre Preis" soll nunmehr die gesellschaftlichen Durchschnittskosten plus einem Gewinnaufschlag beinhalten und zugleich qualitative Momente wie gesellschaftlichen Nutzen, geringen Materialverbrauch, neue Technologien etc. beinhalten. Die Schere zwischen Preisinflation und Subventionsbedarf wird damit nur geschärft.

Die Reformer setzen also an allen Problemen des realsozialistischen Funktionsmechanismus an - denn sie wissen Bescheid - übersteigern sie aber nur in einen zweiten Quadraturversuch. Ihre Krux liegt darin, daß sie einen notwendigen Übergang zur Produktion für den Weltmarkt mit den Mitteln einer nationalen Nachholung durchsetzen müssen. Die planmäßige Angleichung soll die Möglichkeit einer Öffnung schaffen, wo sie in Wirklichkeit doch durch das bereits vorhandene Maß an Offenheit erzwungen ist. Die Reformer müssen so bremsen, wo sie eigentlich gasgeben wollen. Ein typisches Beispiel ist die Freigabe der Lohnfonds, der eine Absage an die Arbeitsplatzgarantie aus sozialen Gründen nicht folgen konnte, was die privaten Einkommen gewaltig aufblähte. Die Verwertung des Werts mit ihren Folgen für Betriebe und Menschen in einer immer noch nicht konkurrenztauglichen Wirtschaft kann so niemals durch eine Reform freigesetzt werden, da diese auch die sozialen Interessen auf ihren Fahnen stehen hat (der polnische Katholikensadismus mag vielleicht als Gegenbeispiel durchgehen).

Erst die Macht des Ökonomischen in Form der Weltmarktkrise beendet die Quadraturversuche durch die grausame Durchsetzung der Logik des Werts.

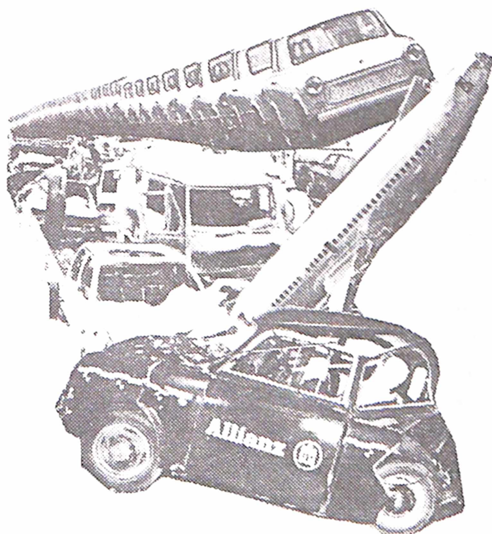
Literatur:

Aganbegjan A./ Ökonomie und Perestroika, Hamburg 1989
Bunitsch P./ Defizit und Produktion, Sowjetwissenschaft 2/82
Hewett E./ Der neue Markt Sowjetunion, Landsberg 1988
Jassin J./Ökonomische Stimuli, Sowjetwissenschaft 5/85
Köhler/Reuß/ Bilanzierung, Berlin 1984
Mandel E./ Das Gorbatschowexperiment, Frankfurt 1989
Nove A./ Das sowjetische Wirtschaftssystem, Baden-Baden 1980
Palterowitsch D./ Wege zur Einsparung, Sowjetwissenschaft 1/85
Pollock F./ Die planwirtschaftlichen Versuche, Frankfurt 1971
Salawskaja T./ Die Gorbatschowstrategie, Wien 1989
Wörterbuch der Ökonomie - Sozialismus, Berlin 1973

Robert Kurz

Honeckers Rache

Zur politischen Ökonomie des wiedervereinigten Deutschland



Edition
TIAMAT

Ernst Lohoff

DAS GORBI SYNDROM

Ein Generalsekretär als Exportschlager für westliche Sinndefizite

1. Gorbatschow und die Demokraten im Westens

Gerade in einer unpersönlich gewordenen Welt dürsten die Menschen nach politischen Identifikationsfiguren. Dieser Nachfrage steht allerdings in den Ländern des Westens kein befriedigendes Angebot gegenüber. Reagan und Kohl waren und sind vielleicht dankbare Objekte für Karikaturisten, in der Rolle politischer Leitfiguren müssen sie aber doch eher als klassische Fehlbesetzung gelten. Nicht nur der Positivbezug auf sie, selbst noch die vehemente kämpferische Abgrenzung von diesen Gestalten, hat etwas Peinliches an sich. Figuren wie Bush, Mitterand oder Stoltenberg bleiben blaß bis konturlos und können die Gemüter von Freund und Feind kaum nachdrücklich bewegen. Margaret Thatcher, die letzte entschiedene Ideologin und allseits beliebte Reibungsfläche, steht vor einem Scherbenhaufen und wird alsbald offiziell abdanken müssen. Die wenigen Farbtupfen, die die bundesdeutsche politische Klasse zu bieten hatte, sind mittlerweile allesamt verblichen. Herbert Wehner ist tot und auch Franz Josef Strauß hat nicht nur zum Bedauern zahlloser "Antistraußkomitees", die Arena ein für allemal verlassen. Von deren kantiger Art findet sich bei der nachrückenden Politikergeneration nichts mehr.

Die schauspielerischen Qualitäten der Akteure entsprechen dem inszenierten Stück. In der Tragikomödie namens "moderne bürgerliche Gesellschaft" sind Charakterdarsteller ebenso überflüssig wie dysfunktional. Diese Welt kennt heute nur mehr einen Souverän, den stummen Zwang weltmarktgerechter Kapitalverwertung, und dieser eifersüchtige Herr duldet nur subalterne Figuren neben sich. Während sich der Zuständigkeitsbereich der staatlichen Sphäre in den letzten Jahrzehnten ungeahnt ausdehnte, hat sich im Gegenzug der konzeptionelle Spielraum, der den politischen Entscheidungsträgern zur Verfügung steht, drastisch verengt. Der blindwütige weil verselbständigte Zusammenhang des Geldes regiert heute längst unmittelbar über alle nationalen Grenzen hinweg und unterwirft sich die aufgeblähte politische Sphäre konsequenter denn je als ein abhängi-

ges Instrument (1). Die allgegenwärtige Herrschaft des Geldes läßt für große politische Entwürfe und hochfliegende Pläne einfach keinen Raum. Der Wert als das automatische Subjekt der Gesellschaft degradiert auch die Repräsentanten staatlicher Macht zu bloßen Erfüllungsgehilfen einer immer schon vorausgesetzten präformierten Logik. Eine Regierung ist umso erfolgreicher, je mehr ihre Maßnahmen den Charakter eines bedingten Relexesannehmen, je beflissener sie den "Sachzwang Weltmarkt" nach innen und außen brav exekutiert. Gerade die funktionstüchtigeren Regierungen dieser Welt sind dementsprechend vollgestopft mit stromlinienförmigen Funktionsträgern, gesichtslosen Gestalten, Promotionkönnern und smarten Biedermännern, während sich von den großen vorausblickenden Machern hier ebensowenig eine Spur findet, wie in den Chefetagen der multinationalen Konzerne. Die Grundkonstellation schlägt auf den politischen Richtungsstreit in den modernen westlichen Demokratien durch. Die Auseinandersetzung zwischen den um die Wählergunst konkurrierenden politischen Parteien wirkt reichlich spannungslos, und die groß aufgebauschten Konfliktlinien bekommen unweigerlich einen irrealen Beigeschmack. Wenn Hans Jochen Vogel, Helmuth Kohl, Hans Dietrich Genscher und eine namenlose Grüne sich in ARD und ZDF um die Lebensfragen der Nation streiten, gähnt der aufgeklärte Bürger vor Langeweile oder er greift sich ans Hirn und wechselt das Programm. Er begreift nicht, welcher Prozeß hier vonstatten geht, er denkt selber in den politischen Formen weiter, aber er spürt doch instinktiv, wie aufgesetzt die Gefechte sind, die ihm da vorgeführt werden. Selbst im Vergleich zum Denverclan und den oft auch nicht mehr sonderlich lebensfrischen Gestalten im aktuellen Sportstudio können die modernen Administratoren der versachlichten Herrschaft des Geldes nicht überzeugen. Sie wirken mittelmäßig bis blaß, oder ihr Profil ist offensichtlich unter Werbegesichtspunkten künstlich aufgepeppt (2).

(1) Die strukturelle Unterwerfung der Politik unter die Verwertungsmaschinerie vermittelt sich bereits darüber, daß dem einen Weltmarkt, viele Nationalstaaten gegenüberstehen. Während die ökonomischen Größen sich zunehmend über einen weltumspannenden Prozeß herstellen, kann die politische Macht nur national reagieren. Dem politischen Souverän fehlt von vornherein jeder Einfuß auf die Rahmenbedingungen unter denen er zu operieren hat. Sie sind ihm durch die Weltmarktkonkurrenz immer schon apriori vorausgesetzt, und kein wie auch immer motivierter politischer Wille kann sich darüber hinwegsetzen. Dieser Sachverhalt wird dadurch noch verstärkt, daß sich bedeutende Teile des Geldkapitals mittlerweile dem Zugriff jedweder nationalen Geldpolitik entziehen (Eurodollarmärkte).

(2) Die Entwicklung wäre noch auffälliger, wenn sie sich auf die politischen Akteure beschränken würde. Leider gilt sie aber für das öffentliche Leben insgesamt. Wenn uns etwa die Schönheiten der Bergwelt heute nicht mehr vom lebensfrohen Luis Trenker vermittelt werden, sondern von dessen smartem Landsmann Reinhold Messmer, so liegen zwischen den beiden Archetypen nicht nur Generationen, sondern auch ein nicht wieder gutzumachender qualitativer Absturz.

Das Publikum spielt, ohne Alternative, brav seine demokratische Rolle weiter, aber es mag selber nicht mehr so recht daran glauben. Die Vollendung der bürgerlichen Form schafft gerade in den entwickeltsten Staaten des warenproduzierenden Weltsystems auf der politischen Ebene unweigerlich wachsende Identifikationsdefizite. Von der bürgerlichen Publizistik werden sie unter den Schlagworten "Staatsverdrossenheit" und "Politikmüdigkeit" thematisiert. Die demokratische Selbstkritik kommt dabei allerdings nicht darüber hinaus, fromme Wünsche zu formulieren. Die Produktion demokratischer Identifikationsfiguren erreichte Mitte der 80er Jahre in der westlichen Welt ihren Tiefpunkt (1).

Die Gattung der großen politischen Gestalter galt bereits als ausgestorben, da kam, zunächst vereinzelt, dann aber verstärkt, die fama auf, ein einzelnes stattliches Exemplar davon sei wieder gesichtet worden. Die Nachricht überraschte die Weltöffentlichkeit umso mehr, als das Neuauftreten des demokratischen Heroen ziemlich weitab vom alten Hauptverbreitungsgebiet demokratischer Vorbilder verzeichnet wurde. Ausgerechnet in Osteuropa fand die westliche Demokratenherde ihren lange vermissten politischen Leihammel. Während die einheimische Produktion von politischen Leitfiguren zum Erliegen gekommen war, tat sich dem demokratischen Bewußtsein überraschend eine gänzlich ungewohnte Bezugsquelle auf. Von 1985 an avancierte Michail Gorbatschow zum neuen Prototyp des demokratischen Heroen, und mit dem Jahre 1989 übernahmen zusätzlich noch die "revolutionären" Völker Osteuropas die Legitimationsaufgabe für die demokratische Ideologie.

So überraschend diese Auslagerung demokratischer Legitimationsproduktion in die osteuropäischen Billiglohnländer auch auf den ersten Blick sein mag, sie ist historisch nicht prinzipiell neu. Im Marktsegment linksradikaler Oppositionsideologie kann der Rückgriff auf Importware im Westen schon auf eine jahrzehntelange Tradition zurückblicken. Mit seiner Gorbatschow-Manie folgt das demokratische Gesamtlager daher nur einem bewährten ideologischen Trampelpfad. Der demokratische Troß schließt also auf diesem Gebiet nur endlich zu seiner linksradikalen Avantgarde auf.

In den oppositionellen Gewässern kam bereits mit dem Abflauen der 68er Bewegung die Selbstversorgung mit politischen Leitfiguren ein für allemal zum Erliegen. Aber auch schon in der Aufschwungphase stammten die Vorbilder, auf die sich die außerparlamentarische Opposition berief, entweder aus dem Dunkel

(1) Zumindest die linken Demokraten konnten sich durch die Negativfixierung auf Helmuth Kohl hierzulande und auf Ronald Reagan international, die Notwendigkeit des politischen Streits über Wasser halten. Nachdem die Wende an Schrecken zu wünschen übrig ließ und auch die transatlantische Vogelscheuche längst zu Tode gefleddert war, wurde diese Form von Identitätsstiftung allerdings mehr und mehr brüchig. In diesem Augenblick erschien als Retter in größter Not endlich Gorbatschow am politischen Horizont und befreite den Durchschnittsdemokraten aus seiner misslichen Identifikationslage.

der Vergangenheit oder sie wurden aus Asien und Lateinamerika bezogen. Die westlichen Revolutionäre haben mit Begeisterung u.a. Che Guevara, Fidel Castro, Ho Tschi Min, Camillo Torres und Mao Tse Tung konsumiert und ihre Identität parasitär aus den Kämpfen der Dritten Welt gesaugt. Diese vampirhafte Lebensweise war schon in den 60er Jahren kein zufälliger Ausrutscher. Die verquere Kostümierung entsprach nur dem bürgerlich-demokratischen Gehalt der außerparlamentarischen Emanzipationsbewegung und geht aus ihm zwangsläufig hervor. Die Demokratie als an sich selber inhaltsleere Form kann nur im Kontrast zu den vordemokratischen Formationen, aus denen sie sich herausarbeitet, im hellen Lichte erstrahlen. Sobald die demokratische Ideologie den Versuch macht, sich positiv zu formulieren, fällt sie saft- und kraftlos in sich zusammen und enthüllt sich als das, was sie ihrem ganzen Wesen nach ist: *leere Form*. Freiheit und Gleichheit erweisen sich als hohle und bestimmungslose Forderungen, sobald sie sich nicht mehr von personaler Willkür abheben können. Das demokratische Bewußtsein bleibt nur straff und lebensfroh, solange es sich auf seine kritische Spitze stützen kann, solange es sich von Verhältnissen abstoßen kann, die ihm noch nicht entsprechen. Wo dieser Kontrapunkt real nicht mehr existiert, muß ihn das unglückliche demokratische Bewußtsein ersatzweise imaginieren, um dem Zerfall zu entgehen. Der letzte - von der studentischen Protestbewegung markierte - wertimmanente Emanzipationsschub war bereits zu diesem Schritt genötigt. Die außerparlamentarische Opposition hielt es bei sich und ihrem beschränkten Inhalt nicht aus. Je radikaler sie sich gerierte, desto weiter mußte sie vor sich selbst, vor ihrer realen Funktion und Reichweite, in die folkloristische Ferne unreifer Verhältnisse fliehen. Der faktische positive Inhalt der Bewegung, ihre Modernisierungsfunktion hin zur Vollendung der abstrakten bürgerlichen Individualität, konnte nicht als er selbst, nicht in dieser Nacktheit antreten. Um Massen, Veränderungswillen und Phantasie zu mobilisieren, mußte er in eine fremde Haut schlüpfen und sich in einem hierzulande längst fiktiv gewordenen Negativraster spiegeln (1).

(1) Der andere Fluchtpunkt des demokratischen Bewußtseins liegt in der Vergangenheit. Nachdem die linke radikal-oppositionelle Abteilung des demokratischen Universums ihrer alten Antreiberfunktion durch den Abschluß des Demokratisierungsprozesses verlustig gegangen ist und längst nicht mehr weiß, wer sie ist und was sie soll, bleibt ihr als letzter Notanker nur mehr die Beschwörung des verblichen Faschismus. Die eigene Bestimmungslosigkeit wird überspielt, indem sich die Linke als Antifaschismus formiert und wildentschlossen in Kämpfe gegen einen zurechtphantasierten Feind zieht. Es ist sicher nicht auszuschließen, daß auch die verzweifelten Restdemokraten, konfrontiert mit den diversen populistischen Zerfallsprodukten, auf dieses Muster noch zurückgreifen werden. Es ist durchaus möglich, daß das demokratische Bewußtsein im antifaschistischen Kostüm seine Tage beschließt. (Wie wenig die modernen rechtspopulistischen Strömungen real mit dem historischen Faschismus zu schaffen haben, habe ich in der "MK"7 in dem Beitrag "Die Wechseljahre der Republik" dargestellt.)

Diese Art demokratischer Legitimation reproduziert sich mit der Vollendung der demokratischen Form im Westen auf erweiterter Stufenleiter. Die Spezialmarotte linksradikaler Spinner verallgemeinertsich und wird unter Demokraten konsensfähig. Hinter der Übernahme der Verarbeitungsform steht natürlich die Kontinuität des Grundproblems. Nachdem die organisch-ständischen Relikte hierzulande restlos verdampft sind, ist die Sinngebungsgrundlage nicht nur für fanatische Demokratisierer ausgesprochen dünn geworden, sie reicht auch für die bescheideneren Ansprüche des demokratischen Hauptheeres nur mehr bedingt. Auch das Gros der Demokraten, das sich im wesentlichen mit dem frustrierenden Geschäft der Verwaltung des demokratischen Besitzstandes begnügt, wird in den heimischen Gefilden nicht mehr fündig und weicht vor der gähnenden Leere des eigenen politischen Betriebes in die Länder nachholender Demokratisierung aus. Wo die Demokratie noch gegen den Stalinismus kämpfen darf, da kann der Demokrat noch voll Inbrunst Demokrat sein und enthusiastisch mitfiebern. Die Beseitigung des "Stalinismus" wird so zum letzten ideologischen Jungbrunnen für die offenen und diskreten Liebhaber der greisen westlichen Demokratie.

Es kann nicht sonderlich überraschen, daß die Gemeinde der westlichen Demokraten in Sektlaune gerät, wenn die alte realsozialistische Konkurrenz sukzessive ihre ideologischen Positionen räumt, wenn sich ihre Teilrückzüge schließlich zur bedingungslosen Kapitulation aufsummieren. Das Ende des offiziösen Erzfeindes muß auf seiten der westlichen Demokraten ja Jubel auslösen. Die Übergabe des bankrotten realsozialistischen Lagers bringt aber in ihrem Gefolge eine recht makabere historische Wendung hervor. Der gleiche Prozeß, der die realsozialistische Herrlichkeit zersetzt, macht ausgerechnet den Herren im einstigen Reich des Bösen für geraume Zeit zum privilegierten Gegenstand demokratischer Andacht. Bei allem Respekt, den die Gemeinden des Westens für die osteuropäische demokratische Opposition aufbringen, wählen sie doch nicht Walesa, Havel oder Sacharow zum Ajatollah. Stattdessen mutiert der Generalsekretär der KPDSU, den westlichen Demokraten bislang als der inkarnierte Antichrist wohl vertraut, zum ideellen Gesamtdemokraten! Seit Mitte der 80er Jahre ruft der demokratische Muezzin die Gläubigen mit der Formel "Gorbi et orbi" zum Gebet. Das in der Weltöffentlichkeit beliebte Diminiuitiv drückt dabei ein Maß an Hochachtung, bierseliger Zuneigung, familärer Nähe und Identifikation aus, wie es sonst keinem Darsteller auf der weltpolitischen Bühne auch nur annä-

hernd zuteil wird (1). Von der Mitte der 80er Jahre an entwickelte sich Gorbatschow konkurrenzlos zu der Persönlichkeit überhaupt. Mittlerweile hat sein Ruhm als Vorreiter von Demokratie und Menschenrecht allerdings Kratzer bekommen. Eine ganz ominöse Abstraktionen, die unter der Bezeichnung "Volk" schon seit rund 200 Jahren durch den Demokratenjargon geistert, drängte den Heros Gorbatschow mehr in den Hintergrund des Zeitgeschehens. Trotzdem lohnt es sich auch heute noch, die Metamorphose des Reformers Gorbatschows zum Superstar der Demokratie genauer unter die Lupe zu nehmen. Bevor wir uns aber den Interdependenzen zwischen der Erneuererideologie und den Fallinien der ideologischen Entwicklung im Westen zuwenden können, die sich zum Gorbatschowmythos vereinen, bleibt uns ein Blick auf die reale Entwicklung der Sowjetunion nicht erspart. Die Analyse der ideologischen Kapriolen setzt das Verständnis der zugrundeliegenden Realprozesse voraus, und so müssen wir dem vermeintlichen Heroen zunächst in seine sowjetische Heimat und in die Niederungen des Weltmarktes folgen.

2.Osteuropa und der Weltmarkt

Eine Sentenz Gorbatschows ist längst zum geflügelten Wort aufgestiegen. Seit Perestroika und Glasnost ihren Einzug in den Fremdwörterduden gehalten haben, weiß auch der letzte Zeitung lesende Hinterwäldler: "Wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte". Mit diesem Verdikt, das Gorbatschow gewohnheitsmäßig seinen "konservativen Kritikern" entgegenschleudert, hat er, ohne es zu ahnen, auch das Urteil über seine eigenen Bestrebungen ausgesprochen. Kaum jemals vorher in der Geschichte traf der berüchtigte Satz vom Zuspätkommen auf eine historische Figur derart vernichtend zu wie auf seinen Urheber und dessen Kompagnons. Wenn sich heute mit aller Deutlichkeit abzeichnet, daß Gorbatschows Anlauf zur Erneuerung der Sowjetunion als einer der größten Flops in die Weltgeschichte eingehen wird, so liegt das Scheitern des großangelegten Reformwerks nicht an einer falschen Konzeption oder subjektiven Fehlern. Inner-

(1) Mit der Verwandlung von Gorbatschow in Gorbi (nicht zu verwechseln mit Grobi aus der Sesamstraße, kann sich der sowjetische Generalsekretär noch weit glücklicher schätzen als Willy Brandt in den Erfurter Willy-Willy-Tagen. Brandt brachte es nur zur Vornamensintimität und auch das nur bei den östlichen Landsleuten. Angesichts des unvermeidlichen Bankrotts seines heutigen Arbeitgebers wäre Gorbatschow gut beraten, diese günstige Ausgangsposition zu nutzen und sich um den Job eines gesamtdeutschen Kanzlers zu bewerben. Das Amt eines amerikanischen Präsidenten bleibt ihm leider durch ein Relikt aus der Zeit Washingtons einstweilen versperrt. Für die US-Präsidentschaft kann nur kandidieren, wer auf amerikanischem Territorium geboren wurde. Allzu viel Zeit bleibt ihm allerdings für diese Entscheidung nicht mehr. Denn wenn er noch lange zögert, dann wird die heillose Zerrüttung der Sowjetunion ihm den immensen Kredit kosten, über den er in westlichen Gefilden verfügen kann.

halb des von Ware und Geldlogik gesetzten Rahmens hätte Gorbatschow gar keine wesentlich andere Marschrichtung einschlagen können, um die marode Sowjetunion auf Vordermann zu bringen, und auch die Stufenfolge der eingeleiteten Schritte war in sich konsistent. Sein Versuch, das Zwangskorsett einer adminstrativen Gängelung der Marktbeziehungen zu sprengen und parallel dazu die Sowjetgesellschaft auf das Niveau einer modernen Demokratie zu hieven, trägt nur deshalb nicht die erhofften Früchte, weil er peinlicherweise eine ganze Epoche zu spät kommt. Der Versuch, auch im Sowjetimperium endlich eine moderne Version warenförmiger Vergesellschaftung herzustellen, wie ihn Gorbatschow unternimmt, fällt dummerweise nicht mehr in die weltweite historische Aufschwungsphase, sondern koinzidiert stattdessen mit dem Eintritt in die akute Krise des Gesamtsystems abstrakter Arbeitsverausgabung. Der Druck des sich verengenden Weltmarkts löst Glasnost und Perestroika nicht nur aus, er verhindert gleichzeitig deren Erfolg. Gorbatschows Ziel, die Sowjetunion durch die Übernahme westlicher Methoden vom realsozialistischen Schatten in das gleißende Licht marktwirtschaftlicher Prosperität zu führen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil die Sonne, nach der er strebt, schon im Sinken begriffen ist. Während Gorbatschow die matte Sowjetgesellschaft dazu anstachelt, sich einen Sonnenplatz auf dem Weltmarkt zu erobern, werden dort die Schatten immer länger und damit die Spielräume gerade für die nachdrängenden Volkswirtschaften immer geringer.

Als 1985 Gorbatschow zum Generalsekretär der KPDSU gekürt wurde und sich daran machte, die fest eingefahrenen sowjetischen Verhältnisse gründlich aus den Angeln zu heben, hatte dieses Land und mit ihm das ganze realsozialistische Lager eine lange Stagnationsperiode hinter sich. Bis tief in die 80er Jahre hinein blieben die Strukturen, mit denen Stalin einst die nachholende Industrialiserung des Landes gnadenlos durchgepeitscht hatte, trotz einiger Modifikationen, in ihrem Kernbestand unangetastet. Während der Chruschtschow-Ära flakkerte zwar schon einmal der Gedanke einer gründlichen Modernisierung des sowjetischen Molochs kurz auf, alle Reformanläufe versandeten aber sehr schnell wieder. Der Bruch mit der stalinistischen Phase der sowjetischen Entwicklung blieb halbherzig. Das politische Tauwetter der Entstalinisierung mündete ebensowenig in die Herausbildung moderner demokratischer Strukturen ein wie die ökonomischen Reformmaßnahmen die kontraproduktive administrative Gängelung der Marktbeziehungen beseitigen konnten. Stattdessen verfiel das Land mit dem Sturz des Prägorbatschow in einen dumpfen Dornröschenschlaf, der die allmählich sich mumifizierenden Herrschaftsformen einer verflossenen Ära gegen eine sich verändernde Wirklichkeit konservierte.

Was einmal eine vorwärtstreibende Funktion hatte, wird unter veränderten Umständen sehr schnell zum Bremsklotz und zur Fessel. Die sowjetische Nachkriegsentwicklung bestätigt auf nahezu klassische Weise diesen altbekannten

Sachverhalt. Der dirigistische Planungsmechanismus, der die "sozialistische Marktwirtschaft" sowjetischer Provenienz vom westlichen Marktwirtschaftsoriginal unterscheidet, entspricht ziemlich genau der Aufgabenstellung, bei deren Lösung sich dieser abweichende Entwicklungspfad ursprünglich herausgebildet hatte. Trotz von Beginn an nicht unerheblicher Reibungsverluste war die Kommandowirtschaft dazu geeignet, in einem rückständigen, vom Weltmarkt relativ abgeschotteten Gebiet wie der Sowjetunion eine eigene schwerindustrielle Basis zu schaffen. Die rigiden administrativen Eingriffe in den Preisbildungsmechanismus erzwangen die Verschiebung von stofflichen Ressourcen und monetärem Reichtum vom Konsumgüterbereich und vom landwirtschaftlichen Sektor in den zu schaffenden schwerindustriellen Bereich. Durch diese par force Methodik konnte sich die Sowjetunion ohne Rücksicht auf die aktuelle Weltmarktrationalität und gegen die Schwerkraft des Weltmarktgeflechts mit rasanter Geschwindigkeit in den 30er und 40er Jahren in einen Industriestaat verwandeln. Unter dem euphemistischen und völlig irreführenden Stichwort "ursprüngliche sozialistische Akkumulation" vollzog damit die Sowjetunion eine beschleunigte Metamorphose zum Industriestaat, die unter den Bedingungen freier Preisbildung und ohne Aushandelsmonopol des Staates nicht möglich gewesen wäre. Ohne die vielgeschmähte und als puren Irrtum denunzierte rigide Kommandowirtschaft wäre die Sowjetunion von vornherein im Weltmarktzusammenhang auf die Rolle eines abhängigen Agrarproduzenten verwiesen worden. Insofern kann dem realsozialistischen Entwicklungsstrang eine historische Daseinsberechtigung nicht abgesprochen werden. Allerdings verweist gerade diese Funktionsbestimmung auch schon auf die Grenzen, die das Obsoletwerden des Systems der staatlichen Regulierung der Tauschrelationen markieren. Mit dem Abschluß der Basisindustrialisierung verliert die Zwangsbewirtschaftung der Wertbeziehung unweigerlich ihre Rationalität. Das administrative Zwangsinstrumentarium ist nur dazu geeignet, einfache, politisch bestimmte Schwerpunktsetzungen ins wirtschaftliche Getriebe zu übersetzen, es ist aber nicht dazu in der Lage, einen auswuchernden komplexen Reproduktionszusammenhang sinnvoll zu organisieren. Je mehr sich Zuständigkeitsbereich und Facettenreichtum der politischen Handhabung der Wertbeziehung mehren, desto ineffizienter wird diese. Die Herrschaft des politischen Willens bricht sich beständig an der in der Warenform fortgeschriebenen und sich mit zunehmender Entfaltung auffächernden einzelbetrieblichen Vernutzungslogik. Die politisch motivierten Eingriffe ins Wertbeziehungsgefüge beseitigen nicht die einzelbetriebliche Konkurrenz und den Gegensatz von abstrakter Allgemeinheit und abstrakten besonderen Geldinteressen, sie reproduzieren die-

sen Widerspruch nur in der verqueren Form "negativer Konkurrenz" (1). Die abstrakte Allgemeinheit ist permanent dazu genötigt, den Prozeß indirekter Vergesellschaftung, der sich ex definitione immer nur ex post herstellen kann, aproiri nachzuvollziehen, und sie scheitert bei diesem aussichtlosen Bemühen genauso kläglich wie der Hase im Wettlauf mit dem Igel. Eine differenzierte gesellschaftliche Produktion läßt sich einfach nicht nach umfassenden politischen Vorgaben kommandieren. Das grobe Instrumentarium politisch gesetzter Entscheidungen verheddert sich im feinen Gespinst der realen monetären und stofflichen Beziehungen, und die Zwangsehe von Markt und Plan kann mit wachsender Dauer nur mehr immer widersinnigere Resultate hervorbringen. Die Versuche, in der Poststalinära durch Modifikationen der "Planung des Marktes" den neuen Erfordernissen gerecht zu werden, bestätigen diesen Sachverhalt nur. Die Präzisierung der Planvorgaben hält mit der zunehmenden Komplexität des gesellschaftlichen Vernetzungszusammenhanges niemals Schritt und hechelt ihm immer vergeblich hinterher (2). In den sechs Jahrzehnten sozialistischen Aufbaus blamiert sich das logische Paradox "Planung des Marktes" auch praktisch auf stets erweiterter Stufenleiter als Fleisch gewordene Absurdität (3). Die realsozialistische Vergesellschaftungsform, die sich selber permanent als die bewußte planmäßige Anwendung objektiver gesellschaftlicher Gesetze feiert, verkommt zum kontinentalen Schilda.

Der logisch gesetzte Wendepunkt zur Dysfunktionalität staatlicher Dauereingriffe in die Tauschrelationen ist unschwer historisch-empirisch auszumachen.

(1) Johanna W. Stahlmann hat das Problem der "negativen Konkurrenz", das durch die Eingriffe des Staates in die "natürlichen" Tauschrelationen entsteht, in ihrem Aufsatz "Die Quadratur des Kreises" ausführlich dargestellt. Was ich hier nur apodiktisch formulieren kann, wird dort entwickelt.

(2) Anfang der 60er Jahre setzten die Verteidiger der sowjetischen Planwirtschaft noch große Hoffnungen in die neu entwickelte Kybernetik. Sie hofften mit deren Hilfe auch einen verwickelteren gesellschaftlichen Zusammenhang greifen und geldvermittelt organisieren zu können. Die Hoffnung erwies sich als trügerisch.

(3) Der sozialistische Markt ist eine fleischgewordene Absurdität, weil hier ausgerechnet dem Markt, dem Ausdruck eines blinden, bewußtlosen gesellschaftlichen Zusammenhangs, künstlich sein Gegenteil als Attribut angeheftet wird. Ein geplanter Markt wäre bewußte Bewußtlosigkeit oder gesteuerter Selbstlauf. Der strenge Lateiner nennt so etwas eine contradictio in adjecto. Wenn ein solcher Widerspruch zur Basiskategorie eines Gesellschaftssystems wird, dann dürfte es um dessen Stabilität auf Dauer recht schlecht bestellt sein. Die Alternative ist einfach und klar gestellt. Entweder Markt und damit Verzicht auf die bewußte Aneignung des eigenen gesellschaftlichen Zusammenhangs. Oder bewußte Organisation des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur unter Ausschaltung jeder Markt- und Geldbeziehung. Tertium non datur! Jedes Sozialismuskonzept, das mit Marktgrößen opieriert, ist entweder traumtänzerisch irreal oder eine euphemistische Bezeichnung für einen ganz vulgären Kapitalismus.

Die Statistiken der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre bieten dazu ausreichend Handhabe. Nach Abschluß der Nachkriegsrekonstruktionsphase ging spätestens ab Ende der 50er Jahre der Boden, den die Sowjetunion in den 30er und 40er Jahren mühevoll gegenüber der westlichen Konkurrenz gutgemacht hatte, innerhalb weniger Jahre wieder verloren. Der Sputnikschock blieb im Wettkampf der westlichen und der östlichen Variante der Wertvergesellschaftung ein letzter Achtungserfolg. Während der Weltmarkt in den 60er und frühen 70er Jahren seine letzte Blüte erlebte und eine rasante Expansionsbewegung durchmachte, nahmen beim sowjetischen Pendant die Bremskräfte überhand. Der Vergesellschaftungsschub, der im Westen mit der fordistischen Boomphase zusammenfiel, verwandelte auf Seiten der nachdrängenden Sowjetökonomie den staatlich geplanten Markt aus einer Entwicklungskrücke in eine absurde Fessel, deren Fortexistenz sich zusehends lähmend auf die weitere Entfaltung der sowjetischen Gesellschaft auswirkte.

Dementsprechend mußte der Traum vom "Einholen und Überholen" unter Breschnew stillschweigend ad acta gelegt werden. Die Sowjetunion konnte während der nächsten Jahrzehnte die westliche Welt nur mehr bei olympischen Spielen und durch die Schaffung eines überdimensionierten Militärapparates beeindrucken. Auf allen anderen Gebieten vergrößerte sich zusehends der Abstand zum Weltniveau, das allein die westlichen Länder setzten. Damit ereilte die Sowjetunion genau das Schicksal, das die Einführung der sozialistischen Planwirtschaft dem Land unter großen Opfern einstweilen erspart hatte. Gerade durch das Festhalten am "bewährten sozialistischen Planungsmechanismus" degenerierte das Land im Weltmarktgeflecht zu dem, was die Entwicklung dieser Struktur unter großen Opfern verhindert hatte. Die Sowjetunion reihte sich als untergeordneter Rohstoffproduzent in den Weltmarktreigen ein, während die Binnenökonomie aufgrund gravierenden Reibungsverluste (Rohstoffverschwendung, geringe Arbeitsproduktivität trotz relativ hohen wissenschaftlichen Standards etc.) zusehends verrottete. Der Anteil von Fertigprodukten am sowjetischen Export ging ebenso kontinuierlich wie rapide zurück. Bei der Erneuerung des sowjetischen Maschinenparks war die staatlich gelenkte Wirtschaft zusehends auf Westimporte angewiesen.

Dieser Zustand entsprach zwar keineswegs den hochfliegenden Ansprüchen einer "sozialistischen Alternative" zum kapitalistischen Westen, die Krise blieb aber unter der Decke und latent, solange die Weltwirtschaft insgesamt boomte. Das Wachsen und Gedeihen der kapitalistischen Konkurrenz im fordistischen Akkumulationszyklus sicherte auch dem kleinen realsozialistischen Bruder ein zwar kümmerliches, doch immerhin noch einigermaßen sicheres Einkommen. Mit dem Ende des langgezogenen Nachkriegsaufschwungs lief diese Gnadenfrist aber unweigerlich ab. Das Stocken der globalen Realakkumlation traf zunächst die peripheren Bereiche des Weltmarktes verheerend und brachte die diversen

Entwicklungsträume im Trikontinent und die realsozialistische Scheinalternative ins Schlingern und an den Rand der Reproduktionsunfähigkeit. Das Auslaufen des fordistischen Wachstums schlug sich zunächst in stark gesunkenen Rohstoffpreisen nieder (die Entwicklung der Ölpreise kann hier als Indikator dienen). Die terms of trade veränderten sich nachhaltig zuungunsten der sowjetischen Wirtschaft. Die für die Sowjetunion verheerende Entwicklung auf den Rohstoffmärkten wurde durch das Vordringen der Mikroelektronik in allen Fertigungsbereichen komplementiert. Gerade in diesem wirtschaftlichen Schlüsselbereich konnte die Sowjetunion auch nicht im entferntesten mit dem Weltstandard mithalten, und selbst ihre militärische Potenz unterliegt seitdem beschleunigtem moralischen Verschleiß. Sie wird durch den Eintritt in dieses neue technologische Zeitalter untergraben. Das Gesamtelend der Sowjetunion trat Anfang der 80er Jahre als "Außenhandelskrise" in sein akutes Stadium. Zu diesem Zeitpunkt ging das relative Zurückbleiben in der Weltmarktkonkurrenz in den absoluten Abstieg über. Unter diesen Umständen wurde eines klar: Die Fortsetzung des realsozialistischen Dornröschenschlafs bedeutet für die Sowjetunion das sanfte Hinübergleiten ins Koma.

Der in der Breschnewära verdrängte Bankrott ließ sich unter diesen Umständen nicht länger mit hohl tönenden Lebenslügen ersatzweise zuschütten. Die Zeit schreit geradezu nach einem hemdsärmeligen Macher, der entschlossen ist, den gesamtrussischen Augiasstall auf Vordermann zu bringen. Das jahrzehntelange Phlegma an der Spitze des Sowjetstaates wird brüchig und unhaltbar. Das ist der Augenblick, in dem sich der Weg für Gorbatschow und seine Getreuen öffnet und der tragische Held mit seiner Perestroikagarde die historische Bühne betritt.

Die Ausgangssituation, auf die sie treffen, ist wenig erfreulich. Der Kahn, dessen hochherrschaftliches Deck die Gorbatschowcrew endlich besteigt, hat Schlagseite und ist im Absaufen begriffen. Die Unbilden des Weltmarkts, die systembedingten Mängel der Wirtschaft, das Wettrüsten und die übrigen Kosten der Weltmachtstellung drücken die stolze Sowjetunion im Weltmarktgeflecht immer mehr auf das Niveau eines Dritte-Welt-Landes herab. Das Projekt Gorbatschow hat unter diesen kaum beneidenswerten Umständen von vornherein den Charakter eines verzweifelten Ausbruchsversuchs. Die Stoßrichtung, in die die neue sowjetische Führung dabei ihre Gesellschaft zur Flucht nach vorn treibt, ist durch die sowjetische Vorgeschichte präformiert. Nachdem die Marxadepten die "bewußte Handhabung der objektiven ökonomischen Gesetze" zur einzig denkbaren Alternative zum Kapitalismus erklärt haben, aber mit diesem Gegenmodell letztendlich kläglich gescheitert sind, kann nur mehr die strukturelle Angleichung an den einstigen Intimfeind als die neue heilversprechende Marschroute herhalten.

Offen für die Evidenz der platten Empirie, akzeptierte die Gorbatschowrie-

ge, daß die strukturelle Unterlegenheit der Sowjetunion und ihrer Satelliten gegenüber den westlichen Staaten innerhalb einer dirigistischen Kommandowirtschaft auch mit verbesserten administrativen Maßnahmen allein nicht mehr zu beheben ist, daß sie stattdessen den Bruch mit dem überlieferten Lenkungsinstrumentarium erfordert. Die Konsequenz war klar. Gorbatschow und Konsorten, wildentschlossen, den auf Sand gelaufenen Kahn wieder flott zu kriegen, begannen damit, allen überflüssigen ideologischen und sonstigen Ballast ohne Rücksicht auf diverse Empfindlichkeiten abzuwerfen. Die großangelegten Abrüstungsinitiativen waren nur der Anfang. Die Radikalität, mit der Gorbatschow und seine Anhänger die Ärmel aufkrempelten und ihr Großreinemachen auf dem verlotterten Sowjetkahn in Angriff nahmen, hatte nur eine Grenze. Sie gestanden sich nicht ein, was sie taten. Sie gaben nicht zu, daß der anachronistische Unrat, den sie über Bord kippten, identisch ist mit den Spezifika, die die "realsozialistische Produktionsionsweise" vom vulgären westlichen Kapitalismus unterscheiden. Mit der Orientierung am schwedischen Modell und dem Versuch, Linien sozialistischer Kontinuität von Lenin bis zur Perestroika zu konstruieren (1), schönten Gorbatschow und seine Getreuen notdürftig die bedingungslose Kapitulation vor den Zwangsgesetzen des Weltmarkts. Trotz dieser hilflosen Klitterung ist es aber klar, daß die Konvergenztheorien angesichts des Reformwerks à la Gorbatschow in einer ausgesprochen einseitigen Weise recht behalten. Der Kampf der Erneuerer jeder Couleur richtet sich seinem eigenen Selbstverständnis nach gegen die verstaubten Bürokraten und klagt pluralistische Demokratie sowie marktwirtschaftliche Regulationsmechanismen ein. Kurz, er zielt darauf ab, die Entwicklung der bürgerlichen Form durch die Adaption westlicher Muster endlich zu vollenden.

Warum der alte Gegensatz der Systeme sich zugunsten des westlichen Pols auflöst, ist unschwer einzusehen. Da das realsozialistische Subsystem der Warenproduktion neben Metropolen kollabiert, die sich einer letzten spekulativ gestützten Scheinblüte erfreuen, muß der Bankrott des Realsozialismus als Tri-

(1) Hier fällt der positive Bezug auf die NÖP auf. Die Rehabilitierung Bucharins etwa, hat eindeutig die Suche nach einem ideologischen Vordenker in der marxistisch-leninistischen Tradition zum Inhalt. Die Geschichtsklitterung fällt dabei in den ersten Perestroikajahre kaum weniger brutal aus als der Umgang Stalins mit den "bucharinisch-sinowjewschen Scheusalen". Fröhliche Urständ erlebt Bucharin als führender Theoreikter der NÖP. Seine Position während der kriegskommunistischen Phase wird dagegen vorsichtshalber mit Schweigen übergangen. In Gorbatschows Machwerk "Perestroika" bleibt kein Auge trocken. Selbst Lenin muß als Marktwirtschaftsonkel herhalten, und sein Anlitz verschmilzt unweigerlich mit dem von Ludwig Erhard. Die osteuropäischen Regierungen, die sich restlos von der realsozialistischen Vorgeschichte verabschiedet haben, haben derlei bestialische Leichenfleddereien nicht mehr nötig. In Polen und Ungarn bleibt es uns so wenigstens erspart, daß der Übergang zu einer beinharten Austeritypolitik auch noch mit Leninzitaten amtlich gerechtfertigt wird.

umph der marktwirtschaftlichen Ordnung erscheinen. Der Zusammenbruch der osteuropäischen Abteilung des warenproduzierenden Weltsystems nimmt durch diese Verkehrung einen eigenartigen politisch-ideologischen Verlauf. Der Einäugige avanciert für den Blinden zum König. Der Nochüberlebende wird zum einzig denkbaren Vorbild, dem, koste es, was es wolle, nachzueifern ist. Nirgends treibt der naive Glaube an die Heilkraft der "invisible hand" derart obskure Blüten wie im jungfräulichen osteuropäischen Boden. Die eigene Zukunft können sich die exrealsozialistischen Gesellschaften nur nach dem Muster des westlichen Marktwirtschaftsarkadien vorstellen. Die realen Modernisierungsdefizite des eigenen Landes versperren von vornherein den Blick für die tieferliegende Ebene der Misere, für die Krise der Warenform selber. In der marktwirtschaftlichen Aufbruchseuphorie bleibt unbemerkt, was etwa die lateinamerikanischen Schwellenländer längst schmerzhaft realisieren mußten. Die Verallgemeinerung westlicher Standards ist von der Entwicklung des Weltmarkts längst ein für allemal blockiert worden (1).

Statt einen Gedanken auf die Weltmarktbedingungen zu verschwenden, die den Rahmen für jede ökonomische Konzeption abgeben, nehmen die Reformpolitiker im Ostblock das eigene Elend vorzugsweise unter modellplatonischen Gesichtspunkten wahr. Mit dem Eifer frisch Bekehrter stellen sie das neue Dogma vom Aufbruch in die Marktwirtschaft über die Realität der Ostblockstaaten im Weltmarktgefüge. Ihr Hauptbestreben ist es, sich so energisch wie irgend möglich vom sozialistischen Sündenfall zu distanzieren, und beim Versuch, dieses Anliegen in die Tat umzusetzen, ruinieren sie die schwer angeschlagenen Volkswirtschaften der RGW-Staaten vollends. Denn wenn sie der reinen westlichen Lehre folgend alle Fesseln durchtrennen, die der freien Entfaltung der Ware-Geldbeziehung im Wege stehen, durchstoßen sie gleichzeitig auch den Schutzwall, der überhaupt erst die prekäre Existenz der Ostblockökonomien möglich machte. Die staatswirtschaftlichen Fesseln behinderten ja nicht nur die Binnenentwicklung der Ostblockökonomien, sie schützen gleichzeitig den abgezirkelten osteuropäischen Markt vor der unmittelbaren Konfrontation mit den Unbilden des Weltmarkts. Ohne die relative Abschottung von der haushoch überlegenen Weltmarktkonkurrenz müssen aber die osteuropäischen Arbeitsgesellschaften ihre "sozialistischen Betriebe" aufgrund des Produktivitätsrückstands in die Slums verabschieden. Das objektive Elend der Ostblockökonomien besteht gerade darin, daß sich die Abschottung, unabhängig von der politischen Form, auf Dauer nicht durchhalten läßt. In der Reformerideologie wird diese reale Katastrophe aber nicht nur anerkannt, sie wird leichtsinnigerweise zur Tugend überhöht. Die Reformer kommen dem christlichen Gebot der Feindesliebe reichlich übertrieben nach. Was nicht zu verhindern ist, soll nun voll Inbrunst Ziel und

(1) Es fällt auf, daß die lateinamerikanische Entwicklung in der osteuropäischen Reformdebatte kaum diskutiert und beachtet wird.

Wunsch sein. Die Reformideologie mündet in den naiven Glauben, die kalte Zugluft des Weltmarktes könne die Genesung der mumifizierten osteuropäischen Ökonomien vorantreiben, der Würgegriff des Weltmarktes könne neue Lebensgeister erwecken. Das Endresultat dieser Bemühungen ist klar. Die Mumie wird zu Staub zerfallen. An die Stelle der alten klapprigen, aber noch in sich geschlossenen, realsozialistischen Ökonomien, werden keine neuen Weltmarkttiger treten. Der "Osten" badet die allgemeine Weltmarktmisere verschärft aus. Das alte "Modell" wird ersetzt durch das Nebeneinander von flächendeckender Elendswirtschaft und eingesprenkelten Weltmarktfabriken, die ins ökonomische Gefüge des Landes kaum mehr eingebunden sind. Das Muster ist aus anderen Teilen der Welt in seinen Grundzügen bereits wohlbekannt. Polen und Ungarn steuern mit ihrer brutalen Austeritypolitik, die den realsozialistischen Wirtschaftsdirigismus abgelöst hat, schnurstracks in das absolute Elend lateinamerikanischer Verhältnisse. Was für diese beiden Staaten gilt, gibt auch für die übrigen RGW-Länder die Marschrichtung an. Und so schieben sich die Grenzen der 3.Welt an Leitha und Oder vor. Auch die sowjetische Wirtschaft setzt zusehends auf die unreglementierten Kräfte des freien Marktes und läutet damit die Desintegration der Sowjetökonomie ein.

Mittlerweile ist dieser Auflösungsprozeß bereits mit Händen zu greifen. Die Reformversuche des Realsozialismus erweisen sich für die betroffenen Staaten als höhere Form des Harakiri. Die Reformer und ihre westlichen Ratgeber bringen es allerdings, fixiert auf die nicht hintergehbare Logik von Geld und Ware, auch noch fertig, die um sich greifenden Zusammenbruchsphänomene zum Aufbruch ins neue Wirtschaftswunder umzuphantasieren. Wo die Realität grausam zurückschlägt, springt wenigstens eine chiliastisch anmutende Zukunftserwartung hilfreich zur Seite und schönt die grausamen Perspektiven. Aus den Verfallsmomenten werden bedauerliche, aber vorübergehende Friktionen, die vor dem Eintritt ins marktwirtschaftliche Arkadien nun einmal zu überwinden sind. Betäubt vom realen Prozeß, sinken die Ostblockstaaten ihrem Mörder, dem Weltmarkt, mit Liebesschwüren an die Brust. Was sich in homöopathischer Dosierung als schädlich erwiesen hat, soll in vollen Zügen genossen, zum Heilmittel werden. Der Übergang Polens und Ungarns zur thatcheristischen Lehre ist nur der einstweilige Schlußpunkt einer Entwicklung, die mit den Reformanläufen Gorbatschows begann. Das Grunddilemma des osteuropäischen Reformprozesses stellte sich bereits damals. Genauso, wie eine aktive Immunisierung eine akute Infektionskrankheit noch verstärkt, statt sie zu beheben, genauso verschärften die Reformmixturen à la Gorbatschow die lange schon gärende Misere. Gorbatschows Wirtschaftsreformen verbesserten die Versorgungslage nicht, im Gegenteil, selbst seine relativ vorsichtigen Versuche, die Sanierung der Sowjetwirtschaft in Angriff zu nehmen, führten bei allen wirtschaflichen Eckdaten zu einer einschneidenden Verschlechterung. Die forsche Kampfansage an die weit fortge-

schrittene Sklerose der Sowjetgesellschaft wird daher bereits zur Overtüre für die Auflösung dieses Gebildes. Am Ende des Reformwegs steht nicht eine wiedergeborene erstarkte Gesellschaftsformation, sondern nur mehr der Tod des Patienten und die Kapitulation der Ärzte.

3. Der Verlierer als Star

In der gesamten bisherigen Historie unter Einschluß der pax americana standen die Sieger und Eroberer im Mittelpunkt. Ihr Tun und Handeln galt als geschichtsträchtig. Für die Verlierer blieben dagegen immer nur Fußnoten. Gestalten wie Napoleon und Hitler waren im landläufigen Geschichtsverständnis bedeutsam, weil sie zumindest erfolgreich begannen, bevor sie Waterloo und Stalingrad erlitten. Goethe verneigte sich vor dem Sieger von Austerlitz und Jena-Auerstädt, die jugendlichen Nazifans in aller Welt schwärmen von der Blitzkriegphase und weniger vom Endkampf an der Oder. Bislang lebte die internationale Ausstrahlung der tonangebenden Führerfiguren immer von deren heimischen Erfolgen, und ihre Weltgeltung war das Echo zunehmenden nationalen Gewichts. Bei Gorbatschow kann davon nicht im entferntesten die Rede sein. Ein Feuermal auf der Stirn ersetzt nun einmal nur unzureichend die "Sonne von Austerlitz", und etwas Vergleichbares will, trotz zahlloser Schlachten, über dem Haupt des Sowjetführers partout nicht erstrahlen. Gorbatschow "macht" Geschichte, obwohl unter seiner Ägide weder ein Weltreich entstand noch die Rekonstruktion imperialer Macht gelang. Die Reformversuche daheim, die mit seinem Namen verknüpft sind, entpuppen sich als Abrißarbeit, ohne daß sich in der Dekomposition des alten, durch und durch maroden Mechanismus real ein erneuertes funktionstüchtiges Vergesellschaftungsmodell abzeichnen würde. Er gewinnt regelmäßig auswärts glänzend und schlägt die Welt in seinen Bann, während das Reich, das er verwaltet, parallell dazu galoppierender Schwindsucht unterliegt und immer mehr seinem Zerfall entgegentreibt. Die Umrisse einer lebensstarken erneuerten Sowjetunion waren immer nur ein Phantomgebilde. Erfolgreich war der sowjetische Präsident und Generalsekretär der KPDSU nur damit, sich und sein Konzept gegenüber den Betonköpfen in den eigenen Reihen durchzusetzen. Auf allen anderen Ebenen hat seine Politik fatalen Schiffbruch erlitten. Er konnte weder die außenpolitische Stellung der Sowjetunion auch nur einigermaßen halten noch gelang es ihm, die drängenden innenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme seines Landes einer Lösung näher zu bringen. Nach fünf Jahren Glasnost und Perestroika hat die Sowjetunion nicht nur ihre Großmachtstellung eingebüßt, sie steht sowohl ökonomisch als auch als staatliches Gebilde vor dem Kollaps, und es fällt wahrlich schwer, dieses verheerende Zwi-

schenergebnis als Erfolgsbilanz zu lesen (1).

Wenn Gorbatschow Afghanistan räumen läßt und auf konsequente Abrüstung setzt, beendet er damit eine unhaltbar gewordene antediluvianische Machtpolitik. Diese Frontbegradigung beinhaltet aber noch lange kein ernstzunehmendes positives Zukunftskonzept. Was Optimisten anfänglich als Gesundschrumpfungs- und Erneuerungsprozeß gedeutet haben, erweist sich zusehends als irreversible Auflösung. Das von Gorbatschow propagierte gemeinsame europäische Haus stellt sich zwar wirklich her, aber sein Grundriß folgt nicht dem souveränen politischen Gestaltungswillen des Sowjetführers und seiner demokratischen Freunde in West und Ost, sondern den brutalen Zwangsgesetzen des Weltmarkts. Für die Völker des Ostens steht in diesem Gemäuer kein Platz an der Sonne zur Verfügung, sondern bestenfalls ein zugiges Eckchen in der geräumigen europäischen Mülltonne. Die Staaten des einstmals roten Ostens finden sich unweigerlich in den Elendsquartieren wieder, in denen alle Weltmarktverlierer vor sich hinverrotten; und die Tatsache, daß sich die Favelas neuerdings ihre Armut nach demokratischen Grundsätzen organisieren, dürfte im Endeffekt ein schwacher Trost bleiben. Während, einmal losgetreten, die Entwicklung hin zum großen osteuropäischen Armenhaus wie eine Lawine unaufhaltsam abgeht und alles unter sich begräbt, was sich ihr in den Weg stellt, kann Gorbatschow für den real sich vollziehenden Prozeß nicht mehr liefern als ein euphemistisches Stichwort. Sein einziger praktischer Beitrag besteht darin, in den wildwuchernden Prozeß nicht weiter ernsthaft einzugreifen (2). In letzter Instanz besteht die Weisheit der sowjetischen Außenpolitik nur mehr in Verzicht und freiwilligem Abdanken. Gorbatschow und seine Anhänger legen ein längst untauglich gewordenes kostspieliges Instrumentarium auf die Seite und übertragen mangels praktikabler Alternativen die altehrwürdige liberalistische Wirtschaftsdoktrin vom laisser faire und laisser passer auf die moderne Außenpolitik der Exgroßmacht.

Was für die Außenpolitik gilt, gilt in noch dramatischerer Weise für die Verhältnisse im Inneren des zerbröselnden sowjetischen Giganten. Auch der innenpolitische Vormarsch von Gorbatschow und Co trägt eher die Züge eines mehr oder minder geordneten Rückzugs, der allmählich in einen panischen Auflösungsprozeß umschlägt. Was vom taktischen Standpunkt als unerhört wagemutige Demokratiesierungs- und Modernisierungsoffensive erscheint, ist, vom Stand-

(1) Gorbatschows Umbau des sozialistischen Systems hat auch in der Literatur sein Pendant. R. Goscinny und A. Uderzo haben Gorbatschow und seine Mannschaft schon apriori verewigt. Die Selbstversenkungspolitik jenes wenig glücklichen Piratenkapitäns, der, an die unvermeidliche Planke geklammert, durch so ziemlich jedes Asterixheft treibt, nimmt das Wesen der Perestroika selten präzise vorweg. Wundersam an der Sache ist nur, warum in der Lesart des Demokraten diese unglückliche Figur zunächst als der Superheld der ganzen Geschichte erscheint.

(2) Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Rolle der Sowjetunion bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

punkt der übermächtigen Weltmarktkonkurrenz und dem Bankrott des realsozialistischen Planungssystems betrachtet, eine durch und durch defensive Reaktionsbildung. Der Mut, den Gorbatschow und seine Crew an den Tag legen, ist nicht der Mut des souveränen weitblickenden Strategen, sondern der Mut der Verzweiflung. Auf der Suche nach einem Titel für das Kapitel Gorbatschow drängt sich die alte Szenedevise auf: "Du hast keine Chance, aber nutze sie". Denn so wenig es innerhalb der Wert- und Warenform zur Reformpolitik eines Gorbatschow für die Sowjetunion eine Alternative gibt (1), so wenig konnte das Reformexperiment zum gewünschten Ergebnis führen.

Diese tragische Konstellation tut Gorbatschows Ruhm im Westen, seiner Funktion als demokratischer Identifikationsfigur allerdings keinerlei Abbruch. Ganz im Gegenteil, die reale Schwäche von Gorbatschows Position und seine ideologische Vorzugsstellung gehen eine eigenartige Ehe ein. Seine weltumspannende Ausstrahlung hat paradoxerweise die desolate Lage im heimischen Stall und das schrumpfende Gewicht der Sowjetunion in der Weltpolitik zur klammheimlichen Grundlage.

4. Krisenmanager und Pragmatiker: ein neuer Politikertypus

Die Ehre, die Gorbatschow zuteil wird, ist nicht einfach dem Desinteresse des Durchschnittsdemokraten an den harten ökonomischen facts geschuldet. Sein Ruhm ist ebensowenig nur Lorbeer für die aktive Überwindung des "Stalinismus". Die Affinität hat tieferliegende Ursachen. Die nachholende Demokratisierung bringt mit Gorbatschow einen Politikertypus hervor, der nicht nur den Abstand zum westlichen pluralistischen Niveau verringert, er verköpert in einem entscheidenden Gesichtspunkt sogar die modernere Variante des homo politicus. Gorbatschows Reformen verdanken zwar ihre Genesis dem spezifischen realsozialistischen Elend, die Verzweiflungstat bringt aber auch Saiten zum Schwingen, die im Herzen des modernen Westdemokraten ihr Pendant finden. Die prekäre

(1) Diese Alternativlosigkeit ist auch der einzige Grund dafür, daß sich Gorbatschow trotz aller zu Tage tretenden Verfallsmomente bislang halten und seine Machtstellung sogar festigen konnte. Welches Lager auch immer das Ruder in der Restsowjetunion übernehmen will, es steht vor der gleichen unlösbaren Problematik mit der auch die jetzige Führung nicht zu Rande kommt. Wenn in der bürgerlichen Presse regelmäßig die Möglichkeit an die Wand gemalt wird, eine Militärdiktatur könnte Gorbatschow's Regime ablösen, so scheitert diese Option auf absehbare Zeit wohl praktisch genau an diesem Umstand und der verfahrenen Gesamtkonstellation. Genauso wie den lateinamerikanischen Militärs die Lust zum Putschen gründlich verleidet ist, seitdem die Staaten des Subkontinents wirtschaftlich bankrott sind und in der "Verschuldungsklemme" sitzen, genauso werden die sowjetischen Militärs das schmutzige und mühselige Geschäft der Notstandsverwaltung kaum von den zivilen auf die eigenen Schultern verlagern wollen.

Situation, mit der Gorbatschow zurecht kommen muß, nötigt seinem Kampf gegen die Rückständigkeit der Sowjetunion von Beginn an ausgesprochen pragmatische Züge auf. Die Mischung von Aufbruch und akutem Krisenmanagment findet im Westen auch deshalb so viel Gegenliebe, weil sie vollkomen unideologisch und eklektisch daherkommt (1). In seiner Not ist Gorbatschow gezwungen, "Perestroika", "Glasnost" und die ersten Schritte zur Wirtschaftsreform auch gegen das Trägheitsmoment besonderer Interessen und ohne allzuviel Rücksichtnahme auf die überlieferten ideologischen Muster durchzuboxen. Dieser unkonventionelle Zug imponiert dem demokratischen Bewßtsein westlicher Prägung enorm, weil es dessen eigenem Entwicklungstrend entgegenkommt.

Das moderne demokratische Bewußtsein versteht sich selber als antiideologisch. Während es die allgegenwärtige krisengeschüttelte Wert- und Warenform als selbstverständliche Naturkonstante hypostasiert und sich damit an eine zerfallende Grundlage klammert, erschlaffen gleichzeitig endgültig die polaren Gegensätze innerhalb der bürgerlichen Form. Das demokratische Selbstverständnis vereint, pluralistisch geworden, seine liberalen, sozialen und übrigen Unterströmungen nicht nur zu friedlicher Koexistenz, es verrührt sie auch noch zu einem einheitlichen Brei demokratischer Prinzipien (2). Dem demokratischen Geist gelten Ideologie und Einzelinteresse fürderhin als wahlverwandt. Er fühlt konsensual und richtet sich entschieden gegen das Einseitige, Besondere, das sich ungerechtfertigterweise für das Allgemeine ausgibt. Jedes einseitige Beharren, jedes Festhalten an polaren Gegensätzen, ist ihm im Grunde genommen suspekt. Er vermutet dahinter die rücksichtslose Durchsetzung von spezifischen Interessen auf Kosten der abstrakten Allgemeinheit. Während die Politiker hierzulande noch mit Müh und Not ihre Scheingefechte zelebrieren, setzt sich untergründig in der breiten Öffentlichkeit schon so etwas wie eine demokratische Einheitsideologie durch, die der ritualisierten Grabenkämpfe längst müde geworden ist. Nie standen die Bürger der Bundesrepublik den besonderen Parteien so skep-

(1) Wie weit Gorbatschow davon entfernt ist, einen kohärenten Ansatz zu vertreten, wie sehr seine Reformvorschläge auf begriffslose Flickschusterei hinauslaufen, dokumentiert recht eindringlich sein Bestseller "Perestroika". Angesichts dieses Machwerks bedarf es schon der Anstrengung eines westberliner marxistischen Professors, um in das salbungsvoll-dünne Menschheitsgeseiere eine in sich stimmige Reformulierung emanzipatorischer Konzepte hineinzulesen. Aber selbst ein Fritz Haug scheitert trotz redlichen Bemühens an diesem Unterfangen. Sein Buch "Gorbatschow - Ein Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken" ist trotzdem lesenswert. Es liefert einen tiefen Einblick in den Geisteszustand der westdeutschen Linken.

(2) Das Verschwinden aller energischen Gegensätze in der ideologischen Sphäre wird im bürgerlichen Verständnis mit dem Ende der Ideologie verwechselt. In Wirklichkeit bedeutet die Fusion zu einem pluralistsch-demokratischen Gesamtweltbild natürlich nicht die Auflösung, sondern im Gegenteil die Vollendung des ideologischen Bewußtseins.

tisch gegenüber, aber auch nie zuvor hatte sich die demokratische Form derart zum selbstverständlichen Common sense verfestigt wie heute. Der moderne Demokrat hat seinen vorläufigen Frieden in der Koexistenz von verdünnter Menschheitsmoral und Pragmatismus gefunden. Alles was ideologisch starr ist, erscheint ihm verdächtig, und er kann es auch nicht so recht an sich selber leiden. Feste Überzeugung jenseits von plattem Empirismus und allgemeinstem demokratischen Prinzipiengewäsch ist ihm nicht geheuer.

Gorbatschow kommt diesem Entwicklungstrend des demokratischen Bewußtseins nicht nur entgegen. Er bereichert den neuen demokratischen Konsens auch noch um die attraktive aktiv-kämpferische Note, die ihm im Westen notwendigerweise fehlt. In seiner Person wird das schleichende Auslaufen der tradierten Gegensätze zum offensiven Programm und die lasche demokratische Toleranz zum Banner. Gorbatschow hat wie kein anderer nach innen und außen mit überlieferten ideologischen Gegensätzen aufgeräumt. Sonderinteressen und ideologische Gegensätze ertränkt er rücksichtslos in der moralischen Beschwörung des allgemein Menschlichen. Genau in die gleiche Richtung denkt und fühlt der moderne Citoyen. Und so ist es kein Wunder, wenn er Gorbatschow als seinesgleichen frenetisch zujubelt.

Die außenpolitische Komponente in Gorbatschows Rolle als Vorreiter einer demokratisch-pluralistischen Weltgemeinschaft ist dabei unmittelbar einsichtig. Das bürgerliche Denken ist auch gerade im Westen pazifistisch geworden. Krieg ist dem aufgeklärten Bürger ein Greuel, und wenn er sich auch gezwungenermaßen zur Verteidigung bereitfindet, so kann er sich fürs Militaristische, ganz anders als die Großvätergeneration, kaum begeistern. Wenn Fanatismus und Feindschaft gepredigt werden, fühlt sich der moderne Citoyen nur angewidert und abgestoßen. An den großen strukturierenden Gegensatz der Nachkriegsära, den Ost-West-Konflikt, mag er seit geraumer Zeit nicht mehr so recht glauben, und die Unlust über die umfangreichen Kosten der Hochrüstung sind im näher als jede antikommunistische Begeisterung. Diese aufgeklärt-versöhnlerische öffentliche Grundstimmung wartete nur darauf, ihren demokratischen Konsens auch auf das einst feindliche Osteuropa ausdehnen zu dürfen. Als Gorbatschow auftritt und mit seinem neuem Denken die Öffnung zwischen Ost und West proklamiert, läuft er daher offene Türen ein. Sein zum allgemeinsten Menschheitsgeschwätz verwässerter "Leninismus" paßt haargenau zur ökumenischen Grundhaltung, die sich im Westen breitmacht. Den positiven Eindruck, den er damit hinterläßt, untermauern seine energischen Abrüstungsoffensiven. Einer der ersten wesentlichen Schritte, zu dem ihn die desolate Lage seines Landes nötigt, ist die Begrenzung des sowjetischen Militärapparates. Für die westeuropäischen Natostaaten sind die Verteidigungsausgaben eine sicherlich lästige Last. Für die sowjetische Wirtschaft hat das Wettrüsten aber unmittelbar weit bedrohlichere Konsequenzen. Gerade weil die Sowjetunion in den späten 60er und den 70er

Jahren mit den USA nur mehr militärisch konkurrieren konnten und im Verhältnis zur volkwirtschaftlichen Leistung mehr Ressourcen als irgendein anderes Land in den Rüstungswettlauf investierten, ist die sowjetische Regierung in den 80er Jahren zu wirklichen Abrüstungsschritten genötigt. Jeder Versuch, die sowjetische Wirtschaft umzustrukturieren, setzt die Umlenkung von Ressourcen voraus, die durch die sowjetischen Weltmachtambitionen an den volkswirtschaftlich unproduktiven militärischen Sektor gefesselt sind. Die relative Schwäche zwingt gerade den Unterlegenen zum Abschied von den überkommenen ideologischen Frontstellungen, und das Phänomen Gorbatschow besteht in der Fähigkeit, diesen Rückzug in eine ideologische Offensive umzumünzen. Hinter dem sowjetischen Abschied von der Ost-West-Konfrontation steht ganz profan die unhaltbare ökonomische Lage des Landes. Dank einer breiten Empfangsbereitschaft in den westlichen Demokratien (1) verwandelt sich aber der Verzicht auf das Streben nach einer militärischer Vormachtstellung, zu dem die Sowjetunion genötigt ist, zu einem zentralen Pluspunkt im ideologischen Wettbewerb (2).

Mit Gorbatschow triumphiert die bürgerliche Weltverbrüderungsideologie, die sich nicht mehr als Ideologie weiß, weil sie keine Feinde mehr nötig hat. Der propagierten rückssichtslosen Weltverbrüderungsstimmung konnte sich keine Position im bürgerlichen Lager so recht erwehren. Die brutale Menschenfreundlichkeit, die vor einem guten Jahrfünft in der westdeutschen Friedensbewegung ihren ersten Höhepunkt erreichte, funkt nun mit Gorbatschow direkt aus dem ehemaligen Zentrum des Bösen, und so gibt es kein Halten mehr. Sie wird expansiv und greift dank des vorhandenen Resonanzbodens im Westen transkontinental um sich. Gerade die alten antikommunistischen Feinde machen unter diesen Umständen eine denkbar schlechte Figur. Gestandene Natogeneräle, eingefleischte kalte Krieger und antikommunistische Ideologen haben den zudringlichen Umarmungen der neuen Sowjets und des Gorbatschowfanclubs nichts ent-

(1) Empfangsbereitschaft und Wahlverwandtschaft, das gilt in erster Linie natürlich für die öffentliche Meinung. Vor allem im Frontstaat BRD war die Resonanz enorm auf die Gorbatschows Vorschläge stießen. Die westlichen Regierungen reagierten dagegen wenig überzeugend, nämlich hilflos abwartend.

(2) Gorbatschows Demiurgenaura beruht insgesamt auf dieser Verkehrung. In Wirklichkeit nur von den Zwangsgesetzen des Weltmarkts in die Enge getrieben, bringt er sich doch noch in den Ruf eines großen Gestalters, weil er sich gegen das Aufgezwungene nicht sträubt, sondern es nach besten Kräften offensiv wendet. Trotz aller Geschicklichkeit ist dieses Zauberkunststück auf Dauer allerdings nicht durchzuhalten. Der historische Prozeß, der Demokratie und Warenform gleichzeitig vollendet und in die Krise treibt, verschlingt zu guter Letzt auch sein willfähriges Medium, indem er dessen Spielraum mehr und mehr verengt und es zum Offenbarungseid zwingt. Gorbatschow hat den angenehmeren, weil durch Hoffnungen geschönten Teil seines Weges wohl schon weitgehend hinter sich. Die Zuspitzung der Konflikts mit den baltischen Republiken dürfte Gorbatschows Zenit markieren.

gegenzusetzen. Nach wenig überzeugendem hinhaltenden Zaudern empfehlen sie ihre Seelen dem obsiegenden Entspannungsgeist und werfen resigniert das Handtuch. Selbst ein Ronald Reagan muß seine Präsidententage notgedrungen und unwillig als Abrüstungs- und Friedensheini beschließen. Im Endstadium der bürgerlichen Ideologieentwicklung glühen nun einmal alle ideologischen Todfeindschaften allmählich aus. Und neben Gorbatschow als inkarniertem Endsieg eines pluralistisch-demokratischen Pazifismus können auch die dümmsten und zähesten kalten Krieger nicht mehr durchhalten.

Gorbatschows energische abrüstungspolitische Vorstöße erklären den Gorbatschowkult im Westen für sich genommen noch nicht. Sie fügen sich in ein ideologisches Gesamtbild, das von einer tiefgreifenden Übereinstimmung zwischen Gorbatschow und seinen westlichen Fans gekennzeichnet ist. Gorbatschow kennt nicht nur keine feindlichen Staaten mehr, er behandelt auch den antagonistischen Klassengegensatz als Anachronismus. Er baut auf alle "ehrlichen Menschen", auf alle Männer und Frauen, die "guten Willens" sind. Außenpolitisch steht Gorbatschow gerade für den Verzicht auf jede wie auch immer geartete Spitze. Er erklärt den Verzicht auf die "Breschnew-Doktrin" und zieht die sowjetischen Truppen aus Afghanistan zurück. Aber auch innenpolitisch wirft er sich erstmals in der sowjetischen Geschichte zum Vertreter einer abstrakten Allgemeinheit ohne Schlagseite auf. Er affirmiert alle existierenden Sozialkategorien grundsätzlich gleichermaßen, um deren Sonderinteressen moralisch und, zumindest dem Anspruch nach, auch real in ihre Schranken zu verweisen. Er wirft sich nicht mehr wie seine Vorgänger in die Pose des Arbeiter- und Bauernstandpunkts, er kritisiert auch das Desinteresse der Arbeiter und die Gleichgültigkeit der landwirtschaftlichen Produzenten an der Produktion. Er versteht sich als der ehrliche Vermittler eines unspezifischen Allgemeininteresses. Die Opfer, die sein Krisenmanagement quer durch alle Schichten fordert, fördern dabei nur seine Glaubwürdigkeit in den Augen demokratischer Beobachter. Die Regierungen in den westlichen Ländern haben beständig mit dem Verdacht zu kämpfen sie würden zuviel Rücksicht auf die besonderen Interessen ihrer Klientel nehmen. Gorbatschow dagegen erscheint, gerade weil er gezwungen ist, in der krisengeschüttelten Sowjetunion auch zu unpopulären Maßnahmen zu greifen, als über derlei Anwürfe erhaben. In seiner Person vereinigen sich Krisenmanagment, ideologiefreier Pragmatismus und moralische Integrität zu einem Gesamtkomplex.

Die Vollendung der Demokratie, die mit der Krise der Warenform koinzidiert, wird aller Wahrscheinlichkeit nach diesen Politikertypus noch in mehrfacher Ausführung hervortreiben. In Zukunft werden die Demokraten vielleicht nicht mehr ins ferne Moskau blicken müssen, um einem Gorbatschow zujubeln zu können, sondern ihren eigenen Gorbatschowabklatsch an die Macht wählen, auf daß er an der Bewältigung der Weltmarktkrise letztenendes scheitern möge.

Das krisengeschüttelte Brasilien etwa hat es bereits zu seinem hausgemachten "Gorbatschow" gebracht. Er heißt dort Fernando Collor de Mello und steht auf Grundlage einer vollkommen anderen politischen Vorgeschichte ebenfalls für den neuen unideologischen, unkorrupten Pragmatiker, der zum letzten Hoffnungsträger avanciert. Aber auch in den Metropolen haben Gorbatschow-Verschnitte zweifellos Zukunft. Sobald der Krisenprozeß ernsthaft in die priviligierte 1. Welt hinüberzuschwappen beginnt, ist die Zeit vorbei, in der Politiker sich durch beharrliches Aussitzen an der Spitze halten können. Zum Hoffnungsträger bringt es dann nur mehr, wer bereit ist, rigoros ideologischen Ballast abzuwerfen, statt die Kalauer von vorgestern wiederzukäuen. Die begabtesten Notstandsverwalter werden diejenigen sein, die eklektizistisch aus allen Ecken und Enden des bürgerlichen Universums ihre Notstandskonzepte zusammenschustern und auch nicht davor zurückschrecken, von der eigenen Klientel Einschränkungen und Opfer zu fordern. In der politischen BRD fällt es nicht schwer, den mutmaßlichen "deutschen Gorbatschow" auszumachen. Oskar Lafontaine ist offensichtlich dazu prädestiniert, in die Fußstapfen des großen Russen zu treten. Sein nicht immer besonders freundlicher Umgang mit dem DGB, seine unkonventionell-unideologische Haltung in der deutschen Frage, werden auf Dauer sicherlich letztenendes zu seinen Gunsten ausschlagen. Die Frage ist nur, ob bis zum Dezember 1990 die schmerzhaften Friktionen, die mit der deutschen Wiedervereinigung verbunden sind, Lafontaines Position bereits mehrheitsfähig machen oder ob sich Helmut Kohl, mit der weltwirtschaftlichen Scheinprosperität im Rücken, noch einmal über die Runden retten kann.

Robert Kurz

ASCHERMITTWOCH DES MARXISMUS

Der Abgesang der Linken und die Kritik der politischen Ökonomie

1.

Unerwartete historische Brüche verlangen das, was heute gewöhnlich ein "Paradigmenwechsel" genannt wird. Nichts schwerer als das. Die Welt hat sich gedreht, aber das Denken verharrt im Trägheitsmoment der vergangenen Konstellation. Die Mimikry dieser Trägheit treibt sogar zu der Schläue, eine Scheinadaption des alten Denkens an die neue Situation vorzunehmen und gleichzeitig jeden Versuch eines tatsächlich neuen Denkens als besonders veraltet zu denunzieren.

Unabweisbar hat die weltgesellschaftliche Landschaft sich erschreckend verändert in ein unbekanntes und fremdartiges Terrain. Nichts ist mehr an seinem alten Platz, wie keineswegs bloß Fidel Castro zu seinem Entsetzen feststellen muß. Nach dem historischen Kostümfest von 1968 ff. hat der Aschermittwoch der Linken freilich auch nicht erst mit dem Zusammenbruch des "Realsozialismus" begonnen. Neue Krisenerscheinungen wie die ökologischen Zerstörungsprozesse und andererseits die vermeintliche Unangreifbarkeit der kapitalistischen Strukturen ließen viele Ex-Revolutionäre schon seit mehr als einem Dezennium an einem "Paradigmenwechsel" basteln. Aber das linke Denken von gestern wurde nur durch dasjenige von vorgestern ausgetauscht, die Paradigmen der Oktoberrevolution durch diejenigen von 1848 und 1789, entschärft durch die historisch größere Entfernung und daher reformistisch leichter verniedlichbar. Die verbarschelte freiheitlich-demokratische Grundordnung wurde nicht mehr mit dem Bild einer "Arbeitermacht" konfrontiert, sondern mit der abgegriffenen Schönheit ihrer eigenen Urgroßmutter aus dem 18. Jahrhundert. Und die "Anarchie des Marktes" sollte nicht mehr durch eine "Planwirtschaft" sowjetischen Musters abgelöst werden, sondern durch Ideen einer genossenschaftlichen Warenwirtschaft aus dem frühen 19. Jahrhundert.

Es ist wenig lohnend, den wüsten historischen Eklektizismus von zusammengeklaubten und aus ihrem einstigen realen Kontext gerissenen Formeln und Rezeptchen näher zu verfolgen, der seither die Linke umtreibt. Das scheint leider für alle ihre Fraktionen zu gelten. Der Zusammenbruch des "Realsozialismus" hat diese Tendenzen nur verstärkt; unglaublich geschmacklose und ungenießbare Suppen werden zusammengerührt aus hastig bemühten Stichwort-Zutaten: "Demokratisierung" der Wirtschaft, "sozialistische und ökologische Markt-

wirtschaft", "selbstbestimmte Warenproduktion" usw. Hatte sich die Linke jahrzehntelang damit abgequält, durch "Planungselemente" den "Markt" möglichst "zurückdrängen" zu wollen, so ist jetzt eher der umgekehrte Tenor herauszuhören: irgendwelche "Marktmechanismen" sollen die offenbar im Osten "zu unbedingt" gewesene Planung auflockern. Erstaunlich: die noch vor nicht allzu langer Zeit anscheinend so wenig "unbedingte" Planung, daß sie gegen die "Marktmechanismen" verteidigt werden mußte, soll auf einmal gerade durch ihre "falsche" Übermächtigkeit die östliche Misere erzeugt haben. Aber nach Logik darf nicht mehr gefragt werden, wenn das Endstadium des ideologischen Kauderwelsch erreicht ist.

Wuchern so einerseits im hilflos gewordenen Sozialismus-Begriff die theoretischen Stil- und Kathederblüten, so hat sich die radikalere Linke entweder längst auf eine (auch schon wieder abflauende) Bauch-Militanz des unvermittelten Dagegenseins zurückgezogen, oder sie zelebriert eine Art Schlesiertreffen der 3. Internationale in der Sphäre der wechselnden und sich doch um die ewig gleiche Achse drehenden Erscheinungen von "Innen- und Außenpolitik". Zwar gibt es gar kein sozialistisches Ziel mehr, aber irgendwie wird man/frau doch wohl noch kämpfen dürfen gegen Faschismus und Imperialismus. Daß also jetzt ausgerechnet für die subjektiven "Trotzalledem-Revolutionäre" die "Bewegung alles" im alten Bernsteinschen Sinne geworden ist, signalisiert allerdings erst recht das Ende aller bisherigen Konstellationen. Das Kostümfest kann eben nicht über den Aschermittwoch hinaus weitergehen, bei Strafe des Lächerlichwerdens.

Könnte es denn nicht sein, daß die bisherigen Ideen der Linken insgesamt noch dem bürgerlichen Kontinuum angehören? Daß vielleicht 1789, 1848, 1917/18 und 1968 etc. überhaupt nur die Brennpunkte verschiedener Entwicklungsstadien ein- und desselben warenproduzierenden Weltsystems auf dem Weg zu seiner wirklichen Schranke waren? Und daß demzufolge die scheinbar auseinanderfallenden Krisenerscheinungen, von der Krise der dritten Welt über den Zusammenbruch des "Realsozialismus" und die ökologische Zerstörung bis zur Krise der westlichen Arbeits- und Finanzmärkte, sich doch auf einen Nenner bringen lassen: aber jenseits des alten linken Begriffsrasters? Daß also die bürgerliche Weltgesellschaft in voller, katastrophischer Auflösung begriffen ist, aber in ganz anderer Weise als bisher angenommen? Nein, nicht einmal gefragt werden darf. Die alten politischen Identitäts-Panzer schließen sich rostig klappernd. Aber das wird nichts helfen.

2.

Wie laut Brecht für die Deutschen Materie mehr oder weniger Dreck ist, so für die Linke "Ökonomie" und deren Basiskategorie "Wert" mehr oder weniger das ordinäre Hintergrundrauschen der als "Politik" gefaßten Realität. Die warenförmige "Wirtschaft" in ihren vielfachen historischen Entwicklungsstufen und Da-

seinsebenen erscheint als der Grundton, auf dem die "Politik" diese oder jene Melodie spielt. Die boshafte Marxsche Entdeckung, daß es sich im wesentlichen umgekehrt verhält, hat von Anfang an den wütenden Aufschrei der bürgerlichen Subjektivität provoziert, die sich jenseits ihrer eigenen Form (der Warenform nämlich) wähnt und als (politischen) Demiurgen des gesellschaftlichen Lebens, der Geschichte und somit auch der "Wirtschaft" mißversteht, ohne ihrer fetischistischen Hülle gewahr zu werden.

Dieser Aufschrei hält bis heute an, und die Linke schreit aus Leibeskräften mit, um nicht für "ökonomistisch" zu gelten und das heilige Subjekt mit Füßen zu treten. Seit Engels ist es Mode geworden, sich dabei argumentativ mit dem Hinweis auf die "relative Selbständigkeit" des Politischen, das nur in "letzter Instanz" ökonomisch bedingt sei, aus der Schlinge zu ziehen. Hier waltet leider ein gröbliches theoretisches Mißverständnis. Denn auf dieser Abstraktionsebene kann "Ökonomie" gar nicht die empirische "Wirtschaft", die jeweils konkreten Markt- und Klassenverhältnisse (Handelsbilanz, Konjunktur, Interessenkämpfe etc.) meinen. Aus solchen empirischen "Wirtschafts"-Verhältnissen den kulturellen, politischen etc. "Überbau" unmittelbar "ableiten" zu wollen wäre freilich eine mechanistische Kinderei. Mit dieser wohlfeilen Einsicht hat sich die Linke zufrieden gegeben und somit das Thema verfehlt. Denn dieses bezieht sich nicht auf die historisch-empirischen Ent- und Verwicklungen, sondern auf die "ökonomische" *Form*, in denen sich diese in der "Moderne" allesamt abgespielt haben, also auf die "Wert"- oder Warenform aller "jeweiligen" Markt- und Interessenverhältnisse. Dieser bestimmten, das bürgerliche Kontinuum in Wahrheit konstituierenden Form gegenüber ist aber die "Politik" etc. ebensowenig "relativ selbständig" wie etwa der Fischmehlexport; im Gegenteil ist sie integraler Bestandteil des auf dem "Wert" beruhenden, laut Marx "fetischistischen", destruktiven Gesellschaftsverhältnisses, das sich nicht in der Empirie des "Wirtschaftlichen" erschöpft, sondern alle "Lebensbereiche" mit seiner ätzenden abstrakten "Sinnlosigkeit" durchdringt.

Notgedrungen mußte auch die aus der Oktoberrevolution hervorgehende Gesellschaftsformation auf ihre freilich spezifische, "nachholende" Weise innerhalb dieses bürgerlichen Kontinuums der "Wert"- oder Warenform verbleiben. Lenin hat dies immer ahnungsvoll, oft unwirsch und jedenfalls "realistisch" umschrieben, indem er auf die Notwendigkeit der "Aneignung bürgerlicher Kultur", der Beschäftigung "bürgerlicher Spezialisten", der "Anwendung" des "Staatskapitalismus" etc. verwies. Die objektive Unmöglichkeit, unter den damals gegebenen Bedingungen der bürgerlichen Form von Gesellschaftlichkeit zu entrinnen, sollte jedoch durch das vermeintlich alternative, transzendente "politische" Subjekt der "proletarischen Partei" kompensiert werden. Deren bekanntes und oft kritisiertes "Stellvertreter"-Dasein ist so gesehen kein bloß ideologisches Phänomen "falschen Bewußtseins", sondern wie alle bürgerliche Ideologie immer noch das richtige Bewußtsein einer "falschen Wirklichkeit": wenn die Arbeiter-und-Bauern-

Malocher Verausgabungseinheiten abstrakter Arbeit bleiben müssen, können sie weder Subjekte sein noch "herrschen", woran "proletarische Stammbäume" des Vollzugspersonals der "Wert"-Vergesellschaftung natürlich gar nichts ändern.

Die Formel vom "Primat der Politik" muß so als zutiefst bürgerlich erscheinen, weil sie die (emanzipatorische) Subjektivität in der Hülle der Subjektlosigkeit festhalten möchte. Die Sprengung der Warenform konnte nicht als Voraussetzung der Emanzipation begriffen werden, sondern diese Form mußte im Stalinismus wie bei der westlichen Sozialdemokratie zur ontologischen "Gesetzmäßigkeit" von Gesellschaft schlechthin gerinnen, während die Thematisierung des Problems als "Ökonomismus" verteufelt wurde und das (inzwischen nicht mehr allzu) "revolutionäre Subjekt" auf die "Politik" innerhalb der bürgerlichen, warenförmigen Hülle verwiesen blieb.

Auch wenn einige Akteure der Linken es auf diesem Gebiet zu akrobatischen Verdrängungsleistungen gebracht haben, so muß doch in jedem Prozeß einmal die "letzte Instanz" erreicht werden. Die diversen "relativen Selbständigkeiten" von Politik, Kultur, historischen Besonderheiten usw. taugen immer weniger als scheinautonome Aktionsfelder, weil die Weltmarktbewegung bis in den letzten Winkel vorgedrungen ist und alle "Besonderheiten", von der Logik des Geldes ausgeräuchert, allmählich gleich hilflos aussehen. Das "politische" Parteisubjekt des Ostens ist von der subjektlosen Bewegung des warenproduzierenden Systems ereilt worden, und nur deswegen durfte das "herrschende" Ballett der Berufsgreise so geräuschlos ins Rollstuhldasein abtreten. Wie die traurigen Figuren der Böhmes, Ebelings Schnurs usw. beweisen, hat hier nicht nur keinerlei Revolution stattgefunden; es kann auch die im Westen bereits vollkommen abgefuckte und bis zur Schmierenkomödie herabgesunkene Sphäre der "demokratischen Politik" oder "politischen Demokratie" von den Schwarzrotgoldenen des Ostens keinerlei Verjüngungskur erhoffen. Die "Farbe des Geldes" hat unwiderruflich alle "politischen Programme" in das gleiche Gefängniszellenlicht des "Werts", d.h. des Weltsystems abstrakter Arbeit getaucht. Der Aschermittwoch der Linken ist auch der Aschermittwoch der "Politik", an dem sich diese als bloßes Gestammel der diversen "Charaktermasken" vor dem "ehernen Gesetz" des Geldes enthüllt.

3.

Angesichts dieser fürchterlichen "Rückkehr der Ökonomie", in deren Amoklauf ein Segment der Weltgesellschaft nach dem anderen in die offene Barbarei wegbricht und die natürlichen Lebensgrundlagen Stück für Stück vernichtet werden, muß eine bloß "politische" Radikalität der Linken leider ebenfalls ziemlich "alt" ausschauen. Der hundertjährige Streit um die berühmte "Machtfrage" erscheint plötzlich als gähnend leer, weil inhaltslos hinsichtlich der realen Zerstörungsprozesse. Was kann denn jetzt noch mit der "Macht" gewollt werden, außer

die "Gesetze" von Markt und Konkurrenz möglichst "bewußt", "sozialverträglich" und "ökologisch" nachzuvollziehen? Es rächt sich nun bitter, daß die "radikale Linke" seit langem die Theorie, insbesondere die sogenannte "ökonomische", dem reformistischen Kartell des akademischen Linkssozialismus als "Spezialisten"-Domäne überlassen hat.

Wie es sich für einen Fetisch eben so gehört, erscheint den darin befangenen Eingeborenen seine kritische Thematisierung als obszön. Die radikale Kritik der als Globalsystem heute die gesamte Menschheit in ihrer Existenz bedrohenden "Ware-Geld-Beziehung" läßt sämtliche Jallousien der Linken heruntergehen, weil sie nicht zu Unrecht Identitätsverlust befürchtet. Nachdem die frühere, ziemlich blauäugige Vorstellung vom "Absterben" der Warenform und des Geldes in ferner Zukunft hinter den sieben Bergen der "Übergangs-Übergangs-Übergangs-gesellschaften" in den letzten zehn Jahren sanft aus dem linken Hinterkopf in die endgültige Bewußtlosigkeit getropft ist, könnte angesichts der nicht völlig undramatischen Ereignisse die "Gefahr" bestehen, daß das Thema von Gotteslästerern aus der Versenkung hervorgeholt und theoretisch mobilisiert wird.

Wie es scheint, hat sich das akademische linksreformistische Kartell unter Vergewisserung der gesamtlinken Vorurteile zur Abwehr dieser "Gefahr" bereits auf den Formelkompromiß geeinigt, es handle sich dabei um einen *"rohen Unmittelbarkeitskommunismus"*, "stalinistisch" gar oder dem Stalinismus verwandt, und auf jeden Fall alt, alt, alt. Das Neueste hingegen sei eine Mischung aus "Neuer Heimat" und gutem Willen, theoretisch reflektiert vom versammelten Sachverstand aus den Gruselkabinetten nur noch verschämt linker Politologieseminare, die ihre Restbestände Marxscher Theorie hinter Max Weber und John Maynard Keynes verstecken. Und es bedürfe nur ein wenig innovativer "Phantasie", um in alledem die Perspektive für das 21. Jahrhundert sehen zu können. Ein wenig?

Jemand, der es heute wagt, angesichts der Zerstörungspotenzen dieser historischen Vergesellschaftungsform eine Aufhebung der Ware-Geld-Beziehungen zu thematisieren, kann sich freilich seit vielen Jahrzehnten auf keinerlei vorgängigen Diskurs beziehen, in dem diese Frage auch nur annähernd ausgeleuchtet und überhaupt als Frage bestimmt wäre. Ein politisches Publikum kann nur "Bahnhof" verstehen, dem die bürgerliche Basisform so selbstverständlich geworden ist wie die Atemluft. Wie soll mit einem zweidimensionalen Wesen über die Kategorien "Höhe" und "Tiefe" diskutiert werden? Das ist natürlich ein gewaltiger Vorteil für die aus dem Schlaf geschreckten akademischen Pförtner an den Toren der Marxschen Theorie, die keinen mehr durchlassen wollen. "Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als *Wert* dieser Produkte als ei-

ne von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar (!) als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren" (Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms). Gewiß, wir brauchen auch Marx nicht alles glauben. Bloße Gläubigkeit wäre blind, aber deswegen hat der bloß Ungläubige noch lange nicht recht, der nicht an der Wahrheit, sondern nur an der Gewohnheit hängt. Jedenfalls könnte diese Stelle ein theoretisches Licht darauf werfen, warum sich das Gros der west-östlichen Linken heute auf dem Boden des Sozialdemokratismus wiedervereinigt, und diesmal ganz ohne Zwang als reinste Liebesheirat.

Marx ein "roher Unmittelbarkeitskommunist"? Und vielleicht doch der Vater von Väterchen Dschugaschwili, der allererste Schreibtischtäter des Gulag also? Marx, Lebensmittelkarten, Pol Pot. So hätten sie's vielleicht gern, zumindest die frischgebackenen "ökologischen" Marktwirtschaftler. Die etwas altbackeneren Freunde des "sozialistischen" Marktes grenzen anders aus, ihre Spezialität ist das Uminterpretieren des ungebärdigen Stammvaters bis zur Unkenntlichkeit. Während die östlichen Wendehälse bereits mit dem ehemaligen Parteieigentum private Lohnarbeitsklitschen hochziehen, bleiben die westlichen etwas sauertöpfisch auf das alte ideologische Geschäft angewiesen, für das kaum noch einer zahlt.

Jedenfalls fällt es nicht schwer, gegen die radikale Kritik der Warenform eine ganze Assoziationskette in Gang zu setzen, die dieser Kritik das Odium einer "Diktatur" über die Bedürfnisse, die Individuen und überhaupt jede "freie", nicht-zwanghafte Gesellschaftlichkeit anhängt. Das Bewußtsein der Spätgeborenen, deren Subjektivität schon total von der Geldform erfaßt ist, richtet sich nur mit Schaudern auf die historischen Erinnerungen an Utopien der Geldlosigkeit, die inzwischen mit der Erinnerung an Mangel- und Notstandsregimes verknüpft sind. Und mit Recht. Das Geld als Beziehungsform war einmal ein Fortschritt ohne Anführungszeichen, weil es krude persönliche Abhängigkeitsverhältnisse auf der Basis von Bedürfnisarmut abgelöst hat. Die Utopien der Geldlosigkeit in dieser Epoche, also etwa vom 18. Jahrhundert (teilweise noch früher in den Bauernkriegen) bis zum Ersten Weltkrieg, konnten bestenfalls ein "Vorschein" der heutigen totalen Warenwelt sein, schlimmstenfalls eine tatsächlich diktatorische Entwicklungsbremse. Warum? Weil sie notgedrungen die Unterwerfung einer Mehrzahl der Menschen unter die Verausgabung von (abstrakter) "Arbeit" nicht überschreiten konnten.

Hier ist das Dilemma von Lenins berühmter "Köchin" angesiedelt, die "den Staat regieren" soll, der dann "keiner mehr ist". Und deren Leben dann wie das aller Köchinnen und sonstiger Arbeitskraft-Verausgabungseinheiten vom Glucksmann'schen "Menschenfresser" Leviathan verschlungen wird. Will sagen: solange die Köchin nicht wenigstens für einen (erheblichen) Teil ihres "aktiven"

Zeitfonds (täglich, wöchentlich, monatlich, jährlich, lebenszeitlich) *aufhören* kann, "Köchin" zu sein, um sich stattdessen *gesellschaftlichen*, planerischen etc. Angelegenheiten zu widmen (z.B. von der Organisation des Küchenbetriebs angefangen bis zu städtischen Bebauungsplänen und gesamtgesellschaftlichen Fragen der Erziehung, Wissenschaft etc.): solange wird sie allen schönen "Sowjet"-Ideen zum Trotz ein Arbeitsvieh bleiben; fortentwickelt zur demokratischen Staatsbürgerin dann ein Abstimmungsvieh mit der bekannten Wahl zwischen Pest und Cholera. Hier liegt das keineswegs schwer zu begreifende Problem, warum der demokratische Slogan "Wir sind das Volk" heute so verlogen geworden ist: um sich wirklich zu emanzipieren, müßte das "Volk" endlich aufhören, bloß "Volk" (Arbeits- und Abstimmungsvieh) sein zu wollen, das sich lediglich ein anderes "Herrschafts"-Personal "wählt".

Solange nun das alle aktive Lebenszeit verschlingende "Arbeits"-Dasein der Massen objektiv noch nicht überschreitbar ist, d.h. die "Produktivkraft der Arbeit" noch bei *jeder* gesellschaftlichen Reproduktionsform eine Unterwerfung der Mehrheit unter die Maloche erzwingen würde, damit die Gesellschaft auf dem gegebenen Bedürfnisniveau überhaupt weiterleben kann, solange muß sich auch ein "Staat" als abgesonderter Zwangsapparat für "allgemeine Angelegenheiten" herausbilden, der gleichzeitig die (möglichst) reibungslose Arbeitskraft-Verausgabung garantiert. Das Geld in der Form des Kapitals oder Mehrwert-Prinzips ist auf diesem Boden noch ein Fortschrittsmotor, weil es einerseits die Produktivkräfte über das jeweils gegebene Bedürfnisniveau hinaus voranpeitscht, andererseits dem Arbeitsvieh erstmals in der Geschichte einen schmalen Spielraum der "Privatheit" und "Freizeit" etc. verschafft. Eine Beseitigung des Geldes in dieser heute längst überschrittenen Entwicklungsstufe könnte in der Tat nur eine *diktatorische Zuteilungswirtschaft* kreieren, wie sie aus den Kriegswirtschaften der Weltkriege, dem sowjetischen "Kriegskommunismus" oder Pol Pots Killerherrschaft bekannt ist.

Aber das warenproduzierende Weltsystem hat diese Option längst hinter sich gelassen. Die Produktivkräfte in der blinden Form des Kapitals haben sich als solche in lebensbedrohende Destruktivkräfte verwandelt. Auch hier walten theoretische Mißverständnisse. Die kapitalistische Form der Produktivkräfte zu kritisieren, heißt nicht etwa, ihre *stoffliche*, technologische Form (z.B. als Atomkraftwerke oder schrankenlosen Individualverkehr) beibehalten und lediglich von ihrer gesellschaftlichen Anbindung an das "Profitmachen" befreien zu wollen, wie es noch dem alten Arbeiterbewegungs-Marxismus vorschwebte. Das "Profitmachen" und dessen blindes Basissystem der abstrakten Arbeit hat ja die Produktivkräfte (die menschliche Zugriffs-"Potenz" im Stoffwechselprozeß mit der Natur) gerade in diese spezifische stofflich-technologische, völlig verrückt und lebensgefährlich gewordene Form überhaupt erst gebracht.Der Streit geht eigentlich darum, ob die zerstörerische Form der heutigen Technolgie und ihrer Vernetzungs-

strukturen unmittelbar auf die *Naturwissenschaft* zurückzuführen ist (wie es der bürgerliche Kulturpessimismus behauptet), oder ob die destruktive *technische* Form nicht gerade umgekehrt daher rührt, daß die Naturwissenschaft und ihre Anwendungspotentiale ihrerseits der *gesellschaftlichen* Form des abstrakten "Werts" und den davon konstituierten Beziehungsverhältnissen unterworfen ist. Es gibt heute viele sachkompetente Naturwissenschaftler und Techniker, die sich gerade aufgrund ihres naturwissenschaftlichen Wissens gegen die verrückten, lebensvernichtenden Verlaufsformen der Produktivkraftentwicklung wehren, aber selber keinen kritischen Begriff der ins Destruktive umgeschlagenen gesellschaftlichen Formbestimmung der Ware-Geld-Beziehungen haben. Statt diese kritischen Naturwissenschaftler im Gefolge des konservativen Moralphilosophen Hans Jonas mit unverbindlichem Ethik-Geseiche zu quälen, sollte ihnen durch radikale Kritik des "Wert"-Fetischs gesellschaftlicher Reproduktion geholfen werden, eine Perspektive zu gewinnen. Das aber ist eben unmöglich für eine Linke, die selber geradezu verbissen auf die fetisch-konstituierten Kategorien der Ware-Geld-Beziehung fixiert bleibt.

Dieselben Produktivkräfte, die in ihrem blinden Amoklauf unter der Formbestimmung des "Werts" die Erde zerstören, bringen unter dem Zwang dieser Form auch die Potentiale einer Emanzipation der Massen vom abstrakten "Arbeits"-Zwang nur in negativer, destruktiver Fassung hervor: als weltweite Massen- und Dauerarbeitslosigkeit. Immer mehr Menschen werden in ihrem aktiven Zeitfonds "freigesetzt", aber nicht, um sich Kompetenz anzueignen und an der Planung und Leitung der allgemeinen Angelegenheiten teilzunehmen (was die tendenzielle Aufhebung von Staat, Management etc. bedeuten würde), sondern um von der "normalen" fetischistischen Reproduktionsquelle der abstrakten Arbeitskraft-Verausgabung abgeschnitten den Demütigungen der Armutsverwaltung ausgesetzt zu werden. Selbst wenn dies ihr lebenslanges Schicksal bleiben sollte, so "gelten" sie doch immer nur als "potentielles" Arbeitsvieh. Das gesellschaftliche Verhältnis der "Wert"-Beziehung ist unfähig, den historisch gewonnenen gesellschaftlichen Zeitfonds sinnvoll zu nutzen, wie es unfähig ist, die entwikkelten Produktivkräfte in sinnvolle technologische Bahnen zu lenken.

Es könnte jetzt vielleicht wenigstens eine Ahnung aufdämmern, was der Marxsche Begriff von "Unmittelbarkeit" der gesellschaftlichen Reproduktion jenseits des "Werts" meinen könnte. Gewiß nicht jenen "rohen Kommunismus" einer diktatorischen Mangelwirtschaft, wie es das im "Wert"-Fetisch rettungslos befangene linksakademische Reformisten-Kartell heute gern einer radikalen Kritik der Ware-Geld-Beziehung unterstellen möchte. Die einstmals fortschrittliche Vermittlungsinstanz des Geldes ist in blanke Destruktion umgeschlagen, sie kann die "Mittel" der stofflich-technologischen Ressourcen nicht mehr sinnvoll "vermitteln". Die blind in die "Sachen" geschlüpfte Vergesellschaftung der ihrerseits "versachlichten" Menschen muß bei Strafe des Untergangs aufgehoben werden. "Un-

mittelbarkeit" der Vergesellschaftung ohne Dazwischenkunft des blinden Abstraktums "Wert" ("dargestellt" als Geld) heißt auf der heutigen produktiven Basis eben nicht mehr Unterwerfung der "Arbeits"-Menschen unter die Zwangsinstanz eines von ihnen getrennten "zuteilenden", dann "unmittelbar" kommandierenden Staatsapparats, sondern das bewußte Inanspruchnehmen des gewonnenen gesellschaftlichen Zeitfonds durch die Massen selbst zur gemeinschaftlichen Planung und Leitung des Reproduktionsprozesses nach Maßgabe stofflich-sinnlicher Inhalte und Vernetzungsstrukturen. Die Befreiung der "Zeit" vom abstrakten Arbeits-Fetisch ist gleichzeitig die Befreiung des konkreten stofflichen Reichtums von seiner bisherigen abstrakten Form und deren verrückten Bewegungsgesetzen.

4.

Kann sein, daß der linke Normalo, der es bis hierher ausgehalten hat, eine gewisse Gereiztheit nicht mehr verbergen kann. Sind wir denn alle Fetischisten?, so mag er sich beschweren. Leider ja. Und jetzt kommt sie, die Spülwasserflut der Stammtischweisheiten: "der Mensch" kann doch nicht ohne Geld leben, wie soll denn dann die Produktion und Verteilung organisiert, ein Zusammenhang unter den Menschen überhaupt aufrechterhalten werden? Das freilich ist erst in einem gesellschaftlichen Diskurs und Praxisprozeß herauszufinden, aber dafür muß die Fragestellung überhaupt "zugelassen" werden. Immerhin sind einige Hinweise möglich. Stofflich-sinnliche Vernetzungszusammenhänge im kleinen wie großen Maßstab können offensichtlich praktisch organisiert werden; diese praktische Organisierung ist nicht als solche identisch mit dem Fluß der abstrakten monetären Aggregate. Daß aber bayrische Milch unter hohem Aufwand von Transportmitteln nach Italien geschafft, dort zu Joghurt verarbeitet, und dieses dann wieder nach Deutschland geschleppt wird, diese einigermaßen verrückte "Fähigkeit" hängt offenbar nicht von der praktischen Organisierung dieses Tuns ab. Oder, um ein weniger harmloses Beispiel zu nehmen, der Transport von hochgiftigen Stoffen quer durch Europa mitten im Privatverkehr, durch übermüdete Fahrer und mit mangelhaft verkehrssicheren LKWs, während die Bundesbahn Strecken und Kapazitäten stillegt. Oder einfach das Ausschütten von hunderttausend Tonnen Beton in die Landschaft, wogegen noch der ägyptische Pyramidenbau als Ausbund von Rationalität erscheint. Der gar nicht mehr heimliche Theoriequell des akademischen Reformismus, Keynes, hat ja ganz offen metaphorisch den Pyramidenbau zur "Arbeitsbeschaffung" und "Krisenüberwindung" propagiert.

Hier haben wir den Fetischismus. Betriebswirtschaftliche "Rentabilität" einerseits und "Arbeitsplatz"-Zwang andererseits sind die beiden Seiten dieser Medaille. Der Warenfetisch kann nämlich auf der Basis moderner, gesellschaftlich gewordener Produktionsmittel nur noch als *Kapitalfetisch* in Erscheinung treten.

Im "einfachen" Warenfetisch auf der Grundlage bloß bäuerlich-handwerklicher Produktionsmittel ist die Warenform eingebettet in naturalwirtschaftliche Aneignungsverhältnisse und eben deswegen noch keine gesellschaftliche Reproduktionsform. Der Fetischismus, d.h. die Verwandlung verausgabter Arbeitsmengen in die abstrakte "Wert"-Eigenschaft der Produkte und schließlich in die abgekoppelte "Darstellungsform" Geld kann hier noch kein die Reproduktion determinierendes Eigenleben führen; Warenform und "Markt" als "Austausch" vermitteln hier nur die stofflich-sinnlichen Gebrauchswerte. Ausgangspunkt sind die konkrete Arbeit und das konkrete Produkt; die "Umwandlung" in die abstrakte Geldform bleibt eine wieder "verschwindende" Bewegung, sie "erlischt" im anderen stofflich-sinnlichen Gebrauchswert, der dafür eingetauscht wird. Der Bäcker verkauft Brot, und mit dem so "verdienten" Geld kauft er Schuhe, Fleisch, Bier usw. Das Geld ist wirklich bloßes "Mittel", wenn auch kein selbstbewußt im vollen Sinne von den Menschen gehandhabtes, sondern ein "fetischistisches".

Es gehört zu den Begriffslosigkeiten des linksakademischen Theoriekartells, daß es ständig auf die "Unaufhebbarkeit" dieser "einfachen" Formen des Fetischismus rekurriert, die es "unterhalb" der eigentlichen kapitalistischen Formbestimmung vermutet. Aber sowenig in den Kellern der kapitalistischen Fabriken die alten Webstühle, Ambosse und Pflugscharen weiter benutzt werden, ebensowenig kann die "einfache" Warenform "irgendwie" unterhalb der Mehrwertproduktion weiterexistieren. Mit der Verwandlung der familialen, bäuerlich-handwerklichen Produktionsmittel in gesellschaftliche und industrielle hat sich auch der "einfache" Warenfetisch irreversibel als solcher zum Kapitalfetisch gemausert. Der Kapitalfetisch ist das nicht mehr hintergehbare Dasein des Warenfetischs unter "modernen" Reproduktionsbedingungen.

Das Geld, die fetischisierte Abstraktion "toter Arbeit", ist jetzt nicht mehr die bloße Vermittlungsinstanz voneinander getrennter familialer "Privatarbeiten". Diese Funktion des Geldes und der "Zirkulationssphäre" (d.h. des Marktes oder der Sphäre des "Austauschs" von Gütern) ist in dem Maße immer weniger möglich und erforderlich, wie die *konkrete Arbeit* durch ihre reale Vergesellschaftung, stofflich-technisch gesehen ihre Industrialisierung und Verwissenschaftlichung, sich gar nicht mehr als getrennte familiale, sondern als "unmittelbar gesellschaftliche" darstellt. Bei direkt gemeinschaftlicher, gesellschaftlicher Produktion der konkreten Güter macht das Geld als bloß vermittelnder Fetisch der "toten Arbeit" keinen Sinn mehr. Wenn Geld und Markt unter diesen Bedingungen nicht verschwinden, so allein deshalb, weil sich ihre Funktion und Daseinsweise vollständig verändert, genauer gesagt: verkehrt und auf den Kopf stellt.

Das Geld ist jetzt nicht mehr die fetischisierte Vermittlungsinstanz zwischen den konkreten Privatarbeiten, sondern selber der Ausgangspunkt und somit quasi das "Subjekt" der Reproduktionsbewegung. Also ist es jetzt das Geld als ab-

strakte "tote Arbeit", das die konkrete lebendige Arbeit "anwendet". Nicht mehr die konkrete lebendige Arbeit stellt sich vorübergehend, als vermittelnde Zwischenstufe, in der Zirkulation als Geld dar, sondern genau umgekehrt: das Geld als "übergreifende" Instanz und eigentliches "Wesen" stellt sich vorübergehend, als notwendige bloße Durchgangsstufe, in der Produktion als konkret-sinnliche Arbeit dar. Das Geld ist nicht mehr Erscheinungsform der konkreten Arbeit, sondern diese umgekehrt bloße Erscheinungsform des Geldes; die Abstraktion nicht mehr Ausdruck des Konkreten und Sinnlichen, sondern dieses nur noch Ausdruck des Abstrakten. Das ist die Verrücktheit des Kapitalfetischs: menschliche Produktion und Konsumtion, die sinnliche Aneignung der Natur, sind gar nicht mehr zwecksetzend, sondern bloßes Zubehör oder Erscheinungsform der fetischistischen Abstraktion geworden. "Abstraktionen in der Wirklichkeit geltend machen, heißt Wirklichkeit zerstören" (Hegel). Tatsächlich liegt in dieser Verkehrung eine ungeheure Zerstörungspotenz von Mensch und Natur, die heute in ihr Reifestadium getreten ist.

Der "Sinn" dieser Verkehrung ist an sich leer, ein sinnloser Sinn, eine bloß quantitative Bewegung als Selbstbewegung des Geldes: das Monstrum einer qualitätslosen bzw. von jeder Qualität "emanzipierten" rein quantitativen Reproduktionsbewegung. Der "Sinn" besteht darin, ein Quantum "toter Arbeit" in ein anderes, größeres Quantum "toter Arbeit" zu verwandeln. Damit erst ist abstrakte Arbeitskraft-Verausgabung zum Selbstzweck erhoben, und der "Arbeitsplatz" zur absoluten Fetischbedingung des Lebens für die Massen. Diese Reproduktionsbewegung ist qualitativ tautologisch, als quantitative aber das "Wesen" der modernen Gesellschaft und deren "Basis". "Betriebswirtschaft" und deren "Rentabilität", "Volkswirtschaft" und "Weltwirtschaft" oder Weltmarktbewegung, lauter selbstverständlich gewordene und Linken wie Rechten in Fleisch und Blut übergegangene Kategorien, sind nur die Ausdrucksformen dieses Kapitalfetischs, des zum Selbstzweck gewordenen Geldes, auf verschiedenen Ebenen.

5.

Ich kann mir gut vorstellen, daß der linke Normalo mit dieser Erörterung noch lange nicht zufrieden ist. Wo bleiben denn die Damen und Herren Kapitalisten, der altböse Klassenfeind, in diesem ganzen Szenario des Kapitalfetischs? Sollen denn die "Betriebe" im Sozialismus etwa "unrentabel" arbeiten? Und hat der "Realsozialismus" nicht doch irgendwie das "Wertgesetz" aufgehoben? Und überhaupt.

Also der Reihe nach. Es stimmt, die "Kapitalisten" sind auf dieser hier thematisierten Ebene ziemlich unwichtig. Das war zu Marxens Zeiten noch nicht so offenkundig, deswegen ist in dieser Hinsicht auch die Marxsche Ausdrucksweise über weite Strecken einigermaßen mißverständlich, obwohl er "eigentlich" im letzten Grunde etwas anderes "meint". Kann sein, daß es jetzt in unserem linken

Normalo gewaltig zu arbeiten beginnt. Er muß deshalb hiermit an die Notwendigkeit erinnert werden, die Heiligenbilder von der Wand zu nehmen und sich von bloßer "Gläubigkeit" zu verabschieden. In der Tat hat sich in der soziologischen Menagerie des Kapitalfetischs eine Veränderung vollzogen, die übrigens Marx auch schon im "Kapital" (vor allem im 2. und 3.Band) in ihren Anfängen reflektiert. Nämlich das gute alte fette Eigentümerschwein von Kapitalist ist mehr und mehr abgelöst worden vom "fungierenden" Kapitalisten oder "Management"; die sämtlichen "Funktionen" des Kapitalisten in der kapitalfetischistischen Reproduktion können genausogut von mehr oder weniger gut bezahlten Lohnarbeitern wahrgenommen werden (vom Generalmanager bis zum Lohnbuchhalter), was den Gewerkschaften praktische Bauchschmerzen wegen der tarifvertraglichen Rolle der "leitenden Angestellten" und den Marxisten theoretische Übelkeit hinsichtlich der "klassenmäßigen" Eingruppierung dieses "fungierenden" Kapitalisten in der Form des Lohnarbeiters verursachte.

Nun hat der Arbeiterbewegungs-Marxismus, von dessen theoretischem und politischem Aschermittwoch dieses Traktat handelt, sich in dieser Frage dadurch aus der Affäre zu ziehen versucht, daß er auf die freilich im ewigen Modernisierungsprozeß des Kapitals etwas in den Hintergrund gerückten, inzwischen jungen und schlanken Eigentümerschweine als "doch eigentliche" Kapitalisten verwies und gleichzeitig betonte, daß die Manager durch ihre "überhöhte Bezahlung" in Wirklichkeit trotz ihrer Lohnarbeits-Form auch vom Mehrwert mitzehren und bloß verkappte Kapitalisten seien. Genau das ist aber wieder eine Themaverfehlung. Denn die Entwicklung des "fungierenden" Managements hätte den Marxismus auf eine ganz andere, viel wichtigere Ebene führen können. In dieser Entwicklung kommt nämlich zum Ausdruck, wie unbedeutend die Subjektivität des scheinbar mit großer "Verfügungsgewalt" über die Produktionsmittel begabten Eigentümerschweins, ob fett oder schlank, in Wirklichkeit bei der Reproduktion des Kapitalfetischs ist. Und was für ein Blödsinn es also wäre, von der "Enteignung" auf dieser Ebene sich irgendeine Emanzipation vom "Kapital" zu erhoffen. Das Kapital ist nämlich etwas ganz anderes als die Kapitalisten: es ist die Basisform der fetischistischen Bewegung, in der tote Arbeit sich auf dem Umweg über die lebendige Arbeit in "mehr" tote Arbeit verwandelt.

Die Herausbildung und Weiterentwicklung des "fungierenden" Managements hätte also darauf verweisen können, daß sich der gute alte Klassenkampf und die marxistische Sozialismus-Debatte noch ganz in der Hülle des Kapitalfetischs abgespielt haben. Vergleiche hinken immer irgendwo, aber vielleicht läßt sich das Problem am Beispiel eines Personalcomputers illustrieren. Die meisten Normalbenutzer agieren dabei ausschließlich auf der Ebene des "Textsystems", wobei es in ihrer "Verfügungsgewalt" liegt, diesen oder jenen Text zu schreiben, egal ob Rechnungsformulare oder Gedichte, allerdings auch dies schon nach einem System fester "Spielregeln", wie sie in der "Menüleiste" vorgegeben sind. Sie

wissen zwar vage, daß es unterhalb des "Textsystems" noch die Ebene des "Betriebssystems" gibt, in diese fremdartige und schwer zugängliche Welt ihres Computers gelangen sie jedoch kaum je oder höchstens aus Versehen, weswegen deren Form und Gesetzmäßigkeiten gewöhnlich ein Buch mit sieben Siegeln bleiben, als bewußtlos hingenommener Hintergrund dafür umso selbstverständlicher sind.

Ganz ähnlich geht es den Arbeiterbewegungs-Marxisten mit dem Kapitalfetisch und dessen Begriff, ein amateurhafter "Benutzer-Standpunkt", den sie mit ihren feindlichen Kapitalisten-Brüdern teilen und sich somit als Teil der bürgerlichen Welt unbewußt definieren. Die von Marx gleichfalls thematisierte "Betriebssystem"-Ebene (ein sich durch alle zentralen Texte ziehende Fragestellung) gilt dagegen als "dunkel", wurde verdrängt oder fälschlich auf die vertraute Subjektebene des "Textsystems" hin interpretiert. So kommt es, daß die Marxisten und sonstigen Radikaloppositionellen zwar einen "System"-Begriff haben, der jedoch vage und beliebig bleibt, vor allem die Oberflächenebene der bürgerlichen Subjektivität nie wirklich verläßt; ganz offensichtlich in der "Schweinesystem"-Metapher der Autonomen, die unzweideutig besagt, daß es sich zwar um ein "System" handelt, jedoch um ein solches von (subjektiven) "Schweinen", die den "falschen Text" auf dem System schreiben.

Die "Verfügungsgewalt" der "Eigentümer" kann aber in Wirklichkeit nur mehr oder weniger gut den Gesetzmäßigkeiten des kapitalfetischistischen "Betriebssystems" folgen, d.h. jener Selbstbewegungsstruktur toter Arbeit. Auf dieser Ebene ist das System vollkommen *subjektlos*, von Marx reflektiert im Begriff des "Werts" als "automatisches Subjekt", d.h. als dinglicher Fetisch des Geldes und seiner stummen, tautologischen Selbstreflexion im Reproduktionsprozeß der menschlichen Gesellschaft. Was die kapitalistische historische Entwicklung als ihre Soziologie hervortreibt im Entpersönlichungsprozeß des "Privateigentums", in der Soziologie des "fungierenden" Lohnarbeiter-Kapitalisten, entspricht also dem Begriff des Kapitals selbst und ist keine Metamorphose, die sich von diesem Begriff etwa entfernen würde: die Existenz des "kapitalistischen" Subjekts als bloßes Vollzugspersonal des subjektlosen Kapitalfetischs.

Daraus folgt natürlich auch, daß es keinerlei systemtranszendierende "Revolution" auf der Ebene des "Textsystems" kapitalistischer Subjektivität geben kann. Alles, was sich der Arbeiterbewegungs-Marxismus hier erträumt hat, läuft immer nur auf eine Auswechselung des Vollzugspersonals hinaus. Was sich schon hinsichtlich des Staates als eines von den "Massen" gesonderten Apparats phänomenologisch gezeigt hat, findet jetzt seinen ökonomischen Begriff: die Unterwerfung der Mehrzahl unter die Verausgabung abstrakter Arbeit ist nicht das Resultat irgendeiner "Eigentümer"-Subjektivität, sondern die Unfähigkeit zur Überwindung des subjektlosen Kapitalfetischs als gesellschaftlicher Reproduktionsform.

Solange nicht das "Betriebssystem" der toten Arbeit selbst angegriffen werden kann, d.h. die unhintergehbar zum Kapitalverhältnis mutierte Ware-Geld-Beziehung, solange müssen alle Hoffnungen auf soziale Emanzipation grausame Illusion bleiben. "Gleichheit", das ist die erzbürgerliche Parole, geschrieben auf dem "Textsystem" der bürgerlichen Gesellschaft. Daß der Marxismus ewig diese Parole, ergänzt um das hilflose Attribut "sozial", auf demselben Basissystem weiterschreiben will, disqualifiziert ihn als revolutionäre Kraft. In einem langen historischen Prozeß hat die bürgerliche Gesellschaft, tatkräftig vorangetrieben durch die Arbeiterbewegung, die ihrem Begriff entsprechende "Gleichheit" heute endgültig im globalen Maßstab (von historischen Fußnoten abgesehen) real hergestellt. Gleicher wirds nimmer.

Schon wieder gerät unser linker Normalo in Aufregung. Ist es nicht schreiende Ungleichheit, die sich seinen Blicken in dieser Welt des "zuende-modernisierten" Kapitals darbietet? Und schon wieder hat er das Thema verfehlt. Denn "Gleichheit", das ist eben die Gleichheit der *Form*, der totalen Warenform, in der sich alle Beziehungen als weitestgehend entpersönlichte befinden. Daß es *Unterschiede* innerhalb dieser gesellschaftlichen Formgleichheit gibt, folgt aus dieser Gleichheit selbst, d.h. aus dem Bewegungsgesetz des "Betriebssystems", dessen Ausdruck sie ist. Es gibt Unterschiede in der Soziologie des Vollzugspersonals, vom Generalmanager oder Politiker bis zum Hilfsarbeiter, aber diese Differenzierungen sind kein Gegensatz zur Formgleichheit des Systems, sondern dessen eigenen Funktionskategorien geschuldet. Dasselbe gilt für die Differenzierung von Arm und Reich, die jetzt keinerlei Naturgrundlage mehr hat wie in den vorkapitalistischen Formationen, sondern einzig aus dem Vollzug des gesellschaftlichen Fetischs selbst folgt, dessen Dasein gerade die Gleichheit ist.

Arm und Reich, Manager und Arbeiter *sind* vollkommen gleich in ihrem Bezug auf das Geld als einzige fetischistische Reproduktionsquelle, die ihrerseits nur noch der abstrakten Vernutzungsbewegung des Kapitalfetischs entspringen kann. Jedes Individuum und jede Sozialkategorie will (und kann nur wollen) das immergleiche Eine, Geld (tote Arbeit) nämlich, und nur darin kann überhaupt die Gleichheit bestehen. Innerhalb der Gleichheit des Formzusammenhangs finden dann die diversen "Verteilungskämpfe" unter den verschiedenen und entgegengesetzten Funktionskategorien statt in der Form der "Konkurrenz", ein für alle vorherigen "Klassenherrschaften" der Geschichte völlig undenkbarer Kampf "von gleich zu gleich" in der einen, gemeinsamen Formhülle des "Werts".

Daß diese Gleichheit "abstrakt" sei, kann keinen Vorwurf konstituieren, denn "Gleichheit" *ist* ein Abstraktum, "konkrete (soziale) Gleichheit" somit eine contradictio in adjecto. Eher käme es darauf an, nach einem Wort Adornos in den "Minima Moralia", auf der Basis eines guten Lebens für alle "in Frieden ungleich" sein zu können. Der gewaltsame Versuch einer "Verwirklichung der Gleichheit" (eine erzbürgerliche, aufklärerische Konstellation: ein "Prinzip ver-

wirklichen" wollen!), d.h. einer illusionären Eliminierung der sämtlichen Funktionsunterschiede und blinden Verteilungsmechanismen des abstrakten Reichtums innerhalb der Gleichheit der Warenform, müßte in der Tat zu jener schon erwähnten etatistischen Zuteilungsdiktatur und "unproduktiven" Terrorherrschaft führen, mit oder ohne Geld, wie sie hinter den Utopien an der Schwelle der bürgerlichen Entwicklung notwendig noch aufscheint. Alle solche Utopien beziehen diesen Schatten des Terrors gerade daher, daß sie selber im Kern noch bürgerlich "egalitaristisch" sind und eigentlich das bürgerliche Basissystem mit seinen Widersprüchen versöhnen, eine Gleichheit ohne die Gründe dieser Gleichheit haben möchten, was eben nur terroristisch realisierbar und nicht zu halten wäre. Soziale Emanzipation, auf der Höhe der heutigen Produktivität, könnte also nur *Befreiung von der Gleichheit* sein, d.h. Befreiung vom Prokrustesbett der Ware-Geld-Beziehung in ihrem Basissystem abstrakter Arbeitskraft-Verausgabung und damit vom Kapitalfetisch.

Das Gerede von "sozialer Gerechtigkeit", "sozialer Gleichheit" usw. in der Produktion und Verteilung des abstrakten, geldförmigen Reichtums vernebelt nur moralistisch den eigentlichen inneren Problemgehalt des Kapitalfetischs, ohne ihn wirklich antasten zu können. Das Problem besteht nicht darin, daß den Arbeitern der "Mehrwert" vorenthalten wird, den sie nun in der unhinterfragten Geldform für sich selber einklagen könnten, oder daß sie "für den Kapitalisten" arbeiten und stattdessen für sich selbst arbeiten könnten in derselben Form. In jeder vergesellschafteten Produktion auf hohem Bedürfnisniveau wird ein relativ großer Teil der Produktion nicht unmittelbar individuell verteilt werden können, sondern gesellschaftlich reinvestiert bzw. für zahllose gesellschaftliche Einrichtungen verwendet werden müssen, vom Schwimmbad bis zur Bibliothek usw. Das eigentliche Problem kann nicht sein, daß irgendwelche Manager oder Spekulanten "zuviel verdienen", auch wenn der völlig idiotische, persönlichkeitsarme Geldreichtum eines "Riders" wie Donald Trump von grotesker Obszönität zu sein scheint. Wollte man all diese individuellen Kaschoggi-Reichtümer in Dollar und Cent naiv "egalitaristisch" unter die Menschheit verteilen, so könnte sich der Einzelne dafür nicht einmal ein Frühstücksbrötchen kaufen.

Das Problem ist vielmehr der Fetisch selbst, das Keynessche Pyramidenbauen oder die Art und Weise, wie das Geld, jenes abstrakte und das Unmittelbarkeitsbewußtsein blendende "gesellschaftliche Ding", in der modernen Gesellschaft überhaupt zustande kommt und sich als die absolute Form des Reichtums und der Naturaneignung aufdrängt. Während das Geld als Inkarnation abstrakter Arbeit dem einzelnen Individuum als unhinterfragbares "Mittel" all seiner Subjektivität, seiner Wünsche und seiner Zwecke erscheint, ist es in Wirklichkeit selber der totale Zweck, der Selbstzweck der tautologischen Selbstreflexion toter Arbeit: und das bekommen die Individuen in der zunehmenden Leere und Beliebigkeit ihrer eigenen, zur Scheinhaftigkeit herabsinkenden subjektiven Zwecke

auch immer deutlicher und unerträglicher zu spüren, auch wenn sie keinen Begriff davon haben.

Das Pyramidenbauen ist keineswegs bloß im Keynesschen Sinne ein Notstandsprojekt des Kapitalfetischs, sondern in Wahrheit schon dessen alltägliche Normalität. Die vom stofflich-sinnlichen (gebrauchswertmäßigen) Standpunkt aus haarsträubende "Unsinnigkeit" des Ressourcenverbrauchs, des Einsatzes von Arbeitskraft, Naturstoffen und Arbeitsmitteln, folgt ja keinem anderen Zweck als dem inneren Selbstzweck der Verwandlung lebendiger in tote Arbeit. Auf der einen Seite häuft der subjektlose Kapitalfetisch so als "Ruinenbaumeister" völlig sinnlos "Wert" oder tote Arbeit an um des Anhäufens willen, egal wie verrückt und lebenszerstörend die *stoffliche* Form dieses Anhäufens auch sein mag. Auf der anderen Seite aber "gilt" das Individuum als gesellschaftliches und kann es an Lebensmittel für seine Reproduktion herankommen ausschließlich nur in dem Maße, wie es als abstrakte Arbeitskraft-Verausgabungseinheit teilzunehmen imstande ist am Pyramidenbauen, also einen "Arbeitsplatz" besetzt im System des unsinnigen Pyramidenbaus. Die Verinnerlichung dieser Verrücktheit ist schon so weit gediehen, daß gerade die Linke völlig bewußt- und kritiklos in den fetischistischen Schrei nach "Arbeitsplätzen" einstimmt und gleichzeitig die katastrophalen Folgen des Pyramidenbaus mit dessen Ursachen "ökologisch" versöhnen möchte.

6.

Im Kontext dieser unlogischen Logik des Fetischismus ist auch die blinde Affirmation der Kategorie "Rentabilität" angesiedelt. Auf den ersten Blick könnte es so erscheinen, als wäre damit ein sparsamer, schonender Umgang mit den Ressourcen und eine Optimierung in deren gesellschaftlicher Allokation gemeint. Genau diesen Schein möchte das linksreformistische Theoriekartell auch suggerieren, wenn es diese Kategorie fraglos als ökonomischen bürgerlichen Expertenbegriff übernimmt und dabei systematisch sinnlich-konkrete Gebrauchswert- und abstrakte, fetischistische "Wert"-Logik durcheinanderwirft. Tatsächlich ist es himmelschreiend, die destruktive "betriebswirtschaftliche" Vernutzungsbewegung, deren "Prinzip" ja die "Rentabilität" ist, auch nur im Ansatz mit einer stofflich-sinnlichen Ressourcen-Sparsamkeit zu verwechseln. Das genaue Gegenteil ist der Fall: auf der Ebene der konkreten, stofflichen Ressourcen bewirkt jene "Rentabilität" gerade eine sinnlose, zerstörerische Vergeudungs-Produktion, eine Verschleuderung und Vernichtung menschlicher und natürlicher Potentiale als Hekatomben von Opfern für den Pyramidenbau.

Die "Sparsamkeit" und "Optimierungspotenz" des Kapitalfetischs in seiner betriebswirtschaftlichen Reproduktionsbewegung ist eine ganz und gar abstrakte, einzig und allein auf den abstrakten, tautologischen Selbstzweck der toten Arbeit bezogene. Diese Sparsamkeit "optimiert" nichts anderes als die pyramidale An-

häufung toter Arbeit jenseits menschlicher Bedürfnisse und jenseits ökologischer Zusammenhänge. Sie hat keinen anderen Zweck und Bezugsrahmen als die optimale Vernutzung von Arbeitskraft und Material. Erstens abstrahiert die "Rentabilität" dabei als abstrakte "Sekundärtugend" völlig vom zu optimierenden Inhalt, sie optimiert also auch blinde Zerstörungsproduktion, sozial- und naturschädliche Produktionsinhalte. Zweitens abstrahiert die "Rentabilität" ebenso grundsätzlich von den Folgeprozessen und Fließstrukturen unkontrollierter, erst ex post wahrgenommener Vernetzungszusammenhänge und "unbeabsichtigter Nebeneffekte", die durch den Raster der "betriebswirtschaftlichen" Optimierung und deren Marktvermittlung fallen. Sogar der bürgerlichen Statistik ist inzwischen die unangenehme Tatsache bewußt geworden, daß in die Aufsummierung betriebswirtschaftlicher "Rentabilitäts"-Resultate in Gestalt des Sozialprodukts sowohl Zerstörungsprozesse als auch deren (mehr schlechte als rechte) Reparatur "positiv" eingehen: je mehr Vergeudung und Zerstörung im Prozeß des Pyramidenbaus stattfindet, und je mehr Ressourcen daraufhin wieder für die Reparatur der sinnlosen Ressourcenverschleuderung aufgewendet werden müssen, desto größer der volkswirtschaftliche "Erfolg" dieser absurden Reproduktion!

Damit aber nicht genug. Zu den abstrakten, sinnlosen "Optimierungs"-Leistungen dieser famosen "Rentabilität" gehört eben auch die optimale Auspressung der menschlichen Arbeitskraft in doppelter Hinsicht. Zum einen muß gerade dieser "Rentabilität" zufolge das in die betriebswirtschaftliche Vernutzungs-Maschine eingespannte Personal der Arbeitskraft-Verausgabung bei Strafe des Mißerfolgs in der Konkurrenz möglichst optimal von aller Subjektivität und Bedürfnisregung selbst im elementarsten Sinne abgeschnitten werden (sogar der Gang zur Toilette unterliegt "Sachzwängen" oder Restriktionen). Zum andern aber resultiert aus derselben "Sparsamkeits"-Optimierung des "Rentabilitäts"-Zwangs gleichzeitig jene sich zuspitzende "Freisetzung" von Arbeitskraft, die innerhalb des kapitalfetischistischen Bannkreises den Schrei nach "Arbeitsplätzen" hervorruft. An diesem Punkt kulminiert die Absurdität einer "rentablen" Produktion im Sinne des "Wert"-Fetischs: eine wachsende Menschenmasse wird von ihrer eigenen Reproduktion abgeschnitten im Namen abstrakter "Optimierung" des Pyramidenbaus!

Daß sich das linksakademische Kartell auf die Kategorie der "Rentabilität" mit derartiger Selbstverständlichkeit bezieht und beruft, als scheinbar ontologische und somit auch für den "Sozialismus" gültige Bedingung gesellschaftlicher Allokation, diese eigentliche Ungeheuerlichkeit enthüllt vielleicht am deutlichsten die totale Fixiertheit dieser Linken auf den Kapitalfetisch und alle von diesem gesetzten Erscheinungsformen fetischistischer Reproduktion. Alle blauäugig und mit der Schiefhälsigkeit des guten Willens formulierten Reformkataloge (sinnvolle Arbeit für alle, Humanisierung der Arbeitswelt, ökologischer und sozialer Umbau der "Industriegesellschaft") im Dunstkreis der Grünen, der Sozial-

demokratie und der Gewerkschaften, strafen sich so von vornherein selber Lügen und blamieren sich in ihrem blinden, jede verbindliche Thematisierung des Basisfetischs gehässig abwehrenden Abstrahieren von der gesellschaftlichen Formbestimmmung des "Werts". Ein sozialistisches und ökologisches Ziel müßte aber unausweichlich die Aufhebung des Fetischs formulieren, d.h. der Ware-Geld-Beziehung und des darin angelegten Pyramidenbaus samt dessen destruktiver, abstrakter "Rentabilität". Gerade ein auf den sinnlichen, konkreten Gehalt der Reproduktion bezogener sparsamer und schonender Umgang mit den Ressourcen, gerade eine allokative Optimierung auf der *Gebrauchswert*-Ebene ist völlig unvereinbar mit der "Rentabilitäts"-Kategorie bürgerlicher Volks- und Betriebswirtschaftslehre.

7.

Es müßte nun langsam auch unserem linken Normalo dämmern, daß und warum der Aschermittwoch eines Marxismus unwiderruflich erreicht ist, der seine Reform- oder Revolutionsziele und -Forderungen noch bewußt oder unbewußt in der Hülle des Kapitalfetischs geltend macht. Die globale Bewegung des Pyramidenbaus stößt in ihrer Zerstörung von Mensch und Natur an absolute Grenzen, und erst jetzt wird daher ein anderer, tieferer Kapitalbegriff mobilisierbar, der bei Marx angelegt ist, jedoch im "Modernisierungs"-Aufstieg des Kapitals noch nicht wirklich ausgeschöpft werden konnte. Dies gilt besonders für die Kategorie des "Werts" und das ewige linke Gerede, der nunmehr untergehende "Realsozialismus" habe doch immerhin das "Wertgesetz" aufgehoben oder zumindest "eingeschränkt".

Welchen Sinn haben diese Begriffe überhaupt? Das "Wertgesetz" kann nur die Gesetzmäßigkeiten meinen, nach deren Zwang die Allokation der Ressourcen in der fetischistischen Gestalt des "Werts" stattfinden "muß", sobald dieser zur gesellschaftlichen Reproduktionsform geworden ist. Oder anders gesagt: das "Wertgesetz" regelt immanent als das blinde Gesetz der "zweiten Natur" die Bewegung des "Werts", seiner Daseinsformen und Aggregierungen. Was folgt daraus? Erstens, daß das "Wertgesetz" sowenig "eingeschränkt" werden kann wie ein Naturgesetz, sobald und solange die "zweite Natur" des "Werts" als fetischistische Form den Lebens- und Reproduktionsprozeß der Gesellschaft bestimmt. Und also zweitens, daß das "Wertgesetz" nur aufgehoben werden kann zusammen mit dem "Wert"-Fetisch selbst. Hier aber wird die ganze Absurdität des linken und marxistischen Verständnisses über das Verhältnis von "Wertgesetz" und "Wert" deutlich. Denn dieses Verständnis läuft allen Ernstes darauf hinaus, an den Allokationsformen des "Wertgesetzes" manipulativ herumpfuschen zu wollen, *ohne* den "Wert"-Fetisch und dessen Daseins- oder Erscheinungsformen als solchen zu beseitigen! Die fetischistische Darstellung vergangener Arbeit als "Wert", Ware und Geld soll als solche weiterexistieren, jedoch nicht ihrer blinden "Natur" nach

agieren dürfen.

Sogar die innere Verwandtschaft von Stalinismus, westlichem Marxismus und den Utopien einer geldlosen Gesellschaft in der frühen Arbeiterbewegung kann in diesem Kontext nachgewiesen werden. Die Gemeinsamkeit dieser Ideen besteht gerade darin, daß sie sich unfähig zeigen, den Basis-Fetisch des "Werts" selber zu überwinden. Daß die Arbeit "gesellschaftlich" nur sein könne als "*tote Arbeit*", daß sie sich "darstellen" müsse als "Wert" der Produkte, als deren "sachliche Eigenschaft", wodurch die Produkte überhaupt zu "Waren" werden, diese Elementarform des Fetischs erscheint allen diesen Ideologien gemeinsam als unüberschreitbare quasi-ontologische Gegebenheit. Nachdem die tote Arbeit aber einmal als einzig denkbares Vergesellschaftungsprinzip akzeptiert ist, sinken alle sonstigen Differenzen zu Sekundärfragen herab. Ob mit oder ohne Geld (wie Marx unverstandenerweise schon gegen Proudhon argumentierte), ob als "Einschränkung" oder gar angebliche "Aufhebung" des "Wertgesetzes": auf der unbegriffenen und ontologisierten Basis des "Wert"-Fetischs, d.h. des Systems toter, abstrakt verdinglichter Arbeit, müssen sich alle diese Manipulationen und Pfuschereien in den bewußtlos hingenommenen fetischistischen Basisformen letztlich als vollkommen illusionär erweisen. Die haltlose und nur in diktatorischen Verhältnissen (Kriegskommunismus) vorübergehend realisierbare Utopie einer geldlosen "naturalwirtschaftlichen" Reproduktion auf der unüberwundenen Basis des nicht einmal logisch begriffenen "Wert"-Fetischs verschwand in der historischen Versenkung; aber die späteren "planwirtschaftlichen Einschränkungen" bzw. vermeintlichen Aufhebungen des "Wertgesetzes" in der Geldform auf derselben fetischistischen Basis sind ihrem Wesen nach davon nicht verschieden, daher eben auch nur in diktatorischen, etatistischen Formen möglich. Und deshalb letztlich auch ebensowenig haltbar wie die Durchsetzung einer "naturalwirtschaftlichen" Vergesellschaftung in der Hülle des "Werts". Wie die Wertform aus sich heraus notwendig das Geld als vom "Warenpöbel" abgekoppelte Inkarnation abstrakter, toter Arbeit setzt, so setzt die Ware-Geld-Beziehung aus sich heraus auch notwendig die Zwänge des "Wertgesetzes", die Zwangsgesetze von Konkurrenz und abstrakter "Rentabilität" usw.

Der historische Schein von Rationalität der Sowjetgesellschaft und ihrer Ökonomie konnte nur innerhalb des "Modernisierungs"-Aufstiegs der bürgerlichen, fetischistischen Vergesellschaftung als "nachholende Formgebung" relativen "Sinn" machen, jenen "Sinn", wie er in der Ablösung persönlicher Abhängigkeits- und bedürfnisarmer, familialer Reproduktionsverhältnisse durch die Selbstbewegung des Geldes gegeben ist. Aber die abweichenden und in vieler Hinsicht komplementär-gegensätzlichen Erscheinungen im Vergleich zum Westen, wie sie dem besonderen "nachholenden" Charakter dieser Formation geschuldet sind, haben die Basis des "Wert"- oder Kapitalfetischs überhaupt nicht berühren können. Die "Einschränkungen" und Manipulationen des "Wertgeset-

zes" in den stalinistischen Realsozialismen gingen prinzipiell nicht weiter als einschlägige "Planmechanismen" in den diversen (besonders den deutschen) westlichen Kriegswirtschaften der Weltkriegsepoche.

Das Dilemma des akademischen linksreformistischen Kartells wird nun deutlich. Einerseits trauert es den "sozialistischen" Manipulationspfuschereien am "Wertgesetz" in der DDR usw. nach, die sich doch so schön hätten "demokratisieren" lassen. Die Affinität zu den eigenen (inzwischen mehr oder weniger "linkskeynesianistisch" durchmischten) reformerischen Pfuschbemühungen am "Wertgesetz" im Westen sind und bleiben ja auch unverkennbar. Die besinnungslose Fixiertheit auf den "Wert" als Basis aller Gesellschaftlichkeit, die geradezu identitätsstiftende und verkrampfte ptolemäische Befangenheit in den fetischistischen Grundkategorien des Systems toter Arbeit erzwingt in tausend Varianten immer von neuem die alte Illusion vom "Primat der Politik", von "Eingriffen" in den Fetisch auf dem Boden des Fetischs, von Bewußtheit der Regulation in den Formen der Bewußtlosigkeit usw.

Andererseits bleibt das theoretische und politische Stochern in den verbrannten Trümmern von evidenter Nutzlosigkeit; die guten Ratschläge an ein Regime des Pfuschens am "Wertgesetz" auf dem Boden des "Werts", das schon gar nicht mehr existiert, werden zunehmend lächerlich in ihrer Gegenstandslosigkeit. Die Abwehr des linksakademischen Kartells gegen die Zumutung einer Fundamentalkritik des "Wert"-Fetischs bekommt so eine eigenartige Färbung. Daß ein selber bis über beide Ohren in diesem Fetisch befangenes Denken diese Zumutung nicht anders identifizieren kann als im falschen Bezug auf die alten naturalwirtschaftlichen Utopien, deren innerster Gehalt ihm selber ähnlicher ist, als es wahrhaben will, kann natürlich nicht überraschen. Aber dieses Denken findet sich nunmehr, seiner bisherigen Selbstsicherheit beraubt, als desorientiertes in einer völlig veränderten weltgesellschaftlichen Konstellation vor. Jetzt ist es viel weniger möglich als noch vor wenigen Jahren, das "sozialistische" Pfuschen am "Wertgesetz" als "realistische" Alternative zu einer Aufhebung des "Werts" anzubieten. Die bisher noch kaum gedachte "Ungeheuerlichkeit" dieser Aufhebung (um einen Ausdruck von Marx zu gebrauchen) kann jetzt nicht mehr überstrahlt werden von jenem scheinbaren "Systemgegensatz", der das Nachkriegsdenken beherrscht hat.

Deshalb weiß das linksreformistische Theoriekartell auch gar nicht mehr so genau, ob es das "Wertgesetz" überhaupt noch so stark "einschränken" will. Denn wenn es jetzt plötzlich das Zuviel an Planung gewesen sein soll, wovon die "Marktmechanismen" befreit werden müssen, dann müssen ja wohl auch jene Einschränkungen des "Wertgesetzes" von Übel gewesen sein. Im Klartext und ohne Wenn und Aber hieße das völlig richtig: Wer ja zum "Wert" sagt, zur Grundform einer Vergesellschaftung toter Arbeit, der muß auch ja sagen zum "Wertgesetz", dem Bewegungsgesetz der Ressourcen *in dieser Form*. Und der

muß ja sagen zum Kapital, weil der Kapitalfetisch das Dasein des "Wert"-Fetischs als gesellschaftlicher Reproduktionsform unter modernen Produktionsbedingungen ist. Dieses Ja bringen die linken akademischen Ideologen aber ebensowenig über die Lippen wie das zu einer radikalen Kritik und Aufhebung der Ware-Geld-Beziehungen, weil es ebenso identitätszerstörend wäre. Also sprechen sie jetzt von einer "sozialistischen Marktwirtschaft" wie früher auch, jedoch nunmehr mit umgekehrtem Vorzeichen, unter dem Stern des Marktes statt des Plans.

Was dabei systematisch verdrängt und vernebelt werden muß, ist natürlich die unausweichliche Konsequenz eines Loslassens der Konkurrenzmechanismen und einer Öffnung für den Weltmarkt in den Ländern des ehemaligen "Realsozialismus". Gerade die berühmten Einschränkungen des "Wertgesetzes" auf dem Boden des Werts haben, nach der Einbuße ihrer relativen Rationalität als "nachholende" bürgerliche Formgebung, die Ökonomien des "Realsozialismus" paralysiert, weil sie die logische und praktische Unmöglichkeit einer betriebswirtschaftlichen Reproduktion abstrakter Arbeitskraft-Vernutzung *ohne* die vom Konkurrenzmechanismus erzwungene betriebswirtschaftliche Rationalität und "Rentabilität" implizierten. Die Einsicht in diese Unmöglichkeit war jedoch keine theoretische, sondern wurde praktisch vom Druck des Weltmarkts erzwungen; ebensowenig aber werden jetzt die Konsequenzen das bloße Umsatteln auf ein anderes "Modell" sein können, sondern gerade in der gnadenlosen praktischen Vollstreckung des Urteils durch das Hereinbrechen des Weltmarkts und der Konkurrenzmechanismen bestehen. Während die Massen des Ostens sich verrückterweise Wohlstand und Aufschwung von der "Freisetzung der Marktkräfte" erhoffen, werden sie in Wirklichkeit allesamt sukzessive auf das Niveau von Ostanatolien zurückgeworfen; es wird ihnen ohne jede Hoffnung auf marktwirtschaftlichen Wohlstand wesentlich schlechter gehen als unter den alten Regimes.

Der ideologische Eiertanz des linksakademischen Kartells ist dabei völlig irrelevant; alles, was diese Helden des ökonomischen "Realismus" noch an logischer Unsinnigkeit zu stammeln haben, wird ungehört verhallen. Es sei denn, sie machen sich offen zu den Legitimationsideologen der zu erwartenden und schon manifesten "Sachzwänge" einer Austerity-Politik, die das heißgeliebte "Volk" niederschmettern und in absolute Verarmungsprozesse stürzen wird. Dann freilich läge jene "Diktatur über die Bedürfnisse", die sie einer Radikalkritik der Ware-Geld-Beziehung als "rohen Unmittelbarkeitskommunismus" unterschieben wollen, ganz bei ihnen selbst, den hoffnungsvollen Notstandsideologen des Marktes, den wohlfeil einen "sozialistischen" zu nennen ihnen unter solchen schon heraufdämmernden Zuständen allerdings nur noch mit gütiger Nachhilfe der Polizei möglich sein dürfte.

8.

Das Kartell des akademischen Linksreformismus, dessen Repräsentanten

einst vielen Tausenden den ersten Zugang zur Marxschen Theorie vermittelt haben, wenn auch in den damals noch nicht auflösbaren Lesarten des selber noch im "Wert"-Fetisch befangenen Arbeiterbewegungs-Marxismus, liegt heute wie ein kläffender Zerberus vor dieser heruntergewirtschafteten Theorie und ist offenbar finster entschlossen (nur noch in dieser Hinsicht verdient es ein solches Attribut), jede befreiende Aufsprengung, jede Weiterentwicklung und jedes Lebendigmachen der zum unverbindlichen Wandschmuck verkommenen Marxschen Fetischismuskritik hin zu einer radikalen Kritik der Ware-Geld-Beziehung abzublocken, zu denunzieren und als "unmöglich", "unrealistisch", verderblich und verwerflich hinzustellen, ja am liebsten totzuschweigen und von jeder "ernsthaften" Diskussion auszugrenzen.

Aber diese Konkretisierung und Radikalisierung des innersten Zentrums aller Kritik der politischen Ökonomie ist heute überreif und längst überfällig, gerade weil die destruktive Produktivkraftentwicklung in der fetischistischen "Wert"-Form sich global bis zu ihrer absoluten Schranke an Mensch und Natur fortentwickelt hat. Die alten naturalwirtschaftlichen Mangel-Ideologien weit unterhalb dieser Entwicklungsschranke sind lange überschritten; deshalb ist es lächerlich, ihren noch rohen Gehalt gegen eine Thematisierung der Aufhebung von Ware-Geld-Beziehungen auf der Höhe des heutigen Entwicklungsstandes ins Feld führen zu wollen. Es ist eine ganz andere gesellschaftliche Subjektivität, auf die ein solch radikaler Gedanke heute trifft; die zu Ende entwickelte abstrakte Subjektivität der fetisch-konstituierten Geldmonaden, die den Arbeiter- und Bauern-Naivitäten längst entwachsen sind, leidet unerträglich an sich selber und an ihrer eigenen Welt- und Subjektzerstörung.

Es mangelt dem bis ins Mark von den bürgerlichen Kategorien der VWL durchseuchten linksakademischen Kartell offenbar an jedem Vorstellungsvermögen, eine nicht-warenförmige, stofflich-sinnliche Gebrauchswert-Reproduktion auf der Vergesellschaftungshöhe am Ende des 20. Jahrhunderts auch nur als Möglichkeit denken zu können; ihre vielbeschworene "Phantasie", die angeblich das Tor aufstoßen soll zum "neuen Denken" des 21. Jahrhunderts, erschöpft sich in kläglichen Modellrechnereien jenseits des wirklichen Lebensprozesses in den zur Barbarei mutierenden Weltmarkt-Gesellschaften, im ideologischen Umdefinieren der Marxschen Kategorien zwecks Anpassung an die Ewigkeit des "Marktes" und in devoten "fachmännischen" Ratschlägen an die marktwirtschaftlichen Regimes in Ost und West. "Phantasievoll" ist einzig und allein die Frechheit, mit der dem angeblichen "rohen Unmittelbarkeitskommunismus" einer Radikalkritik der Ware-Geld-Beziehungen eine "Perspektive der Barbarei" unterstellt wird, während die "Modernisierungsprozesse" der Marktgesellschaften, denen sie sich hilfreich andienen möchten, bereits real in barbarische Zustände hinüberwachsen.

Es kommt diesen "sozialistischen" Markt-Ideologen nicht einmal im Traum

in den Sinn, daß Begriffe wie Effizienz, Sparsamkeit, Allokation der Ressourcen usw. auch jenseits der fetischistischen Basisformen denkbar und realisierbar sein, ja auf der Ebene der sinnlich-stofflichen Reproduktion und ihrer Vernetzungsstrukturen überhaupt erst einen vernünftigen Gehalt bekommen könnten. Warum soll es so unmöglich und undenkbar bleiben, daß sich die vergesellschafteten Individuen sublokal (z.B. auf Stadtteilebene), lokal, regional, kontinental und global in Institutionen direkter Gesellschaftlichkeit des Stoffwechselprozesses mit der Natur organisieren? Daß in die aktive Zeit eines jeden Menschen außer einem gewissen Anteil der Produktionsarbeit auch die Planung und Organisierung von deren sinnlich-stofflichen Vernetzungsstrukturen, von ihren Folgeprozessen und Nebeneffekten etc. eingeht? Daß also die allseitigen abstrakten, zerstörerischen "Trennungen" des fetischistischen Geldnexus beseitigt werden? Warum nicht Phantasie in gerade diese Richtung entwickeln?

Tatsächlich wäre es nicht so schwer, hier zu brauchbaren theoretischen und praktischen Resultaten zu kommen, wenn erstens die Perspektive überhaupt "zugelassen" und zu einem gesellschaftlichen Diskurs der Linken fortentwickelt werden, zu einem neuen paradigmatischen Bezugsrahmen gemacht werden könnte; und wenn zweitens dieser Diskurs sich nicht auf scheinbar esoterische "Modelle" der Allokation beschränken, sondern gleichzeitig an den realen Problemen sinnloser Verarmung und Zerstörung ansetzen würde, vom Städtebau bis zur Abfallbeseitigung, von der Lebensmittelproduktion bis zum Verkehrsnetz, von der Erziehung bis zum Sport usw., um eine reale Perspektive gegen die destruktiven Verrücktheiten des fetischistischen Ware-Geld-Nexus auf allen Ebenen und in allen "Bereichen" zu entwickeln.

Jede soziale und ökologische "Gebrauchswertorientierung" muß sich aber hoffnungslos blamieren, die sich um die "Sachzwänge" der Selbstbewegung des Geldes herumlügen und herumdrücken, mit diesen "Gesetzmäßigkeiten" der "zweiten Natur" perspektivisch koexistieren möchte, statt ihre Aufhebung anzustreben. Diese radikale Perspektive würde Reformforderungen und Reformen, Teilziele und Zwischenetappen, Auseinandersetzungen um Einzelfragen usw. keineswegs ausschließen. Jedes Ziel impliziert auch einen Weg, eine Verlaufsform mit vielen Vermittlungen; die alte Dialektik von "Reform und Revolution" würde durch diesen radikalen Paradigmenwechsel nicht verschwinden, sondern einen gänzlich neuen Inhalt bekommen. Aber die Linke weigert sich ja gerade, den entscheidenden Schritt des notwendigen Paradigmenwechsels zu tun und sich auf das völlig neu zu bestimmende sozialistische Ziel überhaupt einzulassen. Der Aschermittwoch bloß "politischer" Radikalität ist dennoch ebenso unausweichlich gekommen wie derjenige eines "Sozialismus" auf dem Boden des ontologisierten "Wert"-Fetischs und einer "Planung" in dessen Kategorien. Die Linke möchte sich um diese Einsicht herumstehlen und irgendwie doch so weitermachen wie bisher; aber das Verschwinden der Spannung von Weg und Ziel läßt

auch alle ihre perspektivlos gewordene Aktivität erschlaffen.

Unser linker Normalo (ist er noch da?) könnte jetzt ein eher langes Gesicht machen; er findet das alles irgendwie schon fast irgendwo ein wenig bedenkenswert, aber er ist schließlich kein Theoretiker, und er steht überhaupt in praktischen Zusammenhängen, und das ist alles so irgendwie fernliegend, so ganz irgendwie abgehoben, ja, genau das ist es: "abgehoben". Seine Blicke tasten zum Ausgang; er muß sich jetzt verabschieden, der linke Normalo, denn von einem Aschermittwoch hat er noch gar nichts gehört, gerade heute nachmittag geht der politische Fasching ganz enorm weiter. Das Ziel ist nicht einmal mehr ein Wort, aber auf dem Weg ins Nichts gibt es immer viel zu tun. Wir möchten ihm noch die Einschätzung hinterherrufen, daß es sich bei ihm in jeder Hinsicht um einen potentiellen Selbstmörder handelt, aber das hört er schon nicht mehr.

Robert Schlosser

DAS SCHEITERN DES "SOZIALISMUS" UND DIE CHANCEN EINES "NEUEN ANFANGS"

Wie es scheint bildet sich in der antikapitalistischen westdeutschen Linken zur Zeit in einer Frage ein Konsens heraus: Das offensichtliche Scheitern des real existierenden Sozialismus wird als Chance betrachtet, die Fragen des Sozialismus/Kommunismus grundsätzlich neu aufzurollen. Regelmäßig habe ich in letzter Zeit folgende Zeitschriften verfolgt: die SOZIALISMUS, KONKRET, MARXISTISCHE KRITIK und AUFSÄTZE ZUR DISKUSSION. Damit ist ein relativ großes Spektrum der Linken erfaßt. (Lediglich die AUFSÄTZE ZUR DISKUSSION tun sich schwer mit der Herausforderung, was wohl mit einem falsch verstandenen Traditionalismus zusammenhängt.)

Es ist sehr zu wünschen, daß die begonnene Debatte noch erweitert und vertieft wird und sich möglichst große Teile der Linken daran beteiligen, als AutorInnen und als LeserInnen. Fatal wäre es, wenn die begonnene äußerst lehrreiche Debatte schnell wieder einschlafen würde.

Sehr bemerkenswert finde ich die Thesen von Norbert Faulhaber und Heinz Ölke "Globaler Sieg des Marktprinzips" in der SOZIALISMUS 4/90. Darin werden zwar die wesentlichen inhaltlichen Punkte der Debatte nicht entwikkelt, aber meiner Meinung nach werden hier die Ausgangsbedingungen für die Diskussion sehr klar und richtig benannt. Faulhaber und Ölke gehen nicht nur vom Scheitern des real existierenden Sozialismus sondern auch vom Scheitern des "sozialdemokratisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaates", des "Eurokommunismus" mithin aller gedachten und praktisch versuchten Alternativen zur kapitalistischen Marktwirtschaft aus.

> "Die jahrzehntelange Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus scheint entschieden: eindeutiger Sieger ist der Kapitalismus. Der globale Siegeszug des Marktprinzips ist vorerst nicht mehr aufzuhalten."SOZIALISMUS 4/90, S.22

Mit der Durchsetzung eines "Globalen Kapitalismus", der Expansion des freien Weltmarktes, ergibt sich für die genannten Autoren die Konsequenz, daß der Kapitalismus "weit entfernt davonist 'abzusterben' - vielmehr steht uns seine eigentliche Blütephase erst noch bevor."

Sie kommen aber auch zu folgendem Fazit:

"Seine globale Durchsetzung wird den Kapitalismus nicht in sichstabiler und gefestigter machen - nach wie vor wird er die Tendenz haben, chronische Überproduktionskrisen zu produzieren. DieKrisen des Kapitalistischen Weltmodells - schon lange nicht mehrals nationale Krisen, sondern als globale rezipiert - werden nachwie vor und wahrscheinlich stärker denn je die vorhandenen gesellschaftlichen Unterschiede verschärfen. Unter Umständen bildet sich aufgrund dieser zu erwartenden Entwicklung nach einer längeren Phase der unumschränkten kapitalistischen Hegemonie wieder eine sozialistische Bewegung 'von unten' heraus. Vorerst jedoch wird der antikapitalistischen Linken sowohl im Westen als auch im Osten nichts anderes übrig bleiben, als noch einmal von vorne anzufangen." a.a.O., S.22

In ganz wesentlichen Punkten teile ich diese Einschätzungen, auch wenn ich sicherlich von einem anderen theoretischen Hintergrund ausgehe, als die Autoren und das Ganze sich bei mir etwas anders lesen würde.

In der bisherigen Diskussionen spielt der Rückbezug auf Marx eine ganz wesentliche Rolle, wobei zwei wesentliche Ansatzpunkte oder Richtungen auszumachen sind. Zum einen wäre da der von Robert Kurz vertretene Ansatz der MARXISTISCHEN KRITIK (jetzt KRISIS), der für sich den Rückbezug auf die "fundamentale Wertkritik" in Anspruch nimmt. Von der Kritik der Wertform ausgehend, wird die Wertvergesellschaftung grundsätzlich kritisiert und jede Form der Marktwirtschaft abgelehnt.- (Abschaffung der Ware-Geld-Beziehung). Direktes Ziel ist das "unmittelbar vergesellschaftete Gemeinwesen", eine Gesellschaft, in der "die Leute alles sehr einfach abmachen ohne die Dazwischenkunft des berühmten 'Werts'". (Engels) Der bisherige Sozialismus/Kommunismus wird kritisiert gerade wegen der Preisgabe dieses Zieles, wobei versucht wird theoretisch zu begründen, daß eben erst jetzt die Bedingungen für den Kommunismus heranreifen.

In seinem Artikel "Ende des 'rohen' Kommunismus" formuliert Peter Ruben am pointiertesten die Gegenposition. Danach ist Vergesellschaftung ohne Markt überhaupt nicht vorstellbar.

"Die Vergesellschaftung von Produkten und Diensten ist nicht irgendeine Aneignung durch 'die Gesellschaft', sondern die durch den Tausch, den Markt vermittelte Transformation eigenen Produkts in fremdes Eigentum und fremden Guts in eigenes Konsumtionsmittel." SOZIALISMUS 3/90, S.21

Bei der Entwicklung seiner Position nimmt auch Ruben Marx für sich in Anspruch, nämlich den frühen Marx aus den ökonomisch-philosophischen Manuskripten:

"Die erste positive Aufhebung des Privateighentums, der rohe Communismus ist also nur eine

Erscheinungsform von der Niedertracht des Privateighentums, das sich als das positive Gemeinwesen setzen will." a.a.O., S.20

Dieser rohe Kommunismus ist für Ruben in den real existierenden sozialistischen Ländern Wirklichkeit geworden. Grundsätzlich in die gleiche Richtung argumentiert die Mehrzahl jener Autoren, die sich bisher zu Wort gemeldet haben, so etwa Kurt Hübner, Joachim Bischoff und andere mehr. Grundsätzlich sind Marktwirtschaft und Sozialismus danach keine Gegensätze. Im Gegenteil wird der entscheidende Fehler des bisherigen Sozialismus/ Kommunismus gerade daran festgemacht, daß Kapitalismus mit Marktwirtschaft identifiziert wurde:

"Hinter der Gleichsetzung von Marktwirtschaft mit kapitalistischer Gesellschaftsordnung steckt die romantische Hoffnung auf Etablierung einer bedürfnisgesteuerten Ökonomie ohne Geld und ohne irgendwelche Herrschaftsverhältnisse. Der Übergang zu einer nichtkapitalistischen Gesellschaftsformation wird daher mit der Abschaffung der Ware-Geld-Beziehungen und der Praktizierung der unmittelbaren Demokratie gleichgesetzt. Solange große Teile der sozialistischen Linken dieser illusionären Vorstellung nachhängen, wird die Hegemonie der neokonservativen Kräfte ungebrochen fortbestehen." Bischoff,Detje,Menard "Wie weiter mit der Linken" in SOZIALISMUS 4/90, S.16

Kurt Hübner sieht den "Unmittelbarkeitskommunismus" ebenfalls im Stalinismus als desavouiert an und vertritt die Meinung:

"Konzepte eines sozialistischen Marktes sollten deshalb bei der Suche nach einer neuen sozialistischen Identität und Strategie eine zentrale Rolle spielen." KONKRET 4/90, S.57

Offensichtlich vertritt Robert Kurz in der gegenwärtigen Debatte eine hoffnungslos unterlegene Minderheitsposition. Es sind gerade nicht große Teile der sozialistischen Linken, die diese Position teilen. Ich möchte mich gern ein wenig zu ihm gesellen, auch wenn ich in vielen Punkten mit der MARXISTISCHEN KRITIK, bzw. der darin entwickelten "fundamentalen Wertkritik" nicht übereinstimme.

Mir geht es auch weniger um eine Parteinahme für R.Kurz, als vielmehr darum, die Kommunismusdebatte wirklich noch einmal von vorne anzufangen, d.h. bei Marx. So oft in der bisherigen Debatte auf diesen zurückgegriffen wird, so offensichtlich ist für mich, daß bestimmte Gesichtspunkte der Kritik der Politischen Ökonomie und des daraus abgeleiteten Kommunismus nahezu völlig unterbelichtet sind. Ich würde sie gern in die Diskussion einbringen, nicht weil ich meine, den Stein der Weisen gefunden zu haben, noch bevor der Streit richtig entbrannt ist, sondern weil ich sicher gehen möchte, das bestimmte Gesichtspunkte in der Diskussion wenigstens benannt werden und möglicherweise Be-

rücksichtigung finden.

Kritik der Politischen Ökonomie und Kommunismus

Kommunistische Bestrebungen und Umgestaltungsversuche der Gesellschaft sind älter als der Kapitalismus. Erst mit dem Aufkommen des Kapitalismus wurde von Marx der Versuch unternommen, die Möglichkeit und Notwendigkeit des Kommunismus wissenschaftlich zu untermauern. War der Kommunismus früher bloß der Ausfluß moralischer Kritik an Ausbeutung und sozialer Ungerechtigkeit, so ist er bei Marx die Konsequenz aus seiner Kritik der Politischen Ökonomie, Konsequenz aus der gesellschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus selbst. Allein die Existenz der kapitalistischen Pro-duktionsweise ist danach aber noch keinesfalls ausreichende Bedingung für einen Übergang zu kommunistischer Produktion und Verteilung. Für Marx war klar, daß eine bestimmte Gesellschaftsformation solange nicht zugrunde geht, solange sie nicht alle Produktivkräfte der Arbeit entwickelt hat, zu deren Entwicklung sie fähig ist.

Für mich besteht kein Zweifel daran, daß zu keinem Zeitpunkt der bisherigen Geschichte des Kapitalismus, in irgendeinem Land die Voraussetzung für den Übergang zum Kommunismus bestanden hat; dies gilt für die hochindustrialisierten Länder und viel mehr natürlich für Länder wie Rußland etc. Meiner Meinung nach werden wir noch kapitalistische "Blüte" erleben, nicht wegen des globalen Marktes, sondern wegen der Produktivkraftentwicklung, zu der der Kapitalismus noch fähig ist. Der globale kapitalistische Markt wird nur Ausdruck davon sein.

Das Kapital ist für Marx "ein wesentliches Verhältnis für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Es hört erst auf als solches zu sein, wo die Entwicklung der Produktivkräfte selbst an dem Kapital selbst eine Schranke findet." Der Kommunismus wird erst dort möglich, wo "die arbeitende Gesellschaft sich wissenschaftlich zu dem Prozeß ihrer fortschreitenden Reproduktion...verhält; also die Arbeit, wo der Mensch in ihr tut, was er Sachen für sich tun lassen kann, aufgehört hat."

> "Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert das Maß des Gebrauchswertes... Damit bricht die auf dem Tauschwert beruhende Produktion zusammen....Die freie Entwicklung der Individualitäten, und daher nicht das Reduzieren der notwendigen Arbeitszeit um Surplusarbeit zu setzen, sondern überhaupt die Reduktion des notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie alle freigewordne Zeit und geschaffnen Mittel entspricht." (Alle Zitate aus den "Grundrissen..." S.231, 593)

Soweit sich diese Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit an Sachen festmachen läßt, wäre vor allem an die Automations- Informations- und Kommunikationstechnologien zu denken. In verschiedenster Hinsicht verkörpern sie die materielle Grundlage "eines unmittelbar vergesellschafteten Gemeinwesens"(Engels). Zum einen wird damit eine radikale Verkürzung der effektiven Arbeitszeit zur Erzeugung des gesellschaftlichen Reichtums möglich; eine maßgebliche Voraussetzung dafür, daß die allgemeinen öffentlichen Aufgaben durch die Menschen selbst geregelt werden, ohne ihre Delegation an besondere Institutionen (Staat).

Solange die Menschen 8 und mehr Stunden in der unmittelbaren Produktion verbringen, kann von wirklicher "Mitbestimmung" oder gar "Selbstbestimmung" nicht die Rede sein. De facto bleibt das im günstigsten Falle reduziert auf den Akt der Wahl. Ferner: Der entscheidende Regulationsmechanismus über den heute die materielle Reproduktion der Gesellschaft gesteuert wird ist der Marktmechanismus. Eine Alternative zur indirekten Steuerung über den Markt in einer industrialisierten Gesellschaft mit hochentwickelter gesellschaftlicher Arbeitsteilung, setzt völlig neue Kommunikationsmöglichkeiten voraus. Diese können meiner Meinung nach erschlossen werden mit Hilfe der weiteren Entwicklung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien. Ich will das hier nicht weiter ausphantasieren. Es handelt sich eh um Zukunftsmusik. Wir stehen eben erst am Anfang dieser Entwicklung, die eine durchaus zweischneidige Sache ist, worauf ich am Schluß noch einmal zurückkommen werde.

Der Kommunismus ist keine aktuelle Aufgabe. Er kann nur das Produkt der Produktivkraftentwicklung, massiv sich äußernder Zusammenbruchserscheinungen des Kapitalismus und des Klassenkampfes sein. Erst wenn eine gesellschaftliche Situation besteht, in der der Entwicklungsstand aller 3 Faktoren Ausdruck ein und derselben Sache ist, nämlich der historischen Überlebtheit des Kapitalismus, besteht die Möglichkeit des Übergangs zu kommunistischer Produktion und Verteilung. Mit Marktwirtschaft, Ware-Geld-Beziehung, etc. kann das nichts zu tun haben.

Bischoff, Menard und Detje würden das als "romantische Hoffnung" bezeichnen, Hübner meint darin die "Barbarei" wiederzufinden. Die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie liefert eigentlich eine Menge guter Gründe dafür, daß der "Unmittelbarkeitskommunismus" (Hübner) weder mit "illusionärer Vorstellung" noch mit "Barbarei" etwas zu tun hat. Meiner Meinung nach besteht einer der Hauptmängel des bisherigen Kommunismus gerade darin, daß er nicht begriffen hat, daß die Bedingungen für eine kommunistische Umwälzung noch lange nicht herangereift sind. Alle Versuche ihn einzuführen, mußten scheitern an den nicht vorhandenen Voraussetzungen. Weil die Voraussetzungen nicht da

waren, wurde der Kommunismus den tatsächlichen gesellschaftlichen Bedingungen angepaßt. Eben darum wurde der Kommunismus "roh", "nur eine Erscheinung der Niedertracht des Privatreighentums, das sich als das positive Gemeinwesen setzen will."(Marx)

Wertformkritik und sozialistischer Markt

Auch Joachim Bischoff vertritt die Auffassung,

"daß der blödsinnige Versuch der Vernichtung des Fetischismus in seinen einfachen Formen (Ware und Geld) zwangsläufig zu einer despotischen Regierung über die gesamtgesellschaftliche Produktion und Distribution führen muß." SOZIALISMUS 3/90,S.29

Eine entsprechende Marxinterpretation ist angekündigt. Bis jetzt scheint mir Marx allerdings wenig für eine so pauschale Einschätzung herzugeben. Ware, Geld und Kapital sind bei Marx durch den Wert selbst herausgesetzte Formen:

"Die Wertform des Arbeitsprodukts ist die abstrakteste, aber auch allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise und damit zugleich historisch charakterisiert. Versieht man sie daher für die ewige Naturform gesellschaftlicher Produktion, so übersieht man notwendig auch das spezifische der Wertform, als der Warenform, weiter entwickelt der Geldform, Kapitalform usw." zitiert nach I.I.Rubin "Studien zur Marxschen Werttheorie", Europäische Verlagsanstalt Frankfurt 1973, S.72)

Ein gravierender Mangel der bisherigen Diskussion über Sozialismus/Kommunismus besteht darin, daß der Marxsche Wertbegriff, jedenfalls explizit, darin keine Rolle spielt. Eine Diskussion unter antikapitalistischen Linken über Ware,Geld,Markt, ohne Einbeziehung des Wertbegriffs, muß oberflächlich bleiben.

Es ist nicht zu leugnen, daß der reale,historische "Vergesellschaftungsprozeß" über den Markt lief, also Wertvergesellschaftung war und ist. Unter Ausklammerung eben des Marxschen Wertbegriffs macht Peter Ruben daraus folgendes:

"Die menschliche Gesellschaft überhaupt hat ihre sinnliche Existenz im Weltmarkt. Dieser ist keine kapitalistische Erfindung, sondern in seiner Geschichte die Historie der Zivilisation." SOZIALISMUS 3/90 s.20

Folgen wir Ruben, so wird und soll das so bleiben, weil "der ökonomische

Austausch, der Verkehr oder Markt" eine "wesentliche Erscheinung der 'Gesellschaftlichkeit'" ist.(ebenda) Ökonomischer Austausch, Verkehr und Markt sind hier identisch und so scheint es denn selbstverständlich, das Austausch und Verkehr ohne Markt und damit ohne Ware und Geld, ein Unding sind. Damit wäre klar, daß die Wertform des Arbeitsprodukts "ewige Naturform gesellschaftlicher Produktion" geworden ist. Was allenfalls noch historisch und damit vergänglich wäre, wäre die Kapitalform, die es zu überwinden gilt.

Wenn Peter Ruben denn recht hätte, müßten wir uns mit so einer Art "gesellschaftlichem Naturgesetz" abfinden, dessen Wirkungsweise wir wohl beeinflussen könnten, daß selbst aber nicht aufzuheben wäre, es sei denn um den Preis der Aufgabe von "Gesellschaftlichkeit". Die Freiheit "der Assoziation freier Produzenten" hätte hier ihre Grenze und müßte sich beugen vor den Notwendigkeiten des Marktes. Das Maß aller Dinge bliebe in letzter Instanz die "abstrakte Arbeit", an der sich jede konkret-nützliche Arbeit messen müßte. Das Ganze liefe auf den Versuch einer Überwindung des Kapitalismus unter Beibehaltung des Wertgesetzes hinaus. Nicht sehr erfreuliche Aussichten! Zwar stellen uns Bischoff, Hübner und andere wohlmeinend "gesellschaftliche Kontrolle und Steuerung" in Aussicht, aber wenn etwas utopisch ist,"romantische Hoffnung" ausdrückt, dann ist es eben dieses Projekt.

Bischoff stimmt Ruben darin zu, daß es bisher noch keinen Sozialismus gab und er darum auch nicht gescheitert ist. Ich schließe mich dieser Auffassung an. Wenn etwas gescheitert ist, dann ist es der Versuch der Steuerung und Kontrolle ökonomischer Entscheidung unter Marktbedingungen, in welcher Form auch immer. Steuerung und Kontrolle des Marktes, Entfaltung der Ware-Geld-Beziehung war bis her praktisch das letzte Wort aller Sozialismen, der westlichen Sozialdemokratie wie des stalinistischen Sozialismus. Wir machen es uns erheblich zu einfach, wenn wir den östlichen Sozialismus als bloße Negation der Marktwirtschaft und als bloße Negation von Ware-Geld-Beziehungen verstehen, ihn de facto im Sinne des "Kriegskommunismus" interpretieren. Dieser Sozialismus hat eine Reihe von Veränderungen durchgemacht, die dabei völlig unberücksichtigt bleiben. (Es wäre schließlich auch zu denken an das Jugoslawische Modell.) Dies alles wäre hier näher auszuführen, wofür aber nicht der Platz ist.

Marx hat in seiner Kritik der Wertform, besonders in seiner Kritik des Fetischismus der Warenwelt, unmißverständlich klargelegt, daß die durch den Wert herausgesetzten Formen "einer Gesellschaftsformation angehören, worin der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert". Was ihm vorschwebt sind dagegen Zustände in denen die "gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten... in der Produktion sowohl als in der Distribution ... durchsichtig und einfach" sind. Das geschieht seiner Meinung nach bei der Überwindung der Warenproduktion, an der er keinen Zweifel läßt:

"Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d.h. des materiellen Produktionsprozesses, streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht. Dazu ist jedoch eine materielle Grundlage der Gesellschaft erheischt oder eine Reihe materieller Existenzbedingungen, welche selbst wieder das naturwüchsige Produkt einer langen und qualvollen Entwicklungsgeschichte sind." Kapital Bd.I, S.94

Alle Versuche diesen "qualvollen Entwicklungsprozeß" abzukürzen sind bisher gescheitert. Der reale Sozialismus hat diesen Prozeß der Herausbildung der materiellen Grundlagen des Kommunismus ab einem gewissen Punkt vollständig blockiert (Produktivkraftentwicklung).

Der Kommunismus kann nicht einfach "eingeführt" werden, durch die Abschaffung der Ware- Geld- Beziehung. Aber ohne Überwindung derselben wird es keinen Kommunismus geben. Die Frage ist die nach den Bedingungen für die Überwindung der auf dem Tauschwert beruhenden Produktion. Was Peter Ruben uns jedenfalls als Beginn des Sozialismus präsentiert, davor schaudert mir ehrlich gesagt: Einführung des freien Marktes für Produktionsmittel, die Regierung soll keinerlei Eingriffsmöglichkeiten in die "Geldmaschine" haben, uneingeschränkte Gewerbefreiheit, Anerkennung des sozialistischen Unternehmers. .. etc.(vergl. SOZIALISMUS 3/90, S.22). Allein dadurch, daß alle wichtigen Merkmale der kapitalistischen Warenproduktion mit dem Attribut "sozialistisch" versehen werden, kommen wir der sozialen Emanzipation wohl kaum näher.

Der real existierende Sozialismus ist nicht zuletzt deshalb gescheitert, weil er sich als Blockade für die Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit erwiesen hat. Aber unter welchen Vorzeichen werden die Produktivkräfte in den ehemals "sozialistischen" Ländern jetzt entwickelt? Bischoff, Detje und Menard unterbreiten Vorschläge zu einer raschen Steigerung der Arbeitsproduktivität in der DDR. Dazu zählen "Sicherstellung kontinuierlicher Versorgung der Unternehmen mit Rohstoffen und Zwischenprodukten" und "die drastische Reduktion von Fehlzeiten"(!!!) (vergl. SOZIALISMUS 4/90, S.15) Zweifellos wird es dazu kommen und werden diese Maßnahmen greifen. Aber was soll daran "sozialistisch" sein? Wenn es in den Ländern des realen Sozialismus irgendetwas gab, was wenigstens an Sozialismus erinnerte, dann der Schlendrian, die "Fehlzeiten", die hier und da so etwas wie Muße aufkommen ließen. Das Ganze allerdings um den Preis massiver Beschränkungen auf anderen Gebieten des Lebens. Die Produzenten des materiellen Reichtums der Gesellschaft allein wissen, was die "Reduktion von Fehlzeiten" wirklich für die Menschen bedeutet.

Was tun?

Das die Menschheit noch eine ganze Weile mit der Marktwirtschaft und dem Kapital leben muß, scheint mir unabwendbar und logisch. Mit Idylle wird das nichts zu tun haben. Die Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen erzeugt im Fall der Profitrate ein Gesetz, "daß ihrer eigenen Entwicklung auf einem gewissen Punkt feindlichst gegenübertritt und daher beständig durch Krisen überwunden werden muß." (Kapital Bd.3 S.268). Kapitalistische Blüte und "beständig wiederkehrende Explosionen" (Marx) sind keine sich ausschließenden Gegensätze. In seinem Drang nach unbedingter Entwicklung der Produktivkräfte überwindet das Kapital die durch es selbst gesetzten Schranken seiner Verwertung nur, um sie "aufs neue und auf gewaltigerem Maßstab zu errichten"(Marx).

Mir erscheint es im Sinne der Logik des Marxschen Kapitalbegriffs eindeutig, daß der unter kapitalistischen Bedingungen höchst mögliche Zustand der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit erst noch vor uns liegt, genauso aber auch die großen sozialen Katastrophen, die damit zwangsläufig einherkommen (Zusammenbruchstendenz). Die antikapitalistische Linke sollte aufhören irgendwelche Projekte zu schmieden, die unter heutigen Bedingungen den Übergang zum Kommunismus oder Sozialismus ins Auge fassen. Das kann nur wieder fehlschlagen: mit der Anpassung des Kommunismus an die aktuellen Gegebenheiten und damit der Preisgabe kommunistischer Zielsetzungen selbst. Bei Ruben, Bischoff, Hübner und anderen tritt dies deutlich hervor.

Die antikapitalistische Linke muß " noch einmal vor vorne anfangen". Für mich bedeutet das in theoretischer Hinsicht eine Rückbesinnung auf die Kritik der Politischen Ökonomie, um die Bedingungen des Übergangs zum Kommunismus im Kontext einer "fundamentalen Wertkritik" - nicht unbedingt so wie bei Robert Kurz - von neuem zu klären. In praktischer Hinsicht bedeutete dies keinesfalls den Rückzug auf die Rolle eines kritischen Weltinterpreten, weil die objektiven und subjektiven Bedingungen des Übergangs zum Kommunismus nicht nur Produkt eines "naturwüchsigen Prozesses" sein können. Ich nenne in diesem Zusammenhang 4 zentrale Betätigungsfelder: Ökologie, Arbeitszeitverkürzung, Ausbildung, Gleichstellung der Geschlechter.

1. Die Produktivkraftentwicklung unter kapitalistischen Bedingungen schafft in ihrer Konsequenz nicht nur Voraussetzungen für den Übergang zu einer höheren Gesellschaftsformation. Sie droht gleichermaßen mit der Unterhöhlung der Grundlagen jeder menschlichen Gesellschaft. (Von dieser Seite her droht wirklich die "Barbarei".) Soweit dies im Kapitalismus möglich ist, gilt es also den Kampf um ökologisch verträgliche Produktionsweisen zu führen. Dies ist aber wesentlich keine positive, sondern eine negative Aufgabe des Sich-Wehrens ge-

gen den Raubbau an Mensch und Natur. Wenn die Option des Übergangs zum Kommunismus erhalten bleiben soll, dann ist dieser Kampf von existenzieller Bedeutung.

2. Zur Arbeitszeitverkürzung ist an dieser Stelle eigentlich nicht mehr viel zu sagen. In jeder Form, ob Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, der wöchentlichen Arbeitszeit usw. bis hin zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist sie die Bedingung für den Erwerb all jener Qualifikationen und sozialen Verhaltensweisen, die es überhaupt erst ermöglichen, daß die Menschen ihren gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß beherrschen können. Wohlgemerkt Bedingung, nicht Garantie im Sinne eines automatisch ablaufenden Prozesses.

3. Vereinfacht ausgedrückt müßte das Ziel der Ausbildung im "Abitur für alle" bestehen. Ohne den Zugang zu wissenschaftlicher Ausbildung wird es unmöglich sein, daß "die arbeitende Gesellschaft sich wissenschaftlich zu dem Prozeß ihrer fortschreitenden Reproduktion" verhält. Die Verallgemeinerung wissenschaftlicher Qualifikation kann nicht erst in einer "anderen Gesellschaft" in Angriff genommen werden. Sie gehört mit zu den subjektiven Voraussetzung des Übergangs zum Kommunismus.

4. Es gilt noch immer das Wort, daß der Grad der Emanzipation der Frau in der Gesellschaft zugleich anzeigt, wie es um die allgemeine soziale Emanzipation bestellt ist. Kommunismus ohne faktische, nicht formal-rechtliche Gleichstellung der Geschlechter, ist von der gleichen Qualität, wie die klassische griechische Demokratie des Altertums, die auf der Sklaverei beruhte. Faktische Gleichstellung der Frau verlangt auch ungleiche Rechte, die Frauen das Vorrecht einräumt, etwa bei der Entscheidung, ob sie ein Kind austragen will oder nicht. Sie verlangt Maßnahmen, die auf Überwindung der geschlechtlichen Arbeitsteilung abzielen, die im bürgerlichen Familienverhältnis eine feste Stütze hat. Die geschlechtliche Arbeitsteilung prägt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, sie kann aber letztlich nicht Überwunden werden, solange Hausarbeit und Kindererziehung das zweifelhafte "natürliche Vorrecht" der Frauen bleiben. "Vergesellschaftung von Hausarbeit und Erziehung", über deren Formen noch zu streiten ist, bleibt eine elementare Voraussetzung kommunistischer Vergesellschaftung. "Vergesellschaftung von Hausarbeit und Erziehung" führt immer dann zur schlimmsten Doppelbelastung von Frauen, wenn sie bloß negativ bestimmt ist, nicht gleichzeitig den positiven Zugang von Männern zu diesen Bereichen der gesellschaftlichen Reproduktion garantiert. Siehe real existierender Sozialismus.

In allen 4 Zielsetzungen kommen Bestrebungen nach "Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht" (Marx) zum Ausdruck, die quer ste-

hen zu dem Prozeß der Verwertung von Wert, "zur blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr" (Marx). Es handelt sich zugleich um reale gesellschaftliche Bestrebungen, die sich unter unseren Augen vollziehen. Werden die diesen spontan entstehenden gesellschaftlichen Bewegungen zugrunde liegenden Zielsetzungen auch nur einigermaßen konsequent formuliert, so lassen sie sich mit dem "ökonomischen Kalkül" nicht vereinbaren. Sie können nur konsequent formuliert werden im Kontext der Kritik der Politischen Ökonomie und den daraus sich ergebenden kommunistischen Perspektiven. Der Kommunismus als "die wirkliche Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt" (Marx/Engels) kann also nur das Produkt einer Entwicklung sein, bei der die jetzt in diesen gesellschaftlichen Bewegungen vorherrschende "Rücksichtnahme" auf die "Sachzwänge" der Politischen Ökonomie überwunden wird.

Nach dem Gesagten versteht es sich von selbst, daß eine kommunistische Bewegung, die nicht nur diesen Namen trägt, nur in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern entstehen kann. "Noch einmal von vorne anzufangen" erfordert zwingend den Bruch mit dem bisherigen "Marxismus", dessen Leistung nicht zuletzt auf der "Anpassung" kommunistischer Zielsetzungen an aktuell bestehende Gesellschaftszustände beruhte. Diese "Anpassung" führte zur theoretischen Preisgabe des Kommunismus und heute, angesichts des Scheiterns der unter dem Druck der Verhältnisse konstruierten Übergangsgesellschaften, zum offenen Eingeständnis der Niederlage. Der "Kommunismus" hat sich als unfähig erwiesen, die Voraussetzungen des Kommunismus zu schaffen (nachholende Industrialisierung, den Kapitalismus einholen und überholen, etc.).

"Der Kommunismus ist empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker 'auf einmal' und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt." MEW Bd.3. S.35

Die Mehrheit der Autoren, die sich bisher in der Diskussion über die Ursachen des Scheiterns des bisherigen Sozialismus und Kommunismus sowie die Perspektiven der antikapitalistischen Linken zu Wort gemeldet haben, brechen mit dem Stalinismus, fahren aber unbeirrt in der "Marxismuspflege" fort. Bischoff, Hübner, Ruben etc. passen den Sozialismus/Kommunismus weiter an, an die Erfordernisse der "Zivilisation", des Marktes etc. Wie mir scheint merken sie nicht einmal, wie nahe bestimmte ökonomischen Positionen der gesteuerten Marktwirtschaft jenen des späten Stalin kommen. (Vergl. dazu : "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", J. Stalin, Dietz Verlag Berlin, 1952. Besonders die Abschnitte über Warenproduktion und Wertgesetz im Sozialismus.)

Bochum, den 15.4.90

Ernst Lohoff

DIE INFLATIONIERUNG DER KRISE

Vom immanenten Zyklus zur Zersetzung der kapitalistischen Struktur

1. Krisenphänomenologie

Ein Begriff macht Karriere: der Begriff der Krise. Der inflationäre Gebrauch dieses Terminus, der sich in den letzten Jahren breit gemacht hat, ist nicht nur ein ideologisches Phänomen. Der Sprachgebrauch, so bunt-obskure Blüten er auch treiben mag, verweist auf eine dahinterstehende reale Veränderung. Hinter den pittoresken Varianten von Krisenbewußtsein steht die empirische Wirklichkeit selber und klopft an die Tür. Die Zeit, in der wir leben, ist eine Krisenzeit. Auf welcher Oberflächenebene der moderne Mensch sich gerade auch immer bewegen mag, es knirscht unüberhörbar im Gebälk. Auf Sand ruhen nicht nur Staatsfinanzen und Weltwirtschaft, die Krise erfaßt auch das Individuum, seine persönliche Sinnfindung und sein Liebesleben. Selbst die natürlichen Lebensgrundlagen sind bekanntlich mittlerweile keineswegs mehr so natürlich wie noch vor einem Menschenalter. Die Zeichen an der Wand häufen sich, und es bedarf wachsender Willenskraft und immer mehr der konsequenten Abkehr von der Fülle der empirischen Wirklichkeit, um sie zu übersehen. Schlägt der von "privaten" Sorgen eh schon reichlich gebeutelte Zeitgenosse unvorsichtiger Weise seine Tageszeitung auf, so schwappt augenblicklich eine ganze Menetekelflut über ihn hinweg. Vor seinen Augen kippen gleichzeitig das Öko- und das Rentensystem aus dem Gleichgewicht, zerfällt die Legitimationsgrundlage der großen Volksparteien und des Realsozialismus, lösen sich Familie, Kunst und sonstige Werte in Wohlgefallen auf, bleiben zu allem Überfluß die Dauerquerelen der "Grünen" und die Schuldenkrise der "Dritten Welt" ungelöst, stoßen auch die "Autogesellschaft" und der "neue deutsche Film" an ihre Grenzen und zeichnen sich zu guter Letzt konjunkturelle Einbrüche, Inflation und die Unfinanzierbarkeit des Gesundheitssystems ab. Noch funktioniert das gesellschaftliche Getriebe zumindest in den westlichen Ländern leidlich. Seine Grundlagen erweisen sich aber insgesamt zusehends als brüchig, und der Verdacht liegt nahe, daß es sich dabei um etwas mehr als eine bloß vorübergehende Insuffizienz handelt. Die bürgerliche Form selber steht auf dem historischen Prüfstand, und Zweifel sind daran angebracht, daß sie den Test bestehen kann.

Die linken und rechten Apologeten der bürgerlichen Produktionsweise tun

ihr möglichstes, um diese beängstigende Perspektive abzuwehren. In bewährter Manier beruhigen sie sich mit dem Hinweis darauf, daß es Krisen schon immer gegeben habe und die bürgerliche Gesellschaft noch jedesmal, trotz all der bedauerlichen Friktionen und Opfer, gestärkt aus ihnen hervorgegangen sei. Dieser Trost erweist sich allerdings als nicht sonderlich tragfähig, wenn wir den Begriff Krise nicht als unwandelbare geschichtsphilosophische blackbox handhaben, sondern stattdessen den besonderen Charakter der gegenwärtigen Krisenepoche herausarbeiten. Schon phänomenologisch hinkt die populäre Parallelisierung der klassischen bürgerlichen Entwicklungskrisen mit der modernen strukturellen Krise auf allen verfügbaren Beinen. Die Ballung auf den ersten Blick unzusammenhängender Krisensymptome mit der wir heute konfrontiert sind, ist historisch einmalig. Sie unterscheidet die Gegenwart grundlegend von allen anderen Umbruchphasen in der Geschichte. Das Auflisten der überbordenden Fülle von Krisenerscheinungen, wie sie jeder Zeitungsleserkennt, stößt natürlich nicht zum "Wesen" der modernen Krise vor, sie kann deren Begriff nicht ersetzen. Trotzdem wird aber bereits in der Addition der Krisenebenen etwas von der neuen Qualität der Umbruchsära spürbar, in die wir gegenwärtig hineintreiben. In der Häufung vollkommen disparater gesellschaftlicher Momente, die, wie von geheimer Hand angestoßen, allesamt fast gleichzeitig aus dem Gleichgewicht kippen, macht sich eine historisch ganz neuartige Dichte bemerkbar.

2. Vergesellschaftung und universale Krisenpotenz

Die Krisenepoche, in die wir momentan eintreten, hat im Unterschied zu all ihren Vorgängern globale Ausmaße. Ihre Universalität äußert sich zunächst ganz banal geographisch. Die Vernichtung der südamerikanischen Regenwälder trifft bekanntlich nicht allein diesen Kontinent, das entstehende Ozonloch bleibt keineswegs das Privatproblem einiger antarktischer Pinguinkolonien. Auf der ökonomischen und sozialen Ebene wiederholt sich dieses Bild. Die gigantomanisch angeschwollenen Geld- und Warenströme haben längst jeden Rest von volkswirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit hinweggespült und sämtliche nationalen Ökonomien auf Gedeih und Verderb unmittelbar an die Bewegung des Weltmarkts gefesselt. Die Einheit spendende Unterwerfung unter die Herrschaft abstrakter Geldsubjektivität hat den buntscheckigen Fleckenteppich bornierter sozialer Daseinsweisen abgelöst. Die Allgegenwart des Weltmarktzusammenhangs und die Gefährdung des Ökosystems haben die Welt handgreiflich und irreversibel zu einer einzigen vereinigt. Das Gesamtschauspiel "Krise der Wertvergesellschaftung" findet auf einer einzigen, weltumspannenden Bühne statt. Der Kontrast zu allen bisherigen Wendeepochen in der Geschichte könnte kaum deutlicher ausfallen. Die vorkapitalistischen Krisen, von der Sintflut über die Völkerwanderungswir-

ren bis zu den Pestwellen des 14. Jahrhunderts, waren allesamt Ereignisse von nur regionaler Bedeutung. Sie blieben für den Rest der bewohnten Erdoberfläche zunächst folgenlos. Selbst die großen Erschütterungen, die den Aufstieg der bürgerlichen Form begleiteten, berührten nicht alle Länder. Die große Weltwirtschaftskrise etwa ließ die Sowjetunion vollkommen ungeschoren und das auf dem Boden der Subsistenzwirtschaft verharrende Gros der Bevölkerung in den großen Kolonialreichen bemerkte sie ebensowenig. Die sogenannten Weltkriege tobten fast ausschließlich in Europa und Ostasien. Zwar befanden sich im April 1945 3/4 aller selbständigen Staaten mit dem Deutschen Reich formell im Kriegszustand real hatten aber auf dem Höhepunkt der militärischen Auseinandersetzungen vielleicht ein dutzend Staaten ihre Ökonomien einigermaßen konsequent auf die Erfordernisse der Kriegswirtschaft umgestellt. Die strukturelle Krise der bürgerlichen Vergesellschaftungsform zieht dagegen alle Erdteile gleichermaßen in ihren Strudel. Sie duldet keine regionalen Oasen.

Hinter dieser geographischen Grenzenlosigkeit steht ein allgemeiner Gesichtspunkt. Die Wertvergesellschaftung hat in einem ungeheuren Entwicklungsschub in den Jahrzehnten seit dem zweiten Weltkrieg nicht nur jede territoriale Abschottung beseitigt und alle nationalen Ökonomien unmittelbar dem Diktat und dem Rhythmus des Weltmarkts unterworfen, sie hat auch innerhalb der einzelnen staatlichen Gebilde alle Reste von selbstgenügsamen, vorwarenförmigen Zusammenhängen überrollt und an ihre Stelle die nackte Logik geldförmiger Vermittlung gesetzt. Die Vergesellschaftung durch die Wert- und Geldbeziehung löscht in ihrem Voranschreiten alle in sich selber ruhenden Partikularismen, autonomen Milieus und Lebenswelten aus und umgreift und durchtränkt den gesamten menschlichen Lebensraum. Das gesamte System personeller Beziehungen, insbesondere die Familie, hat der Gewalt der vorrückenden Geldvergesellschaftung nicht standhalten können. Es erwies sich in vielen Bereichen als dysfunktional und wurde durch ein System gesellschaftlicher monetärer Umverteilung ersetzt. Alte, Kranke und Kinder sind in ihrer Versorgung unmittelbar auf das Geld verschiebende Gemeinwesen verwiesen. Forschung, Bildung, die wuchernde Infrastruktur, sie alle sind auf erweiterter Stufenleiter durch den die allgemeinen Verwertungsbedingungen sichernden Staat an die Selbstbewegung des Geldes gekoppelt und von ihr abhängig. In der modernen bürgerlichen Gesellschaft haben sich die menschlichen Beziehungen und der Stoffwechselprozeß mit der Natur unter dem Vorzeichen der Anhäufung abstrakter Arbeit zu einer allgegenwärtigen Totalität verwoben. Damit ist ein vor wenigen Jahrzehnten noch unvorstellbares Vergesellschaftungsniveau erreicht, und die rücksichtslose Durchvergesellschaftung aller bestehenden Verhältnisse, wie sie in der Logik des Kapitals liegt, ist Wirklichkeit geworden. Die Empirie hat sich mit einem Jahrhundert Anlaufzeit zur von Marx antizipierten Höhe des Begriffs emporgeschwungen.

Das Auseinanderdriften bestimmter gesellschaftlicher Funktionsmechanismen, die Trennung gesellschaftlicher Sphären konterkariert nur scheinbar diesen unaufhaltsamen Zug zur Vereinheitlichung, zur Herausbildung eines gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs. Realiter ist es mit ihm identisch. Die Expansion des Gültigkeitsbereichs der Wertlogik setzt die Ausdifferenzierung ihrer Funktionsmechanismen voraus und fällt mit dem Konkurrenzkampf ihrer Erscheinungsformen zusammen. Der Gegensatz von bürgerlichem Staat und bürgerlicher Gesellschaft, die Dichotomie von abstrakter Privatheit und Politik, die Genesis eines öffentlichen Sektors mit vielgliedrigen Funktionen neben einem umfangreichen System partikularer Interessenvertretungen, sie sind allesamt nur Binnendifferenzierungen innerhalb ein und derselben, immer ganz selbstverständlich vorausgesetzten, Grundform. Nichts Wesensfremdes trifft in dieser Welt mehr aufeinander, sondern immer Fleisch vom eigenen Fleisch. Eine Emanation des Geldes arbeitet sich nur an der anderen ab, um zwischen den Polen das wertförmige Gesamtverhältnis aufzuspannen. Als immanente Gegensätze bestätigen sie nur die Herrschaft der gemeinsamen Basiskategorie, und der gleiche Prozeß, in dem sich diese Dualismen entwickeln, dehnt das der bürgerlichen Formbestimmung unterworfene Terrain aus. Die Wertvergesellschaftung bildet gesonderte Sphären von Politik und abstrakter Privatheit, den öffentlichen Sektor in seinen vielgliedrigen Funktionen und ein umfangreiches System partikularer Interessenvertretungen nur aus, um sie wiederum zu einer alles und jeden umgreifenden Einheit geldförmig vermittelter Gesellschaftlichkeit zu verzahnen. Die Verallgemeinerung wertförmiger Reproduktion verdampft bis auf Spurenelemente alle Reste von Schrebergartenautarkie und verweist die einzelnen Individuen in jeder Lebensäußerung unmittelbar auf den durch die Geld- und Warenform präformierten gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang. Die Suche nach dem unverdinglichten Rest, der Wunsch, ein Stückchen Land im Meer der Gesellschaftlichkeit aufzutun, endet wie der Wettlauf zwischen Hase und Igel in der Fabel. Wo immer auch sich das auf seine Unabhängigkeit kaprizierende bürgerliche Individuum hinwenden mag, die dem Wert unterworfene Gesellschaft ist schon da. Die moderne bürgerliche Gesellschaft gleicht immer mehr einem System kommunizierender Röhren, und das Geldmedium stiftet die notwendige und wesentliche Verbindung.

Der Entwicklungssprung, der sich auf dem Weg hin zur totalen Vergesellschaftung seit dem 2. Weltkrieg vollzogen hat, kann kaum überschätzt werden. Der unaufhaltsame Anstieg der Staatsquote am Bruttosozialprodukt, das stetige Anwachsen monetärer Redistribution können als quantitative Indikatoren für einen qualitativen Vergesellschaftungsschub gelten, der längst nicht mehr hintergehbar ist. Vom heutigen Niveau aus entpuppen sich in der Retrospektive alle vorfordistischen Gesellschaften als embryonale Vorformen einer sich erst heute vollendenden negativen Vergesellschaftung.

3. Die Identität von Vollendung und struktureller Krise der bürgerlichen Gesellschaft

Diese einschneidende Veränderung bestimmt natürlich nachhaltig Stellenwert und Charakter der Krise. Wenn die bürgerliche Gesellschaft die gesellschaftliche Wirklichkeit zu einer ihr gemäßen Totalität verwoben hat, so verändert sich damit auch notwendig der Charakter der Krisen. Die Krisen der letzten 2½ Jahrhunderte waren allesamt Wachstumsstörungen bei der Herausbildung der bürgerlichen Form. Sie wurden durch einen Sprung im Vergesellschaftungsniveau überwunden. Die Kriseneinbrüche waren Schritte auf dem Weg zur Herstellung der bürgerlichen Gesellschaft. Diese Logik hat sich indessen erschöpft. Die bürgerliche Gesellschaft muß nicht mehr werden, sie ist schon, und wo es Regionen noch nicht zu einer vollentwickelten bürgerlichen Form gebracht haben, da sind die vom Weltniveau gesetzten Wachstumshorizonte beschränkt (1). Sobald die bürgerliche Gesellschaft die Höhe ihres Begriffs erklommen hat, kann nur mehr der Zustand ewiger Krisenfreiheit anstehen, oder die einzelnen Krisenmomente verflechten sich zur universellen strukturellen Krise der bürgerlichen Form selber. Ernstzunehmende partikulare Krisen innerhalb der Form kann es in einer geldförmig durchvergesellschafteten Welt jedenfalls nicht mehr geben. Bestehende Friktionen reduzieren sich entweder zu im Grunde unbedeutenden Reibungsverlusten, oder sie reichen weit tiefer und verweisen bereits auf den Zusammenbruch wertförmiger Vergesellschaftung überhaupt.

Die Vorstellung, das Kapital habe seine immanente Widersprüchlichkeit überwunden und steuere zielsicher auf die Stabilisierung und Verewigung seiner Herrschaft zu, hat sich seit den Tagen der Frankfurter Schule zum vorherrschenden Paradigma auf Seiten der Kritiker dieser Gesellschaftsformation verallgemeinert. Vom fordistischen Nachkriegsboom waren nicht nur die bedingungslosen Befürworter der freien Marktwirtschaft geblendet, sondern auch deren entschiedenste Gegner. Die Linke verzweifelte am transitorischen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise, und wo sie an ihm festhielt, konnte sie diesen Gedanken nur exegetisch belegen, aber nicht inhaltlich füllen, und er verkam zum nichtssagenden Glaubensbekenntnis. Wenn die radikalen Systemgegner den

(1) Die Vollendung der bürgerlichen Form bedeutet keineswegs die Herstellung all ihrer Errungenschaften auch im letzten westafrikanischen Dorf. Die Wertvergesellschaftung stiftet den Gesamtzusammenhang konkurrenzvermittelt und produziert damit von vornherein "ungleiche Entwicklung" und Verlierer. Da alle Herrlichkeiten einer funktionierenden pluralistischen Demokratie eine adäquate ökonomische Basis voraussetzen, sind für die schwächeren Glieder auf dem Weltmarkt daher auch im Bereich des "Überbaus" von vornherein nur kryptische Kümmerformen des westlichen Orginals erreichbar.

Übergang zu einer sozialistischen Reproduktion überhaupt ernsthaft ins Auge faßten, so dachten sie ihn nur mehr als äußeren Willensakt, während die Erwartung, das System abstrakter Arbeitsverausgabung könne sich selber zur Schranke werden und an seinen immanenten Widersprüchen scheitern, von der Empirie gründlich diskreditiert schien. Obwohl sich mittlerweile der ewig blaue Himmel des kapitalistischen Indianersommers reichlich verdunkelt hat, kann sich die Linke von dieser tiefeingeschliffenen Sichtweise nicht trennen und spult sie bei jeder Gelegenheit bewußtlos ab. Die ersten Herbststürme fordern ihren Tribut, aber die Linke malt voll Inbrunst am realitätsfremden Bild einer innerlich stabilen und unbegrenzt überlebensfähigen bürgerlichen Gesellschaft. Statt zur Kritik der politischen Ökonomie zurückzufinden und sie auf der Höhe der Zeit zuzuspitzen, degeneriert die Linke zum ewig schlechten Gewissen eines vermeintlich kraftstrotzenden Kapitalismus, moniert die "Kosten der Freiheit", die ungerechte Verteilung des abstrakten Reichtums, ohne auch nur zu ahnen, daß Freiheit, Gleichheit und Geld, längst in Auflösung begriffen, ihrem Ende entgegentorkeln. Fixiert auf die letzte große Eroberungswelle der Wertvergesellschaftung und den eigenen eingefallenen Nabel, weigert sie sich zu begreifen, daß der Triumph *negativer Vergesellschaftung*, quasi ex definitione, seinen Abschluß nicht im positiven, reibungslosen Funktionieren des kapitalistischen Systems finden kann, sondern allein in der universellen Krise des wertvermittelten Gesamtverhältnisses. Trotz aller Fingerzeige, die die Empirie liefert, fabulieren sie sich eine friedliche Einheit im Gelde zurecht, die nur einige fest umrissene Gruppen von Verlierern ausspart. Die moralische Klage über die Hungertoten in der Dritten Welt, das dumme Gewäsch von der "Zweidrittelgesellschaft" hierzulande, die auf dem Rükken eines ausgegrenzten Armutsdrittels angeblich wachsen und blühen soll, geht am Wesentlichen vorbei. Die Akkumulation abstrakter Arbeitsverausgabung konstituiert kein in sich stabiles System, die Herrschaft der Verwertungslogik läuft auf eine schreiende contradictio in adjecto hinaus, die sich früher oder später ad absurdum führen muß. Die Form indirekter Vergesellschaftung durch die Geldbeziehung wird angesichts der unmittelbaren real-stofflichen Vergesellschaftung, die sich in der kapitalistischen Hülle vollzieht, unhaltbar. Die Herrschaft der abstrakten, zum prozessierenden Selbstzweck avancierten Geldform kollidiert unweigerlich mit dem konkret-stofflichen Inhalt, den sie bei der Verfolgung ihres borniert-tautologischen Ziels, der Verwertung des Werts, in Bewegung setzt. Die fetischistische Anhäufung toter Arbeit tritt auf dem modernen, von der Mikroeletronik bestimmten Produktivkraftniveau eine Lawine an menschlichen Potenzen und gesellschaftlichen Bezügen los, die alle Prinzipien abstrakter Vergesellschaftung unter sich begraben muß. Das Universalwerden gesellschaftlicher Vernetzung verlangt bei Strafe der Selbstvernichtung die direkte Organisierung dieses Zusammenhangs. Die Wertvergesellschaftung als die Verallgemeinerung indirekter, versachlicht vermittelter Gesellschaftlichkeit ent-

puppt sich daher mit ihrem Fortschreiten immer deutlicher als ihr eigener lebendiger Widerspruch. Die Vollendung der bürgerlichen Form ist identisch mit ihrem Zusammenbruch.

Die bürgerliche Gesellschaft kann nicht selbstzufrieden aus sich heraus leben, sie kann nur existieren, solange sie noch nicht bei sich angekommen ist. Die Genesis des Kapitals (1) als einer transitorischen Formation ist gleichbedeutend mit der Durchvergesellschaftung aller menschlichen Lebensbereiche. Sie kann diese Entwicklung aber nicht unbegrenzt fortsetzen, ohne über sich selbst hinauszutreiben. Der Wert als das automatische Subjekt kann nur existieren, indem er seinen Herrschaftsbereich durch die Umwandlung vor- und frühkapitalistischen Materials ausdehnt. Die bürgerliche Gesellschaft überwindet einstweilen ihre inneren Widersprüche, indem sie sie in eine die eigenen Vorformen verschlingende Expansionsbewegung übersetzt. Sobald die bürgerliche Form aber allein auf sich gestellt weiterbestehen soll, ist sie am Ende, und all ihre Emanationen geben nacheinander den Geist auf (2). Rosa Luxemburg's Gedanke, daß die Lebensfähigkeit des Kapitalverhältnisses vom Fortbestand eines außerkapitalistischen Milieus abhängt und das Kapital mit dessen Durchdringung zielstrebig auf seine Selbstzerstörung hinarbeitet, bewahrheitet sich zu guter letzt doch noch. Er trifft den Kern der Sache, allerdings in einem anderen, viel allgemeineren Sinn als es die Urheberin vor 80 Jahren ahnen konnte.

(1) Die Genesis des Kapitals fällt nicht in eine dunkle Vorgeschichte dieser Produktionsweise, etwa in die Zeit der ursprünglichen Akkumulation, sie umfaßt die gesamte Geschichte dieser Produktionsweise bis in die Gegenwart. Jede Sicht, die von einem statischen Kapitalbegriff ausgeht und ein seit dem 19. Jahrhundert weitgehend fertig ausgebildetes Wesen voraussetzt, das nur in sich ablösenden Varianten in Erscheinung tritt, verfehlt nachhaltig die Dynamik des historischen Prozesses.

(2) Dieser Zusammenhang wiederholt sich auf den verschiedensten Ebenen. Was die unmittelbare Wertproduktion angeht, so haben R.K. und ich diesen Zusammenhang in der "MK" 6 in den Artikeln "Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff" und "Staatskonsum und Staatsbankrott" bereits ausführlich dargestellt. Aber nicht nur in der Produktion der gesellschaftlichen Wertmasse erweist sich das logische Endstadium bürgerlicher Entwicklung als unhaltbarer Zustand. Für sämtliche Emanationen der Wertform gilt: Ihre reine unverfälschte Herstellung fällt unweigerlich mit ihrem Tod zusammen. Die abstrakte Geldmonade etwa, kann sich gar nicht zur vollendeten Realität aufschwingen. Sie ist als inhaltsleeres Wesen auf Sinnstiftungsanleihen angewiesen, die sie aber nicht aus sich selber schöpfen kann. Als Aasfresser lebt sie von vorgefundenem älteren Material. Nicht zufällig hecheln die Moden ein um das andere mal die Vergangenheit neu durch. Bei immer knapper werdendem Fundus muß die Ernährung mittlerweile bereits weitgehend auf den Verzehr von Exkrementen umgestellt werden. Das logische Ende vom Lied ist klar. Genauso wie Vampire vom Erdball verschwinden, sobald sie dem letzten lebenden Wesen den letzten Tropfen Blut ausgesaugt haben, genauso zerreißt es die abstrakte Geldindividualität unweigerlich, sobald sie mit sich allein gelassen ist.

Die Einheit in der Unterwerfung unter die bürgerliche Form enthüllt sich negativ als universeller Krisenprozeß. Die hinter dem Rücken der Protagonisten zur alles umgreifenden Totalität heranreifende bürgerliche Vergesellschaftung wird erst in ihrem Zerfall als solche sichtbar. Die Vollendung der bürgerlichen Form reißt alle ihr inhärenten Paradoxien unheilbar auf, und die geheime, wertförmige Einheit, die den gesamten in viele Besonderungen aufgespreizten (Politik, Privatleben) gesellschaftlichen Zusammenhang in sich faßt, enthüllt sich in der Form der strukturellen Endkrise.

Diese universelle Dimension unterscheidet die moderne Krise grundsätzlich von all ihren Vorgängern. Die Krisen der Vergangenheit waren punktuell und beschränkt, die Krise, die sich heute zusammenbraut, schlägt nicht nur flächendeckend ein, sie gräbt das gesellschaftliche Terrain von Grund auf um.

4. Vorkapitalistische Krisen und Entwicklungskrisen

Der fehlende Tiefgang der Krisen in vorkapitalistischen Formationen bedarf keiner tiefschürfenden Herleitung. Der Grund hierfür liegt einfach im unentwikkelten Grad von Gesellschatlichkeit. Die Krisen vor der Durchsetzung der Warenproduktion auf breiter Front waren keine gesellschaftlichen Krisen im eigentlichen Sinne. In der präbürgerlichen Phase bildete der gesellschaftliche Zusammenhang nur eine dünne Firnisschicht, während die eigentliche tägliche Reproduktion im Wesentlichen im vorgesellschaftlichen Raum vonstatten ging. Weitgehend selbstgenügsam widmeten sich die unmittelbaren Produzenten unbeeinflußt von allen Wirrungen und Irrungen in den herrschaftlichen Gefilden ihrer ärmlichen Existenzsicherung. Dieser bornierten Lebensweise konnten auch großartige Erschütterungen wie der Zusammenbruch von Großreichen wenig anhaben. Sie waren nicht viel mehr als Oberflächengekräusel auf einem Ozean, während die Fortentwicklung dieser Gesellschaften ganz anderen, weit bedächtigeren Rhythmen folgt. Die ständig drohenden Krisen und Katastrophen erwuchsen nicht so sehr aus den Widersprüchen im gesellschaftlichen Beziehungsgeflecht, sie waren in erster Linie noch der Übermacht der ersten Natur geschuldet. Wo "politische" Einbrüche das vorhandene behäbige Gleichgewicht störten, nahmen sie ihrerseits ebenfalls die Form von Naturkatastrophen an. Die kriegerischen Verwicklungen, die in regelmäßigen Abständen den alltäglichen Reproduktionsprozeß empfindlich störten, unterschieden sich in ihrer Wirkungsweise, vom Standpunkt der breiten Masse aus gesehen, kaum von anderen Naturkatastrophen. Fremde Heerscharen, die einst sengend, brennend und plündernd durchs Land zogen, konnten als Unterrubrik der ersten Natur gelten. Die Invasionen menschlicher Bestien standen für die Zeitgenossen mit dem Einfall von Heuschreckenschwärmen auf einer Stufe. Wenn die Bewohner des Abendlandes

im 10. Jahrhundert von Endzeitvisionen gepackt mit der Jahrtausendwende das Kommen des Antichristen und das Jüngste Gericht erwarteten, so nicht, weil ihnen wie ihren Nachfahren 1000 Jahre später der gesellschaftliche Zusammenhang über den Kopf gewachsen wäre, sondern im Gegenteil, weil sie ihn entbehren mußten. Von der Zentralgewalt im Stich gelassen, waren sie nicht nur regelmäßigen Mißernten und Seuchen schutzlos ausgeliefert, sondern auch den ständigen Raubzügen von Normannen, Sarazenen und Magyaren (1). Epidemien, Ernteausfälle und Barbareneinfälle vermischten sich von alters her zu einer einheitlichen apokalyptischen Kategorie. In all diesen Fällen wurde der Reproduktionsprozeß von einer äußeren unbeherrschten Naturgewalt unterbrochen.

Mit dem allmählichen Aufblühen der bürgerlichen Gesellschaft emanzipieren sich die Krisenszenarien nach und nach von der einst übermächtigen ersten Natur. Erst die Wirtschaftskrisen ab 1856 sind eineindeutig als gesellschaftliche Krisen zu fassen (2). Dieser sich allmählich anbahnende Terrainwechsel, der mit der langwierigen Genesis der bürgerlichen Gesellschaft zusammenfällt, veränderte auch nachhaltig den Stellenwert von Krise. Waren die vorbürgerlichen Krisen nicht viel mehr als die von äußeren Faktoren bedingte Unterbrechung eines an sich selber stabilen Zustands gewesen, so wurden Krisen nun zum dynamischen Entwicklungsmoment. Das Resultat der Krise war nicht länger die Rückkehr zum leicht variierten Status quo, die Krisen verwandelten sich in notwendige Übergangsstadien zwischen aufeinanderfolgenden Etappen in der Entfaltung der Wertvergesellschaftung. Aus bloßen Störungen waren Akzeleratoren geworden, und die Vielzahl einander ablösender krisenhafter Entwicklungen kündeten

(1) Spätestens seit Ecos' "Im Namen der Rose" erfreut sich die Rückbesinnung auf das Mittelalter und das mittelalterliche Lebensgefühl einer gewissen Popularität. Der mit einer wildgewordenen zweiten Natur konfrontierte moderne Mensch scheint Trost bei jenen Weisheiten und Lebenshaltungen zu suchen, die seine Vorfahren in ihrem Ohnmachtsgefühl gegenüber der ungezähmten Naturgewalt vor tausend Jahren entwickelt hatten.

(2) Noch bei der Behandlung der Krise von 1847/48, die schließlich in die Revolution von 1848 mündete, weist Marx ausdrücklich auf die Bedeutung der Mißernten als entscheidendem Ausgangspunkt der Gesamtkrise hin. Auch der französischen Revolution geht eine Häufung ausgesprochen schlechter Ernten voraus. In diesem Sinne verschwindet der Naturfaktor faktisch im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Wenn die Naturschranke als Ökologieproblem heute wieder aufscheint, so produziert sie dieses Licht keineswegs mehr selber. Die Verseuchung der natürlichen Umwelt, die Zerstörung der Lebensgrundlagen ist nicht per se der logische Rückschlag auf die Erweiterung des Stoffwechsels von Mensch und Natur. Sie resultiert daraus, daß der gesellschaftliche Prozeß sich zur zweiten Natur verselbstständigt und aus dem Ruder läuft. Es handelt sich also um eine abgeleitete Ebene der gesellschaftlichen Krise. Das Geldmedium als die zentrale Vermittlungsinstanz abstrakter Gesellschaftlichkeit schließt die Berücksichtigung stofflicher Gesichtspunkte aus, die nicht den Gebrauchswert der zu verkaufenden Waren betreffen. Diese institutionalisierte Ignoranz muß sich rächen.

nicht vom Ende, sondern von der triumphalen Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft. Es bedurfte unter anderem der Gewalt regelmäßiger Wirtschaftskrisen, zweier Weltkriege und dutzender Revolutionen, um endlich das abstrakte Individuum und die universelle Herrschaft geldförmiger Gesellschaftlichkeit freizusetzen. Da sich dieser Prozeß blind hinter dem Rücken der Protagonisten herstellte, hatten die Zeitgenossen, die in diesen Taumel geworfen waren, ab und an das drohende Ende jeder Zivilisation deutlich vor Augen. Trotz aller Schrecken war es aber immer nur der pompöse Untergang einer antediluvianisch gewordenen Vorform, die einer reiferen Variante der bürgerlichen Gesellschaft Platz machen mußte.

5. Das Zusammenbruchstabu

Gestützt auf diese Erfahrung, hoffen die rechten wie linken Liebhaber der bürgerlichen Verkehrsform auch heute auf eine Neuauflage des alten Drehbuchs und wittern hinter dem Krisenhorizont immer bereits prophylaktisch eine neue Variante bürgerlicher Vergesellschaftung. Zwar ist in den neueren Theorieansätzen zum entwickelten Kapitalismus kaum Platz für inhärente Krisen, wenn sich aber die eigentlich überhaupt nicht mehr vorgesehen Störungen dennoch mit einer nur schwerlich zu leugnender Evidenz einstellen, so darf sich dahinter eben nicht mehr verbergen als die Wiederholung einer *aus der Geschichte längst bekannten Konstellation. Die Ökonomen etwa stillen ihre Angst vor einer drohenden Depression neuer Art damit, daß sie in den sich auftürmenden Krisensymptomen nur mehr das stete und immer gleiche Auf und Ab sehen wollen, das plötzlich wieder zum wirtschaftlichen Leben untrennbar dazugehören soll. Statt qualitativer struktureller Veränderungen sehen sie nur den ewig gleichen konjunkturellen Wellenschlag am Werk und freuen sich während der Talfahrt bereits an völlig aus der Luft gegriffenen Aufschwungsvisionen. Nicht zufällig erfreut sich die mit dem empirischen Material im Grunde vollkommen ahistorisch operierende lange-Wellen-Theorie momentan gerade bei den Ökonomen linker Provenienz großer Beliebtheit. Mit der Renaissance dieses Theorems rettet sich die Wirtschaftswissenschaft vor der Zumutung den konkreten und spezifischen Charakter der gegenwärtigen Entwicklung analysieren zu müssen und sichert ihren Rückzug in den Sandkasten zahlenmystischer Betrachtungen. Die besondere neue Qualität kapitalistischer Verwertung auf Grundlage der Mikroelektronik erlischt hier in der Wiederholung des Immergleichen, und ihre die Verhältnisse revolutionierende Potenz löst sich in Wohlgefallen auf. In die Theorie der langen Wellen geht keinerlei begriffliche Anstrengung ein. Hier zelebrieren die Ökonomen nur mehr ihren Hinduglauben an den ständig sich erneuernden Zyklus von Tod und Wiedergeburt, in dem das Kapital zu einem ewigen irdischen Leben ge-

langt. Was den Ökonomen recht ist, ist ihren geisteswissenschaftlichen Kollegen billig. Sie sind sich in ihrer apologetischen Vorgehensweise einig. Kein Argument ist zu dünn, wenn es darum geht, die Tiefendimension der Krise der bürgerlichen Gesellschaft abzuwehren und den realen Problemdruck zumindest phantastisch auf einen in den bürgerlichen Formen handhabbaren Maßstab zurechtschrumpfen zu lassen. Alle Übel dieser Welt sind letzten Endes mit ein bißchen mehr Demokratie und ein bißchen mehr Markt lösbar. Für die fehlende Begründung dieses Dogmas werden als letzter Notanker ersatzweise historische Analogien an den Haaren herbeigezogen. Wo der analytische Zugriff vor einer sich überschlagenden realen Entwicklung versagt, erfolgt beim Blick auf die große historische Perspektive der zielsichere Griff zu diesem letzten empiro-mystizistischen Valium. Weil die bürgerliche Gesellschaft bislang nur Entfaltungskrisen erlebt hat, wird es auch diesmal wieder ein Entwicklungsschub innerhalb der bürgerlichen Form sein, der sich da heute anbahnt. Die Tatsache, daß die bürgerliche Gesellschaft trotz aller Erschütterungen, die sie im Laufe ihrer Geschichte durchgemacht hat, nach wie vor besteht, reicht der abstrakten Geldsubjektivität schließlich aus, um daraus die Garantie ihrer Fortexistenz abzuleiten. Die klassische Weisheit "media vita in morte sumus" kann es sich auf seine alten Tage nicht mehr leisten. Das memento mori, mit dem die revolutionäre Variante bürgerlicher Subjektivität die übrigen unreifen Ware-Geld-Monaden über Jahrzehnte hin schrecken konnte, fällt daher der Amnesie anheim und wird stattdessen von einem seltsam selbstvergessenen Selbstbewußtsein abgelöst. Das neue heimliche Credo lautet ebenso bündig wie kurzschlüssig: Wer lebt, der kann auch nicht sterben. Der Nachfolger des Kapitalismus kann nur wieder ein erneuerter Kapitalismus sein. Wenn auch der Zusammenbruch des einstigen Ostblocks und der Weltmarktcrash nicht mehr vermieden werden können, am Ende aller Umbrüche wird die bürgerliche Gesellschaft dem Jungbrunnen entsteigen und uns mit straffer Haut und strammer Brust entgegenlächeln. Durch diesen apologetischen Wahrnehmungsfilter hindurch erscheint das blutig qualvolle Sterben der Geldsubjektivität in weit freundlicherem Licht. Unter ideologischem Drogeneinfluß verwandelt es sich in ein, leider mit gewissen Schmerzen verbundenes, frohes Ereignis. Hinter dem langgezogenen Todesröcheln der alten Gesellschaft vermuten die solchermaßen präparierten Ohren Wehen, und überall versuchen sie gewaltsam aus dem Stöhnen den ersten Schrei des Wiedergeborenen herauszuhören.

Das angestrengte Lauschen weistan sich auf etwas Richtiges hin. Die strukturelle Krise der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet nicht das Ende aller Zeiten und den zwangsläufigen Untergang der Menschheit in Elend und Selbstzerstörung. Im allgemeinen Krisengewirr zeichnen sich tatsächlich die Umrisse eines neuen Gesellschaftsmodells ab, das die weltzerreißenden Widersprüche aufheben könnte. Die Krise, konkret bestimmt, verweist auch auf ihre Auflösung, und in diesem Sinne hat die beruhigende Geburtsmetapher einiges für sich. Aller-

dings kann der zu erwartende Sprößling keineswegs den Vorstellungen entsprechen, die sich die eilfertigen Taufpaten machen. Statt zu einer Renaissance des Systems abstrakter Arbeitsverausgabung unter dem Titel "ökologisch orientierte Marktwirtschaft auf mikroelektronischer Grundlage", kann auf dem modernen Produktivkraftniveau nur der Sprung weg von der Geld- und Warenform hin zu einer funktionstüchtigen gesellschaftlichen Vermittlung führen. Die neue Gesellschaftsformation, die aus den Wirrungen unserer Epoche einzig und allein hervorgehen kann, wird nicht Fleisch vom Fleisch ihrer Vorgängerin sein, und ihr Entstehen setzt den Tod der Leihmutter voraus. Die Krise des Werts und seiner Emanationen läßt sich innerhalb seiner Formen nur zeitweilig verwalten, nicht -- auffangen. Baron Münchhausen wird bei dem Versuch, sich am eigenen Schopfe aus dem Sumpf zu ziehen, scheitern. Die strukturelle Krise, die von der Keimzelle aus, der Warenform nämlich, die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Totalität beutelt, verweist ex negativo auf eine postbürgerliche, sprich kommunistische Gesellschaft, die jenseits von Wert, Geld, Staat und abstrakter Privatheit den gesellschaftlichen Stoffwechsel organisiert und sich aneignet. Nichts klingt in den Ohren der Zeitgeistvertreter so absonderlich wie diese Sichtweise. Der Gedanke, die bürgerliche Reproduktionsform könne auf ihren logischen und historischen Zusammenbruch hinsteuern, ist Tabu. Das hysterische Lachen, mit dem die akademische Linke unisono diese Perspektive von sich weist, spricht Bände. Vom möglichen Weltuntergang darf jeder nach Herzenslust fabulieren ohne Anstoß zu erregen; es kommt aber einem Anschlag auf Anstand und Sitte gleich, die Unhaltbarkeit der bürgerlichen Vergesellschaftungsform zu diagnostizieren und ihre mögliche Aufhebung zu proklamieren. Jeder, der auch nur in den Geruch kommt Zusammenbruchsvorstellungen zu vertreten, wird im linken universitären Milieu wie ein Exhibitionist behandelt. Man wahrt die eigene Moral und schaut, innerlich empört, verkrampft weg. Jede Scharlatanerie läßt das universitäre anything goes durchgehen, nur der Versuch, über die bürgerliche Form hinauszudenken, gilt als Verstoß gegen den pluralistischen Konsens und führt unnachsichtig zum Ausschluß vom laufenden Diskurs. Dieses immer schon prophylaktisch erhobene Denkverbot weist im Umkehrschluß allerdings zielsicher den Weg zur Themenmelodie der nächsten Jahrzehnte. Das mit Gewalt Weggeschobene kehrt unbarmherzig zurück. Die reale Entwicklung wird gerade das Tabuisierte trotz aller allergischer Reaktionen ins Zentrum rücken und den linken Beobachern aufherrschen. Auf dem Spielplan der Geschichte steht eben genau das, was nicht sein kann, weil es nicht sein darf: das Ende warenförmiger Reproduktion überhaupt. Alle exorzistischen Übungen werden dieses Geschick zwar wegleugnen, aber nicht aufhalten können. Genausowenig wie die Anstrengungen der heiligen Inquisition dazu in der Lage waren, die Erde wieder in den Mittelpunkt des Universums zu rücken, so wenig wird es deren pluralistischen Nachfolgern gelingen, den Einsturz des bürgerlichen Himmelsgewölbes zu verhindern. Auch wenn im

Speisesaal der Titanic die betuchten Fahrgäste ihre Sektgläser noch zu einem Toast auf das glorreiche unsinkbare Schiff erheben, von Deck aus sind die Umrisse des Eisbergs deutlich auszumachen, an dem die Reise ihr tragisches Ende finden wird. Wie hinter jedem Tabu steht auch hinter der irrationalen Ablehnung jeder Zusammenbruchsvorstellung nackte Angst. Die Abgrenzung fällt nur deshalb so rigoros aus, weil sie auf massiver Verdrängung beruht. Wie selten zuvor herrscht heute in allen Bereichen einer unübersichtlich gewordenen Gesellschaft Verunsicherung. Diese Verunsicherung bestimmt auf ihre Weise auch die Bahnen, denen die Theorieproduktion folgt. Angesichts des gähnenden Abgrunds, der sich unter den Füssen auftut und alles schwankend macht, klammern sich auch die Theorieproduzenten ans Gehabte. So oft geistige Anstrengungen sich über das Niveau empirischer Studien erhebt, Konzeptionen erstellt und Zusammenhang stiften will, gerät sie folglich in den Sog kollektiver Abwehrarbeit.

Die bürgerlichen Vorfahren hatten in jeder Entwicklungskrise das drohende Ende der Zivilsation oder zumindest ihrer bürgerlichen Variante vor Augen und sahen die Welt in regelmäßigen Abständen schon im Meer der Barbarei versinken (1). Ihre postmodernen Nachfahren stellen heute angesichts des sich vollziehenden Zusammenbruchs der warenproduzierenden Gesellschaften Abbild und Wirklichkeit wiederum spiegelverkehrt, aber anders herum, auf den Kopf. Die Geldmonaden deuten voller Vertrauen in die göttliche Vorsehung das beginnende große Sterben als eine für die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft harmlose Zwischenkrise und setzen apriori ganz selbstverständlich all ihre Hoffnungen auf ein neues Modell kapitalistischer Reproduktion.

Dieser Wunschtraum hypostasiert nicht nur ganz umstandslos die historischen Erfahrung einer bestimmten, verflossenen Epoche und verlängert sie einfach in die Zukunft, er lebt dabei auch noch von einer eigenwilligen finalistischen Verkehrung der historischen Perspektive. Ausgerechnet diejenigen, die alles, was nur im entferntesten nach geschichtsphilosophischer Teleologie klingt, gewohnheitsmäßig geißeln, fallen mit ihrem ganz selbstverständlich unterstellten Paradigma eines sich stets wandelnden, dabei aber sich beständig erneuernden Kapitalismus auf eine primitve, zirkuläre Variante teleologischen Denkens zurück. Das Credo ist einfach. Das Ziel ist der Ausgangspunkt in Ewigkeit, Amen. Die bürgerliche Entwicklung erschöpft sich in der permanenten Reproduktion der bürgerlichen Form. Ihr Sinn und Zweck ist die Selbsterhaltung der durch die Waren vermittelten Vergesellschaftung. Mit diesem Raster ist einem subjektlosen ungerichteten Entwicklungsprozeß allerdings aus den gleichen Gründen nicht gerecht zu werden, wie mit dem fortschrittsgläubigen Optimismus, der uns aus der Geschichte des Marxismus vertraut ist. Der Versuch, sich des Resultats des hi-

(1) Das gilt gleichermaßen für den rechten, kulturkritischen Flügel bürgerlichen Denkens wie für die Linke. Die Sozialisten haben in beiden Weltkriegskrisen die Alternative "Sozialismus oder Barbarei" bis zum Exzeß beschworen.

storischen Prozesses apriori zu vergewissern, scheitert auch in der gegenüber der bürgerlichen Form offen apologetischen Variante daran, daß sich der Progreß der Wertvergesellschaftung nach keinem vorgegebenen Plan vollzieht, sondern sich als blinde Resultante herstellt. So etwas wie Sinnhaftigkeit zeichnet sich im Prozeß fortschreitender Versachlichung jeweils erst a posteriori ab. Es ist das Privileg des nachgeborenen Betrachters, sie im *nachhinein* aufzuspüren. Solange der historische Fortschritt an die Entwicklung versachlichter Verhältnisse gekoppelt ist, bleibt sein Inhalt den Zeitgenossen und kämpfenden Protagonisten notwendig verborgen. Was immer bürgerliche Subjektivität an Plänen entwerfen und an akuten Frontlinien zwischen den miteinander kämpfenden gesellschaftlichen Kräften beobachten mag, das historische Endergebnis dementiert energisch all die vorangegangen Vorstellungen. Das gilt gleichermaßen für die unmittelbaren Akteure wie die Theoretiker, die in den Aporien der Warenproduktion herumirren. Die Fähigkeit, die reale Entwicklung im Kopf vorwegzunehmen, setzt den Bruch mit der Herrschaft des Objektiven, den Übergang vom abstrakten zum konkreten, in sich reflektierten Wollen voraus. Subjektives Wollen und reale Funktion, Selbstbewußtsein und intentionales Handeln finden nur dort praktisch zusammen, wo der Versachlichungszusammenhang aufreißt und nicht nur konstituierte, marionettenhafte, sondern selbstbewußte Subjektivität freisetzt.

Die Theorie geht auf dem Weg von der geldförmig konstituierten und zur zweiten Natur verselbständigten Gesellschaftlichkeit hin zur direkten Aneignung der entwickelten gesellschaftlichen Beziehungen voran. Sie erreicht das neue Ufer bewußter Gesellschaftlichkeit vor der umwälzenden Praxis und wird zur antizipierenden Kraft. Die aus der Analyse des Fetischzusammenhangs erwachsende prognostische Leistung ist dabei aber unauflöslich an die kritische Funktion der Theorie gebunden. Der erste Akt bewußter Gesellschaftlichkeit kann nur negativ-abgrenzend bestimmt sein und besteht in der theoretischen Durchdringung des pathalogische Züge annehmenden warenförmigen Gesellschaftszustandes. Die Erkenntnis der Wirklichkeit und die radikale Kritik dieser versachlichten Verhältnisse fallen in Eins. Der Wert als das entdeckte geheime automatische Subjekt läßt sich nicht apologetisch besingen, er enthüllt sich nur in der Analyse seiner Unhaltbarkeit. Die relative historische Berechtigung, die die Wertkritik ihrem Gegenstand zubilligt, gilt daher immer nur für die Vergangenheit, nicht für Zukunft und Gegenwart. In gewissem Sinne behält die alte Hegelsche Sichtweise, die die Erkenntnis in ihrer Totalität an den Blick zurück koppelt, recht. Die Eule der Minerva fliegt wirklich erst in der Abenddämmerung am Ende der Zeiten. Allerdings, was da zu Ende geht und damit erst im nachhinein intelligibel wird, ist realiter nicht die erlöschende Geschichte überhaupt, sondern lediglich die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, oder, um mit Marx zu reden, die "menschliche Vorgeschichte". Die alte Eule der Minerva Hegels erweist sich bei näherer Betrachtung als ausgesprochen janusköpfig. Sie verweist nicht nur auf

das Ausglühen einer Epoche, sie kündet im gleichen Atemzug auch vom Beginn einer neuen, transbürgerlichen Ära. Sie willigt nicht versöhnt in die gewordene Form ein, sondern erklärt ihr den Krieg.

Dieser *logische* Status von analytischer Durchdringung und radikaler Kritik aller Varianten der bürgerlichen Gesellschaft gibt gleichzeitig den *historischen* Ort an, an dem das mit ihrer fundamentalen Kritik identische theoretische Verständnis der bürgerlichen Form allein keimen und Wurzeln schlagen kann (1). Die Kritik der bürgerlichen Form als solcher fällt auf unfruchtbaren Boden, solange sie kein adäquates Pendant in der empirischen Wirklichkeit findet, Während der Aufstiegsphase der bürgerlichen Gesellschaft, im Kampf für die Durchsetzung und Verallgemeinerung wertförmiger Reproduktion gegen den zähen Widerstand vor- und frühbürgerlicher Verhältnisse, konnte die Fundamentalkritik der bürgerlichen Kategorien immer nur als abgedrehte, für den Eingriff in die gesellschaftliche Praxis völlig irrelevante theoretische Spitzfindigkeit erscheinen. Statt in der Auseinandersetzung mit den praktisch anstehenden Aufgaben sich zu konkretisieren und virulent zu werden, ließ sich die Kritik der bürgerlichen Form selber auf dieser Ebene nicht einlösen und fiel der Verflachung und schließlich dem Vergessen anheim. Das Schicksal der Marxschen Fetischismuskritik, das völlig Desinteresse an ihr in allen historischen Sozialismusdebatten, geben dafür ein beredetes Zeugnis ab. Solange sich die Wertvergesellschaftung auf dem Vormarsch befindet, bleibt die Widersinnigkeit ungesellschaftlicher Vergesellschaftung im wohligen Dunkel. Was logisch immer schon auf eine contradictio in adjecto hinausläuft, gilt den Zeitgenossen durch die Bank als vollkommen natürliche Form, und jedes Denken, das auf die bewußte Aneignung der eigenen Gesellschaftlichkeit hinaus will, verfängt sich unweigerlich in den nicht hintergehbaren Aporien der Warenproduktion. Die Sozialisten jeder Couleur operierten bei ihren theoretischen und praktischen Versuchen, den gesellschaftlichen Zusammenhang in den Griff zu bekommen, ganz in diesem Sinne und gingen daher völlig selbstverständlich positiv mit den diversen Emanationen der Wertform um statt gegen die Realkategorien abstrakter Arbeitsverausgabung anzudenken. Sie nahmen bereits die regulierenden Eingriffe des Staates naiv als Überwindung des gesellschaftlichen Wildwuchses und identifizierten blauäugig bewußte Gesellschaftlichkeit mit der politischen Form, ohne dabei auch nur einen Gedanken auf die Konstitutionsbedingungen zu verschwenden.

(1) Gepflanzt hat das Samenkorn allerdings bereits Marx mit seiner Kritik der politischen Ökonomie, die sich um die Fetischismusanalyse zentriert. In seiner Zeit konnte es allerdings nicht aufgehen. Historisch wirksam wurde immer nur der soziologistisch verbogene Arbeiterbewegungs-Marx. Seine Kritik von Verdinglichung dagegen fand in der Rezeption keinerlei Anklang. Soweit sie in den hundert Jahren nach seinem Tod überhaupt zur Kenntnis genommen wurde, wurde sie "philosophisch", also auf dem Niveau des jungen Marx, und damit vollkommen entschärft wahrgenommen.

Diese Konstellation ändert sich erst dann, wenn sich die Expansionsbewegung des Werts erschöpft hat, und diese Vergesellschaftungsform an ihre objektive Schranke stößt. In der strukturellen Krise, in der die Selbstbewegung des Kapitals versackt, blamiert sich auch das hochgepriesene politische Instrumentarium, und so wird die Absurdität jeder Planung des Unplanbaren endlich auch sicht- und begreifbar. Der Kollaps der Basis des Verwertungsprozesses zieht letztendlich auch dessen abgeleitete Ebenen in die Misere hinein und enthüllt das bürgerliche Gesamtverhältnis als einen einzigen gigantischen Selbstwiderspruch. In der Dynamik des historischen Prozesses war der Zauberlehrling zwar nie Souverän, er konnte sich aber zeitweilig als solcher fühlen. Solange die fremden Kräfte, die den politischen Willen erzeugen und schieben, ihn nicht wie eine Fliege an der Wand zerdrückten, konnten die Apologeten der Politikillusionen noch in Selbstzufriedenheit schwelgen und sich nur über die ins Riesenhafte gewachsenen Fähigkeiten des "politischen Faktors" wundern. Der nach 40 Jahren Boom tief eingegrabene Irrglaube an die Allmacht politischer Regulationsmechanismen lebt allein von diesem Mißverständnis. Er bricht in sich zusammen, sobald die Selbstbewegung des Werts ihrer inhärenten Logik folgend aus dem Ruder läuft, und all die wundersamen staatlichen und geldpolitischen Steuerungsmittel, egal welcher Kurs verfolgt wird, daran nichts ändern können. Mit dem Auslaufen der Entfaltung des Wertverhältnisses und dem Übergang zur struktureller Krise öffnet sich erst am Ende der bürgerlichen Ära der Raum zur Entwicklung einer radikalen Kritik der bürgerlichen Form selber. Kritik und Krise der Form erweisen sich nicht nur sprachgeschichtlich als zusammengehörig (aus dem Griechischen: krisis = Entscheidung, auch Unterscheidung, von krinein = sich entscheiden, prüfen, von daher auch "Kritik"). Der Gedanke der Aufhebung von Wert, Ware und Demokratie schwebt nicht frei in Raum und Zeit, um sich zufällig einmal zu materialisieren. Der entscheidende konsequente Schritt über die geldvermittelte Gesellschaftlichkeit hinaus wird erst dann denkmöglich, wenn die bürgerliche Gesellschaft ihren Zenit überschritten hat und das Scheitern aller Versuche, wertimmanent den gesellschaftlichen Stoffwechsel menschlicher oder gar sozialistisch zu organisieren, offensichtlich zu Tage tritt. In diesem Sinne ist die Genesis revolutionärer Theorie kein Geschenk des Himmels, sie ist selber ein Moment der objektiven Krise der bürgerlichen Formation. Die Krisenepoche bringt nicht nur zu guter letzt die praktischen Totengräber des Kapitalverhältnisses hervor, sie zeugt vorab erst einmal auch jene Menschen, die Sterbeurkunden ausstellen und Grabreden schreiben, noch bevor die teure Verblichene endgültig in die Grube fährt.

Der antizipierenden Kraft der revolutionären Kritik der bürgerlichen Grundformen hat das bürgerliche Denken in all seinen Spielformen nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Es kann, wo es einigermaßen ehrlich ist, nur Agnostizismus predigen, oder sich zum Glaubensbekenntnis versteifen. Alle Bil-

der von einer künftigen bürgerlichen Gesellschaft können nur in der Sphäre des geschichtsphilosophisch angehauchten Ungefähren überleben. Um nicht sofort in sich zusammenzufallen, müssen sie den Kontakt zur empirischen Wirklichkeit und die Realanalyse meiden wie der Teufel das Weihwasser (1). Die Hoffnung auf die Überlebensfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft bleibt argumentativ ungedeckt und verkommt zur reinen Glaubenssache. Den Apologeten steht lediglich die Alternative offen, entweder dem Stoff rücksichtslos Gewalt anzutun, oder sich traumtänzerisch über ihn zu erheben.

6. Wachstumskrisen und strukturelle Krise

Wenn sich die linken und rechten Apologeten der bürgerlichen Gesellschaft über die beängstigenden Zukunftsperspektiven damit hinwegtrösten, daß sie einen Parallelismus zwischen den gegenwärtigen Friktionen und den historischen Krisen konstruieren, so fällt dieses Bemühen für gewöhnlich in die zweite der genannten Kategorien. Sie leiten ihre Identifizierung der gegenwärtigen Schwierigkeiten mit den historischen Wachstumskrisen nicht realanalytisch her, die unterstellte Analogie bleibt schlicht und einfach paradigmatisches Postulat. Bevor auch nur ein Gedanke auf die spezifischen Merkmale unserer Epoche verschwendet wird, steht das Resultat schon fest. Die moderne Krise kann und darf keinen grundsätzlich anderen Charakter haben als ihre Vorgänger, weil sich der Gedanke an eine andere Auflösung der sich abzeichenden gesellschaftlichen Verwerfungen als die Erneuerung bürgerlicher Herrschaft von selbst verbietet. Da die Möglichkeit einer postbürgerlichen Gesellschaft, jenseits von Geld, Staat und abstrakter Privatheit bei allem Gesäusel von "konkreter Utopie" auch der geläuterten Linken längst als abstruse Denkunmöglichkeit gilt, bleibt nur die Wahl zwischen nackter Verzweiflung und der Hoffnung auf die Erneuerung der bürgerlichen Errungenschaften durch den Krisenprozeß hindurch. Dabei springt schon phänomenologisch die Einzigartigkeit der heutigen Konstellation ins Auge, die sie grundsätzlich von den verflossenen Durchsetzungskrisen abhebt.

(1) Besonders krass tritt uns das völlige Abheben von der Wirklichkeit in der gerade im Schwange befindlichen Euphorie entgegen, mit der die vereinigten Demokratisierungsideologen die osteuropäische Entwicklung feiern. Die Demokraten können nur die Sektgläser erheben, weil sie die ökonomische Grundlagen ignorieren. Naiv gehen sie davon aus, daß die wirtschaftlichen Fundamente einer funktionierenden pluralistischen Demokratie sich aposteriori schon noch nachschieben lassen, wenn erst einmal die Demokratisierung auf volle Touren kommt. Die Ärmsten begreifen einfach nicht, daß derselbe Prozeß, der die Sowjetunion und ihre Brüdervölker in den Bankrott und den Realsozialismus zur bedingungslosen Kapitulation getrieben hat, von vornherein auch die Errichtung einer funktionierenden alternativen Ökonomie verunmöglicht. Das demokratische Arkadien osteuropäische Provinienz kann nur ein Wolkenkuckucksheim bleiben.

Trotz aller Differenzen zeichnen sich die Krisen, die die bürgerliche Gesellschaft in der Vergangenheit durchgemacht hat, durch einige gemeinsame Grundzüge aus, welche sie klar von der gegenwärtigen Umbruchssituation unterscheiden (1). Die diversen Wachstumskrisen, die die Entfaltung der bürgerlichen Form begleiteten, waren beschränkt, die Endkrise dieses Vergesellschaftungstypus muß als Krise der Grundformen universellen Charkater annehmen. Die Ausdehnung innerhalb der bürgerlichen Form erfolgte schubweise. Ihre großen Durchbruchphasen erfaßten nicht alle Dimensionen des bürgerlichen Universums gleichzeitig, jede von ihnen hatte ihre besondere Spitze. Auch die tiefer gehenden Durchsetzungskrisen lassen sich durch ein Attribut genauer bestimmen und ordnen sich um eine Themamelodie. Der Gründerkrach und die Krise von 1929 sind eindeutig als Wirtschaftskrisen auszumachen, die politisch-militärischen Einschnitte 1917-1919 und 1945 hatten zwar auch wirtschaftliche und soziale Implikationen, das Epizentrum ist aber hier unschwer zu verorten. Selbst noch die Kulturrevolution im Gefolge der 68er Bewegung blieb in diesem Sinne eingezirkelt. Ihr zentraler Gegenstand war die Umwälzung anachronistischer politischer Formen und des Privatlebens (sexuelle Revolution), außerhalb dieses Bereiches wurde sie nur vermittelt wirksam. Diese thematische Zentrierung in den klassischen Wachstumskrisen korrespondiert mit deren beschränktem wertimmanenten Charakter. Die historischen Krisen der bürgerlichen Gesellschaft waren in ihrer Dramaturgie auf ein beschränktes Teilmotiv ausgerichtet, weil es sich bei ihnen um Binnenkonflikte innerhalb eines sich herstellenden Kontinuums handelte und nicht um die Auflösung des Kontinuums selber. Ganz abstrakt läßt sich sagen, daß die bürgerliche Gesellschaft regelmäßig dann in Krisen geriet, wenn unter dem Druck der fortschreitenden Expansion von Verwertung und Versachlichung die anacronistisch gewordene Fassung des bürgerlichen Kosmos an ihrer jeweils schwächsten und zurückgebliebensten Stelle riß. Die entsehenden Konvulsionen lösten sich auf, indem die Wertvergesellschaftung an der Bruchstelle neue Emanationen ausdifferenzierte. Das Resultat des Prozesses war die Ausdehnung des Herrschaftsbereichs des automatischen Subjekts. Die bürgerliche Welt setzte sich um dieser Erwerbungen vervollständigt neu zusammen. Der Zuwachs warf zwar die bisherige Gewichtung innerhalb der die bürgerliche

(o1) Die Zentrierung um ein innerhalb des sich aufspreizenden bürgerlichen Kosmos angesiedeltes Thema gilt allerdings noch nicht für die Krisen des 18. Jahrhunderts, einschließlich der französischen Revolution. Dieser Umstand resultiert einfach daraus, daß es sich bei diesen historischen Einschnitten gar nicht um genuin bürgerliche Krisen handelte. Sie begannen nicht bereits mit der Hegemonie der bürgerlichen Form, sondern stellten deren ersten noch unvollkommenen Triumph erst her. Das Unspezifische an der Krise, ihre Multipolarität, resultiert daraus, daß ihr Inhalt im Zerfall eines in wesentlichen Zügen noch feudal strukturierten Ancien Regime bestand. Analoges gilt auch für die englische Entwicklung bis zur "glorious revolution" von 1688/89.

Form charakterisierenden Dichotomien über den Haufen, er stellte die herrschenden Dualismen selber aber keineswegs in Frage, sondern reproduzierte sie nur auf erweiterter Stufenleiter. Während die moderne strukturelle Krise alle Emanationen wertförmiger Vergesellschaftung gleichermaßen obsolet macht und alle gesellschaftlichen Sphären zum Offenbarungseid zwingt, standen in den Wachstumskrisen nur die Rollenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft, die Abgrenzung von abstrakter Freiheit und abstraktem Recht, die soziale Rangordnung von Kapital und Arbeit zur Disposition, nicht aber das diese Dualismen umgreifende Gesamtverhältnis selber (1). Sie mußten als ebenso unhintergehbar wie selbstverständlich erscheinen und bildeten die feste Burg im Meer der Friktionen und plötzlichen Wendungen. Entsprechend klar und eindeutig bestimmt erschienen auch die Frontlinien an der Oberfläche des gesellschaftlichen Prozesses.

Die gesamte für das bürgerliche Subjekt heimelige Konstellation löst sich gründlich auf, und alle überkommenen Lösungsmechanismen verheddern sich in Absurditäten, sobald in den Krisen nicht mehr das Fortschreiten der Wertvergesellschaftung auf der Tagesordnung steht, sondern Krise zum Synonym für den Kollaps der bürgerlichen Form selber wird. Phänomenologisch macht sich diese grundlegende Veränderung im Krisenszenario beim Übergang zur strukturellen Krise als Entkernung und neue Unübersichtlichkeit bemerkbar. Wenn der Erdbebenherd nicht länger dort zu suchen ist, wo der Siegeszug wertförmiger Subjektivität an anachronistische Vorfomen stößt, sie gewaltsam brechen muß, um sie dem eigenen Bilde gemäß umzuformen, sondern er ins unterirdische Zentrum des Planeten rutscht, dann läßt sich an der Oberfläche des gesellschaftlichen Prozesses auch kein einzelnes Epizentrum mehr ausmachen. Wird die Wertform als der geheime Dreh- und Angelpunkt der herrschenden Vergesellschaftungsform obsolet, so kann förderhin jeder Punkt auf der Oberfläche des gesellschaftlichen Prozesses gleichermaßen als Epizentrum gelten. Im Gegensatz zu den vielen gesonderten Krisen auf dem Weg zur bürgerlichen Form ist daher die Endkrise der Wertvergesellschaftung als die Krise der bürgerlichen Grundformen universell und allgegenwärtig. Sie schlägt in jedem Einzelbereich eines in viele gesonderten Sphären aufgespreizten gesellschaftlichen Zusammenhangs durch und erreicht so eine bis dato ungeahnte Tiefendimension.

Diese Veränderung bestimmt natürlich auch nachhaltig die Wahrnehmungsweise der dem krisenhaften Prozeß unterworfenen Individuen. Solange die gesellschaftlichen Friktionen sich innerhalb der die bürgerliche Gesellschaft charakterisierenden Dichotomien bewegten, fiel es dem sich herausschälenden bürgerlichen Individuum nicht schwer, sich auch im Umbruch artgerecht zurechtzu-

(1) Die geneigte Leserschaft mag die etwas chiffrenhafte Darstellungsweise entschuldigen. Aber auch nur ein Durchzug durch die realen historischen Krisen, der sich auf die gröbsten Linien beschränken würde, müßte den Rahmen dieses Aufsatzes hoffnungslos sprengen.

finden. Die Protagonisten machten sich zwar jeweils zu kurz greifende Vorstellungen von alledem, was sich unter ihren Augen vollzog, mit der realen historischen Bewegung bildeten sich aber auch die ideologischen Maßstäbe heraus, mit deren Hilfe sie sich selbst in der dynamisierten Entwicklung orientieren konnten. Das ideologische Bewußtsein stieß zwar nicht zum Verständnis der ablaufenden Entwicklung vor, es war aber immerhin eine adäquate Hülle und genügte dem Bedürfnis nach Sinnstiftung und Standpunktbestimmung. Der Kampf zwischen Faschismus und Demokratie stellte die Zeitgenossen ebenso vor eine klare und eindeutige Wahl wie die Auseinandersetzung zwischen sozialistischer Arbeitermacht und Bürgertum. Es ging in diesen Fällen nur darum, im vertrauten Spannungsfeld zwischen Individuum und Kollektiv Stellung zu beziehen. Eine solche Aufgabe bleibt im Horizont bürgerlichen Bewußtseins und ist innerhalb der bürgerlichen Denkformen zu bewältigen.

7. Strukturelle Krise und ideologische Krise

Mit jedem Anflug von Klarheit ist es heute vorbei, und wo immer sie in der bürgerlichen Form wiederzuerstehen scheint, handelt es sich bei näherem Hinsehen nur um Fieberträume. Unsere Zeitgenossen stehen völlig verwirrt und orientierungslos vor der Undurchsichtigkeit des Gesamtprozesses. Die Krise der Form sprengt auch die bürgerlichen Denkformen und läßt die Subjektmonade ratlos und restlos überfordert zurück. Die Krise der Form höhlt die tradierten Dichotomien von innen her aus und die Ware-Geld-Subjektivität wirft sich von Alpträumen geschüttelt von der einen zur anderen Seite ihres Instrumentariums, ohne einen Ausweg finden zu können. Gegen die Allmacht des Staates ruft es die Gesellschaft an. Wo die Gesellschaft versagt, soll der Staat ersatzweise in die Bresche springen. Wenn der längst vergesellschaftete Stoffwechsel mit der Natur irrsinnige Resultate ausstößt, soll die Beschwörung der Verantwortung des Einzelnen Abhilfe schaffen. Gegen das ungebremste und rücksichtslose Profitinteresse der Konzerne müssen gesetzgeberische Maßnahmen her. Obwohl es längst ein Allgemeinplatz geworden ist, daß der auswuchernde Paragraphendschungel genauso Symptom für ein gestörtes gesellschaftliches Gleichgewicht ist wie die Ausbreitung von Algenteppichen den biologischen Tod von Nordsee und Adria ankündigt, fällt der abstrakten Subjektmonade in ihrer Verzweiflung keine andere Zuflucht ein, als die Verwandlung der Natur in ein freies und gleichberechtigtes Rechtssubjekt einzuklagen. Zu einer halbwegs, auch nur im unmittelbaren Sinne realitätstüchtigen Orientierung kommt sie auf diese Weise natürlich nicht mehr. Während die ideologische Sphäre und ihre Konflikte in der Aufstiegsphase der bürgerlichen Gesellschaft den realen Siegeszug der Wertvergesellschaftung flankierend begleiteten, verkommt sie in der strukturellen Krise dieser Vergesell-

schaftungsform zur absurden Stilblüte, entwickelt sich zusehends gegenläufig zum realen Prozeß und bekommt einen ausgesprochen unwirklichen Beigeschmack. Die Verdoppelung der wirklichen Kämpfe in der ideologischen Sphäre weicht zunehmender Realitätsblindheit, und das bürgerliche Denken verliert sich rettungslos im weit verzweigten Labyrinthsystem seiner Dichotomien. Es verliert die Fähigkeit zur kohärenten Welterklärung undzersplittert sich. Seine Vertreter mühen sich nur mehr damit ab, bald diesen, bald jenen partikularen Gesichtspunkt als weiteren Faktor geltend zu machen. Die großen Linien dagegen zerfallen und zurück bleibt eine geistige Kleingärtnerlandschaft mit einer Vielzahl selbstbescheidener Biotope.

Dieses auf marodem Grund sprießende Idyll wird von derselben Krisenwirklichkeit, die es hervorgetrieben hat, auch wieder zermalmt. Der unerbittliche Einbruch der Krisenwirklichkeit herrscht zu guter letzt dem Bewußtsein gewaltsam die Tatsache auf, daß es sich bei dieser unserer Welt um einen einzigen in sich geschlossenen Zusammenhang handelt. Wenn die bislang zu einem guten Teil in die Peripherie exportierte strukturelle Krise auch für die bisherigen Weltmarktgewinner in ihr akutes Stadium eintritt, werden damit nicht nur die alten ideologischen Muster brutal falsifiziert, gleichzeitig entsteht das dringende Bedürfnis nach einer zusammenhängenden Erklärung für die ganze Misere. Wenn die populäre kassandrahafte Aufzählung sich anbahnender oder bereits im Gang befindlicher Katastrophen im Grunde heute schon zur einer einheitlichen zusammenhängenden Welterklärung drängt, so wird dieser Sog sich noch gewaltig verstärken, wenn die Implusion des bürgerlichen Universums voranschreitet und auch in den Flagschiffnationen der Weltwertvergesellschaftung die Spielräume schmerzhaft schrumpfen. Der Kollaps, auf den alle gesellschaftlichen Teilbereiche gleichzeitig zielsicher zusteuern, bringt ex negativo, als allgemeiner Zusammenbruch, den verlorenen Zusammenhang zurück. Die universelle Krise zieht das gesamte unübersehbar aufgespreizte gesellschaftliche Universum zu guter letzt zu einem einzigen gigantischen gordischen Knoten zusammen. Die Schlinge wird zusehends enger und das moderne bürgerliche Individuum, dem in diesem Prozeß Hören und Sehen vergeht, weil es tragischerweise stranguliert wird, erlebt in seinem Todeskampf eine historisch neuartige Dichte. Dem abstrakten Geldsubjekt wird im finale furiosa der Wertvergesellschaftung schwarz vor Augen, und sterbend enthüllt sich ihm die Welt, die über seinem Kopf zusammenstürzt und es erschlägt: als Einheit.

PROJEKTil

anarchistisches magazin 

aus Münster

Die Kritik an den herrschenden Verhältnissen zur Waffe zu machen, war der Anspruch, der aus unserem »Zeitungsprojekt« das PROJEKTil werden ließ. Das Selbstverständnis als anarchistisches Magazin ist das Selbstverständnis seiner MacherInnen, d.h. daß sich das PROJEKTil weniger auf anarchistische Theorien bezieht, als daß es Ausdruck lebendiger Bewegung in der Offenheit und Auseinandersetzung zu anderen linksradikalen und autonomen Bewegungen in der Brd. Das PROJEKTil will als anarchistisches Projekt diesen Ausdruck revolutionärer Bewegung widerspiegeln und nicht den Anarchismus als Philosophie und Dogma hochhalten.
Als Zeitung aus der lokalen Bewegung veröffentlicht es Aktuelles und Diskussionen, die lokalen Bezug haben, aber u.E. auch überregionale Bedeutung. Aus dem Dilemma heraus nicht nur lokale, aber auch nicht bundesweite/ internationale, Zeitung sein zu wollen (das heißt nicht, daß wir nicht wollen, daß das PROJEKTil international gelesen wird) werden wir versuchen mit den nächsten Ausgaben einen deutlicheren Schwerpunkt auf NRW zu legen. Dabei sind wir aber auch auf Infos aus der Region angewiesen (das ist ein Aufruf uns alles zuzuschicken).

Ciao, das Redaktionskollektiv

PROJEKTil, c/o Themroc, Bremer str.42, 4400 Münster.

Die neuste Ausgabe Nr.9/ März 1990 enthält: * Die Okkupation. Einige Überlegungen zur sog. Wiedervereinigung * Die Sprachlosigkeit überwinden. Versuch einer anarchistischen Position * Europa 1992 (Teil I) * Shell-Boykott-Kampagne * Interview: Pornographie und alltäglicher Sexismus * Die selbsternannte Avantgarde * News etc.

Abobedingungen: 32 dm (incl. Porto) für 10 Ausgaben auf das Konto:
J.Essig, Münster
Postgiroamt Dortmund
Kto.Nr. 3605 81 - 467

PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Ausgabe 7

Neugruppierung der Linken: Land in Sicht?



Gesellschaftsanalytische und praktische Aspekte neuer Strömungen der BRD-Linken - Deutsch-deutsche linke Zusammenarbeit - Abgesänge auf den Sozialismus - Radikaler Keynesianismus oder Kritik der politischen Ökonomie? - Gleichstellungspolitik und die Frauenbewegung - Rezensionen

Mit Beiträgen von: Verena Krieger (Grüne/BRD), Michael Nelken (PDS/DDR), Albert Scharenberg/Carl Wechselberg, Karin Widerberg, Ralf Fischer, Volker Finthammer/Georg Fülberth/Sabine Reiner/Jürgen Scheele, Thorsten Schulten u.a.

Umfang ca. 76 Seiten 6 DM

Noch erhältlich:
Sonderheft 1: Antonio Gramsci, Zweite Auflage, 68 S., 6 DM.
Nr. 3 (Juni 1988): Realer Sozialismus, 68 S., 5 DM.
Nr. 5 (Juni 1989): Politische Ökonomie, 80 S., 6 DM.
Nr. 6 (Okt. 1989): Utopieverlust der Linken?, 64 S., 6 DM.

In Vorbereitung:
Nr. 7 (Juni 1990): (Neo-) Faschismus, ca. 72 S., 6 DM.

Die **PERSPEKTIVEN** erscheinen als unabhängiges Theorieorgan zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD. Umfang jeweils um 70 Seiten. Das Einzelheft kostet 6 DM, im Abo 4 DM. Bestellungen an: Ralf Tertilt, Wehrdaer Weg 34, BRD-3550 Marburg.

O Ich bestelle die **PERSPEKTIVEN**-Ausgabe/n ________________.

O Ich abonniere die **PERSPEKTIVEN** ab der Ausgabe __________ zum Preis von DM 12,- pro Jahr (außereurop. Ausland: DM 14,-) bei drei Heften. Das Abo verlängert sich, wenn ich es nicht bis einen Monat vor Ablauf schriftlich gekündigt habe.

O Sendet mir ein Probeheft (Mängelheft oder älteres Exemplar). DM 2,- liegen in Briefmarken bei.

Name, Anschrift, Datum, Unterschrift:

____

____

____

Beim Abo: Diese Bestellung kann ich innerhalb eines Monats schriftlich widerrufen. Zweite Unterschrift:

____

Nuno Tomazky

DIE WISSENSCHAFTSFABRIK ENTLÄSST IHRE KINDER

Technokratische Massenuniversität und neue Studentenbewegung

1.

Als es im Wintersemester 88/89 zum Unmutsaubruch an den bundesdeutschen Universitäten und Fachhochschulen kam, stießen die Studenten auf allgemeines Verständnis, sowohl in der Presse, als auch bei der großen Mehrheit der Bevölkerung. Das lag nicht nur daran, daß das enorme Anwachsen der Studentenzahlen in den letzten 20 Jahren dem verbreiteten Volksvorurteil über die süßen Privilegien des akademischen Nachwuchses die Grundlage entzogen hat, sondern vor allem an dem, gegenüber den Protesten ihrer Elterngeneration, völlig anderen Charakter der Bewegung. Keine Spur mehr vom Bürgerschreck, der die Welt umkrempeln möchte, kein Ho-Ho-Ho-Chi-Minh, keine Transparente mit den Köpfen der "Klassiker" des Kommunismus und kein Angriff auf verklemmte Sexualvorstellungen.

Sie hätten es auch schwer gehabt, damit zu provozieren, die Aktivisten von 1988, in einer Zeit, wo die Köpfe eben jener "Klassiker" reihenweise durchs öffentliche Bewußtsein rollen, die Symbolgestalten von damals bestenfalls noch Mitleid erregen und pornographische Zeitschriften eine höhere Auflage vorweisen, als alle evangelischen und katholischen Gemeindeblättchen gemeinsam. Aber Provokation war auch nicht ihr Anliegen. Sehr viel bescheidener als ihre Vorgängerin, konzentrierte sich die 88er Bewegung auf weit unmittelbarere Fragen. Dies verlieh ihr auch die Massenwirksamkeit, die allen Beteiligten den Atem verschlug, war aber auf der anderen Seite auch der Grund dafür, daß sie innerhalb weniger Wochen in sich zusammensackte, wie ein Luftballon, der einer heißen Stecknadel zu nahe gekommen ist.

Soweit eine Politisierung im eigentlichen Sinne stattfand, machte sie sich meist unmittelbar an der Kritik der Studieninhalte oder der Organisation des Wissenschaftsapparates fest. Alles was darüber hättte hinausgehen können, jeder Versuch einen gesellschaftskritischen Gesamtentwurf zu formulieren, stieß dagegen auf geradezu abgrundtiefes Mißtrauen und galt - ganz im positivistischen Sinne - als "Ideologie", die man zwar als private Meinung haben dürfe, aber eben nicht diskutieren könne. Es herrschte eine fast schon hysterische Angst davor, die Bewegung könnte sich in ideologichen Grabenkämpfen auseinanderdividieren, wie seinerzeit ihre Vorläuferin seligen

Angedenkens. So verständlich diese - allerdings ziemlich unreflektierte - Angst vor einer Neuinszenierung des Sektentheaters der 70er Jahre auch ist, vor lauter demonstrativem Verzicht auf jegliche grundsätzliche Reflexion die das Wortbeitragslimit von 2 Minuten gesprengt hätte, kam es den meisten Akteuren nicht einmal in den Sinn, daß sie hier je selbst nur wieder einer Ideologie aufsaßen, und zwar der herrschenden Ideologie der Ideologiefreiheit. Die Unbefangenheit, mit der dieser längst senil gewordene, bewußtlose Zirkelschluß des bürgerlichen Denkens - das Erkenntnis als das wahllose Anhäufen von "positiven" Fakten versteht, ganz analog zur blinden Akkumulation von abstrakter, "toter" Arbeit - stolz proklamiert wurde, als sei er gerade frisch aus der Taufe gehoben, ist schon frappierend und zeugt von der Geschichtslosigkeit des positivistischen Denkens selbst.

"Wir haben jetzt eine ganz große Freiheit, und vielleicht ist das unser Theoriegerüst", verkündet eine Studentenaktivistin stolz in der TAZ (12.12.88), und: "Es gibt sehr viele Motive, es ist keine Linie erkennbar, und das ist auch gut so! Und davon sind wir begeistert, weil das antiautoritär ist", ergänzt ihre Kommilitonin. Daß diese "große Freiheit" nicht viel mehr ist, als die große Unverbindlichkeit und die absolute Ratlosigkeit, zeigte sich nicht nur an der thematischen Beliebigkeit der "autonomen Seminare", die völlig unverbunden nebeneinander herliefen, sondern auch an deren Kurzlebigkeit. Der Positivismus ist eben kein "Theoriegerüst", sondern die Negation jeglicher Theorie. Die Quintessenz seiner "Erkenntnistheorie" ist, jegliches Denkens in Zusammenhängen in die Sphäre des Glaubens zu verweisen und es so es dem "freien Spiel der Meinungen" auf dem Tummelplatz des abstrakten Pluralismus zu übereignen.

Trotzdem, indem sie nicht wieder auf die abgestandenen Ideologien der alten "Neuen Linken" zurückgriff, stellte die "neue Studentenbewegung" auch einen Fortschritt gegenüber jener dar. Ihr Pluralismus erlaubte ihr ganz pragmatisch einen Trennungsstrich zwischen den unmittelbaren praktisch-materiellen Forderungen nach zusätzlichen Planstellen etc. einerseits und der Auseinandersetzung mit den Studieninhalten andererseits zu ziehen. Sie mußte ihre materiellen Forderungen nicht ideologisch verkleiden, in die Parolen der alten Arbeiterbewegung verpacken, sondern konnte diese offen als solche formulieren. Ebenso stand die inhaltliche Arbeit nicht unter dem Zwang, die "Praxis" beständig legitimieren zu müssen, sondern konnte sich auf die jeweiligen Gegenstände der Untersuchung selbst einlassen, ohne die Ergebnisse schon vorweg durch irgendwelche angeblichen Erfordernisse der Tagespolitik verzerren zu müssen. Auch die wieder aufgegriffenen Forderungen ihrer Elterngeneration, nach "Demokratisierung der Hochschulen" und "Studienreform" kamen dementsprechend ganz ohne zusätzlichen ideologischen Zuckerguß daher. Sie galten nicht mehr als Vehikel für die umfassende

Umwälzung der Gesellschaft, die von der "befreiten Zone" Universität ihren Ausgang nehmen sollte, sondern begnügten sich mit sich selbst. Eine längerfristige Begeisterung wurde ihnen damit aber nicht zuteil, denn ihre relative Zugkraft in den 70er Jahren verdankten jene Forderungen nicht zuletzt der ideologischen Überhöhung, die ihnen die revolutionären Weihen verlieh. Das nüchterne Eingeständnis eines Minimalanspruches wirkt nicht mobilisierend, allerdings ist es im ganz unmittelbaren Sinne realistischer und ist damit potentiell einer kritischen Reflexion an sich selbst fähig.

Wenn die Forderungen nach einer "Demokratisierung der Hochschulen" aber so schnell versandeten, so liegt das natürlich auch daran, daß sie bereits eine ganze Geschichte hinter sich haben und keinesfalls ungehört verhallt sind. Vielmehr haben sie die Entwicklung des Hochschulwesens entscheidend geprägt, und das nicht erst seit 68. Mit dem letzten Impuls vor zwanzig Jahren, sind sie aber endgültig an ihre Grenzen gestoßen, auch wenn die akademisch gesettelten und inzwischen leicht nostalgischen Veteranen von anno damals immer noch nicht begriffen haben, daß die hehren demokratischen Ideale sich in der Wirklichkeit als ziemlich erbärmlich erweisen. Esist mehr als peinlich naiv, wenn etwa Oskar Negt gegenüber der bitteren Realität, immer noch die Einlösung eben jener Ideale fordert:

> "Was vor 20 Jahren begonnen wurde, ist Fragment, unvollendetes Projekt geblieben. Heute aktueller denn je: Die Demokratisierung der Hochschulen, ein Stück Selbstverwirklichung der in ihnen Arbeitenden, also auch der Studenten, Aktivierung der Mitbestimmungsforderungen auf allen Ebenen." (FR, 19.1.89)

Tatsächlich aber sind die Universitäten demokratischer denn je. Sie sind sogar gewissermaßen zu einem Lehrstück in Sachen Demokratie geworden, allerdings nicht in dem phantastischen Sinne irgendwelcher Idealdemokraten. Vielmehr entpuppt sich die Demokratie als technisch ausgefeilter Abstimmungs- und Verwaltungsformalismus, jenseits wirklich gestaltenden Zugriffs auf den grundsätzlichen Verlauf der Entwicklung. Dies mußten auch jene Aktivisten und Aktivistinnen bald schmerzhaft zu spüren bekommen, die, Oskar Negt beim Wort nehmend, ihre ganze Energie auf die Ausarbeitung hochkomplizierter Entscheidungs- und Mitbestimmungsmodelle konzentrierten - bis hin zur Einberufung einer "verfassungsgebenden Versammlung" an der Universität Erlangen/Nürnberg - nur um dann festzustellen, daß sich nach kürzester Zeit leider niemand mehr für Ergebnisse ihrer Arbeit interessierte.

Nicht viel besser erging es jenen, die es sich zum Ziel setzten, die "uneingelösten Versprechen" der Studienreform zu retten. Auch sie mußten sehr schnell merken, daß die Grenzen der "Reformierbarkeit" längst erreicht sind. Wenn die Universitäten heute im wesentlichen dem Horrorbild entsprechen, gegen das sich die Proteste der 68er Studenten richteten - der technokratischen,

durchfunktionalisierten Wissenschafts- und Denkfabrik, hochspezialisiert und keinesfalls gesellschaftskritisch - so liegt das nicht daran, daß die Reform "gescheitert", "verhindert" oder auf halbem Weg stecken geblieben wäre. Die unerbittliche Realität ist über die abstrakten Phrasen des "selbstbestimmten" Forschens und Lernens hinweggerollt und jegliche Illusionen über die Universität als Oase der kritischen Reflexion sind von der ratternden Betriebsamkeit der heiß laufenden Verwertungsmaschinerie kläglich übertönt worden. Die Universitäten sind in den letzten 20 Jahren tatsächlich gründlich reformiert worden. Der alte Ordinarienmuff von 1000 Jahren ist einer großen Entlüftungsaktion zum Opfer gefallen, weil er den Erfordernissen der Zeit in keinster Weise mehr entsprach. Der Stand der Vergesellschaftung, die vollständige stoffliche Vernetzung, die auf die Spitze getriebene Zergliederung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, weisen der Wissenschaft einen sehr viel umfassenderen Stellenwert zu, als sie ihn selbst bis in die 60er Jahre hinein hatte. Sie ist längst nicht mehr nur nützlicher Gehilfe einzelner stark technisierter Produktionszweige, sondern durchdringt alle Lebensbereiche, ist für das Funktionieren des Gesamtzusammenhanges unerläßlich und in einem ganz unmittelbaren Sinne stoffliche Produktivkraft. Wenn die Bedeutung der Wissenschaft aber so enorm gestiegen ist, kann auch der Hochschulbetrieb nicht abseits des Gesellschaftszusammenhanges ein geruhsames Leben führen und sich auf selbstgefällige Reflexion und die Ausbildung einer Führungselite beschränken, sondern wird selbst zu einem Rad im Getriebe der allgemeinen Maschinerie, deren mörderischen Rhythmus er sich nun nicht mehr entziehen kann. Er gerät zur Lebensgrundlage in der allgemeinen Rüpelei um die Weltmarktanteile, muß laufend rasch verwertbare Ergebnisse ausspucken und im Fließbandbetrieb funktiontüchtige Fachkräfte produzieren.

2.

Die wirkliche Dimension dieser Entwicklung kann ein Blick auf die Geschichte der Hochschulen verdeutlichen. Allein schon die Studentenzahlen sprechen für sich: Im Jahr 1869, beispielsweise, gab es lediglich 17.954 Studenten an allen deutschen Universitäten, Technischen Hochschulen und Akademien zusammen. Bis 1912 hatte sich diese Zahl bereits auf 56.483 erhöht, um sich schon knapp 10 Jahre später zu verdoppeln (1919/20: 120.300); ein Niveau, auf dem sie sich dann allerdings - mit teils deutlichen Schwankungen - bis Anfang der 50er Jahre bewegte. Der eigentliche Schub setzte dann in den 50ern ein, mit exponentiellen Zuwachsraten in den 70er und 80er Jahren. Er ließ die Studentenzahlen auf 1,5 Millionen im Jahr 1988 anschwellen (1).

Diese Zahlen können als Indikator für die zunehmende Bedeutung der

1) Für die Entwicklung bis Mitte der 70er vgl. Prahl 1978, S. 380 - 383;

wissenschaftlichen Forschung und Ausbildung für den gesellschaftlichen Prozeß gelten; parallel dazu wandelten sich aber auch Charakter und innere Struktur des Hochschulwesens. Im 19. Jahrhundert, zumindest bis in die 60er Jahre hinein, dienten die Universitäten in erster Linie der Ausbildung von leitenden Beamten für den Staatsapparat und anderen Funktionsträgern im Reproduktionsbereich, wie Ärzten, Juristen, Theologen und, nicht zuletzt, von Gymnasiallehrern. Die Naturwissenschaften waren innerhalb der Philosophischen Fakultät angesiedelt und produzierten - mit Ausnahme der Chemie, die den Aufschwung der chemischen Industrie seit etwa 1860 in Deutschland ermöglichte - wenig direkt verwertbares Wissen, während die technischen Hochschulen noch bis Anfang des 20. Jahrhunderts um ihre Anerkennung als Universitäten zu kämpfen hatten (vgl. Prahl 1978, S. 242).

Dieser Orientierung an den Geisteswissenschaften entsprach auch der Charaker der Ausbildung. Zwar hatte das Prüfungswesen gegenüber den vergangenen Jahrhunderten (wo eine Mehrzahl der, größtenteils aus Adels- oder Patrizierfamilien stammenden, Studenten gar keine Abschlußprüfung absolvierte) an Bedeutung gewonnen, weil die Examina zur Berufsvoraussetzung wurden, doch stand das Fachwissen im engeren Sinne nicht im Mittelpunkt der Ausbildung. Das berufsrelevante Wissen wurde größtenteils in der Praxis selbst erlernt, wogegen den Universitäten eher die Aufgabe zufiel, einen allgemeinen Bildungshintergrund zu verschaffen. Dies war wichtiger Bestandteil einer Vorbereitung auf die privilegierte gesellschaftliche Position, die neben fachlichen Kenntnissen auch ein starkes Maß an Repräsentationsfähigkeit und ständischer Identifikation erforderte.

Die Universitäten waren also nicht nur Stätten der Berufsausbildung, sondern zentraler Ort quasiständischer Sozialisation einer zahlenmäßig winzigen gesellschaftlichen Elite. Der zukünftige Beruf prägte entscheidend das eigene Selbstverständnis, man definierte sich darüber, und das galt nicht nur für die Beamten des Obrigkeitsstaates, sondern ebenso für die neu entstehende Schicht technischer Intelligenz:

> "Die Ingenieure, Physiker, Chemiker oder Techniker, die Juristen, Volkswirte oder Geographen, die im Industriebetrieb tätig wurden, betrachteten sich als Vertreter einer bestimmten Wissenschaft und mithin als Träger des wissenschaftlichen Fortschritts. Als Angestellte gehörten sie zu einer im gesellschaftlichen Gefüge aufstrebenden Gesellschaftsschicht, die sich deutlich vom alten Mittelstand und von der aufkommenden Arbeiterschaft absetzte." (Prahl 1978, S. 274; Hervorheb. N.T.).

Diese "Vorbereitung auf die gesellschaftliche Position" hatte jedoch nicht den unmittelbar instrumentellen Charakter heutiger Fachausbildung. Sie war nur relativ lose an den gesellschaftlichen Prozeß gekoppelt und beließ relativ große Freiräume für die individuelle Gestaltung des Studiums, für Reflexion und Muße und, nicht zuletzt, die Pflege des studentischen Lebensstils. Die studentischen

Verbindungen spielten hierbei eine sehr wichtige Rolle.

Gegen Ende des 19. Jhdts. und zu Beginn des 20., spätestens aber nach dem ersten Weltkrieg, wurden die ersten Sprünge in dieser "Idylle" langsam sichtbar. Während die technisch-naturwissenschaftlichen Fächer an Bedeutung gewannen und sich stärker spezialisierten, differenzierten sich auch die Geisteswissenschaften immer weiter aus. So hatten sich beispielsweise schon im 19. Jahrhundert vom ursprünglich einheitlichen Fach Philologie die Germanistik, die Orientalistik, die Archäologie und die Kunstgeschichte - die sich ihrerseits weiter ausdifferenzierten - abgespalten (vgl. Prahl 1978, S. 241). Im 20. Jahrhundert kamen neue Fächer, wie Soziologie, Psychologie, Ethnologie u.a. hinzu (vgl. Prahl 1978, S. 301), so daß schließlich immer mehr unterschiedliche Fachwissenschaftler an die Stelle des Philologen traten.

Diese Entwicklung rief in den Anfängen der Weimarer Republik erste Bestrebungen zu einer Universitätsreform wach, die sich am humboldtschen Bildungsideal orientierten und der Spezialisierung und Funktionalisierung im Sinne einer rein fachlichen Berufsausbildung entgegenwirken wollten. Insbesondere der preußische Kultusminister C.H. Becker propagierte eine Rückbesinnung auf die Idee der universellen Bildung:

> "Zur Erziehung unseres partikularistischen, um nicht zu sagen privatwirtschaftlichen Denkens und Fühlens zum Allgemeinen und Universellen brauchen wir Synthese, die Synthese auf jedem Fachgebiet, wie Synthese unserer gesamten Wissenschaft" (Becker zit. nach Prahl 1978, S. 298).

Becker kritisierte den "Intellektualismus" und die "Detailforschung" an den Universitäten und wollte dieser Entwicklung durch die Förderung übergreifender Disziplinen wie einer wiederbelebten Philosophie sowie "Soziologie im weitesten Sinne des Wortes ... einschließlich der wissenschaftlichen Politik und der Zeitgeschichte" (ebd.) Einhalt gebieten. Praktisch sollte dies unter anderem durch die Einführung eines ergänzenden, obligatorischen "studium generale" erreicht werden. Doch nicht einmal dieses ließ sich allgemeinverbindlich durchsetzen. Die Reform beschränkte sich schließlich weitgehend auf institutionelle Regelungen, wie die Vereinheitlichung und Straffung der Studienpläne und die Neuregelung der Universitätsstatuten (u.a. Einführung der student. Selbstverwaltung, Mitbestimmungsrechte für die Extraordinarien und die Privatdozenten etc.). Schon damals also entsprachen die subjektiven Idealvorstellungen der Reformer keineswegs den wirklichen Resultaten, sondern sogar deren genauem Gegenteil. Ein schönes Beispiel für die Hilflosigkeit des "guten Willens" gegenüber dem Selbstlauf des "automatischen Subjekts, dem Wert. Nicht die humanistische Allgemeinbildung wurde an den Universitäten reinstalliert, sondern die sich durchsetzende wissenschaftliche Arbeitsteilung wurde formell festgeschrieben und reglementiert, die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen institutionalisiert

und die Forschungsförderung organisiert.(vgl. Prahl 1978, S. 301 f.). In den 20er Jahren wurde damit die Grundlage für ein modernes Hochschulwesen gelegt, das in dieser Form im wesentlichen bis in die 60er Jahre hinein bestand.

Schon vor und während des Ersten Weltkrieges waren die Universitäten direkt in die militärische, medizinische und technologische Forschung eingespannt worden. Der Schwerpunkt des staatlichen und wirtschaftlichen Interesses hatte sich aus durchsichtigen Gründen auf die Natur- und Technikwissenschaften verlagert. In der Weimarer Republik wurden nun zwar auch wieder die Geistes- und Sozialwissenschaften gefördert, im Mittelpunkt stand jedoch weiterhin die technisch-naturwissenschaftliche Grundlagenforschung, deren Ergebnisse in den Forschungslabors der Großunternehmen zu anwendungsfähigen Innovationen weiterentwickelt wurden.

Einen Höhepunkt erfuhr die direkte Instrumentalisierung der Hochschulen bekanntermaßen unter dem Nationalsozialismus, wobei hier natürlich, neben der Kriegsvorbereitung, die ideologische Funktionalisierung eine wichtige Rolle spielte. Auch die Nazis hatten im Vorfeld der Machtergreifung gegen die "weltfremden Universitäten", die "Praxisferne" und die politische Enthaltsamkeit der meisten Professoren gewettert und konsequenterweise politisierten sie die Universitäten - auf ihre Weise -, als sie die Verfügungsgewalt darüber hatten.

Mit der scheinbaren Idylle des Elfenbeinturms war nun endgültig gebrochen worden, und der Versuch, ihr mit der Gründung der BRD noch einmal neues Leben einzuhauchen, war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Zunächst wurde allerdings noch einmal an die alten Strukturen angeknüpft:

> "Die innere Struktur der Universitäten restaurierte das überkommene Ordinarienmodell, auch wenn in den Allgemeinen Studentenausschüssen und Fachschaftsorganen minimale Ansätze zur Selbstorganisation der Studenten institutionalisiert wurden. [...] Die Ordinarien entschieden nahezu exklusiv über die wissenschaftlichen Karrieren, über Lehrpläne und Forschungsvorhaben. [...] Zur Erhaltung dieser internen Hochschulstrukturen mußte freilich ein direkter Eingriff des Staates minimiert werden." (Prahl 1978, S. 328 f.)

Aber schon in den späten 50er Jahren begann sich die überkommene Hochschulorganisation als dysfunktional für den fordistischen Vergesellschaftungsschub zu erweisen, in dessen Verlauf alle Nischen nicht-wertförmiger Reproduktion verdampften und parallel dazu die Bedeutung der Wissenschaft für das Funktionieren des gesellschaftlichen Zusammenhanges geradezu exponentiell zunahm. Waren schon unmittelbar nach 1945 zahlreiche Fachschulen und -akademien in Fachhochschulen umgewandelt worden, so kam um 1960, unter dem Druck der internationalen Konkurrenz und der Angst vor dem technologischen Rückstand, die Debatte um den sogenannten Bildungsnotstand auf. Sie zog eine Reihe von Universitätsneugründungen, den Ausbau bestehender Kapazitäten, eine forcierte Erhöhung der Studentenzahlen,

sowie die rasche Steigerung der Ausgaben für Forschungs- und Bildungswesen nach sich. Die alte Ordinarienstruktur war damit natürlich endgültig hinfällig geworden. Denn ebensowenig, wie die Firma Siemens wie eine kleine Handwerksklitsche geführt werden kann, in der alle Entscheidungen der Meister fällt, kann ein wissenschaftlicher Großbetrieb nach dem Vorbild eines Philologielehrstuhls aus dem 19. Jahrhundert organisiert werden. Die Ablösung der veralteten und ineffektiven Organisation bedeutete aber selbstverständlich nicht die Auflösung der Hierarchie überhaupt, sondern lediglich die formelle Regelementierung der Entscheidungsstrukturen, die Einräumung von Mitsprachemöglichkeiten für den stark gewachsenen akademischen Mittelbau und die Studentenschaft und nicht zuletzt die Erweiterung der Eingriffsmöglichkeiten der Hochschulverwaltung und des Staates; m.a.W. eine Formalisierung, Verrechtlichung und Bürokratisierung der Hierarchie (1).

Die rasche Ausdehnung des Forschungs- und Lehrapparates und die totale Einbindung in den gesellschaftlichen Prozeß beschleunigte außerdem die weitere Ausdifferenzierung der wissenschaftlichen Teildisziplinen zu immer neuen Spezialgebieten, deren Zusammenhang sich gleichzeitig immer loser gestaltete. Diese, in den 60er Jahren sich deutlich abzeichnende Entwicklung, rückte bald ins Zentrum der Kritik am Wissenschaftsbetrieb. Der "Fachidiot", der sich von der Gesellschaft bedingungslos funktionalisieren läßt, ohne die Relevanz seines Tuns zu reflektieren, geschweige denn infrage zu stellen, wurde zum Negativ-Vorbild aller von Seiten der Protestbewegung formulierten Reformprojekte. Aber auch die Vertreter der Wirtschaft äußerten Kritik am - wie sie es nannten - "praxisfernen" Spezialisten, der nur ungenügend auf die "komplexe Berufwirklichkeit" vorbereitet sei. So herrschte bald weitgehende Einigkeit darüber, daß das Studium "praxisnäher" und verstärkt "interdisziplinär" ausgerichtet werden sollte; auch wenn natürlich über die Bedeutung dieser Begriffe verbittert gestritten wurde.

Tatsächlich macht der erreichte Grad an stofflicher Vergesellschaftung (die "Komplexität der Gesellschaft", wie es immer so schön heißt) wirklich ein hohes Maß an allgemeinen Kompetenzen bei jedem einzelnen erforderlich. Der Ruf nach dem "Generalisten", der inzwischen allerorten zu hören ist, hat hierin seine reale Grundlage. Gleichzeitig jedoch produziert der allgegenwärtige Verwertungszwang eine immer weiter, bis ins Absurde gehende Spezialisierung, die - entgegen der weitverbreiteten Meinung - *keinesfalls zwangsläufig aus einer Verbreiterung des systematischen Wissens erfolgt*. Wenn alle Versuche der

1) "Es ist nicht zu bestreiten, daß die Hochschulen beim Übergang vom quasi handwerklichen Mittelbetrieb zum quasi industriellen Großbetrieb eine Formalisierung der inneren Entscheidungsstrukturen brauchten", schreibt J. Kocka (1982, S. 143). Er beschreibt, wie die Aufblähung des akademischen Mittelbaus in den 60er Jahren die "Gruppenuniversität" förmlich aufdrängte (S. 112 f.), kritisiert allerdings die "bürokratischen Auswüchse".

letzten zwei Jahrzehnte, diesen Prozeß der Hyperspezialisierung aufzuhalten, als gescheitert gelten können, liegt das nicht daran, daß es nicht "gewollt" worden wäre, sondern zeugt im Gegenteil davon, daß sich hier die Schwerkraft der Entwicklung unabhängig vom Wollen der Beteiligten durchgesetzt hat.

Wissenschaftstheoretisch wird dies im Positivismus reflektiert, der offen jeglichen Anspruch auf ein Erfassen der Totalität aufgegeben hat. Auf der Ebene des Wissenschaftsprozesses entfaltet das Auseinanderdriften der Einzel- und Spezialdisziplinen aber eine solche Dynamik, daß es selbst vom Standpunkt des Positivismus aus beginnt problematisch zu werden, ohne daß dieser ihr allerdings etwas entgegensetzen könnte außer hilflosen Appellen.

Selbst der "gutwillige" Forscher, will er sich in der Konkurrenz bewähren und nicht auf die Dauer mit dem Abhalten der ungeliebten Erstsemesterveranstaltungen betraut werden, wird um eine individuelle Spezialisierung nicht umhin können. Sein Ruf - und damit auch die Möglichkeit, an Forschungsgelder heranzukommen - speist sich aus der regelmäßigen Präsentation unmittelbar vorzeigbarerer, möglichst auch verwertbarerer Ergebnisse. Die Zahl der Publikationen pro Jahr, oder gar die Häufigkeit der Zitierung in fremden Publikationen (s. der US-amerkanische "citation index"), gilt als Maßstab dafür, welches Ansehen jemand in der Wissenschaftlergemeinde genießt (vgl. dazu auch Altvater in FR vom 28.1.89). Der Inhalt ist völlig sekundär, Hauptsache der eigene Name steht unter dem Aufsatz. Es ist ja inzwischen absolut gängig, jedes noch so banale "Forschungsergebnis" - natürlich in möglichst großkotzigem Vokabular verpackt - solange in verschiedenen Aufsätzen und Vorträgen auszuschlachten, bis auch noch der letzte Tropfen Publikumseffekt herausgepreßt ist. Während die "Produktzyklen" immer kürzer werden, kennt die Prostitution auf diesem Gebiet mittlerweile keine Grenzen mehr, und das Treiben wird umso ekelhafter, je mehr Konkurrenten sich auf dem schrumpfenden Feld der Projektmittel tummeln. Da gilt es schon als clever, wenn einer seine "Marktnische" gefunden hat und nun über die Sozialgeschichte der Nürnberger Kloaken oder die Soziologie der Gartenzwerge veröffentlicht, Gebiete, auf denen er hoffen kann, daß ihm niemand wird hineinreden können. Aus einer solchen Perspektive findet ein allgemeiner wissenschaftlicher Diskurs nicht nur deshalb nicht statt, weil jeder mit der Anhäufung abgegrenzten Detailmaterials beschäftigt ist, sondern weil dieser auch schlicht eine Gefahr für die eigene "Originalität" bedeuten würde, die ja gerade darin besteht, sich die Exklusivität auf einem Fußbreit des jeweiligen Fachgebietes zu sichern.

Die bis ins Absurde getriebene Spezialisierung setzt sich selbst innerhalb der sogenannten Forschungsteams fort. Zum einen sind die betreffenden Projekte meist selbst schon hochspezialisiert, nicht selten unmittelbar anwendungs- bzw. verwertungsbezogen, zum anderen wird auch innerhalb davon wiederum eine Arbeitsteilung praktiziert, die den einzelnen auf eine winzige

Teilfunktion reduziert. Sicher, eine völlige Unkenntnis der Projektzusammenhänge und der laufenden Arbeit könnte dem Gesamtergebnis schaden, eine gewisse Koordination ist also notwendig. Diese wird jedoch in der Regel vom Leiter des betreffenden Projektes, bzw. dem Leitungsteam übernommen, während im Forschungsalltag, unter dem Zwang zur raschen Ergebnispräsentation, vom Einzelnen kurzfristige Höchstleistungen auf seinem Teilabschnitt erwartet werden. Für eine Beschäftigung mit den korrespondierenden allgemeineren Zusammenhängen auch nur innerhalb des jeweiligen Projektes wird nur selten Zeit und Energie übrig bleiben (1). Selbst jegliche Ansätze von Kooperation, etwa in "Teamgesprächen", finden noch unter einem permanenten zeitlichen Druck statt, der jede Beschaulichkeit - die doch gerade zu den wesentlichen Merkmalen von Forschungstätigkeit gehörte - verdrängt hat. Glaubt man der "Wirtschaftswoche", hinken die bundesdeutschen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen allerdings in dieser Hinsicht dem internationalen Standard noch hinterher:

> "Doch solche Leute (gemeint sind "dynamische, junge Führungskräfte"; N.T.) sind in den F+E-Abteilungen bundesdeutscher Firmen dünn gesät. Zu sehr dominiert der Typ des langsamen, detailverliebten Forschers, der seine Kreativität mit den Anforderungen von Kostenkontrolle und Zeitmanagement im Widerspruch sieht. Aber von unternehmerischem Denken völlig unbeleckte Entwickler kann sich niemand leisten, der mit den rasanten Japanern konkurriert" (Wirtschaftswoche, 27.10.89; Hervorheb. N.T.) (2).

Eine wirklich umfassende Kooperation, auch und gerade über den Rahmen einzelner Forschungsprojekte oder Teilgebiete hinaus, würde als Minimum voraussetzen, daß jeder Einzelne einen ausreichenden Zeitfonds für die Beschäftigung mit den übergreifenden Erkenntnissen seines Faches, der anderen Disziplinen und mit den gesellschaftlichen Angelegeheiten zur Verfügung hätte.

1) Die FR vom 9.11.89 berichtet über die Arbeitsbedingungen von Doktoranden der Biologie in Forschungslabors: "Doktoranden sind für manche Professoren nur akademische Handlanger, von denen selbstbestimmtes Handeln nicht gewünscht wird. In mancher Arbeitsgruppe wird bereits die Aussage >Ich gehe in die Bibliothek< mit Mißfallen aufgenommen. Dieser Gängelei steht andererseits ein Mangel an wissenschaftlicher Diskussion gegenüber, über den sich viele Doktoranden beklagen." Und über die Methoden, den Teamgeist zu fördern: "Konkurrenz bestimmt auch die Atmosphäre innerhalb vieler Arbeitsgruppen. Um Doktoranden anzuspornen, wird dieselbe Aufgabe einem weiteren Doktoranden gestellt. Und nur einer kann gewinnen!"

2) Dieser Satz steht in einem Artikel mit dem bezeichnenden Titel "Elfenbeinturm ade". Dort heißt es weiter: ">Im heutigen Wettbewerb, der von einer stetigen Beschleunigung von Produktlebenszyklen und immens gesteigerten F+E-Aufwendungen geprägt ist, gilt Forschung und Entwicklung als kritischer Erfolgsfaktor<, sagt der Stuttgarter Professor Péter Horváth. Mehr Geld löst das Problem nicht. Management-Know-how und neue Organisationsformen müssen her. Das ist auch ein Fazit des 43. Deutschen Betriebswirtschaftler-Tages der Schmalenbach-Gesellschaft, der vor einer Woche in Berlin zu Ende ging" (ebd.: Hervorheb. N.T.).

Allein dies widerspricht aber schon dem Verwertungszwang, denn dieser Zeitfonds läßt sich nun mal nur auf Kosten von kurzfristig erzielbaren Höchstleistungen auf den Spezialgebieten gewinnen.

Im übrigen - das darf man nicht vergessen - kann aber eine wirklich ernsthafte interdisziplinäre Forschung zur umfassenden Lösung von Problemen innerhalb dieser Gesellschaft schon deshalb nicht zustande kommen, weil sie in deren Organisation keinerlei Basis findet. Selbst die allgemeinen Angelegenheiten kommen in der Wertgesellschaft noch als zersplitterte Einzelprobleme daher - was eine wirkliche Lösung von vorneherein ausschließt - , als das Giftmüllproblem, das Drogenproblem oder das Autoabgasproblem etc. und müssen von eigens dafür zuständigen Spezialisten verwaltet werden, den Sozialarbeitern, Kriminalpolizisten und Umweltbeauftragten. Das Räsonieren über die Allgemeinheit wird seinerseits den "Spezialisten für das Allgemeine", den sogenannten Philosophen, angetragen, die neuerdings wieder die "Ethik" bemühen, um ihre Hilflosigkeit wortpompös zu kaschieren.

3.

Die Unhaltbarkeit dieses Zustandes dämmert auch einigen Verantwortlichen des Wissenschaftsbetriebes. Da sie die grundlegenden Ursachen jedoch nicht durchschauen, noch geschweige denn beseitigen könnten, bleibt ihr Gerede über die Notwendigkeit von "Kooperation" oder gar "Interdiziplinarität" worthülsenhaft. Wollten sie, innerhalb der gegebenen Strukturen, Ernst damit machen, es bedürfte einer Art Superwissenschaftler, der einerseits zwar Hochleistungssportler auf einem Spezialgebiet ist, andererseits aber auch über die korrespondierenden übergreifenden Zusammenhänge genau Bescheid weiß. Bis zu einem gewissen Grad werden diese Anforderungen im übrigen auch gestellt und machen einen nicht unerheblichen Teil des enormen Leistungsdrucks in der Forschungsmaschinerie aus. Eine spezifische Spannung ergibt sich dabei daraus, daß der einzelne potentiell auf einen gewissen Fundus an allgemeinen Kenntnissen Zugriff haben muß, ohne daß diese jedoch im arbeitsteiligen Forschungsalltag aktiv relevant würden. Sie müssen sozusagen im Hinterkopf parat gehalten werden.

Wie in der automatisierten Produktion, wo es nicht mehr genügt - wie noch in der Fließbandproduktion - einen einzelnen Handgriff zu beherrschen und diesen, unter Abschaltung jeglichen Denkens, zigtausendmal am Tag zu wiederholen, ist auch in der Wissenschaft heute gewissermaßen der hochkompetente Vollidiot gefragt. Er muß einerseits zwar den Zusammenhang kennen, um auf kurzfristige Störungen angemessen zu reagieren, kann aber andererseits in seiner eigentlichen Tätigkeit - die im übrigen ein hohes Maß an Konzentration erfordert - nur einen Bruchteil seines Wissens aktivieren.

Letztlich hat der einzelne nur einen beschränkten Abschnitt der Produktion zu überwachen, bzw. beschränkte wissenschaftliche Teilergebnisse zu produzieren, der Zusammenhang aber befindet sich außerhalb seines Zugriffs. Es entsteht so eine merkwürdige Spannung zwischen notwendiger allgemeiner Kompetenz einerseits und praktischer Beschränktheit in der alltäglichen Tätigkeit andererseits, die nicht mehr präzise mit den Kategorien von Trennung in Kopf- und Handarbeit bzw. leitender und ausführender Arbeit beschrieben werden kann. Sie ist Produkt einer verallgemeinerten Arbeitsteilung, einer Totalisierung der abstrakten Arbeit, die nun bis in die letzten Winkel des Wissenschaftsapparats vorgedrungen ist und auch sogenannten "qualifizierten Tätigkeiten" die identitätsstiftende Grundlage entzieht, die sie einmal besessen haben. Damit verliert die akademische Laufbahn ihre Exklusivität und gerät zu einer unter vielen Möglichkeiten Geld zu verdienen.

Die Spannung zwischen allgemeiner Kompetenz und Spezialwissen schlägt sich auch auf der Seite der Ausbildung nieder, denn die Berufssituationen, auf die die Hochschulen vorbereiten sollen, sind längst vom gleichen Wandlungsprozeß erfaßt worden. Im gleichen Maße, wie sich das Spektrum der akademischen Berufe zusehends ausdifferenziert und spezialisiert, nimmt auch die Unsicherheit zu, welche der vielen angebotenen Qualifikationen denn in der Zukunft zumindest eine berufliche Einstiegs- wenn schon nicht Aufstiegschance bieten kann. Das Studium wird zunehmend zu einem ständigen Abwägen zwischen den erwarteten Nützlichkeiten der einzelnen Wissensfragmente und einem Lavieren zwischen Aneignung von Allgemein- oder Übersichts- und Spezialwissen. Der einzelne muß sich aus dem gegebenen, riesigen Angebot an möglichen Qualifikationen bedienen, und zwar immer unter dem Gesichtspunkt die eigene Verkäuflichkeit zu optimieren, natürlich immer unter Hinnahme der entsprechenden Marktrisiken. Gerade um Aussicht auf Erfolg zu haben, muß er sich für jegliches nicht berufsrelevante Wissen sperren. Eine zu frühe und zu starke Spezialisierung, könnte die Fixierung auf ein möglicherweise ausgeschöpftes Marktsegment bedeuten, also eine "Fehlinvestition" in das eigene "Humankapital"sein, eine zu extensive Beschäftigung mit übergreifendem Wissen dagegen könnte seinerseits dazu führen, von den Personalchefs als entscheidungsschwacher Dünnbrettbohrer eingestuft zu werden. Letztlich kommt es also darauf an, sich ein "individuelles Qualifikationsprofil" zusammenzustellen - wie es die einschlägigen Personalberater gerne nennen - das weder zu konturiert noch zu konturlos ist. Die Persönlichkeit des Individuums definiert sich über seine Synthesefähigkeit. Ist es damit überfordert, sei's drum, es gibt ja genügend Menschenmaterial.

Die Hochschulen jedenfalls sind weit davon entfernt, eine Synthese auch nur auf der Ebene der einzelnen Fächer zu leisten, und dies schlägt sich natürlich auch in den Studienbedingungen unmittelbar nieder. Die Studien- und

Prüfungsordnungen haben - wie selbst die allermeisten Dozenten zugeben - nichts mit einer systematisch aufgebauten und sich ergänzenden Führung durch die verschiedenen Gliederungen der betreffenden Fächer zu tun, geschweige denn mit einer Reflexion des fachlichen Zusammenhanges, sondern sind ein zusammmengestückeltes Konglomerat aus den verschiedensten Spezialgebieten, die konzeptionslos nebeneinander stehen und qua Prüfung abgehakt werden müssen. Sie spiegeln die Zersplitterung des Wissenschaftsbetriebes wieder und wurden entsprechend wahllos im gleichen Maße aufgebläht, wie die Menge an positivem Wissen gewachsen ist. Nicht zu Unrecht erwecken sie meist den Eindruck, als seien sie nur formale Hürden, die mehr einer quantitativen, an statistischen Kriterien gemessenen Selektion dienen, als an einer wirklichen Ausformung von Kompetenzen orientiert sind. Tatsächlich unterliegen die Prüfungsanforderungen einer völligen Beliebigkeit, was sich auch in den Verhandlungen der betreffenden Gremien niederschlägt, die viel mit Kuhhandel aber rein gar nichts mit wissenschaftlicher Auseinandersetzung zu tun haben. Die Prüfungsordnungen sind eher Ausdruck der jeweiligen Mehrheitsverhältnisse in den Gremien, der Hartnäckigkeit, mit der die einzelnen Fachvertreter ihr Gebiet dadurch aufzuwerten trachten, daß sie es zum Prüfungsfach erheben und der Nachfragebedingungen auf dem Arbeitsmarkt, als daß sie Ergebnis eines wohldurchdachten Lehrplans wären. Die fachliche Synthese bleibt in die Verantwortung des einzelnen gestellt und wie auf seinem späteren Karrieretrip, ist er damit völlig überfordert.

Angesichts dieser Verhältnisse kann es nicht verwundern, daß unter den Studenten die innere Distanz zur Universität in den letzten Jahren enorm gewachsen ist, sei es in der Form völliger Gleichgültigkeit und Unlust, sei es in Form einer rein instrumentellen Haltung zum Studium. Dieser seit Jahren untergründig schwelende Unmut kam seit langem wieder in den Protesten vom Wintersemester 88/89 offen zum Ausdruck, mehr noch, er war sicherlich einer der wesentlichen treibenden Momente. Die auf dieser Grundlage formulierte Kritik am Hochschulbetrieb blieb aber im Ansatz stecken. Höhepunkt der Kritik war es, dem Studium "Praxisferne" und mangelnde "Interdisziplinarität" zu attestieren, es wurde jedoch keinesfalls klar herausgearbeitet, was eigentlich darunter zu verstehen sei. Die Begriffe blieben für jegliche konkrete Interpretation offen und waren in ihrer Vagheit und unverbindlichen Offenheit kennzeichnend für den Charakter der Bewegung. Das Spektrum der Interpretationen reichte dementsprechend von einer rein fachlich-didaktischen Kritik an der Art der Darbietung und der Zerstückelung des Lehrstoffes, was im wesentlichen darauf hinauslief, eine qualifizierte Berufsausbildung einzuklagen, über das Aufgreifen von im universitären Betrieb vernachlässigten politisch-gesellschaftlichen Problemstellungen in Form "autonomer Seminare", bis hin zur Formulierung von Grundsätzen für einen "Ethik-Kodex" für Techniker, analog

zum hippokratischen Eid der Mediziner (1). Letzteres war kein peinlicher Ausrutscher, denn soweit überhaupt von so etwas wie einem verbreiteten Konsens gesprochen werden konnte, bestand dieser darin, mit geradezu penetrant unerschrockener Naivität an das "Gewissen" oder die "Verantwortung" der Wissenschaftler oder "der Wissenschaft" zu appellieren. Damit wurden aber die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur in keinster Weise begriffen, sondern im Gegenteil bewußtlos affirmiert, denn mit dem abstrakten Appell an das Wollen der Individuen bzw. eines fiktiven Subjekts namens Wissenschaft unterlagen die vermeintlichen Kritiker voll und ganz der bürgerlichen Willensillusion - *dem* Grundzug bürgerlichen Denkens schlechthin. Von dieser Warte aus erscheint alles "machbar", "Gutes" wie "Schlechtes", wenn nur der betreffende Wille vorhanden ist, und gerade deshalb steht sie dem strukturellen Selbstlauf der eigenen Vergesellschaftung völlig hilflos gegenüber.

Allerdings kamen auch die vielzitierten Vorfahren von anno 68 in dieser Hinsicht nicht sehr viel weiter, auch wenn sie - zumindest in der Anfangsphase - die Probleme auf einer theoretisch sehr viel grundsätzlicheren Ebene reflektierten. Beim Übergang von der Kritik zur "kritischen" oder "revolutionären Praxis", blieb ihnen auch nur der abstrakte Rekurs auf "das Subjekt":

> "Die Frage, die >Politisierung der Wissenschaften< hier impliziert, wäre, ob der Prozeß wissenschaftlicher Produktion so zu organisieren sei, daß die Teilnehmer in ihm zugleich Maximen für ihr soziales Handeln erarbeiten; [...] Das Subjekt des wissenschaftlichen Produktionsprozesses, das sich im Objekt seiner Arbeit vergegenständlicht, der Teilnehmer am Prozeß der Wissenschaft bleibt jedoch gegenwärtig außer Ansatz ..." (Brückner/Leithäuser 1973 [1968], S. 8 f.).

Da nützt es wenig, wenn statt dem etwas naiv klingenden Terminus "Verantwortung" von der "Zurückholung der Selbstreflexion in die soziale Organisation wissenschaftlicher Produktion" (ebd.) gesprochen und die Artikulation der "emanzipativen Kraft" der Wissenschaft "als Instrument menschlicher Befreiung" (a.a.O., S.11) eingeklagt wird. Die Hilflosigkeit dieser Appelle offenbarte sich spätestens mit dem Fortschreiten der Hochschul-

1) Dieser Versuch fand an der Uni Erlangen statt. Die Betreffenden hätten sich die Mühe sparen können, wenn ihnen der Ethikkatalog des Vereins Deutscher Ingenieure aus dem Jahr 1950 bekannt gewesen wäre. Dort heißt es u.a.: "Der Ingenieur übe seinen Beruf aus in Ehrfurcht vor den Werten jenseits von Wissen und Erkennen und in Demut vor der Allmacht, die über seinem Erdendasein waltet [...] Der Ingenieur beuge sich nicht denen, die das Recht eines Menschen gering achten und das Wesen der Technik mißbrauchen; er sei ein treuer Mitarbeiter an der menschlichen Gesittung und Kultur." (zit. nach Henning 1987, S. 159). Merkwürdig, wie wenig diese guten Vorsätze gefruchtet haben!

reform (1).

Ein rein negativer Bezug auf die "gesellschaftliche Praxis" war schon allein deshalb nicht durchzuhalten, weil die Expansion des Hochschulwesens in den späten 60ern und den 70ern ja schließlich kein voluntaristischer Akt sozialliberaler Bildungspolitik war, sondern mit einer enorm gestiegenen Nachfrage nach akademisch ausgebildeten Fachkräften korrespondierte. Die Hochschulen hatten diese Nachfrage zu bedienen, und insofern lag es in der Logik der Sache selbst, daß die radikale Spitze des Reformprozesses sich bald an den Verhältnissen stumpf stieß. Die staatlich-repressiven Eingriffe dagegen spielten nur die - allerdings unvermeidliche - Begleitmusik dazu (2). Selbst bei großangelegten "Modellversuchen", wie dem Projektstudium an einigen Universitäten, war die Euphorie schnell verflogen, und was davon überlebte war nicht sehr viel mehr als ein kläglicher Abklatsch der ehemals hochtrabenden Pläne. In den Auseinandersetzungen um die Studienreform wurde bald bestenfalls darüber gestritten, ob denn nun ein eher "pragmatischer" oder ein "kritischer Praxisbezug" vorzuziehen sei (3). Die radikale Kritik dagegen zog sich immer weiter aus den Universitäten zurück, oder verkroch sich in die Randgebiete der Geistes- und Sozialwissenschaften, wo sie allerdings auch - zwar mit einiger Verzögerung - eingeholt wurde.

Die Studentenproteste des Wintersemesters 88/89 stellen insofern einen Fortschritt gegenüber ihrer Vorgängerbewegung dar, als sie von vorneherein illusionsloser antraten und mit ihren Forderungen nach Praxisorientierung und Interdisziplinarität des Studiums gar nicht erst die Hoffnung auf eine allgemeine gesellschaftliche Umwälzung verbanden. Diese Illusionslosigkeit tritt allerdings nicht zufällig zu einem Zeitpunkt auf den Plan, wo eine Expansion des Hochschulwesens längst nur noch in Form hoffnungslos überfüllter Hörsääle stattfindet und eher Notstandsmaßnahmen als "Reformen" auf der Tagesordnung

1) Die 88er Studenten hatten in gewisser Weise recht, wenn sie stattdessen ihre "ethischen Postulate" nackt als solche formulierten und mit ihnen auch nicht mehr die Hoffnung auf gesellschaftliche Umwälzungen verbanden - der 68er Kaiser ohne Kleider.

2) Dies wäre im einzelnen zu untersuchen, etwa anhand des Beispiels der Universität Bremen. Während sie heute als "gute Universität" weithin anerkannt ist, genoß sie bis in die 80er Jahre hinein den zweifelhaften Ruf der "roten Kaderschmiede". Mit einem solchen Ruf läßt sich aber nicht überleben. Weder Forschungsmittel noch wissenschaflicher Nachwuchs lassen sich damit an Land ziehen und selbst viele Studenten zogen andere Universitäten vor, deren Abschluß nicht von vorneherein diskreditiert war.

3) Vgl. etwa das Protokoll der AG WiWi II eines Hamburger Kongresses zur Studienreform im Jahr 1975, wo sich die Bandbreite der Positionen zum Praxisbezug zwischenAnschauung bestehender Praxis und Anleitung und Vorbereitung zur Veränderung der vorgefundenen Realität" bewegt (s. Praxisbezug im Studium - Blickpunkt Hochschuldidaktik 35, Hamburg 1975, S. 430).

stehen und ist daher weniger ein Begreifen der abgelaufenen Entwicklung als mehr ein Reflex auf ihr endgültiges Auslaufen. Der Fortschritt gegenüber 1968 ist also ein relativer, der sich zunächst noch hinter dem Rücken der Akteure hergestellt hat. Er besteht im wesentlichen in dem ideologischen Vakuum, in das sie vorgestoßen sind und in dem sie sich verlaufen haben. Das macht eine prinzipielle Neuorientierung zumindest denkbar, doch kann diese nur Resultat einer bewußten Reflexion der Gründe für die schnellen Verirrungen und die Kurzatmigkeit der Bewegung sein. Die "Nüchternheit" jedenfalls, mit der die alten Forderungen neuformuliert und im nachhinein ihres ideologischen Gewandes entkleidet wurden, ändert nichts daran, daß der seit 1968 abgelaufene Prozeß nicht noch einmal wiederholt, geschweige denn zurückgedreht werden kann. Die 88er Studenten kamen 20 Jahre zu spät. Nicht nur, daß jeder Ansatz von "Studienreform" schon allein an der hoffnungslosen Überfüllung der Hochschulen scheitern muß, die nicht einmal durch eine Verdoppelung der finanziellen Mittel und schon garnicht durch 2 Mrd. DM aus der Welt zu schaffen ist, ein Rückgängigmachen der Spezialisierung und Zersplitterung des Wissenschaftsapparates auf dem Boden der Wertlogik ist schlicht unmöglich. Selbst eine "Interdisziplinarität" auf der didaktischen Ebene - vielmehr war das Projektstudium in der Praxis ja auch nie - würde eine dauerhafte Kooperation der wissenschaftlichen Lehrkräfte voraussetzen, zu der sie wahrscheinlich schon sowohl fachlich als auch persönlich überhaupt nicht mehr in der Lage wären, geschweige denn, daß sie die dafür notwendige Zeit von ihrem knappen Zeitfonds abknapsen könnten.

Die weitere Entwicklung des Jahres 1989 hat auch schnell gezeigt, daß die Studentenproteste weitgehend ins Leere gelaufen sind. Übriggeblieben sind ein paar lächerliche zusätzliche Planstellen und, hier und dort, die Umwandlung einiger "autonomer Seminare" in - vermutlich miserabel bezahlte - "Projekttutorien", die unverbindlich und ohne große Resonanz neben dem normalen Wissenschaftsbetrieb herlaufen. Dies den Aktivisten vorwerfen zu wollen wäre allerdings albern; das rasche Abflauen des Interesses an einer kritisch-inhaltlichen Auseinadersetzung, daß sich zunächst so vehement artikulierte sollte jedoch zu denken geben. Eine der tieferliegenden Ursachen scheint mir zu sein, daß die Struktur des positivistisch-funktionalistischen Wissenschaftsbetriebes nur rein äußerlich, unmittelbar technisch, also selbst positivistisch kritisiert und in der Folge dessen Struktur in etwas vermittelter Form selbst reproduziert wurde. Schon der Vorwurf an den Positivismus, er sei "zu theoretisch" und "praxisfern", verweist darauf, daß dessen Wesen nicht begriffen wurde. Richtig daran ist, daß der Positivismus keine wirkliche Anschauung der Wirklichkeit leisten kann, aber nicht weil er *zu theoretisch*, sondern gerade umgekehrt, weil er *zu wenig theoretisch* ist. Es fehlt ihm jeder *Begriff des Zusammenhanges* und damit kann sein Zugriff auf die Realität nur

ein willkürlicher, bruchstückhafter sein, den eine immer hektischere Faktenklauberei nicht nur nicht kompensiert, sondern im Gegenteil vollends verschüttet. War historisch gesehen zunächst die Sammlung von empirischem Wissen durchaus ein Fortschritt, so bewegt sich der Positivismus zunehmend auf wissenschaftlichem Niemandsland, ist weder Fisch noch Fleisch, verliert sich in unübersehbarer Zersplitterung der Fachdisziplinen und ist letztlich zu keiner substantiellen Aussage mehr fähig.

Der Zersplitterung in lauter Spezialgebiete setzte die 88er Studentenbewegung nun ihrerseits die Zersplitterung in lauter Spezialprobleme entgegen; die einzelnen Arbeitsvorhaben standen völlig unvermittelt nebeneinander. Der an sich positive Versuch, den stofflich-gesellschaftlichen Zusammenhang konkret anzueignen, scheiterte daran, daß man diesem ohne begriffliches Rüstzeug gegenübertrat, ausgestattet nur mit dem guten Willen, "irgendwie" müsse sich etwas ändern. Die "autonomen Seminare" und sonstigen Projekte versackten in der Beliebigkeit der jeweilig zufälligen Interessen, weshalb auch die Kooperation untereinander sich auf den bloßen Austausch von isolierten Informationen reduzieren mußte und daher nicht von Dauer sein konnte.

Da der Marxismus zu Recht jede Glaubwürdigkeit verloren hat, bildete stattdessen ein jämmerlich verdünntes Moralgedusel - das sich über jeden Dogmatismus erhaben glaubte, selbst aber ein abstraktes Prinzip nach dem anderen vom Stapel ließ - den notdürftigen Kitt, der die Bewegung zusammenhielt. Und während im Wissenschaftsbetrieb der Positivismus munter seinen vermeintlichen Sieg über das begriffliche Denken feierte, veranstalteten die Studenten zusammen mit ihren akademisch ergrauten Mentoren Vorlesungsreihen zum Thema "Wissenschaft und Ethik". Zu dumm für sie, daß sie auch auf diesem Gebiet längst von der Wirtschaft überholt worden sind. In einer Zeit, wo die Ethikseminare für Manager aus allen Nähten platzen, Daimler Chef Edzard Reuter in seinem Unternehmen als "die Ethik in Person" gepriesen wird (Wirtschaftswoche, 26.1.90) und das Volkswagenwerk die allseits beliebte Gertrud Höhler zum Thema "Glück" referieren läßt (FR, 24.10.89), zeugt es schon von einer gehörigen Portion Naivität, diesem Stuß auch noch den touch von Gesellschaftskritik geben zu wollen.

4.

Nicht weniger hilflos als die Bemühungen um eine irgendwie geartete Studienreform sind allerdings die Forderungen nach einer Demokratisierung der Hochschulen. Als ob die Mehrheitsverhältnisse in irgendwelchen Universitätsgremien die Durchfunktionalisierung des Wissenschaftsappartes, die ja gerade Ausdruck seiner endgültigen, blinden Einbindung in den

gesellschaftlichen Prozeß ist, in irgendeiner grundsätzlichen Weise tangieren könnten. Als ob die Wissenschaftler ihre Forschungsschwerpunkte nach den Mehrheitsbeschlüssen - so sie denn zustande kämen - ausrichten würden. Sicher, in dem ein oder anderen Fall mag es möglich sein, beispielsweise finanzielle Mittel hochschulintern in bestimmte Projekte umzuleiten. Doch erstens ist die Menge der Forschungsgelder über die die Hochschulgremien frei verfügen können minimal (Personalmittel, Institusaustattungen etc. sind ja nicht an vorgegebene inhaltliche Zwecke gebunden), insbesondere gemessen an den entsprechenden Drittmitteln, und zweitens läßt sich eine "Forschungspolitik" auf Hochschulebene die den gesellschaftlichen Erfordernissen wirklich entgegenläuft, ohnehin nicht lange durchhalten, wie die Geschichte der 70er Jahre zeigt. Schließlich sind die Universität und ihr Forschungspersonal ganz existentiell auf die Verkäuflichkeit ihrer Ergebnisse angewiesen, wenn sie nicht in der Bedeutungslosigkeit verschwinden wollen.

Eine "Demokratisierung der Hochschulen" kann die Entwicklung der Wissenschaftsmaschinerie für sich genausowenig aufhalten, wie die demokratisch im Stadtrat erzielte Entscheidung, die Gemeinde zur "atomwaffenfreien Zone" zu deklarieren, eine Stationierung von Atomraketen oder gar einen Atomkrieg verhindern kann, wenn die weltpolitische Entwicklung in diese Richtung treibt. Die Entscheidungen in den Hochschulgremien - oder den Gemeinderäten - können nur rein symbolischen Charakter haben, soweit sie sich nicht auf die Regelung der unmittelbar praktischen lokalen Angelegenheiten beziehen: die Bewilligung von Tutorengeldern, die Festlegung der Prüfungstermine und hin und wieder einmal die Besetzung einer C3-Stelle. Es verbietet sich natürlich nicht von vornherein, auf dieser Ebene so etwas wie pragmatische Interessensvertretung zu betreiben, aber es sollte sich niemand Illusionen über den Stellenwert dieser Angelegenheit machen.

Nichts ist insofern lächerlicher als der Impetus, mit dem im WS 88/89 die Forderungen nach einer Demokratisierung hervorgekramt und als Allheilmittel gegen die herrschenden Zustände propagiert wurden. Es gibt kein Defizit an Demokratisierung mehr aufzuholen, wie die endgültig geläuterten Linksakademiker gebetsmühlenhaft wiederholen. Es geht auch am Kern der Sache vorbei, in der "Gruppenuninversität" einfach nur einen kaschierten Neuaufguß des alten Ordinariats zu sehen, nur weil es weiterhin eine Hierarchie der Entscheidungen vom Institutsdirektor bis hinunter zum Studenten gibt. Wer diese Tatsache bejammert mißt die Resultate der Demokratie an ihren schwärmerischen Idealen und begeht damit den - gerade in der Linken - gängigen Fehler, gegenüber der schlechten Realität die "wahre Demokratie" einzuklagen. Genauso wie in den Betrieben durch das Verschwinden des autoritären Firmenpatriarchen, durch die Verallgemeinerung des Arbeitsrechtes und die Durchsetzung der Mitbestimmung, die Hierarchien nicht verschwunden

sind, existieren diese auch an den Universitäten weiter. Nur eben - wie in den Betrieben - entpersonalisiert, versachlicht und formalisiert. Der Institutsdirektor oder Lehrstuhlinhaber kann nicht mehr so selbstherrlich regieren, wie der alte Ordinarius, er muß formale Entscheidungswege einhalten, muß auf die Rechte der akademischen Mitarbeiter und Studenten Rücksicht nehmen und mit Eingriffen der Universitätsverwaltung und sogar des Staates rechnen. Nicht umsonst klagen die meisten Professoren über die unerträgliche Belastung durch die Gremien- und Verwaltungsarbeit und die enormen Reibungsverluste bei Entscheidungsfindungen, deren Resultat dann wiederum häufig nur ein fauler Kompromiß zwischen den widerstreitenden Interessen ist (1). Der Weg der hier hinführte ist gekennzeichnet durch eine Fülle von Auseinandersetzungen sowohl auf der politischen, wie auch auf der juristischen Ebene. Dazu gehören die Durchsetzung der Drittelparität in den Hochschulgremien durch die 68er Bewegung (was selbst schon ein Kompromiß war gegenüber der ursprünglichen Forderung nach "one man, one vote") die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes von 1973, die jene für verfassungswidrig erklärte und eine Mehrheit der Dozenten festschrieb, Erlaß und Novellierung des Hochschulrahmengesetzes und der betreffenden Landeshochschulgesetze, genauso wie unzählige gerichtliche Anfechtungen von Berufungs- oder Prüfungsentscheidungen. Nicht zuletzt spielten natürlich auch staatliche Eingriffe in Fachbereiche, aber auch in die Forschungspolitik der einzelnen Universitäten eine Rolle (2). Es wäre eine Aufgabe für sich, anhand dieser Entwicklung zu veranschaulichen, daß jede Demokratisierung zwangsläufig zum Aufbau eines riesigen bürokratischen Regelsystems führen muß und damit gerade nichts mit einer *bewußten Teilhabe aller Individuen an der Verwaltung der gesellschaftlichen Angelegenheiten* zu tun hat, sondern im Gegenteil, die *Verwaltung der Individuen vermittels von Rechtskategorien* durch einen ihnen äußerlichen, versachlichten Apparat ist. Demokratie ist nicht das Gegenteil der Wertabstraktion, sondern deren politische Sphäre und damit nur scheinbar autonom. In Wirklichkeit ist sie der blinden, außerhalb jeder bewußten Subjektivität liegenden, Selbstbewegung des Werts unterworfen und muß daher in ihren Zugriffsmöglichkeiten selbst abstrakt und formal bleiben.

Die Existenz eines durchformalisierten und durchfunktionalisierten

1) vgl. dazu z.B. Kocka 1982

2) Die Reformen der 70er mußten häufig gegen den Widerstand der alten Ordinarien durchgesetzt werden und erforderte daher nicht selten direkte staatliche Eingriffe. Schließlich mußte der Staat den massiven Einsatz finanzieller Ressourcen steuern und koordinieren, konnte die wesentlichen Entscheidungen also nicht der "Autonomie" der Hochschulen oder dem Gutdünken der Ordinarien überlassen. Verrechtlichung und Zentralisierung der Entscheidungen waren also von voneherein wesntlicher Bestandteil des Modernisierungsschubes (vgl. dazu Reimann 1978, S. 134 ff.).

Hochschulsystems ist also *nicht etwa Ausdruck einer unvollständigen oder in den Ansätzen steckengebliebenen Demokratisierung, sondern ihr notwendiges Endprodukt.* Alle Kämpfe um die "Verwirklichung der Demokratie" sind nichts als Schattengefechte mit der Vergangenheit und laufen letztlich ins Leere. Sie werden übrigens auch nicht dadurch realer, daß die Forderung nach "Mitbestimmung" auf die staatliche Ebene hochgehievt wird, wie es Kraus/Wildermuth (1989) in ihrem Fazit der studentischen Bewegung fordern (These 9, S. 146: "Studentische Politik muß auch Forschungspolitik sein"). Eine Illusion darüber kann sich nur machen, wer lediglich die Oberfläche der Entscheidungsfindung wahrzunehmen vermag und dem daher Forschungspolitik als bloßer Ausdruck der Kräfteverhältnisse in der "Kungelsphäre zwischen Ministerialbürokratien, Vorstandsetagen und Wissenschaftsmanagement" (ebd.) erscheint, auf die es nun konsequenterweise "intellektuellen *und* politischen Einfluß" (a.a.O., S. 147) zu nehmen gilt. Eine leider nicht sehr originelle Idee.

Wie sehr sich die Forderungen nach Demokratisierung abgenutzt haben, zeigt sich schon allein daran, daß nach dem kurzen Aufflackernder Bewegung im Wintersemester kaum noch jemand für eine kontinuierliche Arbeit an entsprechenden Mitbestimmungsentwürfen zu begeistern war. Es ist etwas zu simpel, dies mit der "Lahmarschigkeit und krankhafte Lethargie" der Studis (Unirundschau Erlangen, 4.7.89) erklären zu wollen, sondern sollte vielleicht einmal zum Anlaß genommen werden, die aufgeworfenen Forderungen selbst infrage zu stellen. Gewissermaßen ist die "schweigende Mehrheit" sehr viel realistischer als die unermüdlichen Aktivisten, auch wenn sich dieser "Realismus" nur im Nichtstun ausdrückt.

5.

Eine auf "Reform" und "Demokratisierung" der Hochschulen ausgerichtete Politik macht sich aber nicht nur lächerlich, weil jene längst zu einem Rädchen in der gesellschaftlichen Maschinerie geworden sind, sondern schon deshalb, weil sich auch das studentische Dasein in den letzten zwei Jahrzehnten radikal verändert hat. Bis Ende der sechziger Jahre war das Studieren die Angelegenheit einer privilegierten Minderheit, der sichere und wohldotierte Arbeitsplätze winkten. Noch der Großteil der 68er Generation konnte davon ausgehen, daß er gut "unterkommen" würde, und nur vor diesem Hintergrund konnten die Hoffnungen auf einen "Marsch durch die Institutionen" überhaupt entstehen. Auch wenn die materiellen Bedingungen für die damaligen Studenten keinesfalls rosig waren und auch sie sich bereits häufig mit Nebenjobs und Ferienarbeit finanziell über Wasser halten mußten (vgl. Jarausch 1984, S. 217 f.), so war dies jedoch insofern erträglich, weil das Studium mit Recht als zeitlich begrenztes Übergangsstadium in eine gesicherte soziale Position angesehen werden konnte.

Der zukünftige Status wurde, was das soziale Selbstbewußtsein betraf, gewissermaßen antizipiert. Hinzu kam noch die relative Gemächlichkeit des Studierens, die zumindest in den Geistes- und Sozialwissenschaften dem einzelnen noch genügend Freiraum für eine individuelle Studiengestaltung und eine gewisse Reflexion ließ. Alles zusammen prägte ein spezifisches studentisches Lebensgefühl, das sich scharf von der allgemeinen, atemlosen Arbeits- und Konsumwut der "Wirtschaftswundergesellschaft" unterschied und eine identifikatorische Kraft entfaltete.

Spätestens seit den 70er Jahren jedoch, ist das studentische Dasein einem grundlegenden Wandel unterworfen. Vermassung, Durchrationalisierung und fachliche Zergliederung des Studiums haben ihm jegliche Beschaulichkeit genommen und den privilegierten Status des Studenten zunehmend untergraben. Die Gewissheit, allein mit dem Besitz eines Universitätsexamens bereits die Eintrittskarte für die oberen Ränge der gesellschaftlichen Berufshierarchie in der Tasche zu haben, ist dahingeschmolzen, nicht nur weil die Drängelei am Kartenschalter zugenommen hat, sondern auch weil die Berufsstruktur selbst sich gewandelt hat. Daß mit der allgemeinen Anhebung des Qualifikationsniveaus auch die akademischen Berufe zunehmend in die Form der abstrakten Arbeit gepreßt und ihres Sonderstatus beraubt worden sind, ist natürlich am Bewußtsein der heutigen Studenten nicht spurlos vorübergegangen. Die große Masse von ihnen steht ihrer eigenen Situation und zukünftigen gesellschaftlichen Stellung relativ illusionslos gegenüber. Sie wissen, daß der Erwerb eines Abschlußes allein nicht mehr ausreicht, sondern, daß es - wenn man "etwas werden will" - darauf ankommt, im Konkurrenzkampf den lieben Kommilitonen immmer um eine Nasenlänge voraus zu sein. Das Examen ist keine hinreichende, aber doch - in vielen Bereichen - eine notwendige Bedingung, um einen der begehrten Arbeitsplätze zu ergattern; zumindest aber sind gute Noten die Voraussetzung dafür, überhaupt Auswahlmöglichkeiten zu haben und nicht den erstbesten Job annehmen zu müssen. Da mag es zwar vorübergehend beruhigend sein, wenn in bestimmten Berufssparten zu Beginn des Studiums die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt das Angebot noch übersteigt, doch soviel Voraussicht besitzt das moderne Individuum, als daß es nicht wüßte, daß sich diese Marktsituation sehr schnell ändern kann. Daran wird es jeden Morgen erinnert, wenn es sich um einen der 600 Sitzplätze im Hörsaal prügeln muß.

Kann man auch die modernen Studenten insgesamt als im großen und ganzen desillusioniert, "aufgeklärt" und - im unmittelbaren Sinne - "realistisch" bezeichnen, gibt es doch unterschiedliche Ausprägungen dieses Bewußtseins. Da sind erst einmal diejenigen, die ihr Studium vor allem unter dem Gesichtspunkt seiner späteren Verwertbarkeit wählen, also sich ihre Fächer anhand der verschiedenen (allerdings meist mehr als fragwürdigen) Marktprognosen

aussuchen. Für sie ist das Studium nicht viel mehr als ein Job. Sie erwarten sich davon die Vermittlung des notwendigen Fachwissens und die Berechtigung für die Ausübung der angestrebten Berufsfunktion. Der Sudienbeginn ist für sie der Anpfiff zum allgegenwärtigen Kampf um die späteren Futternäpfe, und solange sie ihren eigenen Studienerfolg nicht unmittelbar gefährdet sehen, sind sie auch bereit, sich den jeweiligen Studien- und Prüfungsanforderungen weitgehend kritiklos zu unterwerfen. Kaum jemals werden sie freiwillig einen Blick über den Horizont der Pflichtveranstaltungen oder gar des eigenen Fachgebietes hinaus werfen, denn für sie ist Studium Arbeit. Die Freizeit findet jenseits der Universität statt, und ein Engagement über die notwendigste Berufsvorbereitung hinaus wäre reine Zeitverschwendung. Von einer auch nur annähernd kritischen Reflexion der Studieninhalte kann nicht die Rede sein. Hierfür fehlen sowohl Zeit als auch Interesse, und selbst das fachliche Interesse -soweit es überhaupt mit ausschlaggebend für die Studienwahl war - reduziert sich bald auf die Frage danach, welche Inhalte denn "etwas bringen", sei es für's Examen, sei es für die anvisierte Karriere.

Den Kontrapunkt zu diesen "Karrieristen" bilden diejenigen, die trotz oder gerade wegen der Skepsis gegenüber den Berufsperspektiven darauf bestehen, ihr Studium unter rein fachlichen oder persönlichen Gesichtspunkten auszuwählen. Wenn schon die Arbeitsplatzaussichten überall düster sind und man sich auf Prognosen eh nicht verlassen kann, dann wollen sie wenigstens im Studium ihren Interessen nachkommen. Trotz ihres Pessimismus in puncto Arbeitsmarkt, spielen bei dieser Wahl häufig auch immer noch ziemlich abstrakte Illusionen über die Inhalte einer späteren Berufstätigkeit eine Rolle: "Selbstverwirklichung", "kreatives Arbeiten", "soziales Engagement" und was da sonst noch so an anachronistischen Ideologemen durch die Köpfe geistert. Diese Vorstellungen halten sich erstaunlicherweise ziemlich hartnäckig, obwohl man doch davon ausgehen kann, daß die realen Bedingungen der späteren "Praxis" weitgehend bekannt sein müßten. Kaum jemand, der diese nicht aus eigener Erfahrung kennen würde, sei es vermittels Jobs, Praktika, Berufsausbildung oder Zivildienst, und kaum jemand, der nicht etwa die rapide Desillusionierung jener inzwischen fast schon altmodischen Lehrer hätte beobachten können, die immer noch, vereinzelt, mit reformerischem Elan versehen an die Schulen kommen und dort gegen eine Gummiwand nach der anderen rennen. Trotz alledem sind es nur wenige, die ihr Studium bereits völlig illusionslos und ohne jegliche Berufsperspektive beginnen, und sei sie noch so schwammig. Zu stark ist offenbar der Legitimationsdruck gegenüber der allgemein verbreiteten Ideologie, zu einem "erfüllten Leben" gehöre auch ein "befriedigende Berufstätigkeit", und jegliche Form der Bildung habe nur dann einen Sinn, wenn sie sich anschließend auch in barer Münze auszahle. Andererseits fehlen natürlich auch sonstige Perspektiven, auf die ein Studium auszurichten einen

Sinn machen könnte. Denn wenn auch so manche akademische Karriere in eine Dauerexistenz als Taxifahrer mündet, so kann dies doch schwerlich ihr bewußtes Ziel gewesen sein.

Die Ansprüche der heutigen Studenten an ihre zukünftige Tätigkeit sind allerdings sehr bescheiden geworden und bis zur Unkenntlichkeit ausgedünnt. Wurde der Beruf vor 15 bis 20 Jahren noch als Vehikel für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft von unten her angesehen - die Stichworte waren: "revolutionäre Berufspraxis" und "Marsch durch die Institutionen -, so geht es heute gerade noch um das persönliche Wohlbefinden und "Selbstverwirklichung". Natürlich schließt das moderne Individuum darin eine gute Portion "Ethik" ein, doch auch dadurch werden die Konturen keinesfalls schärfer.

> Einen ihrer Ausbildung adäquaten Beruf wollen noch alle, die wir gefragt haben - nur eben nicht Atomkraftwerke bauen, 60 Stunden in der Woche arbeiten, vor einem cholerischen Boß buckeln oder monoton funktionieren." (Kraus/Wildermuth 1989, S. 51)

Darin wird sich allerdings die große Masse der Studenten einig sein. Zudem gehört es aber auch zum guten Ton, gerade unter den übelsten Karrieristen, ihre Studienfachwahl mit einem vorgeblich brennenden fachlichen Interesse auszuschmücken, eine Behauptung die sich allein schon durch die Sensibilität desavouiert, mit der die Studentenströme auf Nachfrageschwankungen am Arbeitsmarkt reagieren:

> "Medizin hat man ja angeblich immer nur studiert, weil man den helfenden Beruf ergreifen wollte, es ging niemals um die guten Einkommenschancen. Aber jetzt, wo auf einmal deutlich geworden ist, daß die Zahl der Arbeitsplätze auch da knapp wird, haben wir jede Menge, die das Studium jetzt nicht mehr durchhalten." (eine Studienberaterin, zit. in Kraus/Wildermuth 1989, S. 54)

Natürlich, wenn man das Studium überhaupt durchhalten und den Elan aufbringen will, eine Prüfungshürde nach der anderen zu nehmen, geht es nicht ohne ein Minimum an Illusion über das angestrebte Ziel. Insgeheim weiß aber auch die große Masse, daß sie selbst ihre Minimalansprüche an "Sinngebung" im Beruf kaum wird realisieren können. Vor einem cholerischen Boß werden sie wohl seltener buckeln müssen (obwohl noch genügend Exemplare dieser antiquitierten Spezies in freier Wildbahn herumlaufen), dafür aber umso knallharteren Leistungsansprüchen im ach so kollegialen Team genügen. Auch Atomkraftwerke werden wohl nur die wenigsten bauen, auch nicht gerade Giftgas produzieren, wer aber ernsthaft glaubt eine dauerhafte Identität etwa aus dem Produktmanagement für Multi-Vitamin-Säfte - natürlich "ganzheitlich", von der Entwicklung bis zum Vertrieb - oder aus technischen Riskikoanalysen für Industrieversicherungen ziehen zu können, nur weil dies nichts unmittelbar "Unmoralisches" ist, muß schon reichlich reduzierte Ansprüche haben. Nebenbei bemerkt ist es ja auch kein Geheimnis, daß eine 50 - 60 Stundenwoche in akademischen Berufen keinesfalls die Ausnahme ist, trotz allen Geredes um den

"Wertewandel" und angeblicher Arbeitszeitverkürzung.

Mit steigender Semesterzahl scheinen diese allseits bekannten Fakten zunehmend ins studentische Bewußtsein durchzusickern, denn die Zahl der völlig Illusionslosen - wie ich sie einmal nennen möchte - nimmt deutlich zu, je näher der Absprung ins Berufsleben heranrückt. Die Erfahrungen mit dem Studium tun ihr Übriges, und selbst wer als "Karrierist" angefangen hat, ist nicht davor gefeit den Glauben an das Aufsteigerglück zu verlieren; sei es wegen der Unerträglichkeit des permanenten Konkurrierenmüssens, sei es wegen dauernden Klausurenpechs. Der Ausstieg vollzieht sich allerdings in aller Regel etappenweise, quasi hinter dem eigenen Rücken. Nach und nach schieben sich die diversen außeruniversitären Beschäftigungen, nicht zuletzt das Jobben, in den Vordergrund, bis sie dann den Hauptteil des persönlichen Zeitfonds einnehmen. Der Stellenwert des Studiums verändert sich zunehmend, läuft bald bestenfalls noch nebenher und dient hauptsächlich dazu, das nicht gesettelte Dasein vor sich selbst und anderen zu legitimieren. Die Universität gerät mehr und mehr zu einem Zufluchtsort vor dem Horror des geregelten 8-10 Stunden-Tages (1), das immer noch nicht absolvierte Examen - das man natürlich gerne vor sich herschiebt - hält als Entschuldigung dafür her, daß man "leider" noch keiner festen Berufstätigkeit nachgehen kann.

Die Presse und die empirische Sozialforschung haben diesen gar nicht mehr so seltenen Typus längst entdeckt und ihm, leise kopfschüttelnd, den Namen "Parkstudent" verliehen. Aber der Ausdruck umschreibt die Sache nur ungenügend. Wie das mit dem Parken so ist, es wird in der Regel durch Phasen der Fortbewegung unterbrochen. Nicht selten wird ein erneuter Anlauf genommen, doch noch einen Abschluß zu ergattern, sei es im bereits begonnenen Studium, sei es durch einen Wechsel zu einem anderen Fach. Nicht selten wird auch Zuflucht in einer nicht-akademischen Ausbildung gesucht und manchmal sind ja auch aller guten Dinge drei. Mit ein bißchen Glück spielt das Arbeitsamt mit.

Eine andere, mittlerweile recht weit verbreitete Verhaltensweise, besteht darin, sich zwar das Studium fortzusetzen, allerdings nicht mehr unter dem Aspekt der Berufsausbildung, sondern unter rein fachlich-persönlichen Interessengesichtspunkten. Gewissermaßen wird das "Dienstleistungsangebot" der Universität in Anspruch genommen, ohne jedoch eine berufliche

1) Schon in ihrer Umfrage von 1981 stellten Glotz/Malanowski (1982, S 69 f.), daß eine zunehmende Studienmotivation ist "kein Bock auf reglementierten 8-Stunden-Tag". Diese Einstellung mag Schwankungen unterliegen, wird vielleicht nicht immer so offen artikuliert, ist aber weiterhin sehr virulent. Die TAZ vom 31.3.88. zitiert den Abteilungsleiter des Immatrikulationsbüros der FU Berlin, der "schätzt, daß zwischen 20 und 25 Prozent der an der FU eingeschriebenen StudentInnen die Uni nutzen, um ihre Existenz weiter zu sichern". Bundesweit sollen es angeblich "nur" 10 % sein, eine Zahl, die allerdings leicht untertrieben sein dürfte.

Perspektive zu verfolgen. Damit wird das System der Hochschulausbildung allerdings restlos ad absurdum geführt. War die Universität früher vorwiegend Ort der Ausbildung *für* eine bestimmte Berufstätigkeit, so ist sie heute für eine wachsende Zahl von Studenten Unterschlupf *vor* der geregelten Existenz als akademischer Lohnarbeiter geworden. Die Eierschalen der von allem Anbeginn an brüchigen Synthese von Allgemeinbildung und Berufsausbildung im humanistischen Universitätsideal zerbrechen endgültig und entlassen die Karikaturen ihrer Archetypen, den "Brotstudenten" und den "Bildungsstudenten", zu denen sich allerdings noch ein drittes Brüderchen gesellt, das Humboldt unmöglich antizipieren konnte, der "Parkstudent". So wenig man im vergangenen Jahrhundert Ahnung von dieser etwas ungücklichen Drillingsgeburt haben konnte, so wenig hat allerdings auch die Existenzweise des heutigen "Bildungsstudenten" mit der seines damaligen Namensvetters gemeinsam. Während zur Zeit der Herausbildung des bürgerlichen Universitätswesens das "Bildungsstudium" ein Privileg des alten Adels war - der es nicht nötig hatte, sich um einen berufsrelevanten Abschluß zu bemühen - und kontinuierlich zugunsten des "Brotstudiums" des aufstrebenden Bürgertums zurückgedrängt wurde (vgl. Prahl 1978, S. 272 f.), befinden sich die heutigen "Bildungsstudenten" keinesfalls in einer gesellschaftlich privilegierten Position, aus der heraus sie sich den Luxus eines zweckfreien Studierens leisten können. Im Gegenteil, mit Jobs, BAFöG und Elternzuschüssen bewegen sie sich materiell knapp an der Armutsgrenze, eine bereits in der gegenwärtigen, kreditfinanzierten Scheinblüte der Wirtschaft ziemlich prekäre Situation, die in der heraufziehenden Weltmarktkrise sehr schnell brüchig werden wird (1). Allein schon der nackte ökonomische Zwang verwischt also die Grenzen zum "Parkstudium".

6.

Die Erosion des modernen Bildungssystems verweist auf einen grundlegenden Widerspruch, der in der "zivilisatorischen Leistung des Kapitals", Bildung zu verallgemeinern, angelegt ist und gleichzeitig dessen Schranken markiert. Einerseits muß der fortgeschrittene Kapitalismus nämlich als Voraussetzung für die Aufrechterhaltung seines Funktionierens ein vermasstes Bildungs- und Forschungswesen schaffen, mitunter den allgemeinen Wissenshorizont und die Fähigkeiten zum abstrakt-logischen Denken in zuvor undenkbarer Weise anheben, andererseits aber reproduziert er dabei zwangsläufig die ihm inhärente Struktur der Zerstückelung des Arbeits- und Lebensprozesses. So werden zwar massenhaft intellektuelle Potenzen erschlossen, die längst eine bewußte gemeinschaftliche Regelung aller

1) Der anhaltende Strom an DDR-Übersiedlern, der insbesondere in Berlin die Lage auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt ziemlich verschärft hat, ist nur der Vorbote dieser Krise.

gesellschaftlichen Angelegenheiten prinzipiell möglich machen würden, doch dürfen diese sich unter den gegebenen Verhältnissen nicht wirklich entfalten, sondern werden in das enge Korsett zunehmend bornierter Spezialistentätigkeiten hineingepreßt. Wenn aber systematisch Fähigkeiten produziert werden, die über sich selbst hinausweisen und gleichermaßen auch subjektive Erwartungen gegenüber der eigenen gesellschaftlichen Betätigung geweckt werden, die nicht erfüllbar sind, dann muß das notwendigerweise Friktionen erzeugen.

Während sich Managementberater und Soziologieprofessoren die Köpfe über den sogenannten "Wertewandel" zerbrechen und die Unternehmen immer ausgeklügeltere und extremere "Motivationsstrategien" anwenden müssen, um die erforderliche Leistung aus ihrem Stamm qualifizierter Lohnarbeiter zu pressen (1), hat sich an den Universitäten ein Bodensatz entkoppelter Intelligenz herausgebildet, der sich subjektiv gegen jegliche dauerhafte Integration in eine bestimmte Berufstätigkeit sperrt. Daß das Bildungssystem mittlerweile zu einem maßgeblichen Auffangbecken für potentielle Arbeitslose geworden ist, hat sich ja inzwischen herumgesprochen. Aber nur durch die gewerkschaftliche Brille des Arbeitsplatzfetischismus betrachtet, stellt sich dies so dar, als handle es sich dabei um lauter Unglückliche, die sich nichts sehnlicher wünschen, als eine Anstellung nach BAT mit 39 Stunden-Woche, Bausparvertrag und dem gemütlichen Fernsehabend im Kreise der vierköpfigen Musterfamilie, wie sie uns aus den Kinderfibeln der Kirchen und den Gewerkschaftsblättchen entgegenstrahlt. Natürlich sind die "Herausgefallenen" auch keine strahlenden, selbstbewußten "Gewinner", die heldenhaft und aus moralischem Abscheu heraus jegliche feste Anstellung weit von sich weisen würden. Sie können ohnehin nicht über einen Kamm geschoren werden, sind kein einheitlicher Typus, sondern lassen sich zunächst nur rein negativ, über ihre fluktuierende, flexible, nicht in das traditionelle Berufsgefüge integrierte Existenzweise, bestimmen. Diese Existenzweise ist in mehrfacher Hinsicht prekär und bietet aus sich selbst heraus keinen Raum mehr für eine Identifikation; individuell wird sie auf höchst unterschiedliche Art und Weise verarbeitet. Während sich ein Teil der Betroffenen durchaus als "Verlierer" empfindet und daher von die stillen Hoffnung hegt, doch noch einmal "irgendwie unterzukommen", entwickeln andere ein durchaus positives Selbstbewußtsein. Während erstere die Suche nach *der* Berufstätigkeit, die doch noch eine Identifikation ermöglichen soll, fortgesetzen (und meist immer wieder enttäuscht werden),nutzen letztere aktiv die gewonnenen Freiräume um ihre "privaten" Interessen zu verfolgen. Die

1) Die Wirtschaftswoche vom 24.11.89 berichtet von amerikanischen Unternehmen, die ihren Angestellten Wochenendkurse verschreiben, bei denen sie unter extremen Bedingungen "Mutproben", wie beispielsweise Hochseil- und Trapezübungen, absolvieren müssen. Sie sollen dadurch "selbstbewußter, motivierter und somit produktiver" werden.

Suche nach einer "Identität" geben sie zwar nicht auf, aber sie entkoppelt sich von der Berufsperspektive. Dies stellt einen enormen Fortschritt gegenüber früheren Generationen dar, weil sich die einzelnen damit prinzipiell den Zugang zu *allen* gesellschaftlichen Angelegenheiten offenhalten, auch wenn zunächst noch die Form unverbindlicher und wechselnder Privatinteressen, und sich nicht mehr lebenslänglich an eine bornierte Teilfunktion und Existenzweise ketten lassen.

Es hieße drei Schritte zurückzugehen, angesichts dieser Entwicklung, der verblichenen studentischen und beruflichen Identität nachzutrauern und den vergeblichen Versuch zu unternehmen, sie wieder ausgraben zu wollen. Vielmehr stünde es an, positiv an dem weitverbreiteten nicht-identifikatorischen Bewußtsein anzuknüpfen, es aus seinen individualisierten Verarbeitungsweisen herauszuheben und die darin latent angelegte Fundamentalopposition offensiv gegen diese Gesellschaft zu wenden. Eine Kritik an der fachlichen Beschränktheit des Studiums wäre dann nicht mehr von Illusionen über eine irgendwie geartete Reform der überkommenen Berufsausbildung getragen, sondern würde sich bewußt davon entkoppeln und könnte die Überwindung der kapitalistischen Arbeitsteilung selbst ins Visier rücken. Damit verbunden wäre ein Wechsel der Perspektive. Die Fachdisziplinen würden nicht mehr auf Möglichkeiten einer "kritischen Berufspraxis" hin abgeklopft, "interdisziplinäre" Projekte fänden nicht mehr mit der Intention statt, die vorgefundenen Probleme der Wertlogik innerhalb ihrer selbst zu managen, vielmehr müßte die Wertlogik selbst zum Gegenstand der Kritik gemacht werden. Nicht im dogmatischen Sinne eines ermüdenden Abspulens der immergleichen Phrasen zu jedem beliebigen Thema, sondern im Gegenteil durch ein Ernstnehmen der Gegenstände, durch ein Herausarbeiten der Destruktivität eben jener Logik, die keinen gesellschaftlichen Bereich verschont hat und daher von allen Seiten her aufgerollt werden kann und muß. Dies wäre eine Entfaltung der Wertkritik, eine Konkretisierung im wirklichen Sinne des Wortes.

Der enge Rahmen der Universität wäre damit natürlich gesprengt. Eine auf dem Boden dieser Kritik stehende Bewegung wäre keine Studentenbewegung im engen Sinne mehr, weil die in ihr involvierten Individuen nicht in diesem Status aufgehen - ebensowenig wie in irgendeinem anderen. Die Grenzen zwischen dem studentischen Dasein und anderen flexibilisierten Existenzweisen sind ohnehin fließend. Jenes bildet nur die Spitze des Eisbergs eines allgemeinen Trends zur Verflüssigung der starren lebenszeitlichen Bindung einer Person an eine bestimmte gesellschaftliche Funktion einschließlich der damit verbundenen Bewußtseinsstrukturen und Lebensformen. In gewisser Weise treibt die Wertgesellschaft aus ihrer eigenen Dynamik über die starre Arbeitsteilung hinaus, allerdings nur in negativer Form. Das Flottieren zwischen den verschiedenen Funktionen ist nicht Ausdruck einer bewußten Aneignung des gesellschaftlichen Zusammenhanges durch die frei assozierten Indidviduen,

sondern steht im Gegenteil für die vollständige Durchsetzung der abstrakten Arbeit, die Angleichung der zergliederten Teiltätigkeiten durch die Entleerung von jeglichem Inhalt. Die total vergesellschafteten Individuen schlüpfen von einer Funktion in die andere *als einzelne*, Isolierte, als sich für einen beliebigen Zweck Verkaufende, während ihr Zusammenhang sich außerhalb ihres Zugriffs verselbständigt hat.

Der allgemeine Trend zur Verflüssigung der Funktionen hat weitreichende Konsequenzen auch für die Struktur einer zukünftigen revolutionären Bewegung, indem zunehmend die alte Dichotomie zwischen "Intelligenz" und "Volk", zwischen "Intellektuellem" und "Arbeiter" verwischt wird. Jede bisherige "revolutionäre Intelligenz" machte nur eine Minderheit innerhalb der jeweiligen Population aus, war eine "Elite" und mußte sich daher dem Problem stellen, wie die Kluft zwischen ihr und der "Masse" zu schließen sei. Die historische Einmaligkeit der heutigen Situation besteht darin, daß die intellektuellen Potenzen, zumindest in den entwickelten Ländern, selbst vermasst sind - was allerdings nicht so zu verstehen ist, daß alle akademisch oder halb akademisch Gebildeten zu "Intelligenz" im alten Sinne geworden seien. Noch die Studenten der 68er Generation interpretierten sich selbst in den Kategorien der vorangegangenen bürgerlichen Revolutionen als "Intelligenz" und suchten verzweifelt nach einem "revolutionären Subjekt" außerhalb ihrer selbst, das es wachzuküssen galt. Diejenigen, die die "Arbeiterklasse" zu ebensolchem auserkoren hatten, strömten mit aufklärerischem Impetus in die Betriebe, um sich dort "proletarischer" als die "Proletarier" aufzuführen, während andere den exotischeren Revolutionstourismus vorzogen. Für die Masse der heutigen Studenten stellt sich dieses Problem nicht mehr. Nicht weil sie nun selbst zum Bestandteil der Arbeiterklasse im alten Sinne geworden wären, wie es einige K-Gruppen der 70er Jahre selbstlegitimatorisch von sich behaupteten, sondern weil die alten sozialen Charaktere weitgehend erodiert, die Funktionen selbst flüssig geworden sind und auch die intellektuellen Potenzen ihren exklusiven Zuschnitt verloren haben.

Während die totale stoffliche Vernetzung förmlich nach einer Aufhebung der Arbeitsteilung in Form der bewußten Planmäßigkeit schreit, verweist die "Flexibilisierung" der Gesellschaft darauf, daß jene prinzipiell möglich und denkbar geworden ist. Die subjektiven Voraussetzungen dafür sind mit den Händen zu greifen. Wohlgemerkt aber nur die *Voraussetzungen*, irgendeine Zwangsläufigkeit ist damit keinesfalls verbunden. Es geht nicht darum, den Soziologismus des Arbeiterbewegungsmarxismus auf moderner Stufenleiter zu wiederholen und nun etwa ein neues revolutionäres Subjekt "an sich" auszumachen, das quasi naturwüchsig auf eine gesellschaftliche Umwälzung zurollt. Der Typus des modernen flexibilisierten, nicht-identifikatorischen

Individuums tritt zwar mittlerweile massenhaft in Erscheinung, aber, ex defintione, monadisiert. Die Gemeinsamkeit der einzelnen Individuen untereinander ist rein negativ bestimmt, wird nicht durch eine gleiche unmittelbare Interessenslage gesetzt; ihre Existenzweise konstituiert aus sich heraus keinen direkten sozialen Zusammenhang, geschweige denn eine revolutionäre Bewegung. Die Auflösung des Monadendaseins und die Entscheidung für revolutionäre Arbeit kann daher nur Ausdruck einer bewußten Entscheidung sein, eines Willensaktes auf der Grundlage der Distanz zur eigenen Unmittelbarkeit. So wie der Kommunismus die bewußte, kollektive Aneignung des gesellschaftlichen Zusammenhangs ist, kann die Umwälzung der herrschenden Verhältnisse und die Entscheidung dafür, diese vorzubereiten, auch nur ein Akt der Bewußtheit sein.

Doch ein solches Bewußtsein kann nicht schlagartig entstehen, auch nicht an einem privilegierten Ort der Gesellschaft allein. Es muß heranreifen, weil ein wirkliches Begreifen der Verhältnisse und ein radikales Umstoßen des Fetischismus der Warenform mehr Zeit und Anstrengung erfordert, als das Wiederkäuen leicht verdaulicher Ideologien und Agitationsparolen. Wenn im universitären Millieu besonders günstige Wachstumsbedingungen für die Entstehung eines solchen Bewußtseins vorhanden sind, so liegt das daran, daß hier einerseits noch immer gewisse Freiräume existieren, die genutzt werden können und daß andererseits das studentische Dasein so etwas wie den Prototyp des flexibilisierten Individuums verkörpert. Die Nicht-Identifikation mit dem eigenen sozialen Dasein ist aber entscheidende Voraussetzung eines wirklich fundamentaloppositionellen Bewußtseins, das sich des *gesamten* gesellschaftlichen Zusammenhanges versichern will und das daher auch die Beseitigung aller durch den Wert gesetzten sozialen Kategorien denken kann.

Die Anstrengung des Begriffs ist im Prinzip von jedem gefordert, und dies muß sich auch im Charakter der zukünftigen revolutionären Bewegung niederschlagen. Es wird keine Bewegung von "Intellektuellen" sein, aber eine Bewegung von selbständig denkenden, bewußten Individuen, ohne Kaderstrukturen und Geheimbündlerei. Sie wird daher aber auch nicht aus dem Boden gestampft werden können, sondern muß sich langsam als Schwelbrand ausbreiten. Es steht jetzt an, die Brandherde zu legen.

LITERATUR

- Peter Brückner/Thomas Leithäuser: Thesen zur "Politisierung der Wissenschaften, Gravenhage/Giessen 1973 [1968]
- Peter Glotz/Wolfgang Malanowski: Student heute, Hamburg 1982
- Konrad H. Jarausch: Deutsche Studenten 1800 - 1970, Ffm 1984
- Jürgen Kocka: Hoffnungen der Reform - Sieg der Bürokratie, in: Hochschulreform - und was nun?, Horst A. Glaser (Hg.), Ffm 1982
- Felicitas Kraus/Martin Wildermuth: UNiMUT, Berlin 1989
- Hans-Werner Prahl: Sozialgeschichte des Hochschulwesens, München 1978
- Praxisbezug im Studium - Blickpunkt Hochschuldidaktik 35, Hamburg 1975
- Bruno W. Reimann: Hochschulreform - Illusion und Pleite?, Bonn 1978

Udo Winkel

UNKRITISCHE THEORIE

Anmerkungen zu einer Habermas-Kritik der linken Enkel Adornos

Anläßlich seines sechzigsten Geburtstages ist die allgemeine Anerkennung Jürgen Habermas', die sich auch in einer dickleibigen Festschrift niedergeschlagen hat, nicht zu verkennen. So hat sich z.B. auch Oskar Negt "ausdrücklich" von seiner Kritik aus den sechziger Jahren distanziert. Dem entgegen steuert ein schmaler Reader aus dem zu Klampen Verlag, der sich schon mit der Neuauflage der "Studien über Autorität und Familie" (1936) und Kurt Lenks "Marx in der Wissenssoziologie" um die kritische Theorie verdient gemacht hat:

Unkritische Theorie. Gegen Habermas, hrsg. von Gerhard Bolte,
Dietrisch zu Klampen Verlag, Lüneburg 1989, 145 S., 24..- DM

Hier bieten die letzten Mohikaner einer sich marxistisch verstehenden kritischen Theorie Habermas Paroli. Der Band hinterläßt, das sei schon von vornherein festgestellt, einen zwiespältigen Eindruck: Machen einerseits die ideologiekritische Hinterfragung von Habermas und seine Demontage Spaß - das macht das Bändchen zur nützlichen und vergnüglichen Lektüre - , so treten doch andererseits auch hier die Insuffizienzen ans Tageslicht, die schon die klassische kritische Theorie à la Horkheimer, Adorno, Marcuse etc. prägten.

Die an Habermas geübte Kritik kann hier nur skizziert und durch Zitate illustriert werden: Habermas nimmt Abschied vom theoretischen Begriff der kapitalistischen Gesellschaft und vom Ziel, "die Grundlage aller bisherigen Produktions- und Verkehrsverhältnisse umzuwälzen und alle naturwüchsigen Voraussetzungen zum ersten Mal mit Bewußtsein als Geschöpfe der bisherigen Menschen zu behandeln, ihrer Naturwüchsigkeit zu entkleiden und der Macht der vereinigten Individuen zu unterwerfen" (Marx/Engels). Diese Perspektive denunziert er als "geschichtsphilosophischen Ballast", den er "wie schlechte Aktien" abstößt.

"Diese 'kommunikationstheoretische Wendung' der kritischen Theorie begann mit dem systematischen Verschleifen ihrer wichtigsten Traditionslinien, nämlich des deutschen Idealismus (Kant, Hegel), des historischen Materialismus und der Kritik der politischen Ökonomie (Marx, Engels) sowie der materialistischen Psychologie (Nietzsche, Freud). Habermas hat sie zunächst kaputtrekonstruiert, um sie dann hinter die bürgerliche Soziologie (Durkheim, We-

ber) und vor allem hinter die Handlungs- und Systemtheorie (Mead, Parsons) zurücktreten zu lassen. 'Anschlußfähig' gemacht werden Sachverhalte und Theoreme durch eine mehr oder weniger brutale Einpassung in den aus Handlungs- und Systemtheorie gebastelten methodischen Rahmen der Habermasschen Soziologie. Der methodische Dualismus legt sich wie ein Schleier über die gesellschaftliche Wirklichkeit, in der Habermas keine dialektisch wechselwirkenden Zusammenhänge wie die von Produktion und Zirkulation, Produktionsbasis und Kultur, Arbeit und Freizeit, Individuation und Vergesellschaftung, sondern nur noch Handlungs- und Systembezüge erkennt. Die Gesellschaft teilt sich ihm in zwei Reiche, die 'Subsysteme zweckrationalen Handelns', die für die materielle Reproduktion zuständig sind, und die 'kommunikative Alltagspraxis der Lebenswelt', in der sich die kulturelle Reproduk-tion abspielt. Fein säuberlich ordnet er der ersten Sphäre die instrumentelle, der letzteren die kommunikative Rationalität zu. Diesen beiden Rationalitätstypen korrespondieren zwei strikt geschiedene Handlungstypen: die Arbeit, die sich auf die technische Beherrschung der Natur und die bürokratische Verwaltung des gesellschaftlichen Lebens richtet; und die sprachlich vermittelte Interaktion, die auf zwanglose Verständigung, letztlich auf den im herrschaftsfreien Diskurs erzielten Konsens über die normativen Grundlagen der Vergesellschaftung abzielt. Dieser spröde Dualismus von rein funktional strukturiertem System und intentional-kommunikativ verfaßter Lebenswelt läuft auf die moralische Neutralisierung des Kapitalismus hinaus" (S. 9-10).

Herausgekommen ist eine "Aschenputtel-Soziologie" (Bolte): Ökonomie, Technik und Verwaltung ins System-Kröpfchen - Sozialintegration, Rechtssicherheit, Kultur und Ethik ins Lebenswelt-Töpfchen. Das heißt, einem "Funktionskreis instrumentalen Handelns", von der Struktur der Arbeit geprägt und unter technischer Verfügung, steht gegenüber ein "Zusammenhang kommunikativen Handelns": symbolisch vermittelte Interaktion auf Grundlage geltender Normen mit einer eigenen "Weltbildern" gehorchenden Logik. "Kritische Theorie als Lebensweltschutzprogramm" (Türcke) muß die Perspektive der Totalität preisgeben, sie muß - wie Habermas selbst formuliert - "auf die kritische Beurteilung und normative Einordnung von Totalitäten, Lebensformen und Kulturen, von Lebenszusammenhängen und Epochen im ganzen verzichten." "

Der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse bleibt die verschwiegene Geschäftsgrundlage der kommunikativen Alltagspraxis. Die als idealistisch geschmähte und in Wahrheit unbegriffene Totalität kapitalistischer Vergesellschaftung, die Habermas so elegant durch das Raster seines methodischen Dualismus fallen läßt, holt ihn stets wieder ein" (S. 12).

Denn jegliche Hoffnung, es ließe sich innerhalb des kapitalistischen Produktionsverhältnisses neben der Profitmaximierung ein zweites, womöglich lebensfreundlicheres Prinzip dauerhaft etablieren, ist illusionär. Es wird im einzelnen gezeigt, daß die Logik des Habermasschen Ansatzes zur Legitimierung der bürgerlichen Demokratie führt: Die vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik ge-

genüber der politischen Kultur des Westens ist die große intellektuelle Leistung der Nachkriegszeit" (Habermas).

Worin besteht nun die Attraktivität der "kommunikationstheoretischen Wendung der kritischen Theorie?

"Sie kommt jenen Intellektuellen gelegen, die aus pragmatischen Erwägungen die wissenschaftliche Karriere eingeschlagen haben, ohne sich noch um eine an ihren theoretischen Einsichten geschärfte, kompromißlos kritische Praxis zu bemühen, die ihnen den Verlust wissenschaftlicher Reputation und materieller Sicherheit, wenn nicht garsoziale Ächtung und Isolation bis hin zur Verfolgung eintragen könnte. Die von Habermas entwickelte methodologische Apparatur wirkt wie ein Schutzfilter, das die intellektuellen Zumutungen dämpft, die sich zwangsläufig einstellen, wenn man sich ungeschützt der Erfahrung der gesellschaftlichen Objektivität überläßt. Der wissenschaftliche Betrieb lockt zur Flucht aus der verzweifelten Einsicht in die politische Ohnmacht des Intellektuellen. Die Absurdität, daß die spätkapitalistische Gesellschaft in toto einem falschen Prinzip folgt, das sie für das einzig mögliche hält, und sich zugleich gegen die Einsicht in die Notwendigkeit ihrer Veränderung hermetisch abriegelt, ist für den Vernunftanspruch des Geistes ein harter Brocken. Aufklärung muß zur stumpfen Waffe werden, wo die Gesellschaft sich im Schein ihrer Unausweichlichkeit dicht macht. Da ist eine Theorie willkommen, die es allem Anschein nach erlaubt, diesen Druck der Negativität abzuschütteln und sich dennoch weiterhin kritisch zu gerieren. Die Forschung konzentriert sich auf den normativen Maßstab der Theorie, der vernünftigerweise zugleich der der Gesellschaft sein muß; es wird eine Sphäre ausfindig gemacht, in der solche rational begründbare Normativität Geltung beanspruchen darf, und diese Sphäre dann gegen die eindringenden Imperative des Systems, vorläufig verbal, verteidigt. Unter der Hand aber verkehrt sich die Perspektive. Wenn die Gesellschaft nur noch immanent kritisiert wird und selber den absoluten Rahmen ihrer soziologischen Erforschung bildet, wird anstelle der Veränderung ihre Legitimation zum Thema probandum" (S. 14).

Wie schon Horkheimer schrieb: "Anpassung ist der Preis, den Individuen und Vereine zahlen müssen, um im Kapitalismus aufzublühen."

Was wird nun aber Habermas entgegengesetzt? Habermas konnte der Totalität der "instrumentellen Vernunft" bei Horkheimer und Adorno nur entrinnen, indem er das instrumentelle Denken auf den Handlungsstrang der naturbeherrschenden Arbeit reduzierte, während das normative kommunikative Handeln auf die davon abgetrennte Sphäre der Lebenswelt verwiesen blieb. Den kritischen Kritikern von Habermas bleibt dagegen die Welt mit ideologischen Brettern vernagelt. Auch hier reproduziert sich notwendig ein Dualismus: Wie schon Herbert Marcuse der Welt des "eindimensionalen Menschen" nur durch einen voluntaristischen Salto entrinnen konnte, zerfällt auch ihnen existentialistisch die Realität in Sein und Sollen. Der verdinglichten Wirklichkeit wird mit Hilfe des kategorischen Imperativs die - im schlechten Sinne abstrakte - Möglichkeit einer men-

schenwürdigen Gesellschaft entgegengehalten, ohne daß ihre Verwirklichung benannt werden könnte.

"Produktiver als Habermas' 'kommunikationstheoretische Fassung des kategorischen Imperativs' (die bis in die transzendentalpragmatische Terminologie hinein Kategorien der Zirkulationssphäre verabsolutiert) ist jedenfalls die Transformation des moralischen Impulses in die Reflexion auf unverkürzte Emanzipation der Menschen beim frühen Marx, der als Vorbedingung für die Herstellung von Produktionsverhältnissen, die einen 'Verein freier Menschen' ermöglichen würden, den 'kategorischen Imperativ' formulierte, 'alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes , ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist'. Gerade angesichts der immer geringer erscheinenden Möglichkeit umwälzender Praxis ist diese Intention allemal aktueller als der Wiederbelebungsversuch moralischer Prinzipienphilosophie und die Surrogate, die er anbietet" (S. 141). Und: "'Der Impuls, die nackte Angst und das Gefühl der Solidarität' mit den Opfern von Unterdrückung, der nicht dulden will, 'daß das Grauen weitergehe', und das theoretische Bewußtsein, das durchschaut, warum es so weitergeht, das heißt, die gesellschaftlichen Ursachen begreift. 'Dieser Widerspruch allein ist, angesichts der realen Ohnmacht aller Einzelnen, der Schauplatz von Moral heute' (Adorno)" (S. 141 f.).

Wie diese Art kritischer Theorie selbst unkritisch wird, ist an der Argumentation von Heide Bernd zu sehen. In ihrer Auseinandersetzung mit dem Habermasschen Demokratieverständnis rekurriert sie ungebrochen auf die Horkheimerschen Aufsätze über den "autoritären Staat" aus den Jahren 1939/40: Während vor unseren Augen auch im "Realsozialismus" die Logik der Wertvergesellschaftung die Hülle vermeintlicher "Planung" sprengt und den Markt freisetzt, hält Bernd daran fest, "daß durch staatliches Interventionshandeln die Marktwirtschaft und das liberale Wirtschaftsprinzip außer Kraft gesetzt wird" (S. 94).

Die Crux der kritischen Theorie ist nach wie vor: Ihr Denken, das sich darauf beschränkt, die bürgerliche Gesellschaft als "unmenschlich" zu entlarven (u.a. auch durch die Benennung der "Dritte Welt-" und Ökologieproblematik), verbleibt eben dadurch innerhalb des bürgerlichen Horizonts. Erst wenn im Verständnis der weltweiten Durchsetzung der Wertvergesellschaftung ihr gleichzeitiges Obsoletwerden begriffen wird, das auf alle Momente der kapitalistischen Totalität durchschlägt, kann auch tendenziell eine sozialistische Perspektive entwickelt werden. Der Dualismus von vorgegebenem "Gehäuse der Hörigkeit" (Max Weber) und kritischem Bewußtsein muß dagegen beim ethischen Sozialismus, in der Resignation oder bei Habermas landen.

Peter Klein

MORALISCHE KRITIK ODER KRITIK DER MORAL ?

Zu Christoph Türckes Auseinandersetzung mit dem Ethik-Betrieb

"Über Hegel hinaus kommt
Philosophie nur, wenn
sie etwas anderes als
Philosophie wird."
(Christoph Türcke)

Der Name Christoph Türcke müßte dem durchschnittlich informierten Leser allein schon durch die Häufigkeit seines Vorkommens aufgefallen sein. In letzter Zeit vergeht kein Monat, ja bald schon keine Woche mehr, ohne daß man ihm in jenen Publikationen begegnet, die man früher wohl unter die Kategorie der "Intelligenzblätter" eingeordnet hätte. Man findet seine Aufsätze, Glossen und Polemiken in der ZEIT, in der Frankfurter Rundschau, im Merkur und wer weiß sonst noch wo. Es hat geradezu den Anschein, als würden sie ihm aus den Händen gerissen. Und das ist bei dem Lesegenuß, den diese flott geschriebenen und zugleich anspruchsvollen Texte bereiten, kein Wunder. Türcke versteht es, mit seinen betont schlicht und geradlinig formulierten Gedanken zum Zeitgeist eine fast schon suggestiv zu nennende Wirkung zu erzielen. Die soeben (Dez. '89) erschienene Broschüre,

Die neue Geschäftigkeit - Zum Ethik- und Geistesbetrieb,
Dietrich zu Klampen Verlag, Lüneburg 1989, 126 S., 22.-DM,

in der Aufsätze aus den letzten drei Jahren versammelt sind, wird daher mit Sicherheit ihr Publikum finden.

"Kleine Versuche, gut zu zielen", nennt Türcke diese Texte. Aus welcher Richtung sie kommen, das ergibt sich bereits aus dem Verlagsnamen. Der zu Klampen Verlag ist - zusammen mit dem ça ira Verlag in Freiburg und der Edition Tiamat in Berlin - gewissermaßen ein Wehrdorf der linken kritischen Theorie. Man fühlt sich an jenes kleine gallische Dorf erinnert, das Asterix-Lesern ein Begriff ist. Eine Gruppe von Autoren hat sich hier zusammengefunden, die in scharfer Abgrenzung zur "römischen Übermacht" der reformistischen "Haber-

mas-Fraktion" (vgl. die Besprechung von U.W.) auf dem Anspruch einer fundamentalen Kapitalismus-Kritik beharrt. Ihrem Selbstverständnis nach die authentische Nachkommenschaft der Adorno, Horkheimer & Co., ist diese theoretische Strömung, die in den siebziger Jahren in der Habermas'schen Seichtigkeit untergegangen zu sein schien, allein schon wegen ihrer zunehmenden Rührigkeit und Produktivität bemerkenswert. Türcke, der als Jahrgang 1948 der Enkelgeneration der kritischen Theorie angehört, ist mit seinen zahlreichen Veröffentlichungen (auch bei Wagenbach und Fischer) selbst der beste Beweis dafür, daß die kritische Theorie lebt. Und dies ist in einer Zeit festzustellen, in der die kritischen und revolutionären Ansprüche "zu Dutzenden über das Pflaster rollen", in der sich die Linke, von der man geneigt ist, bald nur noch im Zusammenhang mit dem Wort "ehemalig" zu sprechen, in galoppierender Auflösung befindet.

Dieser desolate Zustand alles dessen, was einmal "links" war, taucht die erwähnte Vitalität freilich in ein Zwielicht. Es könnte sich erweisen, daß wir es dennoch mit einem Ladenhüter zu tun haben, der sein frisches Aussehen nur daher bezieht, daß die anderen seiner Art gänzlich verschimmelt und unverkäuflich geworden sind. Für die kritische Theorie hätte sich somit als Vorteil erwiesen, was ihr von der 68er Bewegung einst angekreidet worden ist: Ihre Distanz zur "Praxis" hätte sie vor dem Verschleiß bewahrt. Die Frage erhebt sich, ob sie durch diesen Verzicht aufs "Anderssein" mehr gewonnen hat, als jene ein wenig sauertöpfisch wirkende Sorte von Reinheit, die sich mit der Beschränkung auf sterile Traditionspflege üblicherweise einzustellen pflegt. Sehen wir also zu, welche Antwort die Türckeschen Texte bereithalten.

1.

Im ersten, größeren Teil der Aufsatzsammlung setzt sich Türcke, der in Kassel Philosophie lehrt, mit der eigenen Zunft auseinander. Besser: er setzt sich von ihr ab. Und das ist offensichtlich, schon aus Gründen der Psycho-Hygiene, ein dringendes Erfordernis für jemanden, der als professioneller Geisteswissenschaftler von den emanzipatorischen Ansprüchen, die der "Geist" einst hatte, wenigstens in der Erinnerung nicht lassen will. Die Gegenwart des Metiers ist jedenfalls frei von solchen Ansprüchen. Das zeigt Türcke besonders deutlich in den ersten drei Artikeln, die vornehmlich den modisch gewordenen Ethik-Disziplinen (Wirtschafts-, Technik-, Wissenschafts-Ethik) gewidmet sind. Die "Geschäftigkeit", die hier waltet, ist "nicht neu", heißt es in der Vorbemerkung. "Aber sie nimmt jetzt eine bemerkenswert weniger verschämte Form an. Die Offenherzigkeit, mit der sich Geisteswissenschaftler neuerdings Politikern und Wirtschaftsführern als Dienstleistungsgewerbe anbieten, die Selbstverständlichkeit, mit der Ethik-Kommissionen der Ministerialbürokratie für Auftragsforschung zur Ver-

fügung stehen, die Unbefangenheit, mit der Philosophen die Kompensation wirtschaftlich-technischer Modernisierungsschäden als ihre eigenste Aufgabe ausgeben - sie geben den Trend an..." (S. 7).

Bei dem Eifer, mit welchem die Funktionäre der einschlägigen Berufsverbände auf die "Wichtigkeit" der Geisteswissenschaften pochen, handele es sich um die Reaktion auf eine "Krise". Freilich um keine, die "durch aufsehenerregende, an die Substanz gehende wissenschaftliche Kontroversen" hervorgerufen worden sei, "sondern durch Geldentzug" (S. 37). Das "Gericht", vor welchem die Geisteswissenschaften über ihren Nutzen Auskunft geben, ist nicht etwa ein Erkenntnisanspruch, den sie sich selbst gesetzt hätten, es ist die Gesamtheit der Geldgeber: "der Kultus- und Wissenschaftsministerien, der Rechnungshöfe und Stiftungsräte, der Mäzene und Sponsoren" (S. 21). Und dieses Gericht versteht nur ein einziges Argument, das denn auch durch die wie immer verklausuliert formulierte Verteidigungsrede des vom Stellenabbau und Mittelentzug heftig gebeutelten "Angeklagten" deutlich genug hindurchschimmert: "Wenn ihr langfristig kalkuliert, werdet ihr sehen: Geist rechnet sich doch!" (ebd.)

Ein solcher "heteronom" bestimmter "Geist" ist natürlich keiner mehr. Um zu dieser Diagnose zu gelangen, genüge es, die einschlägigen Verlautbarungen zu zitieren, schreibt Türcke. Und er hat Recht damit. Die Industrie ruft: "Damit der Markt überhaupt funktionieren kann, braucht er ethische Grundsätze und moralische Überzeugungen" (Ford-Chef Goedevert in einem Spiegel-Interview, zit. auf S. 7). Und die Philosophie, vertreten durch den von Türcke besonders liebevoll geohrfeigten Odo Marquard (bis 1987 Präsident der Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie), antwortet: "Die - durch die experimentellen Wissenschaften vorangetriebene - Modernisierung verursacht lebensweltliche Verluste, zu deren Kompensation die Geisteswissenschaften beitragen." Sie sind unverzichtbar, weil ohne sie "zunehmend der lebensweltliche Bedarf des Menschen nicht mehr gedeckt wäre, in einer farbigen, vertrauten und sinnvollen Welt zu leben" (S. 9 f.). Oder mit einem anderen Wort von Marquard: "Naturwissenschaften sind 'challenge'", "Geisteswissenschaften sind 'response'" (S. 11). Der wissenschaftliche Ertrag dieser "response" ist denn auch entsprechend. Er tendiert zum Gemeinplatz, den "man sich auch ohne jede Philosophie hinter die Ohren schreiben kann: daß wir nicht alles dürfen, was wir können, daß wir auch für Tiere, Pflanzen und die nachfolgenden Generationen verantwortlich sind, daß das wahre Ziel in der Bescheidung der Ziele liegt, daß möglichst alle Entscheidungen zuvor mit den Betroffenen oder zumindest in ihrem Sinne zu diskutieren sind etc." (S. 40).

In diesem einen lakonischen Satz scheint tatsächlich das Resultat des tiefen Nachsinnens von mindestens einem Dutzend Technik- und Wissenschaftsethikern enthalten zu sein. Schon allein damit hätte sich Türcke ein Verdienst erworben, daß er uns eine Galerie von Namen präsentiert (Hans Jonas, Hans Lenk,

Otfried Höffe, Odo Marquard, Elisabeth Ströker, Werner Becker, Herbert Schnädelbach, Oskar Negt), die man sich *nicht* zu merken braucht. Aufgrund der Medientüchtigkeit dieser Lobby dürfte in manchen Fällen diese überflüssige Gedächtnisleistung freilich schon passiert sein. Immerhin wird aber dem Leser der erwähnten "Intelligenzblätter" Zeit erspart. Wer etwa versucht war, das eine oder andere Erzeugnis dieser Modephilosophie in näheren Augenschein zu nehmen, dem nimmt Türcke, so scheint es zunächst wenigstens, diese überflüssige Arbeit ab.

Nun wäre Türcke allerdings kein kritischer Theoretiker, wenn er den Kapitalismus nur in jener oberflächlichen Weise wirken sähe, wie es das Gieren nach neuen Lehrstühlen und Forschungsaufträgen darstellt. Das "Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft" bemächtigt sich vielmehr auf substantielle Weise des "Geistes". Dies ist das eigentliche Verdikt, das Türcke mit seinem Wort vom "Ethik- und Geistesbetrieb" über seinen Gegenstand fällt. Es handelt sich, etwa beim "Szientismus", nicht bloß um einen "Denkfehler" oder um ein "technisches Verfahren", das sich nach Belieben korrigieren ließe. Vielmehr gelte es, solche theoretischen Phänomene auf ihr "gesellschaftliches Substrat" zurückzuführen, sie als "Widerschein der Produktionsverhältnisse" zu begreifen, als Moment jener Bewegung der modernen Gesellschaft, "die auf nichts hingeht, sondern um ihrer selbst willen ist: eine ökonomische Zwangsexpansion, um zu expandieren, ein Wachsen, um nicht zu stocken" (S. 65, in dem gegen Robert Spaemanns konservative Szientismus-Kritik gerichteten Artikel "Restauration der Teleologie"). Die Geisteswissenschaften sind zum Bestandteil der, wie wir es nennen würden, "tautologischen Bewegung des Werts" geworden. Beim Nachweis dieser Entwicklung gelingen Türcke zum Teil außerordentlich schöne und einprägsame Formulierungen.

Einige Beispiele: "Wo Geisteswissenschaft so tut, als habe der Geist seine Zukunft noch vor sich, als stehe er auf der Schwelle zu einem neuen nachmetaphysischen Denken, einer neuen Ethik, einer neuen Kunst, einer neuen Sprache, als fehle es nur noch an den Geldmitteln, damit diese Schwelle überschritten werde - da hat ein Verkrüppelter Athletenphantasien, da ist Geist nur der geistlose Reflex einer Gesellschaft, die täglich mit Neuem überflutet, täglich die Sucht nach Neuem verstärkt, täglich zu wissenschaftlich-technischem Fortschritt getrieben wird wie ein Zwangsneurotiker und *dem* Neuen, auf das alles ankäme, keinen Schritt näherbringt: der Befriedung der Erde und der Solidarität der Menschheit. Und wo suggeriert wird, daß es in Kunst und Literatur, Hermeneutik und Selbstreflexion gleichwohl täglich vorangehe, zeigt sich nur, daß auch in ihnen jene Art des Fortschritts Einzug gehalten hat, die nicht ihre eigene ist" (S. 26 f.). - Dementsprechend "offenbart der Schwund der Fähigkeit, ohne Planstelle oder Forschungsauftrag noch produktiv zu denken, nicht nur gesellschaftliche

Gewalt, sondern auch persönlichen Mangel an Widerstandskraft dagegen" (S. 27). - Oder zur Situation der Geisteswissenschaften, wie sie sich nach ihrer (von Dilthey betriebenen) Etablierung als ein eigenes "Gebiet" darstellt, das Türcke als "Naturschutzgebiet des Geistes" bezeichnet: Den Naturwissenschaften gegenüber nur noch auf ihre "Selbsterhaltung" bedacht, haben sie wie diese "auf die allseitige Entwicklung der Individuen" , wie sie noch den Aufklärern im 18. Jahrhundert vorschwebte, längst verzichtet: "Ihr Fortschritt besteht seither denn auch vornehmlich in der fortschreitenden Bearbeitung, Katalogisierung, Verwaltung vergangenen Gesites und seiner Wurmfortsätze in der Gegenwart. Nicht, daß nicht allerlei Interessantes und Wissenswertes dabei zutage träte, wie es auch eine Reihe unbedingt sehenswerter Museen und Ausstellungen gibt. Nur peinlich, wenn sich das Museumspersonal mit den Künstlern verwechselt, die Ausgrabung, Neuanordnung oder auch nur Zertrümmerung vergangener Genialität mit dem Geniestreich geistigen Fortschritts. Dieser Verwechslung dankt die Postmoderne ihr kurzes Dasein, von ihr lebt das heute so emsige Dekonstruieren, Rekonstruieren und Reformulieren vergangener Epochen, Kunstrichtungen, Denkweisen, das Nietzsche schon im voraus kommentiert hat: ‘immer wieder wird ein neues Stück Vorzeit und Ausland versucht, umgelegt, abgelegt, eingepackt’" (S. 36 f.).

2.

All dies ist klassische kritische Theorie in bester Tradition. Auf Adornos Wort vom "Kultus des Neuen", in dem laut Türcke "die Moderne von ihrem ökonomischen Bewegungsgesetz her begriffen" wird, wird denn auch ausdrücklich Bezug genommen (S. 50). Nun muß man sich allerdings fragen, worauf der hier aufgewendete Scharfsinn abzielt. Wieso eigentlich etwas nachweisen, das von niemandem ernstlich bestritten wird? Das sich nach Türckes eigenen Worten mit "Offenherzigkeit", "Selbstverständlichkeit" und "Unbefangenheit" zu erkennen gibt? Die Entdeckung, daß der Kapitalismus auch in die kulturelle Sphäre hinein expandiert, mag zu Adornos Zeiten frappierend gewesen sein - aber heute? Sollte die theoretische Absicht nicht weiter reichen als bis zu einer Gedächtnisveranstaltung für die Marx, Adorno und meinetwegen auch Nietzsche? Sicher, was Türcke hier macht, hat seine Berechtigung. Schließlich muß auch die nachwachsende Generation an das schon einmal erreichte Niveau der Kapitalismuskritik herangeführt werden. Aber seinem eigenen Anspruch, die berühmten "Verhältnisse zum Tanzen zu bringen", wird er mit solcher - Erinnerungsarbeit, wie man es nennen möchte, nie und nimmer gerecht. Und wenn er vorsichtshalber schreibt, die "Verhältnisse" seien "*kaum noch* zum Tanzen zu bringen" (S. 7), so gewinnt man, noch ehe man sich über diese günstige Einschätzung ausgerechnet der Vergangenheit gewundert hat, erst recht den Eindruck von einem Manöver,

mit dem die eigene theoretische Leistung unangreifbar gemacht werden soll.

Um so weniger geben Türckes Texte zu irgendwelchen Hoffnungen in dieser Richtung Anlaß, als er sich ans Original der kritischen Theorie auch dort noch hält, wo es schon immer traditionell im ladenhüterischen, d.h. für das moralisierende Aufklärungsdenken zurechtgemachten Sinn, gewesen ist. Wie er die Entwicklung schildert, die der "Geist" seit jener Zeit der Aufklärung genommen hat, sei der Beleg dafür. Sie wird durchgehend als ein Abstieg wahrgenommen. Mit der Entstehung der "Geisteswissenschaften", ihrer "Eingliederung in den großen gesellschaftlichen Maschinenbetrieb", sei der "Geist", vor allem was den seinerzeitigen Anspruch betrifft, gewissermaßen aus ihnen vertrieben worden. Dieser Position, vorgetragen vor allem in den Artikeln "Geisteswissenschaften und Geist - kein Bund fürs Leben" sowie "Falsche Trennung - falsche Verbrüderung. Wie Geistes- und Naturwissenschaften einander zu verfehlen drohen", kann man zunächst einmal beipflichten. "Daß die Universität heute das Reich der Mittelmäßigkeit ist, eine Art kultureller Karstlandschaft", ist eine geläufige Beobachtung, die auch schon H. M. Enzensberger gemacht hat (1). Nur möchte man gerne wissen, wie denn der Gipfel geheißen hat, von dem herab der "Geist" auf den Hund gekommen ist. "Geist war nie autark", schreibt Türcke, und schneidet mit der Erwähnung des Aristoteles und der "Sklavenarbeit" das Thema der jeweiligen Produktionsverhältnisse an. Abgesehen von diesem Alibi-Hinweis wird aber jede weitere Auskunft verweigert. Und es entsteht eben jener Eindruck, den die kritische Theorie schon immer erweckt hat; daß nämlich im Verlauf der modernen Entwicklung der "Geist" von einer ihm ursprünglich fremden und äußerlichen Macht eingeholt worden sei. Daß sich seiner "jene Art des Fortschritts" bemächtigt habe, die "nicht seine eigene ist". Daß er also seine einstige Höhe dadurch eingebüßt habe, daß er zum Bestandteil des Kapitalismus erst *geworden*, zuvor hingegen etwas anderes gewesen sei. "Ein blind wachsender universaler Zweck hat die Vernunft in seinen Dienst gezwungen. Auf ihn soll sie sich besinnen, nicht auf sich selbst" (S. 103).

Daß bei dieser Nabelschau der "Vernunft" eine Melodie entsteht, die noch irgendjemand anderen zum Tanzen einlädt, darf man fuglich bezweifeln. Am wenigsten wird sich jener "universale Zweck" von Türckes Reinlichkeitsdrang in Bewegung setzen lassen. Auf diese Konsequenz laufen die Texte nämlich hinaus: Sie sind ein einziger Appell zum moralischen Sauberbleiben. Auf Distanz gehen, "sich dem System, zu welchem die Realität sich zunehmend verdichtet, nicht fügen" (S. 29), "sich ungenial für das wahrhaft Neue offenhalten", anstatt etwa beim "Geniekult" der französischen "neuen Philosophen" mitzumachen, so und ähnlich lauten die Formulierungen, in denen Türcke seine Absicht, ein guter Mensch zu sein, kundtut. Selbstverständlich, daß in diesem Zusammenhang auch Adornos

(1) Hans Magnus Enzensberger, Mittelmaß und Wahn - Gesammelte Zerstreuungen, Frankfurt 1988 (Suhrkamp), S. 238.

Wort vom "Verweigern" - "im Bestehenden ist es eine Spur von Freiheit", den (immanenten) Alternativen "sich zu verweigern" (S. 11) - seinen Platz hat. Einmal mehr gewinnt man den Eindruck der sterilen Traditionspflege.

Es ist die lange Tradition der moralischen Kapitalismuskritik, in die Türcke sich stellt. Dies erklärt, warum trotz aller Funktionalisierung und Monadisierung der Menschen, die er vermerkt, trotz aller Blindheit der "Bewegung" und Ziellosigkeit des "Wachsens", die er dem "modernen Wirtschaftsgesetz" ankreidet, doch immer noch "höhere Mächte", "Potentaten in Wirtschaft und Politik" (z.B. S. 27), in seinen Texten auftreten. Die moralische Denkform erzeugt solche persönlich verantwortlichen Übeltäter, denen man mit Entrüstung begegnen kann, mit der Sicherheit eines unbedingten Reflexes. Dementsprechend wird auch die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie "bearbeitet". Nichts davon, daß das Kapital seine eigene Schranke darstellt, nichts davon, daß seine Zwänge mit den Erfordernissen der stofflichen Reproduktion unvereinbar werden in dem Maß, wie sie deren Vergesellschaftung vorantreiben, nichts von dem objektiven historischen Unmöglich, auf das es zutreibt. Die Kritik der politischen Ökonomie verwandelt sich vielmehr in die Aufdeckung einer moralischen Ungeheuerlichkeit. Als solche wird sie zur Entscheidungshilfe. Wer die Marxsche Botschaft vernommen hat, dem gilt "das Ware-sein der Arbeitskraft" nämlich nicht mehr als "moralisch neutral" (S. 16) - und der Fall ist erledigt. Die Beziehung zum "System" hat fortan negativ zu sein, die zur "Kritik" hingegen ist von lauter Zuneigung gekennzeichnet.

Türcke findet für das Marxsche "Kapital" nur gute, lobende Worte, die fast schon sehnsüchtig klingen, ganz so, als gäbe es ein Hindernis, das ihm eine intimere Bekanntschaft damit verwehrt. Und dieses Hindernis ist vorhanden. Marx kommt nämlich in dem ganzen Ethik-Betrieb nicht vor. An mehreren Stellen wird dies in vorwurfsvollem Ton vermerkt. Abgesehen von der ungünstigen Marktsituation, die sich daraus für einen professionellen Marx-Liebhaber ergibt - nur der Vollständigkeit halber weise ich darauf hin, nicht um Türcke auf billige Weise zu denunzieren - , liegt hier wirklich ein Hindernis vor, das geeignet ist, einen Moralisten auf für ihn substantielle Weise zu blockieren. Denn zur Beurteilung der geschichtlichen Lage ist der Moralist seit jeher auf die zutagetretenden Gesinnungen verwiesen. Er glaubt, um ein Marx-Wort zu verwenden, den Verhältnissen aufs Wort, was sie von sich selbst sagen und sich einbilden. Gerät nun die eigene antikapitalistische Gesinnung in die Minderheit, verschwindet sie gar bis auf wenige Ausnahmen von der geschichtlichen Bühne, so ist die Lage düster. Das moralische Ungeheuer Kapitalismus, ohnehin bereits verabscheuungswürdig, wird auch noch unheimlich, weil es die Fähigkeit unter Beweis stellt, in die moralische Sphäre hinein zu expandieren, um dort die Freiheit des "Dagegenseins" zu kassieren. Für diejenigen Kämpfer gegen die "Verdinglichung", die sich außerhalb des von ihnen dinglich gedachten Kapitalismus stehen sehen, wird da-

mit der Platz immer enger, ihr Tonfall wird, je nach Temperament, immer wehmütiger oder verbissener. Anstatt das "Zwangsgesetz der modernen Gesellschaft" in näheren Augenschein zu nehmen und bezüglich der Form der moralischen Gesinnung vielleicht selber noch einen Verdacht zu schöpfen, sind sie vollauf damit beschäftigt, sich gegen den Vorwurf, sie seien "Phantasten und Fanatiker" (S. 87), zur Wehr zu setzen.

Entsprechend kurz kommt die Auseinandersetzung mit dem Marxschen "Kapital". Die Kußhändchen, die Türcke in diese Richtung wirft, muß man jedenfalls platonisch nennen. Von den Peinlichkeiten, die dabei entstehen, sei nur der folgende Satz erwähnt: "Das Marxsche *Kapital* war tatsächlich seine 'Zeit in Gedanken erfaßt' (in erschreckendem Maß noch (!) unsere Zeit)..." (S. 53). Hier wird der wissenschaftliche Begriff des Kapitals offensichtlich verwechselt mit einer historisch-empirischen Realanalyse des 19. Jahrhunderts. Diese, mit dem Kapitalbegriff als ihrem "heuristischen Prinzip" ausgerüstet, hätte aber erst zu zeigen, inwieweit das Kapitalverhältnis zu Marxens Lebzeiten weltweit überhaupt schon durchgedrungen war.

Hegels "Begriff", den Türcke mit der "in Gedanken gefaßten Zeit" ins Spiel bringt, kann ja gerade deswegen als der Wegbereiter des "Kapital" gelten, weil er, was bei Kant noch außerhalb voneinander existiert, in sich vereint. Die "Notwendigkeit" der "apriorischen Form" einerseits und die "Zufälligkeit" ihres "empirischen Inhalts" andererseits werden hier nämlich miteinander identifiziert - auf vermittelte Weise natürlich. Der Gegensatz von "Zufall und Notwendigkeit" fällt (als "aufgehoben im Begriff") damit ebenso wie der Dualismus von "Sollen und Sein". Speziell für die Erklärung geschichtlicher Phänomene war damit ein entscheidender Durchbruch erzielt worden. Denn erst von jetzt ab war es möglich, den Schritt über das bloße "moralische Messen" dieser Phänomene an einem vorgeblich zeitlosen, überhistorischen "Wertmaßstab" hinaus zu tun und die "Meßlatte" selber noch (in Kants Moral- und Rechtsphilosophie also die bekannte "Allgemeinheit eines Gesetzes überhaupt") in den konkreten Vermittlungszusammenhang des "Begriffs" aufzunehmen, sie aus dem "schlechten", apriorischen "Jenseits" (daher die Bezeichnung "Transzendentalphilosophie" für den Kantianismus), in welchem sie von der Empirie scheinbar nicht (zumindest für das menschliche Denken nicht einsichtig) tangiert werden konnte, zu vertreiben. Hegels Intention war natürlich eine umgekehrte. Ihm ging es um die Rehabilitation der Metaphysik, um den Nachweis, daß sie vor den scheinbar ohne "höheren Sinn" auskommenden "empirischen Tatsachen" durchaus nicht zu kapitulieren brauchte (wie der platte Aufklärungsatheismus gemeint hatte), sondern sie im Gegenteil überhaupt erst zum "Leben" zu erwecken, zu ihrem "lebendigen Zusammenhang" zu bringen vermochte. Er wollte die Metaphysik, letztlich also Gott, als in der Empirie erscheinend, als ihr objektives oder "wahres" Subjekt erweisen. Das hindert aber nicht, daß von hier aus der kürzeste Weg zu jenem an-

deren "Subjekt" führte, das Marx die "gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse" genannt hat, die moderne bürgerliche Moral als das notwendige Moment ihrer modernen, auf der Fetischform des Werts beruhenden Gestalt entziffernd.

Diese Überwindung der Aufklärungsmoral hat die kritische Theorie nie nachvollzogen - und so auch nicht Türcke. Es ist der durchgängige "Ansatz" der moralischen Betroffenheit, der ihn zu der verrückten Meinung veranlaßt, über einen theoretischen Begriff "erschrecken" zu sollen. "Das" Kapital, das sind aber doch nicht nur die seuchenträchtigen Elendsquartiere, die Engels in Manchester vorgefunden hat, das ist ebenso die pharmakologische und hygienische Entwicklung, die den Infektionskrankheiten seither ihren Schrecken genommen hat. Was Türcke mit seiner Abwehrhaltung "gegen" das Kapital unter Beweis stellt, ist vor allem eines: daß Moral und theoretische Sterilität heutzutage ein und dasselbe sind.

Bei jemandem, der noch echte Chancen *innerhalb* des "Maschinensystems" besitzt, der die Gelegenheit hat, mit der Anfertigung von Gemeinplätzen echtes Geld zu verdienen, hat die Verweigerungshaltung selbstverständlich auch ihre anerkennenswerte Seite. Zumindest kann ich es nachvollziehen, wenn sich jemand als Individuum dagegen entscheidet, bei gewissen Absahnereien hemmungslos mitzumachen. Auf die Sphäre der Theorie übertragen, ist diese individuelle Haltung hingegen absolut tödlich. Mit dem Zeigen der kalten Schulter kommt man hier nicht weiter. Und die fortgesetzte Beteuerung, sich mit dem "Elend" nicht abfinden zu wollen (S. 53), ist nicht nur geschmacklos, sondern auch langweilig. Türcke zitiert das Kommunistische Manifest: "Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisepoche vor allen anderen aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können" (S. 71). Aber als Marx 1847/48 diese Sätze niederschrieb, da war die "Bourgeoisie" noch ein Stand, da existierte die "Arbeiterklasse" in Gestalt einiger Gesellenvereine, die sich den Kommunismus allenfalls als ein modernisiertes Zunftwesen vorstellen konnten, da war die "Demokratie" ein exotisches Gewächs in Amerika, obendrein noch geziert von der Negersklaverei in den Südstaaten. 140 Jahre später sollte man über solche apodiktischen Formulierungen doch hinaus sein. Da darf man doch verlangen, daß der Begriff mit der real abgelaufenen Geschichte vermittelt wird, da möchte man doch die "fortwährende Umwälzung", die "ewige Unsicherheit und Bewegung", am empirischen Material ein wenig spezifiziert haben. Mit einer Gedenkstunde für Marx ist es nicht getan.

Nehmen wir die Abstiegsgeschichte des aufklärerischen "Geistes", die Türcke ja offenbar in kritischer Absicht erzählt. Wie wäre es, wenn wir den "Geist" von ehedem zur Abwechslung einmal mit den seinerzeitigen Produktionsverhält-

nissen in Verbindung brächten, statt über die Bedeutungslosigkeit seiner späten Ausläufer zu klagen? Humboldts Versuch, die "Wissenschaft rein zu erhalten", zitiert nach einer Denkschrift von 1810: Werden wir darin die gegen die absolutistische Bevormundung der Universität gerichtete Absicht des liberalen Politikers nicht viel leichter erkennen als dasjenige, was Türcke daraus macht - ein "Rückzugsgefecht" gegen die "industrielle Anwendung" der Wissenschaft, die zwar "im großen Stil erst bevorstand", von Humboldt aber angeblich "vorausgeahnt" wurde (S. 33)? Ergibt sich der Eindruck von seiner "Höhe" nicht daraus, daß es der "Geist" zu jener Zeit mit einer gesellschaftlichen Umgebung zu tun hatte, die im bürgerlichen Sinn nur als platt und eben zu bezeichnen ist, als ein Zustand äußerster kapitalistischer Unterentwicklung, kaum daß die Bauernbefreiung in Angriff genommen, kaum daß die Gewerbefreiheit verkündet worden war (und auch erst in Preußen), mit einer Münzvielfalt, die es innerhalb des Deutschen Bundes auf sechsundfünfzig verschiedene Wechselordnungen brachte? Folgt daraus nicht zwangsläufig der Gedanke, daß der "Geist", der sich von diesen *vor*bürgerlichen Zuständen abhob, als *bürgerlich* zu bestimmen ist? Als der ureigenste Vortrupp der kapitalistischen Entwicklung? Und hätte er sich dieser Wegbereiterfunktion etwa zu schämen angesichts von Verhältnissen, über deren Zurückgebliebenheit der Avantgardist Kant selber noch deutlich genug Auskunft gibt, wenn er "Weib, Kinder und Gesinde" zum "Besitz" des "Hausherrn" zählt und bei dem Versuch ins Schwitzen gerät, diese empirische "Selbstverständlichkeit" mit seiner neuen, im zeitlosen Apriori verankerten Vertragslehre in Einklang zu bringen (1)? Oder wenn ihm als Beispiel für eine "ausweglose Situation", die den Selbstmord rechtfertigt, in aller "Unbefangenheit" gerade jene Mutter einfällt, die ihr Kind aus Scham über dessen Unehelichkeit umgebracht hat?

Mit dieser bemerkenswerten "Offenherzigkeit" präsentierten sich die gesellschaftlichen Zustände zur Zeit der Aufklärung auch noch bei einem Kant; von jenen Herren Professoren zu schweigen, die seinerzeit das Problem wälzten, ob sich im Adel eine besondere rassische Qualität niedergeschlagen habe oder nicht. *Dies* waren die Verhältnisse, mit denen sich der "Geist" vor zweihundert Jahren auseinanderzusetzen hatte! Verhältnisse des dumpfbrütenden Traditionalismus, die die Masse der in ihrer überwältigenden Mehrheit ländlichen Bevölkerung eingepfercht zeigten in Unwissenheit, Aberglauben und persönlicher Abhängigkeit von Herrschaften der "buntscheckigsten" Art. Sie erklären, warum die mit der kapitalistischen Entwicklung verbundene Formalisierung und Verrechtlichung aller Beziehungen als ein historischer Fortschritt empfunden werden mußte und, die gleichzeitige Produktivkraftentwicklung in Rechnung gestellt, auch objektiv ein solcher war. Aus diesen Abhängigkeitsverhältnissen erklärt sich auch die Mühe, die Kant darauf verwendete, den neuen Freiheitsbegriff von jeder per-

(#_FN) Vgl. Metaphysik der Sitten §§ 22 - 30: Von dem auf dingliche Art persönlichen Recht, Weischedel-Ausgabe Bd. VIII, SS. 388 - 397, Frankfurt 1982 (Suhrkamp, 5. Auflage).

sönlichen Färbung freizuhalten und ihn als "reines Prinzip a priori" *vor* aller Empirie anzusiedeln. Diese sollte, mit der "Allgemeinheit eines Gesetzes überhaupt" als ihrer metaphysischen Richtschnur versehen, sich in Moral und Recht der formalen Unabhängigkeit aller Menschen voneinander immer mehr annähern. Und niemand wird den Erfolg dieses buchstäblich auf jedes einzelne Individuum anwendbaren Konzeptes für die "Verwirklichung" von "Freiheit und Gleichheit" bezweifeln können.

Mag sein, daß die Aufklärer mit dem Rechtsstaat, mit der allgemeinen Schulpflicht und mit dem Fortschritt der Wissenschaften, für den sie eintraten, die Vorstellung einer anderen Menschheit verbanden, als wir sie heute real haben. Sehr wahrscheinlich auch, daß ihnen im Zusammenhang mit ihrem Modernisierungsprojekt nicht gerade jene Weltkriegsepoche vorschwebte, die dann den Durchbruch brachte. Naiv aber, wer sie nach ihren Vorstellungen, Hoffnungen und Wünschen beurteilt, um sie mit dem Blick darauf als Kritiker unserer Gegenwart zu benutzen, anstatt sie als das zu nehmen, was sie theoretisch ausgewiesen in ihrer eigenen Gegenwart waren: die Kritiker des Absolutismus und der ständischen Privilegiengesellschaft. Dies, was wir heute "Willkürherrschaft" oder "persönliche Abhängigkeitsverhältnisse" zu nennen pflegen, war der Punkt, von dem sich die aufklärerische "Vernunft" abstieß. Man muß schon auf beiden Augen blind sein, um in dieser formalen, noch bei Kant ausdrücklich ungeschichtlich gedachten "Vernunft" etwas anderes sehen zu können als die theoretische Vorwegnahme jenes wertförmigen Vergesellschaftungsprinzips, das erst im entwickelten Kapitalismus zur durchaus unpersönlichen Herrschaft gekommen ist.

Seit jeher war die Moral, gleichgültig ob religiös oder philosophisch begründet, der gesellschaftliche Zusammenhang von Privatpersonen, wie er sich ihnen gegenüber als das "Höhere" einer Idee, eines Prinzips oder Gesetzes geltend machte. Keine Erfindung von Priestern, sondern objektives Erfordernis der jedesmaligen Produktionsverhältnisse, von denen die Priester und Ideologen nur das notwendige Moment waren. Je allgemeiner gehalten und also inhaltsärmer das Prinzip, je mehr befreit von einschränkenden Bedingungen - die es etwa für Griechen, Juden, männliche Grundbesitzer, Adelige oder bestimmte Berufszweige spezifizierten - , desto größer die Zahl der Privatpersonen, für die es unmittelbare Gültigkeit beanspruchen konnte, desto enger und bloß formaler freilich auch die jeweilige "Privatsphäre", desto weiter fortgeschritten wiederum das darin erscheinende Vergesellschaftungsniveau, desto näher auch die Lösung des Rätsels, die schließlich dadurch zustande kam, daß die Abstraktion als Abstraktion zum theoretischen Gegenstand gemacht wurde. Den Schlußpunkt nicht nur unter die Aufklärung, sondern unter diese Entwicklung überhaupt, setzte Kant.

Indem er die Reinigung der "praktischen Vernunft" bis zum Apriorismus der "reinen Form" vorantrieb, der von der Moral nichts mehr übrig ließ als die "Allgemeinheit eines Gesetzes überhaupt", sprach er nur aus, was die Wahrheit

oder vielleicht besser: die innere Tendenz aller Moralprinzipien seit jeher (seit den Tagen des Sokrates) war. Mochte Hegel unmittelbar darauf diese Abwesenheit von jedem Inhalt als die "höchste Unvernunft" geißeln, mochte Marx sie zurückführen auf ihr "gesellschaftliches Substrat", nämlich Ware, Wert und abstrakte Arbeit, mochte Nietzsche als ihr frustrierter Liebhaber verrückt werden über diesem Ende der klapperdürr gewordenen Ontologie, in den Niederungen der gesellschaftlichen Praxis blieb diese Sorte "Vernunft" plausibel, solange die Form der Privatheit noch nicht bis zu jedem einzelnen Individuum vorgedrungen war, um ihm schließlich den demokratischen Rang des freien und gleichen Staatsbürgers - und selbstverständlich auch der Staatsbürgerin - zu verleihen.

Keine Rede, daß das "Ware-sein der Arbeitskraft" moralisch bedenklich wäre. Genau das Gegenteil ist der Fall. Dieses Ware-sein der Arbeitskraft, das immerhin einen rechtsfähigen Eigentümer derselben voraussetzt, mußte vielmehr gegen alle vorbürgerlichen Formen der persönlichen Untertänigkeit und Gesindehaftigkeit erst durchgekämpft werden. Die freie Lohnarbeit wurde auf diese Weise zur Schrittmacher-Institution bei der Verwirklichung des Kantischen Imperativs. Sie erst verhalf diesem ursprünglich bloß moralischen Gebot, das zunächst nur für die Minderheit der "Hausväter" relevant gewesen ist, zu jener fast schon unhinterfragbar gewordenenen Objektivität und Allgemeingültigkeit, die das moderne, von der Staatsgewalt sanktionierte Rechtssystem besitzt. Wenn Kant sich bei seinem Siegeszug hinter Ideologien von minderer Abstraktionskraft als der "reinen Form a priori" verbarg, hinter dem Sozialismus und dem Nationalismus, so darf man sich davon nicht irre machen lassen. Der Sieg als solcher steht fest. Was heute herrscht, das sind keine Autokraten mehr, keine Guts-, Fabrik- oder Hausherren, keine "Potentaten in Wirtschaft und Politik", sondern das ist der völlig anonym gewordene und mit der Freiheit und Gleichheit aller Menschen ohne weiteres vereinbare Sachzwang des Geldes.

Damit aber hat sich der Wirkungskreis aller Ethik erschöpft. Die Produktivkräfte, die der Kapitalismus im Verlauf seiner "zivilisatorischen Mission" herausgebildet hat, sind gesellschaftliche. Sie konstituieren einen Zusammenhang der Menschheit, der inzwischen weltweit und stofflich höchst real funktioniert. Wie gut er es mit der Menschheit als seiner "Handlungsmaxime" auch immer meinen mag: als Einzelner vermag hier niemand etwas. Und die Summe der Einzelnen, die sich auf einen gemeinsamen moralischen Nenner einigen wollte, käme auch auf nichts anderes als auf diese Abstraktion "Menschheit", die längst schon in allen Grundrechtskatalogen hergebetet wird. Die gesellschaftlich entwickelten Produktivkräfte sperren sich grundsätzlich gegen die abstrakten Denkbestimmungen, von denen die Philosophie einst meinte, es seien die der Vernunft schlechthin. Zu ihrer Beherrschung werden keine Prinzipien benötigt, sondern die Kompetenz und der Sachverstand von Menschen, die sich bei der Organisation ihres Zusammenhanges den Umweg über alle Gebote und Sollensvorschriften der

Prinzipien sparen können, weil sie ihre Bedürfnisse von der Zwangsjacke des Geldes emanzipiert haben, die ihnen ein "Privatinteresse" suggeriert, dem stofflich kein Substrat mehr entspricht.

Unter diesem historischen Blickwinkel betrachtet, erhält das Bild vom "Abstieg des Geistes", von den Geisteswissenschaften als "Regressionsphänomen", wie Türcke es nennt, eine ganz andere Bedeutung als bei ihm. Daß sie heute nur noch Gemeinplätze produzieren kann, rührt nicht daher, daß die Philosophie, heruntergelockt von den öffentlichen Geldgebern, den Gipfel der Aufklärung verlassen hätte - staatlich finanziert wurden schließlich auch schon Kant und Hegel, und das war damals etwas durchaus modernes - , sondern daher, daß sie dort sitzen geblieben ist. Die abstrakten Denkbestimmungen der Aufklärung: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, sind vom Realwerden der Abstraktion eingeholt worden. Die Rechtsperson, um die es sich beim "Menschen" der Aufklärung handelt, ist die subjektive Seite der Ware-Geld-Vergesellschaftung. Mit deren Durchbruch mußten die entsprechenden Prinzipien den avantgardistischen Stachel, den sie gegenüber der Ständehierarchie mit ihrer Kleiderordnung, mit ihren tausend abgestuften Privilegien und "Berechtigungen" selbstverständlich besaßen, verlieren. Wenn Türcke zeigt, daß die Ethik sich im Umgang mit den modernen Produktivkräften als zahnlos erweist, so zeigt er nur, daß die Aufklärung an ihrem Ende angelangt ist, daß sie ihre historische Rolle ausgespielt hat. Sobald man ihre Bestimmung als *bürgerlich* ernstnimmt, heißt dies, daß wir hier einen Teil jener Krise vor uns haben, in welcher sich das Weltsystem der Warenproduktion insgesamt befindet. Die Produktivkräfte sind dabei, die Produktionsverhältnisse zu sprengen.

Räumen wir Türcke ein, daß innerhalb der Philosophie das Bewußtsein von Krise schon seit über hundert Jahren, grob gerechnet seit Kierkegaard oder Nietzsche, um sich greift, so hätte diese sich nur wieder einmal mehr als das sensibelste Moment der bürgerlichen Produktionsverhältnisse erwiesen. *So* gesehen können wir dem Türckeschen "Geist" also nach wie vor bescheinigen, daß er seiner Avantgardefunktion gerecht wird. Damit gewinnen aber auch die Technikphilosophen und Wirtschaftsethiker eine interessante, ja sogar wichtige Seite, die vom Türckeschen Standpunkt aus nicht ohne weiteres zu entdecken, geschweige denn fruchtbar zu machen ist. Als Auskunftgeber und Wegweiser vollkommen bedeutungslos, verdienen sie als Symptome der kapitalistischen Krise sehr wohl unsere Aufmerksamkeit.

Diesen Reiz bekommen sie aber nur von einem Standpunkt aus, der selber nicht mehr philosophisch ist, der sich den in der Überschrift zitierten Satz von Türcke zu eigen gemacht hat und der die "Kritik der politischen Ökonomie" nicht als die Bekundung eines moralischen Willens mißversteht. Erst wenn die Identität der bürgerlichen Bewußtseinsformen mit den gleichzeitigen Produktionsverhältnissen begriffen ist, zeigt sich, daß die Kritik dieser Bewußtseinsformen, wie

sie sich etwa in der politischen Ökonomie darbieten, zugleich auch ein Urteil über ihren Gegenstand beinhaltet, den sie bekanntlich jedesmal als ewig unterstellen (Ontologie des "Menschen", Ontologie der "Arbeit" etc.). Es versteht sich, daß dieses Urteil kein moralisches ist, sondern die Moral selber noch vernichtet. Diese Vernichtung geschieht allerdings ohne alle Heftigkeit; nämlich dadurch, daß die Kritik ihr den historischen Ort zuweist, an dem sie ihre Notwendigkeit und Berechtigung hatte. Erst vom Standpunkt dieser "materialistischen Geschichtsauffassung" aus tritt der Unterschied zwischen dem Begriff und der Empirie der bürgerlichen Gesellschaft (Gegenstand der "historisch-empirischen Realanalyse", wie ich es oben (S. 6) genannt habe) einigermaßen deutlich hervor; lassen sich die theoretischen Erzeugnisse der Epoche in solche einteilen, deren Fortschritt mit dem empirischen Fortschreiten der Wertvergesellschaftung unmittelbar identisch ist, und in solche, die, in sich reflektiert, zum Begriff der Sache beitragen oder beigetragen haben. Und hier ist es nun freilich richtig, wenn man feststellt, daß für das begriffliche Durchdringen der bürgerlichen Gesellschaft seit Hegel und Marx wenig, für ihr praktisch-empirisches Vorankommen hingegen viel geschehen ist.

3.

In welche Schublade Türcke gehört? Diese Frage sieht auf den ersten Blick hin einfach aus. Als bloß platonischen Liebhaber der Marxschen Theorie trifft auf ihn zu, was er selber schreibt: daß "nämlich der Schritt, den die Kritik der politischen Ökonomie über die Philosophie hinaus tut, auf alle Philosophie, die ihn ignoriert oder bagatellisiert, zurückschlägt, und ihren Versuch, ungestört bei sich zu bleiben, mit einem grassierenden Selbstverlust bestraft" (S. 53). Das ist wirklich großartig gesagt, dient aber nur zur Kreation einer neuen Variante der Ende-der-Philosophie-Philosophie, die Türcke mit dem ein wenig weinerlich klingenden Titel "Philosophie als Buße" ausstattet. Ihr "Denken ist Abtragen der Schuld, die sie an ihrem Dasein hat" (ebd.). Ich finde, daß sie als Ausrede fürs Weitermachen der "Transzendentalbelletristik" eines Odo Marquard, die ihr Erfinder gelegentlich auch "Inkompetenzkompensationskompetenz" nennt (die Philosophie bewältigt ihr Ende, indem sie es selbst verkündet), nichts voraus hat. Letztere verdient sogar einen Bonus für die Ehrlichkeit, mit welcher Marquard damit renommiert, daß seine Familie immerhin ganz gut davon leben könne (1).

Also ist Türcke ein Fall für die Kategorie zwei, bewußtloses Moment bei der praktisch-empirischen Durchsetzung der bürgerlichen Verkehrs- und Bewußtseinsformen? Das nun auch wieder nicht. Türckes Texte sind gerade deswegen von Reiz, weil sie die Grenze markieren, die die gesellschaftliche Entwicklung

(1) Odo Marquard, Abschied vom Prinzipiellen, Stuttgart 1981 (Reclam), S. 13.

hier objektiv erreicht hat. Es geht in den herkömmlichen Geleisen der Moral und der weiteren Ausbildung der Rechtsform einfach nicht mehr weiter. Die Kritik der Moral, die heute angesagt ist, liegt in den Verhältnissen selbst. Wenn etwa Hans Jonas es als die ethische Frage der Zeit bezeichnet, "ob es eine Menschheit geben soll oder nicht", dann kann er diese großen Töne nur spucken, weil es diese Menschheit zwar real, aber nicht als bewußt handelndes Subjekt gibt. Aber genau dies ist das Problem, dessen Lösung auf ethisch nicht nur nicht geht, sondern sofort alle Ethik beseitigen wird. Diese Situation bringt Türcke auf ganz eigenartige Weise zum Ausdruck. Einerseits, mit seiner exoterischen Seite sozusagen, ist er selber ein Kritiker der Ethik. Auf Schritt und Tritt stößt er sich an der moralischen Konstellation. Ausdrücklich bestreitet er den Ethikern, "daß richtiges Handeln aus Vernunftprinzipien ... deduzierbar" sei (S. 64), ausdrücklich stellt er fest, daß die "Fixierung allgemeingültiger Moralprinzipien, aus denen richtiges Leben und der Weg dahin sich herleiten ließe,... ebensowenig gelingen (kann), wie die Herleitung der Natur aus dem Geist" (S. 78), ausdrücklich denunziert er die Grundbestandteile der Moral - "Gleichberechtigung und wechselseitige Anerkennung" - als "Leertitel" (S. 72), und hat andererseits zur Kritik dieses Formalismus, den er sogar mit der "ungenannten Norm aller Normen" (nämlich der kapitalistischen "Wirtschaftsform") in Verbindung bringt (S 71) doch nichts anderes zur Verfügung als - eben Moral. Die Hilflosigkeit, mit der diese moralische Kritik der Moral unübersehbar geschlagen ist, das wäre die esoterische, ihm selbst verborgene Seite seines Abgesanges auf die Moral, diejenige, die die Verhältnisse ihm gegen seinen (bloß moralischen) Willen diktieren. Es ist ein eigenartiges Schauspiel, das auf diese Weise zustande kommt, ein ständiges Anlaufnehmen und doch nicht Springen, ein immer wieder neues Herumdrucksen und doch nicht zu Potte kommen.

Indem er das Bild vom "hohlen Faß" verwendet, fehlt bei ihm nicht einmal der Ansatz zu einer Demokratiekritik (S. 73 f. und S. 94). Nicht einmal die Kritik an der "unbekümmerten Bejahung von Normen und Werten" fehlt, in die die Alternativbewegung eingemündet sei (S. 101). Und doch bleibt das Entscheidende ungesagt, daß nämlich alles dies Kant *ist*, daß es das Wesen jeglicher Ethik ist, Form zu sein, und daß diese gesellschaftliche Form bereits unmittelbar als sie selbst der unverzichtbare Bestandteil aller Warenproduktion ist, zur Kenntlichkeit der reinen inhaltslosen Abstraktion des "Apriori" erst im modernen Kapitalismus herausgearbeitet, in dem sie endlich ohne den Gegensatz zur vorbürgerlichen Form der an Blut und Boden (= "erste Natur") orientierten Beziehungen und Abhängigkeiten existiert. Daß somit "das Hohle und Zwiespältige", "das Demokratie und Menschenrechten anhaftet", nicht ihnen als etwas Selbständigem zukommt, das sie *gegenüber* dem "kapitalistischen Wirtschaftsgesetz" darstellen würden, "gegen dessen Unbarmherzigkeit Einspruch erhebend", ihm aber "zugleich auch zur Durchsetzung" verhelfend (S. 94 f.), sondern dem Kapitalismus

selber. Der Kapitalismus selbst ist es, der mit der Verallgemeinerung der Ware-Geld-Beziehung die Ideale der Freiheit und Gleichheit für alle Menschen eingefordert hat und der es gleichzeitig offenbar macht, daß diese Attribute der Privatperson zur Organisation des weltweit entwickelten Produktionszusammenhangs ganz und gar nicht taugen.

Türcke präsentiert uns das bürgerliche Bewußtsein im Selbstwiderspruch. Es will über sich hinaus und besitzt zu diesem Zweck doch nichts anderes als die Erinnerung an den früheren Anspruch und die frühere Zuversicht. Die Ethik der Warenform soll übergipfelt werden durch eine, in der dieses ihr ureigenstes Wesen verdammt wird. Dies ist exakt das Programm der klassischen kritischen Theorie, das, mit Adornos Worten, von der "Vernunft" verlangt, "gegen sich selbst zu denken, ohne sich preiszugeben" (1). Und doch handelt es sich um mehr als um dieses zartsinnig formulierte Dilemma einer Philosophie, die partout nicht aufhören will, Philosophie zu sein. Denn Türcke versucht sich mit diesem Programm an der gesellschaftlichen Wirklichkeit von heute. Und da zeigt es sich, daß dieses Programm - mit den entsprechend gefährlicheren Dimensionen - in dieser Wirklichkeit bereits angekommen ist. Die "Vernunft" hat der gesellschaftlichen Wirklichkeit nichts mehr voraus, was ihr erst noch zu vermitteln wäre. Irgendein "Verwirklichungsspielraum", der sich in einer gesellschaftlichen Bewegung manifestieren könnte, steht ihren abstrakten Denkbestimmungen - sie mögen in sich noch so sehr "kritisch" gebrochen oder verrenkt sein - nicht mehr zur Verfügung. Kein '68 ist mehr in Sicht.

4.

Was Türcke innerhalb der theoretischen Sphäre am eigenen Beispiel demonstriert: daß die mechanische Kritik an den beflissenen Mitmachern des philosophischen Dienstleistungsbetriebes "Ethik", die auf ein bloßes *Nicht*-Mitmachen hinausläuft, genauso perspektivlos ist wie ihr Gegenstand, das führt er uns im zweiten, vom Umfang her kürzeren Teil der Aufsatzsammlung fast schon ausdrücklich vor. Dieser zweite Teil, in dem politische und psychologische Alltagsphänomene der letzten Jahre zur Sprache kommen, ist gewissermaßen die Nutzanwendung aus der Einsicht, daß die Philosophie dem Alltagsverstand nichts mehr voraus hat. Türcke macht hier also ernst mit seiner Abkehr vom Philosophiebetrieb. Und sofort werden die Artikel spannend.

Ob es sich um das Problem der modernen Identität handelt (in dem Artikel "Identitätsverlust und Identitätskult", anläßlich der Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises geschrieben), um das von der grün-alternativen Bewe-

(1) Zit. nach: Christoph Türcke, Der tolle Mensch - Nietzsche und der Wahnsinn der Vernunft, Frankfurt 1989 (Fischer TB 6589), S. 173.

gung geforderte "rechte Maß" im Umgang mit der Natur ("Maß und Maßlosigkeit") oder um das "Anspruchsdenken" und die von Lafontaine geübte Kritik daran, immer erweist es sich, daß der betreffende Gegensatz auf der Oberfläche der Wertform schwimmt, daß ihm die gegen den "Warenzwang" gerichtete Spitze fehlt. Die identitätsstiftende Kraft von Religion und Nation ging verloren - und die Habermas und Stürmer machen sich auf die Suche nach "Werten", die den Defekt funktionell ausgleichen sollen. Nicht die "unbedingte Wahrheit" dieser "Werte" steht zur Debatte, sondern ihre "psychologische Leistungsfähigkeit" (S. 95 f.). Die Maßhalteappelle der Alternativen: Sie sind der "Bußruf der Harmlosigkeit", gerichtet an den Staat, der ohnehin nichts anderes ist als "eine einzige große Mäßigungsanstalt", die das Wirtschaftsprinzip des maßlosen Wachstums braucht, "damit es stetig bleibt" (S. 99 f.).

Und schließlich die Kritik am "Anspruchsdenken": An sich "nicht falsch", wendet sie sich an Menschen, die "darauf zugeschnitten " sind, "als Ware ... zu fungieren". Als solche müssen sie "sich so teuer wie möglich verkaufen, sich durch ständige Erhöhung ihres Lebensstandards dafür schadlos halten, daß ihr Dasein bloß das einer Funktion, eines Rädchens im Getriebe ist" (S. 107). "Anspruchsdenken ist verhärtete Reaktion von Menschen, deren innerste Erfahrung ist, daß es auf den Menschen nicht ankommt. Nicht Lustprinzip, sondern Frustprinzip herrscht hier. Der vielbeklagte Hauptschulabsolvent etwa, der seine Eltern zum Händeringen und seine Lehrer zur Weißglut bringt, obwohl niemand ihn sichtlich drangsaliert, Mutter für ihn wäscht, kocht und spült, der von Mofa bis Stereoanlage mit allem technischen Komfort ausgestattet ist, ihn mit größter Selbstverständlichkeit hinnimmt, ohne so etwas wie Freude oder Dankbarkeit ernstlich empfinden zu können - er gibt eine Ahnung davon, was es heißt, sich als Ware zu fühlen, als unverkäufliche zumal, und sich für dieses Dasein schon im voraus und solange es geht, schadlos zu halten. Solche Jugendlichen fühlen ihre eigene Zukunft vorweg. In ihnen bildet sich ein neuer Typus heraus, der weder an materieller Not, mangelnden Bildungschancen noch an besonders schlechter Behandlung im Elternhaus leidet und doch leidet; der sich gegen die Gesamtheit seiner Lebensbedingungen verhält wie das ungeliebte, umhergeschubste Kind, das sich für eine namenlose Enttäuschung rächt, indem es nimmt und zu geben vermeidet, wo immer es kann. Gerade in ihrer Abgestumpftheit sind solche Jugendlichen sensible Seismographen des rasanten Fortschritts, den das Ware-werden im Seelenleben macht..." (107 f.).

Ich glaube, man kann aus diesem langen Zitat ersehen, daß es Türcke wirklich ernst ist mit seinem Steinewerfen gegen das philosophische Glashaus, in dem er sitzt. Wenn seine Beobachtungen auch nirgends mit dem Begriff der kapitalistischen Krise vermittelt sind und daher laufend in falschen Einschätzungen münden wie etwa der in der Linken üblichen, daß die Warenform noch einmal die "faschistoiden Volksinstinkte" wecken könnte, so zeigen sie doch eines gewiß:

er möchte wirklich ran an den Speck der Wirklichkeit. Und seine Wahrnehmung dieser Wirklichkeit ist präzise genug, um das Bild vom "Speck" sogleich dementieren zu können. Was sich seinen Blicken darbietet, ist trocken und ausgedörrt, kein Boden, auf dem noch irgendein Samenkorn aus der philosophischen Fakultät aufgehen könnte, verschwunden die Naivität, die sich vom (bloß) philosophischen "Blitz" zur "Bewußtheit" erwecken ließe. Dies von einem Moralisten zu hören, daß nämlich die Moral keinen gesellschaftlichen Nährboden mehr vorfindet, ist beachtlich.

Nirgends findet sich diese Situation schärfer beobachtet als in dem hier erstmals veröffentlichten Artikel: "Auf das Entscheidende kommt es nicht an - Drei Generationen Bundesrepublik Deutschland". Geschrieben aus Anlaß der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Grundgesetzes, handelt es sich nach meinem Dafürhalten um den besten oder sagen wir: fortgeschrittensten Artikel der ganzen Sammlung. Türckes Frage lautet, warum "sich aus der jungen Generation kein nennenswerter Protest gegen die behäbigen Grundgesetzfeierlichkeiten erhob" (S. 115). Beim Versuch einer Antwort entwirft er ein Bild von der "neuen Illusionslosigkeit", das ich mir überzeugender nicht vorstellen kann. Während die ältere Generation das Grundgesetz im Kontrast zu der Erfahrung von Krieg, Faschismus und Wirtschaftskrise positiv wahrnimmt, während die mittlere Generation der heute etwa Vierzigjährigen von Kindauf den Nachhall dieser Kontrasterfahrung über sich ergehen lassen mußte - in der bekannten Phrase: "Ihr wißt gar nicht, wie gut Ihr es habt, weil ihr nicht erlebt habt, wie es vorher war" - , fehlt bei den "Youngsters", die allenfalls noch einen "schwachen Nachhall des Nachhalls" kennengelernt haben, jede solche "tiefere Bedeutung", die zu einem sentimentalen oder aggressiven Bezug Anlaß geben könnte.

"Mit 'freiheitlich-demokratischer Grundordnung' verbinden die 15-25jährigen nichts Befreiendes, Aufrichtendes, Hoffnung Spendendes mehr, sondern sie erfahren sie nüchtern als das, was sie seit 1949 ist: die herrschende Ordnung. Der muß sich anpassen, wer nicht auf der Strecke bleiben möchte, auf ihrer Klaviatur muß zu spielen wissen, wer nach oben will. ... Nichts mehr von Aufbaustimmung, nichts mehr von langem Marsch durch die Institutionen - hin zu höheren Zielen. Das Ja zu den Spielregeln der Demokratie gehört zu den Gestehungskosten der eigenen Karriere, und mehr als Karriere ist ohnehin nicht zu erwarten... Wem (aber) die Karriere vorab verbaut ist, dem kann auch die Demokratie gleichgültig sein. Sie ist für ihn nicht mehr als der Selektionsmechanismus, der ihn aus dem Rennen geworfen hat, eine bestimmte Verwaltungsform von Reichtum und Armut, Aufstieg und Abstieg, Wachstum und Krise" (S. 113/114). Etwa ein Viertel, ungefähr so viele, wie die Regelschule besuchen, seien bereits in der Pubertät aussortiert: "Ein geregeltes Leben in Lohn und Brot kommt für sie erst gar nicht in Betracht. Das Hin und Her zwischen Sozialamt, Arbeitsamt und kurzfristigen Jobs ist die materielle Grundlage, auf der sie sich charakterlich festigen sollen: zu

stabiler Identifikation mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zu verantwortungsvollen Mitgestaltern ihres Gemeinwesens. ... Ohne Arbeit, ohne Zukunftsperspektive, ohne Halt in einer höheren Idee, für die sich zu leben lohnte, nur mit allerhand Mitteln ausgestattet, sich zu betäuben und zu zerstreuen - Fernsehen, Disko-Musik, Alkohol und anderen Drogen - dürfen die Aussortierten gleichwohl ausgiebig Gebrauch von ihren Grundrechten machen: ihre Meinung frei äußern, sich versammeln, eine andere Partei wählen etc. Und doch wissen sie genau: Dies alles ändert im wesentlichen nichts. Man kann im vollen Genuß der Menschenrechte stehen und dennoch zum Ausschuß der Gesellschaft gehören. Nicht dieser Sachverhalt ist neu; neu ist, daß er zu den prägenden Erfahrungen der jetzt Heranwachsenden avanciert" (S. 114 f.).

Vor diesem Hintergrund erhält die "Grundgesetzgeburtstagsgretchenfrage ‘Wissen wir überhaupt noch zu schätzen, was wir haben?’" eine unerwartete Antwort von den Jungen. Sehr wohl wissen sie es zu schätzen, nämlich ganz nüchtern, in dem Sinn, daß sie gelernt haben, "eine Sache nach Kosten und Nutzen gut zu taxieren" (S. 115). Und das heißt im vorliegenden Fall: "Für die meisten rechnet sich die freiheitlich-demokratische Grundordnung noch, und der Rest hat mit nichts mehr zu rechnen. Er ist die quantité négligeable der Geschäftsuntüchtigen. Doch dieser Rest wächst. Die ‘große Weigerung’, in den 60er Jahren Parole des politischen Philosophen Herbert Marcuse, wird heute z.T. schon von Kindern und bis zur Selbstzerstörung praktiziert - ohne blassen Schimmer von politischer Philosophie. Leistungsverweigerung, Diskussionsverweigerung, Gehorsamsverweigerung sind in der bundesdeutschen Hauptschule gang und gäbe und greifen auf die höheren Schulen über. Sie sind infantile Trotzreaktionen und verraten dennoch ein sicheres politisches Gespür, gerade in ihrem betont unpolitischen Gestus. Denn Staat, Verfassung, Parteien sind solchen Youngsters einerlei. Zur moralischen Entrüstung über Skandale hier oder das Elend woanders sind sie weder fähig noch willens. Zum einen sind sie vollauf damit beschäftigt, daß sie mit sich selbst ebensowenig anfangen können wie die Gesellschaft mit ihnen, zum anderen gehört die moralische Entrüstung gerade zu jenem politischen Repertoire, gegen das sie sich sträuben. Freiheitlich-demokratische Grundordnung bedeutet ihnen soviel wie Staat, Verwaltung, Kontrolle, Selektion, d.h. Polizei, Lehrer, Jugendamt, Sozialamt, Arbeitgeber. Und Moral ist für sie der Verhaltenskodex, der sich auf dies alles einläßt und damit zu jonglieren weiß: eine höhere Art von Gewitztheit. ... Ob mit mehr oder weniger Menschenrechten, mehr oder weniger Moral - die Gesellschaftsmühle mahlt weiter, folgt unerbittlich ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten, denen keine der praktizierten und propagierten Versionen von Politik und Moral ernstlich beikommt. Das Mißtrauen gegen sie ist pauschal. Was bei Nietzsche vor einem Jahrhundert kühner philosophischer Gedanke war, sedimentiert sich bei Leuten, die sich um Philosophie einen Dreck scheren, zu instinktiver Haltung: Noch jedes Ideal, noch jede Moral ist Betrug"

(S. 115/116). Am Ende wird auch noch von Adorno gezeigt, daß er mit seinem Satz vom "Verweigern" bei den Autonomen sicher gelandet ist. Die Autonomen, so Türcke, seien "bloß das Extrem, worin eine graue Masse von Heranwachsenden, die sich diffus und ungreifbar über die Republik verteilt, die Gestalt eines dezidierten Typus annimmt: Jugendliche, die das Leben vor sich und doch nichts davon zu erwarten haben..." (S. 117), und deren Haltung zum Grundgesetz sich auf einen kurzen Nenner bringen läßt: "Einübung in die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist Einübung in eine perspektivlose Gesellschaft" (S. 119).

Kann man es deutlicher sagen, daß die Prinzipienverwirklicher der verschiedenen Richtungen, sie mögen sich so radikal gebärden, wie sie wollen, keinen Boden mehr unter den Füßen haben? Daß die weitere Entwicklung unweigerlich dazu übergehen wird, das "hohle Faß" der Demokratie zu zertrümmern? Daß es somit - mit diesem ihrem "höchsten Stadium" - die politische, von der Ware-Geld-Beziehung konstituierte, Form selbst ist, die historisch zur Disposition steht? Man kann nicht. Um so kläglicher ist Türckes hastiger Abgang aus diesem eindrucksvoll beschriebenen Szenario. Denn die Demokratie ist und bleibt natürlich "das Entscheidende", viel besser als die einzigen Alternativen, die ihm dazu einfallen: das "Faustrecht" und der "Unrechtsstaat Hitlers". Wenn es für die heranwachsende Generation auf dieses Entscheidende "in gewisser Hinsicht nicht ankommt", dann handelt es sich bei dieser "Hinsicht" um ein anderes Thema: um das "kapitalistische Wirtschaftsgesetz", um den "Zwang, seine Arbeitskraft als Ware auf den Markt zu tragen oder zu verkommen.." (S. 117). Erst wenn sie von diesem "Gängelband höherer Mächte" losgemacht worden sind, werden die "Menschenrechte" "halten (können), was sie versprechen" (S. 120).

Abschließend stellt sich Türcke die Frage, "warum das Bedürfnis, diese Mächte zu begreifen, in der Bundesrepublik bei Jung und Alt traditionell so gering ausgeprägt" sei. Es sei "doch eigentlich gar nicht so schwer", auf das "kapitalistische Wirtschaftsgesetz" zu kommen. Wie schwer es anscheinend leider doch ist, die politische Ökonomie als die *eine* Wirklichkeit gewordene Totalität der Wertform zu denken, wie schwer es ist, mit der alten gegen "Potentaten" und "höhere Mächte" eingestellten Denkform der Aufklärung zu brechen und den Gegner in der unpersönlichen Rechtsform selbst zu entdecken, dafür liefert Türcke selber das schönste Beispiel.

Immerhin hat er eine Ahnung davon, daß in den zuendedemokratisierten Weltgegenden mit den herkömmlichen Moralprinzipien kein Staat und keine politische Bewegung mehr geht. Das ist die tiefere Bedeutung des "Kaum noch", mit dem er sich zum "Tanzen der Verhältnisse" stellt. Um bei dem neuen Tanz, der schon begonnen hat, nicht abseits zu stehen, wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als die Kritik am "Ware-sein" auch noch auf die Form der moralischen Gesinnung auszudehnen. Dieser Schritt von der moralischen Kritik zur Kritik der Moral ist allerdings der entscheidende Schritt über die Philosophie hinaus. Er

verlangt, Abschied zu nehmen von jener "Identität", die auch als "bußfertige" immer noch dem etablierten "Standard" des "Geistesbetriebes" genügt. Die Aussichten dazu sind vorhanden. Die "Verhältnisse selbst" werden Türcke zu Hilfe kommen.

Die INITIATIVE MARXISTISCHE KRITIK (IMK) versteht sich als Diskussionszusammenhang und ist daher jederzeit für Kritik, Anregungen etc. offen.

Wer die laufende Diskussion in unserem Zusammenhang kontinuierlich verfolgen bzw. sich an ihr beteiligen möchte, hat dazu folgende Möglichkeiten:

- Abonnement der KRISIS - Zeitschrift für revolutionäre Theorie und/oder der KRISIS - Flugschrift. Die Rechnungsstellung für die Zeitschrift erfolgt mit jeder Nummer, das Abo kann jederzeit gekündigt werden. Ein Abonnement der Flugschrift erfolgt per Vorauszahlung von vier Nummern (12,- DM inkl. Porto).

- Abonnement des internen RUNDBRIEFES DER IMK. Der Rundbrief ist Forum für interne Diskussion und Kritik und dient dem Austausch von Informationen über laufende Projekte, Arbeitskreise etc. Er erscheint ca. vierteljährlich und kann für jeweils 10,- DM bezogen werden.

- MITGLIEDSCHAFT IN DER IMK. Wenn auch eine inhaltliche Mitarbeit in unserem Zusammenhang nicht an das formale Kriterium der Mitgliedschaft gebunden ist, drückt dies doch eine verbindlichere Unterstützung unserer Position aus. Der monatliche Beitrag von 10,- DM (bei Möglichkeit auch mehr) schließt den Bezug von RUNDBRIEF und beiden KRISIS ein. Mitgliederversammlungen finden mindestens einmal jährlich statt und können selbstverständlich auch von "Externen" besucht werden.

Natürlich stehen auch unsere Seminare und Arbeitskreise grundsätzlich jedem und jeder Interessierten offen. Gleiches gilt für die Veröffentlichung von Beiträgen im internen Rundbrief, sofern sich diese auf die laufende Diskussion beziehen, bzw. zu relevanten Themen Stellung nehmen.

Darüberhinaus sind wir auf handfeste Unterstützung angewiesen (z.B. beim Verkauf unserer Publikationen über die Betreuung von Buchläden, Organisierung von Büchertischen u.ä.). **Auch Spenden sind jederzeit willkommen**, denn unser Verlag ist nicht sehr finanzkräftig. Also merkt Euch das

Sonderkonto J. Erdmann 300 114 859, PGA Nbg. (BLZ 760 100 85),

---

An den Verlag Marxistische Kritik, Postfach 21 11, D-8520 Erlangen

O Ich abonniere die KRISIS - Zeitschrift für revolutionäre Theorie ab Nr.

O Ich abonniere die KRISIS - Flugschrift

O Ich möchte den Rundbrief der IMK ab sofort beziehen

O Ich möchte Mitglied in der IMK werden

Name ....

Adresse ....

Unterschrift .... Datum ....

IMPRESSUM

KRISIS. Zeitschrift für revolutionäre Theorie
Redaktion: Klaus Braunwarth, Robert Kurz, Ernst Lohoff, Udo Winkel

Redaktions- und Verlagsadresse:
Krisis Verlag
Postfach 21 11
D-8520 Erlangen

Konto: Postgiroamt Nürnberg, Konto 220 14-855 (BLZ 760 100 85)

Anzeigen/Belegexemplare: Norbert Irion, Postfach 24 41, D-7900 Ulm

Abonnements und Bestellungen über die Verlagsadresse
Die Rechnungsstellung bei Abonnements erfolgt für jede Lieferung gesondert. Die Kündigung des Abonnements ist jederzeit schriftlich möglich.

Erscheinungsweise: Unregelmäßig, mindestens zweimal im Jahr.

Krisis 8/9, 5. Jahrgang
1. Auflage Mai 1990 (600)
2. unveränderte Auflage April 1991 (500)

Presserechtlich verantwortlich: Klaus Braunwarth
ISSN 0178-7691

Krisis 8/9

Preis: 14.- DM